

Berufsausbildung und Beschäftigungswesen

Eine Analyse der bildungspolitischen Vorstellungen der
Unternehmer zur Reform der Berufsausbildung

von
Karl-Ludwig Kreuzer
aus Berlin

1977 #397

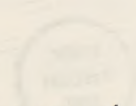


Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548225_0010

Berufsausbildung und Beschäftigungswesen

Eine Analyse der bildungspolitischen Vorstellungen der
Unternehmer zur Reform der Berufsausbildung



Inaugural - Dissertation

im Fachbereich Philosophie, Geschichte
und Sozialwissenschaften
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen - Nürnberg

vorgelegt von
Karl-Ludwig Kreuzer
aus Berlin



Tag der mündlichen Prüfung: 29.7.1977

Dekan: Univ.-Professor Dr. H. Rumpel

Referent: Univ.-Professor Dr. W. Sünkel

Korreferent: Univ.-Professor Dr. R. Berke

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Abkürzungen	4
Einleitung	5
1. Die Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland	10
1.1. Angebot und Nachfrage in der Berufsausbildung	12
1.2. Qualität der Berufsausbildung	15
1.3. Gleichwertigkeit der Berufsausbildung	17
1.4. Zusammenfassung	19
2. Die Vorstellungen der Bundesregierung	21
2.1. Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen	21
2.2. Allgemeinbildung und Berufsausbildung	28
2.2.1. Struktur und Zielsetzungen des Bildungswesens	29
2.2.2. Gleichwertigkeit und Integration von Allgemeinbildung und Berufsausbildung	32
2.3. Die Reform der Berufsausbildung	39
2.3.1. Ziele der Berufsausbildungsreform	41
2.3.2. Einzelne Reformmaßnahmen	45
2.3.2.1. Stufenausbildung	45
2.3.2.2. Berufsgrundbildungsjahr	47

2.3.2.3.	Überbetriebliche Ausbildungsstätten	49
2.3.2.4.	Weitere Maßnahmen	51
2.4.	Organisation der Berufsausbildung	57
2.4.1.	Zentrale Kompetenz und Selbstverwaltung	57
2.4.2.	Planung und Statistik	61
2.4.3.	Mitbestimmung	62
2.5.	Finanzierung der Berufsausbildung	65
2.6.	Zusammenfassung	68
3.	Die Vorstellungen der Unternehmer	73
3.1.	Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen	73
3.2.	Allgemeinbildung und Berufsausbildung	78
3.3.	Reform der Berufsausbildung	92
3.3.1.	Individuelle und gesellschaftliche Ziele	92
3.3.2.	Verhältnis von beruflicher Erstausbildung und Weiterbildung	104
3.3.3.	Eignung der Ausbilder	108
3.3.4.	Eignung der Ausbildungsstätten	111
3.3.5	Stufenausbildung	112
3.3.6.	Berufsgrundbildungsjahr	125
3.3.7	Blockunterricht	134
3.3.8.	Überbetriebliche Ausbildungsstätten	137

3.4.	Organisation der Berufsausbildung	143
3.4.1.	Zentrale Kompetenz und Selbstverwaltung	144
3.4.2.	Ausschüsse	149
3.4.3.	Prüfungsausschüsse	153
3.4.4.	Bundesinstitut für Berufsbildung	156
3.4.5.	Mitbestimmung	161
3.5.	Finanzierung der Berufsausbildung	165
3.5.1.	Einzelbetriebliche Finanzierung	165
2.5.2.	Überbetriebliche Finanzierung	167
3.6.	Ideologisierung, Verschulung und Verstaatlichung	174
3.7.	Berufsbildungsforschung	178
3.8.	Ausbeutung, Demokratie und Herrschaft in der Berufs- ausbildung	183
	Anmerkungen	196
	Literaturverzeichnis	221
	Tabellen und Übersichten	236

A b k ü r z u n g e n

ABB	Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung
APFG	Ausbildungsplatzförderungsgesetz
BBF	Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BGP	Bildungsgesamtplan
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMBW	Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DL	Deutscher Lehrerverband
HDE	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IDW	Institut der Deutschen Wirtschaft
KWB	Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung
MittAB	Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
ZDH	Zentralverband des Deutschen Handwerks

Einleitung

Die Berufsausbildung und ihre Reform bleibt trotz des APFG, das am 1. September 1976 rückwirkend in Kraft trat, weiterhin ein zentrales Problem der Bildungsreform in der Bundesrepublik Deutschland. Es regelt die Finanzierung und die Planung und Statistik der Berufsausbildung. Damit sind aber die anderen Bereiche nicht neu geregelt. So werden betriebliche und schulische Berufsausbildung im dualen System nach den bestehenden Regelungen, also vom Bund und den Ländern, vornehmlich getrennt reformiert; das Verfahren der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen ist wegen der verfassungsrechtlichen Kompetenzen so kompliziert geregelt, daß bisher kaum Ergebnisse vorliegen. Die inhaltliche und strukturelle Reform, für die der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf den Rahmen abstecken sollte, ist bisher kaum vorangekommen. Die Probleme, die mit ihr verbunden sind, betreffen die Mehrzahl der Jugendlichen. Mangel an Ausbildungsplätzen, Jugendarbeitslosigkeit, wachsende Schulabgängerzahlen, überaltete Ausbildungsordnungen, Fehlstrukturierung der Verteilung auf die Ausbildungsberufe und dgl. mehr zwingen zu bildungspolitischen Maßnahmen, die durch das APFG keineswegs abgedeckt sind.

Seitdem das erste BBiG 1969 in Kraft trat, ist die Diskussion um die Novellierung bzw. um ein neues Gesetz nicht abgebrochen, beschränkte sich doch das Gesetz auf vertragsrechtliche und organisatorische Momente der Berufsausbildung. In der Diskussion kamen die unterschiedlichsten Auffassungen aller Beteiligten zum Ausdruck. Der kontroverse Charakter der Diskussion äußerte sich nicht zuletzt in einer zum Teil äußerst scharfen Polemik. Die Hauptkontrahenten um die Reform sind und waren die Bundesregierung und die Unternehmer. Erstere in ihrer Zuständigkeit für die Berufsausbildung, letztere als Veranstalter und Abnehmer. Alle anderen beteiligten Parteien, Lehrlinge, Arbeitnehmerorganisationen und Lehrerverbände waren ebenfalls an der

Diskussion beteiligt, traten jedoch nicht in dem gleichen Maße und mit dem gleichen Nachdruck in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Bundesregierung und Unternehmer warben für ihre Vorstellungen von der Berufsausbildungsreform mit großem Aufwand in der Öffentlichkeit. Ihre Mittel waren nahezu identisch: Veröffentlichungen, Broschüren, Stellungnahmen, Veranstaltungen, Diskussionen, Hearings und Kundgebungen mit dem entsprechenden Widerhall in Presse, Funk, Fernsehen und Wissenschaft dienten dazu, die Ziele, Mittel und Methoden zu verdeutlichen und die gegnerische Position zu kritisieren.

Worum geht es bei der Reform der Berufsausbildung? Welche Probleme bestehen; wie sind sie zu lösen? Der sachliche Kern der Auseinandersetzung besteht aus drei Problembe-
reichen:

- Die Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung,
- die Vergrößerung des Ausbildungsplatzangebots, und
- die Herstellung der Gleichrangigkeit und -wertigkeit der Berufsausbildung mit der Allgemeinbildung.

Zum ersten ist zu sagen, daß die Berufsausbildung Qualifikationen vermitteln soll, die nicht nur den kurz- und vielleicht auch mittelfristigen Anforderungen der Gesellschaft entsprechen, sondern die die Arbeitskräfte in die Lage versetzt, den technischen und gesellschaftlichen Wandel mitzuvollziehen. Dazu bedarf es einer Berufsausbildung, die in der Lage ist, sich in ihren Inhalten und organisatorisch diesen sich wandelnden Anforderungen anzupassen.

Zweitens öffnet sich die Schere zwischen der Anzahl der Ausbildungsplätze und der erwarteten Nachfrage durch die wachsende Zahl von Schulabgängern immer stärker. Es gilt also zu überlegen, wie man Angebot und Nachfrage miteinander in Beziehung setzt bzw. welche Maßnahmen notwendig sind, um eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. Dabei spielt die Frage eine große Rolle, ob es sich jeweils um ein zeitlich begrenztes Problem handelt, daß keiner generellen Regelung durch ein Gesetz bedarf,

oder ob es allgemeine Ursachen gibt, die eine gesetzliche Regelung notwendig machen.

Drittens muß festgestellt werden, daß das Bildungswesen in der Bundesrepublik gekennzeichnet ist durch seine starren, gegeneinander abgeschotteten Bildungsgänge, die einen hohen Grad an Differenzierung aufweisen. Obwohl in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen worden sind, Übergangsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Bildungsgängen zu schaffen, bleibt die bestehende Struktur erhalten mit der Konsequenz, daß bereits die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg im dreigliedrigen Schulwesen - Haupt-, Realschule oder Gymnasium - eine Entscheidung über den zukünftigen beruflichen Werdegang des Einzelnen ist.

Obwohl infolge der quantitativen Expansion des Bildungswesens in den letzten Jahren immer mehr Schüler in weiterführende Bildungsgänge übergehen, stellen die Hauptschulabgänger die Mehrzahl der Auszubildenden im dualen System. Die Berufsausbildung im dualen System vermittelt zwar die notwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten für die Aufnahme einer Berufstätigkeit, jedoch steht sie neben den anderen Bildungsgängen in der Sekundarstufe II. Es gibt zwar die Möglichkeit, nach Beendigung der beruflichen Erstausbildung weiterführende Bildungsgänge zu absolvieren. Das ist jedoch mit erheblichen persönlichen Anstrengungen verbunden, da die Abschlüsse der Berufsausbildung mit denen der anderen Bildungsgänge nicht vergleichbar und gleichsetzbar sind.

Die hier kurz angedeuteten Probleme, die miteinander verknüpft sind, stehen im Vordergrund der Diskussion um die Reform der Berufsausbildung. Aus diesem Grund gilt es, zuerst die Situation der Berufsausbildung in der Bundesrepublik darzustellen. Im zweiten Abschnitt werden die bildungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung dargestellt und analysiert. Dies ist notwendig, weil die Unternehmer sich auf sie in ihrer Argumentation beziehen. Im dritten Abschnitt werden dann die Vorstellungen der Unternehmer untersucht.

Welche Ziele verfolgen die Unternehmer in der Berufsausbildung und wie und mit welchen Mitteln lassen sich diese verwirklichen? Dabei ist es notwendig, nicht nur die Berufsausbildung zu untersuchen. Es muß vielmehr auf die Frage der Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen eingegangen werden, denn es ist letztendlich die Frage, ob das Bildungsangebot inhaltlich und strukturell in der Lage ist, gesellschaftlichen und individuellen Ansprüchen zu genügen. Die Frage ist also, ob es in der Ausbildung zu Fehlstrukturierung kommt.

Des weiteren ist zu untersuchen, welche Vorstellungen über das Verhältnis von Allgemeinbildung und Berufsausbildung von der Bundesregierung und den Unternehmern entwickelt werden. Die Einordnung der Berufsausbildung in das gesamte Bildungswesen und die Zuordnung der allgemeinbildenden und berufsbildenden Formen sind gerade für die Frage der Gleichwertigkeit von entscheidender Bedeutung.

Nachdem diese zwei Probleme behandelt worden sind, können die Vorstellungen zur Berufsausbildung untersucht werden. Dabei gilt, es die Differenz zwischen den Überlegungen der Bundesregierung und der Unternehmer herauszuarbeiten.

Strebt die Bundesregierung tatsächlich eine Verstaatlichung und Verschulung der Berufsausbildung an, wie ihr von Seiten der Unternehmer vorgeworfen wird? Ist das Interesse der Unternehmer in der Berufsausbildung die Ausbeutung und/oder die Herrschaft über die Auszubildenden?

Die Arbeit behandelt die Zeitspanne von 1969 bis 1976, also von Beginn der Diskussion um ein neues Berufsbildungsgesetz bis zu der Ablehnung des Regierungsentwurfs durch den Bundesrat. Es wird jedoch nicht die Verlaufsform der Debatte dargestellt, sondern die wesentlichen Positionen, Ziele und Interessen untersucht. Das schließt ein, daß auch Veränderungen, soweit sie erfolgten, herausgearbeitet werden.

Die Arbeit beschränkt sich dabei auf die berufliche Erstausbildung im dualen System als der vorherrschenden Form, d.h. daß schulische Berufsausbildung und Berufsausbildung im tertiären Sektor außer Betracht bleiben. Ebenso werden

Sonderformen der Berufsausbildung, etwa für Behinderte oder für Abiturienten, nicht berücksichtigt. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, daß die Bildungspolitik für diese Bereiche denen der beruflichen Erstausbildung entspricht, wenn auch unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten.

Da die Bezeichnungen für Ausbildung zahlreich sind, z.B. berufliche Bildung, Berufsbildung, deren Bedeutung nicht exakt bestimmt sind, ist es zweckmäßig einen Terminus festzulegen. Es wird der Begriff "Berufsausbildung" gewählt, der im Kontext die berufliche Erstausbildung im dualen System bezeichnet.

Ebenso zweckmäßig ist es, einen einheitlichen Begriff für die Unternehmer zu wählen, die in den untersuchten Veröffentlichungen mal als Wirtschaft, mal als Arbeitgeber u.a.m. bezeichnet werden. Der Begriff "Unternehmer" wird für die Arbeit gewählt, weil einerseits der Begriff "Wirtschaft" umfassender ist, andererseits der Begriff "Arbeitgeber" nicht eindeutig geklärt ist.

Das Material der Arbeit besteht in den Publikationen und Äußerungen der Unternehmensverbände, einzelner Unternehmer oder Verbandsvertreter sowie von Instituten und Einrichtungen der Unternehmer, wie dem IDW und dem KWB.

Als Material für die Untersuchung der Vorstellungen der Bundesregierung zur Berufsausbildung dienen neben ihren eigenen Veröffentlichungen und programmatischen Äußerungen ihrer Vertreter die Empfehlungen und Analysen des Deutschen Bildungsrats und der BLK. Erstere, weil die Bundesregierung sich inhaltlich auf sie bezieht; die vom Deutschen Bildungsrat entwickelten Vorstellungen zur Berufsausbildung sind Grundlage der bildungspolitischen Konzeption der Bundesregierung. Letztere, weil hier gemeinsame Grundsätze, Mittel und Ziele von Bund und Ländern vorliegen.

Auf wissenschaftliche Untersuchungen wird nur insoweit rekuriert, wie sie sich mit dem Thema dieser Arbeit befassen bzw. wo bestimmte Sachverhalte in der Berufsausbildung angesprochen werden.

1. Die Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland

Die Berufsausbildung im dualen System ist die vorherrschende Form der Berufsausbildung in der Bundesrepublik. In ihm werden ca. 1.3 Mio. Jugendliche ausgebildet.¹⁾ Diese Zahl ist seit Beginn der 60er Jahre nahezu konstant geblieben²⁾. Die überwiegende Anzahl der Jugendlichen absolviert eine Berufsausbildung, die aus einer Kombination von fachpraktischer und -theoretischer Ausbildung in Betrieb und Schule besteht. Der Anteil der Jugendlichen, die eine weiterführende Schule besuchen, hat zwar seit 1965 erheblich zugenommen³⁾, ändert jedoch nichts an dem geschilderten Sachverhalt. Die Gründe für den vermehrten Übergang sind:

- " - die starke Zunahme der Übergangsquoten aus Grund- und Hauptschulen (einschließl. Orientierungsstufe) auf das Gymnasium
- den Rückgang der Abgänger aus Gymnasium nach Abschluß der Mittelstufe, d.h. Anstieg der Verweildauer
- die wachsenden Jahrgangsstärken der Jugendlichen in der betreffenden Altersgruppe." 4)

Diese Entwicklung entspricht auch den bildungspolitischen Vorstellungen von Bund und Ländern.⁵⁾ Neben dieser Entwicklung hat die Bundesregierung die Reform der Berufsausbildung zu einem Schwerpunkt ihrer bildungspolitischen Aktivitäten gemacht.⁶⁾ Es ergibt sich einerseits die Situation, daß immer mehr Jugendliche weiterführende Bildungsgänge absolvieren. Andererseits ist die Berufsausbildung unerläßlich, denn sie stellt die Versorgung von Wirtschaft und Gesellschaft mit dem benötigten Nachwuchs an ausgebildeten Facharbeitern sicher.

Es gilt also Situation und Entwicklung der Berufsausbildung darzustellen, ihre Probleme aufzuzeigen, wenn die bildungspolitischen Grundsätze und Ziele der Reform analysiert werden sollen.

Die Darstellung beschränkt sich auf drei Aspekte:

- den quantitativen Aspekt,
- die Qualität der Berufsausbildung, und
- ihre Stellung innerhalb des gesamten Bildungswesens.

Es werden die wesentlichen Ergebnisse vorliegender, wissenschaftlicher Untersuchungen zusammengefaßt referiert⁷⁾, um den faktischen Hintergrund der Reformproblematik zu verdeutlichen. Dabei bleiben wichtige Probleme wie etwa die Weiterbildung oder die Hochschulausbildung außer Betracht.

1.1. Angebot und Nachfrage in der Berufsausbildung

Das Angebot an Ausbildungsplätzen überstieg in der Zeit von 1960 bis Anfang der 70er Jahre die Nachfrage erheblich, so daß jeder Jugendliche nicht nur einen Platz fand, sondern in der Regel auch einen im gewünschten Ausbildungsberuf.⁸⁾ Darüber hinaus blieben eine große Anzahl angebotener Ausbildungsplätze unbesetzt.⁹⁾ Seit 1973 stagniert das Angebot gegenüber der Nachfrage.¹⁰⁾ Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß der Anteil der Jugendlichen, die direkt nach Beendigung der Schule eine Berufstätigkeit aufnahmen, abnahm. Zum anderen stieg die Zahl der Schulabgänger, so daß bei relativ konstantem Angebot sich die Möglichkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, verminderten. Die Nachfrage wird in den nächsten 5 bis 10 Jahren weiter steigen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in die Berufsausbildung drängen.¹¹⁾ Es werden zusätzliche Ausbildungsplätze notwendig. Die Angaben über die Zahl differieren, da es unter anderem keine genauen Daten gibt. Die Bildungspolitische Zwischenbilanz der Bundesregierung schätzt den jährlichen Mehrbedarf auf ca. 50.000 Plätze.¹²⁾

Allein die Betrachtung der globalen Zahlen verdeutlicht, daß die Chancen der Jugendlichen überhaupt einen Ausbildungsplatz zu erhalten, stark gesunken sind und weiterhin sinken. Berücksichtigt man ferner die Tatsache, daß das Angebot regional unterschiedlich ist - es ist besonders eingeschränkt in "Flächenregionen und in Gebieten mit einseitiger Wirtschaftsstruktur"¹³⁾ -, so ist die Folge eine weitere Einschränkung, besonders in Bezug auf die Möglichkeit, einen Ausbildungsberuf eigener Wahl zu ergreifen.¹⁴⁾ Hinzu kommt, daß die Mobilität der Jugendlichen eingeschränkt ist. Sie sind darauf angewiesen, einen Ausbildungsplatz in unmittelbarer Nähe ihres Wohnortes zu finden.

Aber nicht nur die regionale Verteilung der Ausbildungsplätze schafft Probleme für die Berufsausbildung. Auch die Verteilung innerhalb der Wirtschaftsbereiche trägt zu Fehlentwicklungen bei. Betrachtet man die Ausbildungsquote, die Zahl der Beschäftigten im Verhältnis zu der Zahl der Auszubildenden, dann zeigt sich, daß es Defizite und Überschüsse nach Ausbildungsberuf und Wirtschaftsreich gibt.

"In jenen Berufen, in denen 1970 drei Viertel der Fachkräfte ausgebildet wurden, waren nur 40 % der Fachkräfte beschäftigt. Umgekehrt waren 1970 rund 51 % der Fachkräfte (= 6 577 000 Männer und Frauen mit abgeschlossener Berufsausbildung) in Berufen tätig, für die entweder Nachwuchs nur in geringem Umfang ausgebildet wurde oder überhaupt nicht vorhanden war." 15)

Nach den vorliegenden Daten ist das Handwerk der Hauptlieferant für den Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften für Industrie und Dienstleistungsbereich.

"So wurden z. B. 48 % (= 4,5 Mio.) der Männer mit betrieblicher Berufsausbildung im Bereich des Handwerks ausgebildet, es waren jedoch nur 19 % (= 1,8 Mio.) aller betrieblich ausgebildeten Männer im Handwerk beschäftigt. Industrie und Dienstleistungsbereich (einschließl. Landwirtschaft) haben ... etwa in gleichem Ausmaß männliche Fachkräfte aufgenommen, die im Handwerk ausgebildet wurden." 16)

Es ist weiter festzustellen, daß eine erhebliche Umschichtung des Angebots erfolgt ist; daß besonders in Handel und Industrie die Zahl der Ausbildungsplätze zurückgegangen ist, während sie im Handwerk zugenommen hat.¹⁷⁾ Wie die Untersuchung des IAB zeigt, sind die Diskrepanzen zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich groß. Sie sind sowohl zwischen den Wirtschaftsgruppen als auch den Berufsgruppen feststellbar.¹⁸⁾

"Das Ersetzen der eigenen Erstausbildung durch Abwerbung bereits ausgebildeter Fachkräfte ist nun aber nicht allein für die Industrie kennzeichnend. Auch der Dienstleistungsbereich profitiert bisher in beachtlichem Umfang von der Überschußausbildung des Handwerks. Er zog etwa 38% der im Handwerk ausgebildeten Männer an sich." 19)

Diese Wanderung in andere Bereiche und Berufsgruppen drückt sich in der hohen Zahl der Berufswechsler aus.²⁰⁾ Dieser Wechsel ist für fast 20 % nicht selten mit einem Übergang in ungelernte bzw. angelernte Tätigkeiten verbunden²¹⁾, so daß die in der Berufsausbildung erworbenen Qualifikationen nicht oder kaum verwendet werden konnten.

Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe ist ebenfalls unzureichend, wenn man die Nachwuchsquote berücksichtigt. So konzentrieren sich zwei Drittel aller Auszubildenden auf 10 Ausbildungsberufe; diese Verteilung ist relativ konstant und weist geschlechtsspezifische Schwerpunkte auf.²²⁾

Es sollen nun nicht die Gründe für diese Entwicklungen und Strukturen untersucht werden. Hier ist allein von Belang, daß es erhebliche Diskrepanzen zwischen Ausbildungs- und Beschäftigungswesen gibt. Zwar gibt es eine gewisse Bandbreite von aktiver und passiver Substitution. Aktive Substitution bezeichnet die Tatsache, daß ein Teil der erworbenen Qualifikationen in einem anderen als dem erlernten Beruf verwendet werden können. Passive Substitution ist die Austauschbarkeit an Qualifikationen eines Berufs durch einen anderen. Dieses Substitutionspotential reicht jedoch bei weitem nicht aus.²³⁾

Es ist deutlich geworden, daß die mit den benannten Diskrepanzen verbundenen Folgen für den Einzelnen - z. B. Dequalifikation, Bildungschancen - und für die Gesellschaft - Arbeitslosigkeit, Umschulungsmaßnahmen - bildungspolitische Überlegungen und Maßnahmen notwendig machen, diese Fehlstrukturierungen zu beseitigen.

1.2. Qualität der Berufsausbildung

Neben diesen quantitativen Diskrepanzen lassen sich Unterschiede in der Qualität der Berufsausbildung feststellen. Für die betriebliche Seite der Berufsausbildung haben bereits Einzeluntersuchungen²⁴⁾ die vom Deutschen Bildungsrat 1969 in den Lehrlingsempfehlungen festgestellten Mängel bestätigt. Diese Mängel sind: Unvollständigkeit, Unplanmäßigkeit und mangelnde theoretische Fundierung der Ausbildung, unzureichende individuelle Förderung und Abschlußprüfungen, mangelnde Eignung der Ausbilder und Ausbildungsstätten.²⁵⁾ Eine erste zusammenfassende Untersuchung der Qualität der Berufsausbildung hat die "Edding-Kommission"²⁶⁾ durchgeführt, die dazu ein Qualitätsmodell entwickelte. Auf die methodische Problematik der Erhebungen will ich hier nicht eingehen. Es ist festzuhalten, daß eine starke Qualitätsstreuung evident ist.

"Im einzelnen ergab sich aus den Erhebungen, daß die gesetzlichen Vorschriften von den Trägern der Berufsausbildung in sehr unterschiedlichem Maße eingehalten werden. Charakteristische Unterschiede bestehen zwischen den Betriebsgrößenklassen im Bereich der Industrie- und Handelskammern sowie zwischen diesem Bereich und dem der Handwerkskammern. So fehlte zum Beispiel der gesetzlich vorgeschriebene individuelle Ausbildungsplan bei 7,5 v. H. der IHK-Großbetriebe, bei 32 v. H. der Betriebe unter 1 000 Beschäftigten im IHK-Bereich und bei 80 v. H. der zu den Handwerkskammern gehörenden Betriebe.

Die Erhebungen bestätigen die auf Grund früherer Einzeluntersuchungen vermutete starke Streuung der Ausbildungsqualität zwischen Einzelberufen, Ausbildungsgängen einzelner Betriebe sowie auch zwischen Branchen und Regionen. Das Prinzip der Chancengleichheit erscheint wegen dieser großen Unterschiede, aber auch infolge des Einflusses der jeweiligen konjunkturellen Lage für einen großen Teil der Jugendlichen nicht gewahrt..."²⁷⁾

Es wurde ferner ein Zusammenhang zwischen den Kosten und der Qualität der Berufsausbildung konstatiert. Jedoch nicht derart, daß mit kostenintensiven Ausbildungsplätzen automatisch eine hohe Qualität erreicht wird. Vielmehr ist festzustellen, daß gerade in konjunkturell schwieriger Situation kostenintensive Ausbildungsplätze eingespart werden.²⁸⁾

Da nun andererseits die Berufsschule ebenfalls erhebliche Mängel aufweist - Lehrermangel, zu große Klassen, Stunden- ausfall, fehlende Einrichtungen, zu wenig Fachklassen und Mangel an Jahrgangsklassen -, ist auch von dieser Seite kaum eine Qualitätsverbesserung zu erwarten.²⁹⁾

Dabei muß ferner berücksichtigt werden, daß eine bundeseinheitliche Koordination für die schulischen Rahmenlehrpläne nicht gegeben ist. Die Bundesländer arbeiten die Rahmenlehrpläne autonom aus, so daß sie von Land zu Land variieren. Da die Ausbildungsordnungen für den betrieblichen Teil der Berufsausbildung vom Bund erlassen werden, ergeben sich auch hier Diskrepanzen, die die Einheitlichkeit der Qualität negativ beeinflussen.³⁰⁾ Die zeitliche und wichtiger die inhaltliche Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen einschließlich ihrer Modernisierung spielen bei der Qualitätsermittlung ebenso eine Rolle wie die Neuordnung der Anteile von Fachpraxis und -theorie und ihre Zuordnung zu den verschiedenen Lernorten.³¹⁾ Zusammengefaßt muß festgestellt werden, daß es erhebliche Differenzen in der Qualität der Berufsausbildung gibt. Die Folge ist eine Einschränkung der beruflichen Chancen des Einzelnen, was in Zusammenhang mit den Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage zu Problemen für die Beschäftigungsstruktur führt.

1.3. Gleichwertigkeit der Berufsausbildung

Allgemeinbildung und Berufsausbildung haben sich in Deutschland traditionell getrennt voneinander entwickelt. Die Berufsausbildung entwickelte sich aus den Anfängen der handwerklichen Meisterlehre, deren Prinzip das Nachahmen ist, hin zum heutigen dualen System³²⁾. Der zweite Pol, die Berufsschule, kam erst im 19. Jahrhundert hinzu.³³⁾ Die berufliche Erstausbildung erfolgt überwiegend im dualen System. Sie wird ergänzt durch ein System schulischer Berufsbildungsgänge, die den differenzierten Strukturen der Arbeitswelt Rechnung trugen und tragen. Die Berufsfachschulen, Berufsaufbauschulen, Fachschulen und Fachoberschulen erfüllen verschiedene Funktionen innerhalb der Berufsausbildung und führen zu unterschiedlichen Abschlüssen.³⁴⁾

Das allgemeinbildende Schulwesen ist gekennzeichnet durch verschiedene Schulformen. Nach Abschluß der Grundschule erfolgt der Übergang in eine der drei weiterführenden Schulen.³⁵⁾

Die Allgemeinbildung ist dadurch gekennzeichnet, daß sie losgelöst von praktischen Anforderungen allgemein notwendige Kenntnisse, Normen und Verhaltensweisen vermittelt, die Voraussetzung für die Existenz des Einzelnen in der Gesellschaft sind. Indem jedoch die drei Schulformen zu unterschiedlichen Abschlüssen führen entsprechend ihrem Bildungsauftrag, ergeben sich starre Beziehungen beim Übergang in das Beschäftigungswesen. Während über die Hälfte der Hauptschulabgänger in die Berufsausbildung eintritt³⁶⁾, strebt die Mehrzahl der Absolventen des Gymnasiums eine Hochschulausbildung an. Sieht man einmal von den in den letzten Jahren verbesserten Übergangsmöglichkeiten ab, so sind die Chancen, sich weiter zu qualifizieren, für die Mehrzahl der Jugendlichen stark eingeschränkt.³⁾

Im Gegensatz zur Allgemeinbildung bereitet die Berufsausbildung unmittelbar auf die Ausübung eines Berufes vor. Es werden Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten vermittelt, die notwendig sind, um einen eng umgrenzten Beruf ausüben zu können. Sie ist also eng an den praktischen Erfordernissen der Berufswelt orientiert. Dieser funktionale Unterschied zur Allgemeinbildung wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß die Allgemeinbildung Voraussetzung für die Berufsausbildung ist. Weist die Allgemeinbildung auch Mängel auf, die die Berufswahlreife der Jugendlichen beeinträchtigen³⁸⁾, so ist doch das Hauptproblem, daß der unterschiedliche Bildungsauftrag³⁹⁾ auf den Ansprüchen einer hochgradig arbeitsteilig organisierten Gesellschaft beruht.

Die vorhandenen Strukturen des Bildungswesen, die einmal die Bildungsgänge in der Allgemeinbildung scharf voneinander trennen - die Gesamtschule als Integrationsmodell befindet sich immer noch im Versuchsstadium - und zum anderen die differenzierten Formen der Berufsausbildung neben diesen bestehen lassen, führen zu verschiedenen Berechtigungen und Abschlüssen. Dabei ist festzuhalten, daß die Berufsausbildung in der Regel am unteren Ende der Rangfolge der Berechtigungen steht. Das behindert Übergangsmöglichkeiten, Weiterbildung und damit sozialen Aufstieg und Anpassung an veränderte Verhältnisse. In einer Gesellschaft, die ständigem Wandel unterworfen ist, führt diese Ungleichwertigkeit, die sich auch in Ungleichgewichten bei den Bildungsausgaben ausdrückt⁴⁰⁾, zu Schwierigkeiten in der Anpassung der Qualifikationen an die Beschäftigungsstruktur. Die Folgen individueller und gesellschaftlicher Art zwingen zu bildungspolitischen Überlegungen, die Ungleichwertigkeit zwischen den Bildungsbereichen abzubauen, so daß die Chancen eines jeden möglichst gleich sind.

1.4. Zusammenfassung

Die Darstellung hat gezeigt, daß sowohl Qualität als auch Quantität der Berufsausbildung den Anforderungen einer Gesellschaft nicht genügen, die auf hohem technologischem Niveau ständigem Wandel unterliegt.

Weder reichen die vorhandenen und in Zukunft verfügbaren Ausbildungsplätze aus, der Nachfrage gerecht zu werden. Die Knappheit der Ausbildungsplätze führt zu einer Einengung der Bildungschancen. Sie wird verschärft durch regional und sektoral unterschiedliche Angebote. Die Verteilung innerhalb der Wirtschaftssektoren führt zu Ungleichgewichten. Die Ausbildung erfolgt zum großen Teil nicht in den späteren Beschäftigungsbereichen. Hier kommt hinzu, daß die Mehrzahl der Jugendlichen auf wenige Ausbildungsberufe konzentriert sind. Somit ist Berufswechsel und Fehlqualifikation bereits im Ausbildungssektor vorgezeichnet. Das Angebot von Ausbildungsplätzen hängt je nach Bereich und Branche unterschiedlich mit der konjunkturellen Entwicklung zusammen. Es besteht die Gefahr, daß gerade qualitativ hochstehende Ausbildungsplätze eingespart werden, wenn die Konjunktur sich ungünstig entwickelt.

Noch hat die Analyse der Qualität der Berufsausbildung ergeben, daß sie sich in Einklang mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen befindet. Je nach Betriebsgröße, Wirtschaftsbereich und Ausbildungsberuf differiert die Qualität. Die fehlende Abstimmung über Rahmenlehrpläne zwischen den Ländern und von Bund und Ländern über Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne tragen zu Qualitätsunterschieden bei.

Desgleich muß die Ungleichwertigkeit von Allgemein- und Berufsausbildung als Moment der Beeinträchtigung von individuellen Bildungschancen und gesellschaftlichen Erfordernissen angesehen werden. Die starre Trennung zwischen beiden schränkt die Flexibilität und Mobilität ein. Inhaltliche Unterschiede beschränken die Durchlässigkeit.

keit. Das dreigliedrige Schulwesen legt im wesentlichen spätere Berufsverläufe fest.

Somit wird deutlich, daß Bildungs- und Beschäftigungswesen auseinanderlaufen. Die Bildungspolitik steht vor der Aufgabe, Strukturen und Inhalte und die Beziehung von Allgemein- und Berufsausbildung neu zu gestalten, die festgestellten Fehlentwicklungen zu korrigieren bzw. neue zu verhindern, da sonst individuelle und gesellschaftliche Entwicklung beeinträchtigt werden. Ob es möglich ist und wie es bewerkstelligt werden soll, daß Bildungs- und Beschäftigungswesen aufeinander abgestimmt werden, soll in den nächsten beiden Kapiteln untersucht werden.

2. Die Vorstellungen der Bundesregierung

2.1. Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen

Die Berufsbildungspolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze mit der Nachfrage in Einklang zu bringen und die Qualität der Berufsausbildung zu verbessern. Weiterhin soll die Stellung der Berufsausbildung zum allgemeinbildenden Schulwesen und zu den anderen außerschulischen Bildungsgängen so gestaltet werden, daß sie ein gleichwertiger Bestandteil des gesamten Bildungswesens wird. Bevor ich im einzelnen auf die Berufsausbildung eingehe, muß herausgearbeitet werden, wie die Bundesregierung das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungswesen sieht. Denn Bildung und besonders Ausbildung sind nicht zweckfrei, sondern stehen im Zusammenhang mit dem Beschäftigungswesen. Sie entscheiden über Stellung und Sicherheit des Einzelnen im Beschäftigungswesen ebenso wie darüber, ob der Gesellschaft die jeweils notwendigen Quanten qualifizierter Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Soll also die Bildungsplanung nicht im "luftleeren" Raum vonstatten gehen, dann sind Voraussetzungen, Bedingungen und Probleme des Zusammenhangs von Bildungs- und Beschäftigungswesen zu klären.

"Die Bildungspolitik muß zudem nicht nur das Netz der Verbindungen innerhalb des Bildungswesens, sondern auch den gesamtgesellschaftlichen Bezugsrahmen bedenken." 1)

Die Berücksichtigung des gesellschaftlichen Bezugs von Bildung und Ausbildung ist Bedingung der Bildungspolitik, "weil ein Auseinanderfallen der Entwicklungen des Bildungswesens und seines sozialen Umfeldes vermieden werden soll." 2) Die bildungspolitische Zwischenbilanz der Bundesregierung gibt auch gleich die Bereiche an, die durch die Bildungspolitik berührt werden und umgekehrt.

"Wirtschafts-, Finanz-, Raumordnungs- und Arbeitsmarktpolitik, die Regelung des Rechts

und der Besoldung der Beamten und andere Aufgabenbereiche des Bundes wirken in die Bildungspolitik hinein." 3)

Wenn auch aus der Verflochtenheit nicht direkt auf das Verhältnis geschlossen werden kann, in dem Bildungs- und Beschäftigungswesen zu einander stehen - in dem Sinne einer eindeutigen Bestimmung: das Bildungswesen ist die Bestimmungsgröße des Beschäftigungssystem oder auch umgekehrt - , so ist doch festzuhalten, daß politische Maßnahmen in einem der genannten Bereiche wenn nicht direkt so doch indirekt die anderen Bereiche tangieren, somit auf Bildungs- wie Beschäftigungswesen wirken. Dabei ist davon auszugehen, daß Bildungs- und Beschäftigungswesen zwei voneinander getrennt existierende Bereiche sind, die gleichwohl aufeinander bezogen sind.

"Aber eines darf nicht vergessen werden: Wesen und Entwicklungstendenzen von Bildungs- und Beschäftigungssystem sind keineswegs identisch. Sie können weder gleich bewertet noch gleich gesteuert werden. Während wir es in der Beschäftigungspolitik vielfach mit ganz kurzfristigen Verläufen zu tun haben, geht es in der Bildungspolitik um die Lebensentscheidungen von jungen Menschen. Diese unterschiedlichen Zeithorizonte müssen in der Politik berücksichtigt werden." 4)

In dieser Aussage wird zweierlei angesprochen:

- einerseits existieren Bildungswesen und Beschäftigungssystem selbständig nebeneinander. Sie unterliegen unterschiedlichen Bestimmungen, die eine gewissermaßen synchrone Planung ausschließen;
- andererseits kommt die Zeitdimension hinzu: Bildung bzw. Ausbildung braucht längere oder kürzere Zeiträume, bevor sie auf dem Arbeitsmarkt als Qualifikation wirksam wird. Bildung, in welchem Maße auch immer, aber ist Voraussetzung für eine spätere berufliche Existenz des Einzelnen. Was macht nun aber die Schwierigkeit aus, die eine Synchronisierung dieser beiden gesellschaftlichen Bereiche behindert? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bildungspolitik allgemein und insbesondere für die Berufsausbildung?

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die getrennte Existenz beider Bereiche Konsequenzen für den Bedarf und die Nachfrage nach Ausbildung hat. Unter Bedarf ist die Anforderung des Beschäftigungswesens an horizontal und vertikal gegliederten Qualifikationen zu verstehen; unter Nachfrage entweder die individuellen oder gesellschaftlichen Bildungswünsche. Bedingung für eine Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen wäre die Feststellung und Prognose der Entwicklung sowohl des Bedarfs als auch der Nachfrage nach Bildung und Ausbildung.

Aber genau hierin liegen die Schwierigkeiten: weder der Bedarf⁵⁾ noch die Nachfrage⁶⁾ lassen sich eindeutig bestimmen. D.h., daß Bildungsplanung und -politik ihre Maßnahmen und Entscheidungen nur auf jeweils höchst unzuverlässige Daten, Prognosen und Trendaussagen stützen können. Lassen sich weder Bedarf noch Nachfrage eindeutig bestimmen, so gilt dies auch für die Frage, ob das Beschäftigungswesen das Bildungswesen bestimmt oder umgekehrt. Helmut Rohde, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, setzt sich in der bereits zitierten Rede mit dieser Frage auseinander. Als erstes konstatiert er, daß der Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen in der Bildungspolitik lange Zeit ignoriert worden ist.⁷⁾ Ausgangspunkt der Versuche, das Verhältnis zu bestimmen, ist die Feststellung, daß unsere Gesellschaft einem ständigen Wandel unterworfen ist, daß sich die Produktions- und Arbeitsplatzsstruktur und damit auch die erforderlichen Qualifikationen ständig ändern.⁸⁾ Aus dieser Tatsache werden in der Diskussion zwei diametral entgegengesetzte Folgerungen gezogen:

- das Bildungswesen ist bestimmend für das Beschäftigungswesen; und
- das Beschäftigungswesen bestimmt das Bildungswesen.

Die Aussagen der Bundesregierung schließen auf den ersten Blick eine derartig wie auch immer geartete eindeutige

Bestimmung aus. Würde man von einer starren Zuordnung ausgehen, wären die Gefahren eines Auseinanderlaufens beider Seiten zu groß.⁹⁾

Die Konsequenz aus der Zurückweisung der eindeutigen Bestimmung ist das Festhalten daran, daß es eine Wechselbeziehung beider Bereiche gibt.¹⁰⁾

Einerseits ist

"ein leistungsfähiges Bildungssystem für die Entwicklung einer fortgeschrittenen Gesellschaft, die auf die Urteilsfähigkeit und Mündigkeit des einzelnen aufbaut, eine unerläßliche Voraussetzung." 11)

Andererseits:

"Jede noch so allgemeine Formulierung von Bildungszielen wie 'Mündigkeit' oder 'Fähigkeit, das Leben zu meistern' ist auch auf vorausgeschätzte Anforderungen des späteren Arbeitslebens bezogen. Ein Bildungssystem, daß jedem Mitglied der Gesellschaft die Voraussetzungen zur aktiven Gestaltung seines Lebens im privaten, beruflichen und öffentlichen Bereich vermitteln soll, wird in den Bildungsangeboten auch die Anforderungen der Arbeits- und Berufswelt berücksichtigen müssen." 12)

Wenn Bildungs- und Beschäftigungswesen jeweils Voraussetzung für den anderen Bereich sind, dann ergibt sich die Frage, welches Kriterium für die Entscheidungen in der Bildungsplanung gelten soll. Wenn ferner noch hinzu kommt, daß weder Bedarf noch Nachfrage nach Ausbildung bestimmt werden können, ergibt sich durch den o.g. Bezug, daß die Bildungsplanung und -politik bereits jeweils den Keim des Scheiterns in sich tragen. Der Deutsche Bildungsrat geht in seinem "Bericht '75" auf diese Problematik ein, indem er sich besonders auf die Berufsausbildung bezieht.

"Die Berufsbildung muß sich darauf einstellen, daß die Anforderungen von seiten des Beschäftigungssystems an die Ausgebildeten nicht gleich bleiben. Es läßt sich jedoch nicht vorhersagen, ob in der künftigen Entwicklung das Qualifikationsniveau für berufliche Tätigkeiten allgemein ansteigen wird oder ob es zu einer Polarisierung der Qualifikationsanforderungen, nur zu teilweise

höheren Anforderungen, zu gleichbleibenden oder zu niedrigeren Anforderungen kommen wird. Im gesamten Bildungssystem ist dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, indem das allgemeine Bildungsniveau angehoben, die berufliche Bildung entspezialisiert und berufliche Bildung als allgemeine Bildung begriffen wird. Die berufliche Bildung wird flexibel genug sein müssen, beide Entwicklungsmöglichkeiten einzubeziehen." 13)

Hier wird das Dilemma der Bildungsplanung auf einer anderen Ebene reproduziert. Geht man davon aus, daß Bildungs- und Beschäftigungswesen in den Modellen der Bildungsplanung als gegenseitige Voraussetzung bestimmt sind, dann kann letztlich nicht bestimmt werden, wie sich beide Bereiche zu entwickeln haben, um ein Auseinanderlaufen zu verhindern. Die Konsequenz, die der Bildungsrat daraus zieht, ist, daß die Struktur und die Ziele des Bildungswesens so flexibel sein müssen, daß es jeder möglichen Entwicklung angepaßt werden kann. Dabei sind die Möglichkeiten von Bildungsplanung und -politik, das Auseinanderlaufen zu verhindern, beschränkt.¹⁴⁾ Bedingt durch die getrennte Existenz beider Bereiche, verstärkt durch die unterschiedlichen Zeitverläufe, ist das jeweilige Ausmaß der Fehlstrukturierung von Qualifikationen größer oder geringer. Von einem Gleichgewicht zwischen beiden Sektoren auszugehen, ist deshalb schon illusorisch, weil die Allokation von Qualifikationen den Bedingungen des Wirtschaftsablaufes unterworfen ist.¹⁵⁾ So soll man sich dann auch von den Möglichkeiten des Bildungswesens, Korrekturen vorzunehmen, Fehlstrukturierungen zu kompensieren, nicht allzuviel versprechen.¹⁶⁾ Das Bildungswesen kann immer nur reagieren, sollte aber möglichst auf zukünftige Entwicklungen ausgerichtet sein. Wie ist das aber möglich, wenn die Bedarfsprognosen mit derartigen Unsicherheiten behaftet sind, daß eindeutige Aussagen über zukünftige Entwicklungen nicht möglich sind?

Unter den genannten Bedingungen scheint ein offenes, durchlässiges, die Einheit bei Differenzierung gewährleistendes Bildungswesen, dessen einzelne Teile sorgfältig aufeinander abgestimmt sind, dieses Maß an Flexibilität zu bieten.

Ausdruck dieser Tatsache sind die Versuche, die im Strukturplan empfohlenen Maßnahmen zur Neuordnung des Bildungswesens, so wie sie ihren Niederschlag in den Beschlüssen der BLK finden, zu realisieren.¹⁷⁾

Bisher ist aufgezeigt worden, daß das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungswesen nach Auffassung der Bundesregierung nicht eindeutig bestimmbar ist; daß es sich um ein gegenseitiges Bedingungsgefüge handelt, welches jede Seite zur Voraussetzung der anderen bestimmt. Jedoch wird im Zusammenhang mit Überlegungen, wie beide Seite aufeinander abzustimmen sind, deutlich, daß sich das Bildungswesen am Beschäftigungssystem zu orientieren hat.

"Der Strukturplan kann nicht darauf angelegt sein, einen vollen Ausgleich von persönlichem und gesellschaftlichem Anspruch herbeizuführen. Er zielt vielmehr darauf ab, den möglichen Konflikt offenzulegen und ihn durch Anpassung des Bildungsangebots an veränderte Verhältnisse in angemessene Grenzen zu halten." 18)

Der Strukturplan, der m.E. zu Unrecht als Mittel der Gleichmacherei via Bildung kritisiert wurde, spricht hier deutlich aus, welcher Zielsetzung Bildungsplanung und -politik zu dienen haben: das Bildungsangebot an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Die Entwicklung, die immer als ein Spannungsverhältnis beider Bereiche angesehen wurde, ist somit eindeutig auf die Anpassung abgestellt. Der Bedarf an Qualifikationen ist die Voraussetzung, die Bedingung, an der sich das Bildungswesen zu orientieren hat. Die vermeintlich wechselseitige Beziehung ist also dahingehend aufgelöst, daß Bildung zwar Voraussetzung für die berufliche Existenz des Einzelnen ist, und daß die Wirtschaft Qualifikationen aller Art benötigt, um produzieren zu können. Jedoch ist damit keineswegs gesagt, daß die Entwicklung der Produktions- und Beschäftigungsstruktur von Bildungsangebot abhängt. Dies drückt auch das BMBW aus, wenn es ausgehend vom Wandel der Berufsstruktur konstatiert, daß mehr Kenntnisse und höheres Ausbildungsniveau notwendig sind.

"Eine qualifizierte Berufsausbildung und dazu die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen sind notwendig, um den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen gerecht werden zu können. Deshalb bedeutet eine gute, zukunftssichere Ausbildung: Mehr Chancengleichheit, mehr berufliche Mobilität, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, bessere soziale Sicherheit und - für den einzelnen wie für die Gesellschaft - wirtschaftliche Stabilität." 19)

So sind denn die bildungspolitischen Ziele, die mit Beginn der Diskussion um die Bildungsreform propagiert werden, keineswegs Werte "an und für sich", sondern Ausdruck der Tatsache, daß das Bildungswesen derart an das Beschäftigungswesen gekoppelt ist, daß letzteres Voraussetzung des ersten ist. Weil sich nun der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel und damit die Entwicklung des Bedarfs an Qualifikationen nicht bestimmen lassen, muß das Bildungswesen - wie oben gezeigt - flexibel gestaltet werden, um auf Änderungen reagieren zu können, bzw. solche Qualifikationen zu vermitteln, die es dem Einzelnen erleichtern, sich den jeweiligen Veränderungen leichter anzupassen, was sich in der Forderung nach "lebenslangem Lernen" ausdrückt.

Wenn trotzdem der Bundesregierung vorgeworfen wird, daß sie mittels des Bildungswesens das Gesellschaftssystem der Bundesrepublik verändern will, so hat das seinen Grund darin, daß einmal zu Beginn der Reformdiskussion der Schwerpunkt der Argumentation auf die individuellen Bildungswünsche gelegt wurde. Dies war zum anderen mit der Vorstellung verbunden, daß aus dem Bildungswesen Impulse für Gesellschaft und Wirtschaft kommen könnten. Der Fehler ist, daß die andere Seite, nämlich die Bindung der Bildung und Ausbildung an das Beschäftigungswesen, nicht beachtet wurde. Wenn aber die Bundesregierung bereits von Beginn davon ausging, daß das Bildungswesen abhängige Variable ist, dann ist der Vorwurf nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Die Konsequenzen aus der Bestimmung von Bildungs- und Beschäftigungswesen für die Allgemein- und Berufsausbildung werden im folgenden Kapitel aufgezeigt.

2.2. Allgemeinbildung und Berufsausbildung

Zwei Merkmale des Bildungswesen in der Bundesrepublik wurden bereits genannt: Es handelt sich zum einen um die Flexibilität, bezogen auf die Struktur des Bildungswesens. Zum anderen soll der Grundsatz des lebenslangen Lernens realisiert werden. Ausgangspunkt der Überlegungen der Bundesregierung ist die Einheitlichkeit des Bildungswesens.

"Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse innerhalb des Bundesgebietes und Abbau von Ungleichgewichten zwischen einzelnen Bildungsbereichen realisieren sich nur dann, wenn Zielwerte und Bandbreiten der gemeinsamen Planung für Bund und Länder nicht den Charakter unverbindlicher Absichtserklärungen haben, sondern Richtlinien konkreter Politik sind." 20)

Hierin drückt sich die Sorge der Bundesregierung aus, daß die grundgesetzlich verankerte Kompetenz der Länder für das Schulwesen eine Gefahr für die Einheitlichkeit darstellt, denn die Auffassungen der einzelnen Länderregierungen weisen starke Differenzen auf.²¹⁾ Die Gefahr der unterschiedlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern ist dann nicht auszuschließen, wenn die gemeinsam von Bund und Ländern konzipierten Maßnahmen Planungsvorstellungen bleiben, d.h. die Länder weiterhin so verfahren können, wie es ihren Vorstellungen entspricht. Eine Verlagerung der Kompetenz für das gesamte Bildungswesen auf Bundesebene steht neben anderen Möglichkeiten, die Entwicklung abzustimmen und zu koordinieren, z.B. Staatsvertrag, zur Diskussion. Da aber diese Alternativen z.Z. keinerlei Realisierungschancen haben, ist folgenden Fragen nachzugehen.

Wie muß ein Bildungswesen strukturiert sein, wenn es den Zielsetzungen eines flexiblen, abgestuften Bildungswesen entsprechen soll? Welche Lernziele sind anzustreben, um den Einzelnen in die Lage zu versetzen, seine Chancen am Arbeitsmarkt durch eine optimale Qualifikation wahrnehmen zu können? Und schließlich ist zu fragen, ob bzw. wie mit den von der Bundesregierung und den Ländern proklamierten und geforderten

Maßnahmen erreicht werden kann, daß Bildungs- und Beschäftigungswesen aufeinander abgestimmt werden? Eine besondere Bedeutung erhält dabei das Problem, wie Allgemein- und Berufsausbildung einander zuzuordnen sind.

2.2.1. Struktur und Zielsetzungen des Bildungswesens

Das gegenwärtige Bildungswesen ist gekennzeichnet durch seine starke Differenzierung, durch die Abschottung der einzelnen Bildungsgänge gegeneinander und durch seine Hierarchisierung, die dazu führt, daß unterschiedliche Bildungsgänge auf gleichem Niveau nicht gleich bewertet werden. Die bisher in die Wege geleiteten Reformen haben daran im wesentlichen nichts geändert. Es handelte sich vielmehr um eine quantitative Expansion; die inhaltliche und strukturelle Reform befindet sich noch mehr oder minder im Anfangs- bzw. Versuchsstadium.²²⁾ Die Folge der strukturellen Gegebenheiten ist die Einschränkung der Bildungsmöglichkeiten für den Einzelnen, der nicht die Bildung bzw. Ausbildung erhält, die es ihm ermöglicht, die Anforderungen des gesellschaftlichen Wandels mitzuvollziehen. Wenn, wie immer betont wird, die Gesellschaft in ständigem Wandel begriffen ist, so ist es Aufgabe des Bildungswesens, den Einzelnen adäquat auf ihn und die mit ihm verbundenen Konsequenzen vorzubereiten. Das bedeutet aber, daß ein Bildungswesen in seiner Struktur und seinen Zielsetzungen diese Gegebenheiten zu berücksichtigen hat. Deshalb sollen zunächst die Ziele der Bildungsreform untersucht werden, um dann in einem zweiten Schritt die Struktur des Bildungswesens daraufhin zu untersuchen, ob sie zur Durchsetzung dieser Ziele geeignet ist.

"Bildung soll den Menschen befähigen, sein Leben selbst zu gestalten. Heranwachsende Menschen müssen dabei die Möglichkeit größerer Beweglichkeit und Freiheit erfahren, damit sie für sich selbst sinnvoll zu wählen lernen. Bildung soll durch Lernen und Erleben demokratischer Werte sowie durch Einsicht in die gesellschaftliche Entwicklung und ihre Veränderungen eine dauerhafte Grundlage für

freiheitliches Zusammenleben schaffen. Bildung soll Freude an selbständiger schöpferischer Arbeit wecken." 23)

Damit die Menschen in der Lage sind, sich in der Gesellschaft zurechtzufinden, sich auf den Wandel einzustellen, als verantwortungsbewußte Staatsbürger am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihren privaten Bereich sinnvoll zu gestalten, soll das Bildungswesen folgende Ziele realisieren: Flexibilität, Mobilität, Kritikfähigkeit und Kreativität. Diese Ziele sollen in einem Bildungswesen zum Tragen kommen, das Chancengleichheit und das Recht auf Bildung verwirklicht. Der Einzelne soll die Möglichkeit haben, gemäß seinen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten eine optimale Bildung zu erhalten. Das bedeutet, daß das Bildungswesen ein größtmögliches Maß an Individualisierung und Differenzierung bietet.²⁴⁾

"Das Recht auf schulische Bildung ist dann verwirklicht, wenn Gleichheit der Bildungschancen besteht und jeder Heranwachsende soweit gefördert wird, daß er die Voraussetzungen besitzt, die Chancen tatsächlich wahrzunehmen." 25)

Wenn man diese Zielsetzungen unter dem vom Bildungsrat festgestellten Doppelzweck - größtmögliche Chance des individuellen Lernens und Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik²⁶⁾ - betrachtet, dann geht es darum, das Bildungswesen so zu gestalten, daß die gesellschaftlichen Ziele erreicht werden.

Daraus ergibt sich notwendigerweise die Forderung nach einem offenen Bildungssystem, das die bestehenden Unterschiede der einzelnen Schulformen und Bildungsgänge aufhebt und einheitlich nach Grundsätzen strukturiert ist, die für alle Teile gelten. Dieses Bildungssystem soll demokratisch, leistungsfähig und wandelbar sein. Es soll

"jedem Bürger von der Vorschulerziehung bis zur Weiterbildung zu seiner persönlichen, beruflichen und politischen Bildung offen(stehen). Nicht privilegierte Auslese, sondern Chancengleichheit durch individuelle Förderung sei das Ziel der Bildungsreform." 27)

Dieses Ziel ist durch ein einheitliches Bildungswesen zu erreichen, das von der Vorschule bis zur Weiterbildung sämtliche Bildungswege und -formen umfaßt.²⁸⁾ Die Gesamtschule und die Gesamthochschule sind organisatorischer Ausdruck dieser Forderung. In ihnen sind die Unterschiede des bestehenden Bildungswesens aufgehoben.²⁹⁾ Bildung vollzieht sich in ihnen nicht mehr im Durchlaufen einzelner Bildungsgänge, sondern in Stufen. Es muß jedoch festgehalten werden, daß sich zwar alle Bundesländer über die Zielsetzungen einig sind, jedoch über die Strukturierung des Bildungswesens unterschiedliche Auffassungen bestehen.³⁰⁾ So geht denn die Bildungspolitische Zwischenbilanz der Bundesregierung davon aus, daß sich das integrierte Schulwesen als Regelform nicht bundeseinheitlich durchsetzen läßt, so daß die angestrebte Leistungs- und Wandlungsfähigkeit auf der Grundlage des bestehenden Schulwesens verwirklicht werden soll.³¹⁾ Es soll durch eine schulformübergreifende Gestaltung des Unterrichts, der Orientierung der Grundbildung nach wissenschaftlichen Prinzipien erreicht werden, daß die Schulformen sich angleichen und ergänzen.³²⁾ Nun wird aber aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen über die Gestaltung des Bildungswesens keineswegs die Zielsetzung aufgegeben.

"Der Expansion ohne Reform von Inhalten und Strukturen muß der Ausbau nach innen folgen. Oder auch: Das Zurückbleiben inhaltlicher und struktureller Reformen ist kein Argument gegen, sondern ein zwingender Grund für Reformen." (kursiv)³³⁾

Es wird also betont, daß die Reformen, wenn auch unter Erschwernissen durch den Föderalismus, weiter vorangetrieben werden sollen, wobei die inhaltlichen Reformen an erster Stelle stehen. Bevor ich hierauf näher eingehe, müssen noch die Zielsetzungen untersucht werden, unter denen die Reform vonstattengehen soll. Dies gilt insbesondere für das Verhältnis von Allgemein- und Berufsausbildung.

2.2.2. Gleichwertigkeit und Integration von Allgemeinbildung und Berufsausbildung

Wenn im gesamten Bildungswesen die gleichen Bildungsziele mit den gleichen pädagogischen Prinzipien verwirklicht werden sollen, dann ist die Frage, wie die bestehende institutionelle Trennung von allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Besonderheit aufgehoben werden kann. Sollte sie jedoch beibehalten werden, müßte die Stellung letzterer zu den erstgenannten geändert werden.³⁴⁾

Die bildungspolitische Zielsetzung der Bundesregierung ist, ausgehend von den im Strukturplan niedergelegten Prinzipien, Allgemeinbildung und Berufsausbildung inhaltlich und organisatorisch zu integrieren. Damit soll die Chancengleichheit zwischen den Bildungsängen hergestellt werden.

"In der Sekundarstufe II sollen bisher getrennte allgemeine und berufliche Bildungsgänge verbunden angeboten werden. Der Prozeß der Integration soll durch entsprechende Curricula erprobt und schrittweise vollzogen werden." ³⁵⁾

Die bisher bestehende Trennung von allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen hat zu einer Vielfalt von differenzierten, ungleichwertigen Bildungsformen geführt, die ihren Ursprung in den Bedürfnissen der Beschäftigungsstruktur hat.³⁶⁾ Das führt zu Unübersichtlichkeit, "einspurigen" Ausbildungsgängen und Erschwernissen bei den Übergängen von einem Bildungsgang in einen anderen, weil die Zugangsvoraussetzungen zu unterschiedlich sind und nicht geklärt ist, welche inhaltlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen, um die Abschlüsse gleichwertig zu gestalten.

Wenn für alle Bildungsgänge die gleichen pädagogischen Grundsätze gelten - z.B. Wissenschaftlichkeit, breite Grundbildung³⁷⁾ -, so hat das seinen Grund in der Wissenschaftsbestimmtheit der Gesellschaft, die sich in dem ständigen Wandel ausdrückt. Die Konsequenz daraus ist,

daß eine verstärkte allgemeine Bildung sowie eine auf breiter theoretischer Grundlage basierende Berufsausbildung angeboten werden muß. Das bedeutet nun keineswegs, daß damit einhergehend eine Nivellierung von Bildung und Ausbildung erfolgt, sondern daß neue Formen der Differenzierung unter Wahrung der Einheitlichkeit gefunden werden müssen, die dem Kriterium der Durchlässigkeit Rechnung tragen.

"Die Berufsausbildung ist Bestandteil der Sekundarstufe II, steht aber gleichwertig neben anderen Formen der weiterführenden Bildung. Sie führt zu gleichwertigen Abschlüssen. Die Übergangsmöglichkeiten zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen müssen verbessert werden." 38)

Diese Zielvorstellung geht davon aus, daß im traditionellen Bildungswesen die einzelnen Bildungsgänge zu unterschiedlich bewerteten Berechtigungen und damit sozialen Chancen des Einzelnen führen; damit wird die Chance zur Wahrnehmung alternativer Bildungsangebote vermindert.³⁹⁾ Diese Ungleichwertigkeit der Abschlüsse ist nicht nur nicht im Interesse des Einzelnen, sondern steht auch im Widerspruch zu einem demokratischen Bildungswesen, das jedem eine seinen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Bildung und Ausbildung gewährleisten soll.

"Im Sekundarbereich sind stattdessen Förderungs- und Differenzierungsmöglichkeiten notwendig, die ... jedem Schüler immer wieder die Chance geben, seine Begabungen und Fähigkeiten zu erkennen und voll zu entwickeln. Dabei sollte es keine unterschiedliche Bewertungen von Begabungen - etwa theoretischer oder praktischer, technischer oder musischer Begabung - geben. Das setzt allerdings voraus, daß die Bildungsgänge im Sekundarbereich flexibel gestaltet, frühe Festlegungen vermieden und inhaltlich unterschiedliche Abschlüsse bei gleichem Anspruchsniveau auch gleich bewertet werden." 40)

In der Sekundarstufe II sollen also alle Bildungsgänge einschließlich der beruflichen unter Beibehaltung der verschiedenen Lernorte integriert werden, um ein Maximum an Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit zu erreichen.

Neben dieser organisatorischen Zusammenfassung, die voraussetzt, daß die Berufsausbildung gänzlich unter öffentliche Kontrolle gestellt wird, ist die inhaltliche Integration von entscheidender Bedeutung, wenn das Ziel der Gleichwertigkeit erreicht werden soll. Aus diesem Grund sei hier die BLK ausführlich zitiert, die die Grundsätze angibt, nach denen sich die Integration vollziehen soll.

"Grundlegende Reform der Inhalte, Arbeitsweisen und Organisationsformen nach folgenden Prinzipien:

Stärkere curriculare Differenzierung und Möglichkeit der individuellen Schwerpunktbildung in allen Bildungsgängen.

Herstellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung als vordringliche bildungspolitische Aufgabe im Sekundarbereich II, wobei das berufliche Schulwesen neu zu ordnen und auszubauen und die gymnasiale Oberstufe in der geplanten und differenzierenden Form neu zu entwickeln ist.

Curriculare Abstimmung und Verzahnung (Bayern: Curriculare Abstimmung von Bildungsgängen) im derzeitigen allgemeinen und beruflichen Bildungswesen.

Verstärkung und Differenzierung der theoretischen Elemente in berufsqualifizierenden Bildungsgängen, besonders bei der Ausbildung im dualen System, unter Beibehaltung der Praxisnähe und der Effizienz bei dem Einsatz technischer, organisatorischer und personeller Mittel.

Gleichstellung von gleichwertigen Inhalten, die gegenwärtig im allgemeinen und beruflichen Bildungswesen getrennt bewertet werden und zu unterschiedlichen Berechtigungen führen." 41)

Sowohl der BGP wie auch der Strukturplan gehen davon aus, daß im Prinzip die Gesamtschule die Integration am besten vollziehen kann.⁴²⁾ Ebenso ist ihnen gemeinsam, daß die curriculare Verzahnung wesentliches Element eines reformierten Bildungssystems ist. Der Bildungsrat weist auch im Strukturplan ausdrücklich darauf hin, daß eine vollständige Integration weder wünschenswert noch realisierbar ist. Die Schule kann den Betrieb als Ort beruflicher Ausbildung nicht gleichwertig ersetzen, da notwendigerweise die Ausbildung entspezialisiert wird, Praxisnähe und Anpassung an die technische Entwicklung verloren gehen. Die Folge wäre eine

Qualitätsverminderung der Berufsausbildung.⁴³⁾ Teilintegration besonders von schulischen Berufsausbildungsgängen ist aber möglich.

"Neben der curricularen Integration, dem Austausch von Lehrkräften und der Kooperation verschiedener Bildungseinrichtungen in Schulzentren, ist dabei durchaus auch an Formen der vollen organisatorischen Integration, die die curriculare Integration voraussetzt, zu denken, auch wenn diese nicht die ganze Breite der verschiedenen Bildungsgänge umfaßt. Welche Integrationsformen sinnvoll sind, sollte auf dem Wege von Schulversuchen erprobt werden." 44)

Damit ist die Kritik am Strukturplan, er betreibe die Verschulung der Berufsausbildung, von ihm selbst widerlegt. Woran er jedoch festhält, ist die einheitliche Kontrolle des Bildungswesens und dessen Ausgestaltung nach allgemein gültigen Prinzipien. Er sieht jedoch ausdrücklich die Unterschiedlichkeiten der einzelnen Bildungsgänge und versucht diesen gerecht zu werden, indem er die spezifischen Vorteile der Berufsausbildung im Betrieb anerkennt und in ein integriertes Bildungswesen einzubringen sucht.

Während die Diskussion sich zu Beginn vornehmlich mit der organisatorischen Integration befaßte, geht sie in jüngster Zeit eher um die inhaltliche, weil sich u.a. die Einführung der Gesamtschule als Regelschule nicht realisieren läßt, bzw. die Einführung einen längeren Zeitraum beanspruchen würde, aber bereits jetzt Maßnahmen ergriffen werden müssen, die Vereinheitlichung und Verzahnung voranzutreiben.⁴⁵⁾

Diese Tendenz wird schon im o.g. Zitat aus dem BGP deutlich, wenn von Abstimmung und Verzahnung im derzeitigen Bildungswesen die Rede ist. Es ist also von den bestehenden Ausbildungsformen und Bildungsgängen auszugehen, wobei zu beachten ist, daß die bestehende Benachteiligung und Isolation der beruflichen Bildungsgänge aufgehoben wird.⁴⁶⁾

So verlagert sich die Diskussion auf Prinzipien, mit denen die Gleichwertigkeit der Berufsausbildung erreicht werden

soll, zumal die Revision der Curricula aus Gründen, die hier nicht von Belang sind, nicht in dem notwendigen Umfang fort-schreitet.⁴⁷⁾ Es werden schulformübergreifende Curricula an-gestrebt, die in allen Schulformen über verschiedene Inhalte das gleiche Bildungsziel vermitteln sollen.

"Schulformübergreifende Profile müssen allen Schülern gleiche Möglichkeiten einräumen, damit an Hauptschulen, Berufsfachschulen, in Gymnasien, Gesamtschulen und Realschulen ebenso wie im Berufsgrundbildungsjahr über verschiedene Inhalte gleichwertige Leistungen erbracht werden können." 48)

Die dazu notwendigen Maßnahmen sind:

- Angebot von berufsbezogenen Inhalten für die gymnasiale Oberstufe, die zukünftig nicht nur auf das Studium vorbe-reiten soll.
- Inhaltliche Verbesserung der Berufsausbildung in Betrieb, Schule einschließlich der Anerkennung des Abschlusses als Oberstufenabschluß.
- Reform der Facheberschule.
- Entwicklung doppelqualifizierender Bildungsgänge.⁴⁹⁾

Halten wir fest: Alle Bildungsgänge, die an die Sekundarstufe I anschließen, sollen in der Sekundarstufe II zusammengefaßt werden. Dabei handelt es sich nicht nur um eine organisatori-sche, sondern im wesentlichen um eine inhaltliche Integration. Dies soll gewährleisten, daß in allen Bildungsgängen nach den gleichen pädagogischen Prinzipien mittels unterschied-licher Inhalte eine gleichwertige Ausbildung erfolgt, wobei die Momente Differenzierung und Individualisierung stärker zum Tragen kommen als im kerkömmlichen, gespaltenen Bildungs-wesen. Es sollen nicht nur die allgemeinbildenden Bildungs-gänge zusammengefaßt werden. Die beruflichen Bildungsgänge werden als gleichwertig anerkannt und unter Beibehaltung ihrer Spezifik ins Bildungswesen integriert. Organisatorischer Ausdruck der Integration ist die Gesamtschule, in der das Prinzip der Stufung sowie der Differenzierung optimal ver-wirklicht werden kann. In ihr ist Chancengleichheit, ver-

standen als Bildung und Ausbildung des Einzelnen nach seinen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten, optimal verwirklicht. In einem derart strukturierten Bildungswesen wären Abstimmung und Verzahnung der Inhalte ohne größere Reibungen möglich, die Spezialisierung an das Ende der Ausbildungszeit verlagert, Übergänge und damit die Korrektur einmal getroffener Bildungsentscheidungen ohne größere Schwierigkeiten möglich, die notwendig breit angelegte allgemeine und an sie anschließend eine berufliche Bildung gesichert, die auf breitem Grundwissen aufsteigende Stufen der Spezialisierung bietet.

Da jedoch sich aus den genannten Gründen - unterschiedliche Auffassungen der Länder und der lange Zeitraum der Einführung der Gesamtschule - diese Konzeption nicht realisieren läßt, versucht die Bundesregierung, die Integration vornehmlich über inhaltliche Reformen zu erreichen, d.h. das Prinzip der Stufung des Bildungswesens auf der gegebenen Grundlage des dreigliedrigen Schulsystems und des daneben existierenden dualen Systems durchzusetzen. Indem also Inhalte aufeinander abgestimmt werden, die Allgemeinbildung mit berufsbezogenen Inhalten und die Berufsausbildung mit allgemeinen Inhalten "angereichert" werden sollen, wird eine Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Bildungsgänge angestrebt. Somit sind die Prinzipien der Durchlässigkeit und der Anrechenbarkeit realisiert, so daß der Einzelne nach dem Grundsatz des lebenslangen Lernens seine Bildung und Ausbildung ohne große Zeitverluste fortsetzen und sich den wandelnden Bedingungen in Gesellschaft und Wirtschaft besser anpassen kann. Denn Ziel der Reform ist, den permanenten Wandel durch eine ihn adäquate Ausbildung für den Einzelnen erträglich zu gestalten.

Die Bundesregierung ist also daran interessiert, ein Bildungswesen zu schaffen, daß sich Differenzierung und Vereinheitlichung, durch Flexibilität auszeichnet und somit sowohl den individuellen Ansprüchen nach Ausbildung als auch

den gesellschaftlichen Bedürfnissen nach vertikal und horizontal gestuften Qualifikationen nachkommt. Sie muß bei ihren bildungspolitischen Überlegungen davon ausgehen, daß die durch das herkömmliche Bildungssystem produzierten Fehlstrukturierungen überwunden werden müssen, wenn größere Diskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen vermieden werden sollen. Denn die Konsequenzen der Fehlstrukturierung belasten die Gesellschaft sowie den Einzelnen mit zusätzlichen Aufwendungen, wenn Umschulung und Fortbildung notwendig werden.

2.3. Die Reform der Berufsausbildung

Nachdem im vorangegangenen Abschnitt die bildungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung zum Verhältnis von Allgemein- und Berufsausbildung untersucht worden sind, gilt es jetzt die Überlegungen der Bundesregierung zur Reform der Berufsausbildung zu untersuchen. Dabei geht es nicht darum, den Verlauf der Reform und die Gründe ihres Scheiterns zu untersuchen⁵⁰⁾, sondern es sollen die Grundsätze und Motive dargestellt werden, nach denen die Bundesregierung ihre Berufsbildungspolitik gestaltet. Auch das Scheitern der Reform mit der Ablehnung des BBiG durch den Bundesrat im Mai 1976 soll hier nicht weiter berücksichtigt werden, denn die Bundesregierung hält weiterhin an den in den Markierungspunkten festgelegten Grundsätzen fest.⁵¹⁾ Es müssen bei der Analyse besonders die Fragen beachtet werden, die sich im Zusammenhang mit der Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen stellen. Ferner muß gefragt werden, ob die angestrebten Reformen die Qualität der Berufsausbildung anheben und ob die Gleichwertigkeit erreicht wird.

Ausgehend von der Tatsache, daß bereits mit der Verabschiedung des BBiG im Jahr 1969 alle Beteiligten feststellten, daß das Gesetz reformbedürftig sei⁵²⁾, ist festzuhalten, daß die Bundesregierung die Reform der Berufsausbildung als eine Bedingung dafür ansieht, daß die Berufsausbildung zu einem gleichwertigen integralen Bestandteil des gesamten Bildungssystem werden soll.

"Das neue Gesetz will außerdem die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die berufliche Bildung sich zu einem gleichwertigen Bestandteil unseres Bildungssystems entwickeln kann. Denn es ist ein großes Problem der Bildungsreform in den vergangenen Jahren gewesen, daß nach wie vor der Weg über das Abitur als eine Art 'Königspfad' der Bildung angesehen wird, während der Weg über die berufliche Bildung im Bewußtsein mancher mehr als ein 'Trampelpfad' galt." 53)

Die Priorität wird noch unterstrichen durch die Tatsache, daß mit dem "Aktionsprogramm Berufliche Bildung" bereits ein Jahr nach Verabschiedung des BBiG Grundsätze und Ziele sowie einzelne Maßnahmen der Reform niedergelegt wurden. Ferner haben sowohl Willy Brandt als auch Helmut Schmidt in ihren Regierungserklärungen betont, daß die Reform der Berufsausbildung Schwerpunkt der Bildungspolitik der Bundesregierung ist. Dies fand seinen Ausdruck in den Markierungspunkten.⁵⁴⁾ Hintergrund dieser Zielvorstellungen ist die Tatsache, daß die bisherige Reform des Bildungswesens konzentriert war auf die quantitative Expansion des Schulwesens und der Hochschulen, so daß die Berufsausbildung als "Stiefkind" der Bildungsreform behandelt wurde.⁵⁵⁾ Die Gründe dafür, daß bis 1976 diese Zielsetzung kaum eingelöst worden ist, sind mannigfaltig:

1. Sind die beschränkten Mittel des Staates für die Bildungspolitik durch eingeleitete Reformen festgelegt. Sie sind nicht leicht umzudirigieren, will man die Reformen nicht gefährden. Neue Mittel können kaum in nennenswertem Umfang bereitgestellt werden, was nicht zuletzt durch die Rezession deutlich wurde.⁵⁶⁾
2. Die Kompetenzverteilung wirkt hier als Hemmfaktor. Die Länder sind zuständig für das Schulwesen und damit auch für die berufsbildenden Schulen. Der Bund ist zuständig für die betriebliche Ausbildung. Es müssen sich also nicht nur die 11 Bundesländer untereinander abstimmen und einigen, sondern es bedarf auch der Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern. So haben nicht zuletzt die unterschiedlichen Auffassungen dazu beigetragen, daß die Berufsausbildung zwar zum Schwerpunkt proklamiert wurde, aber die Reform nur mühsam vorankommt.
3. Nicht zuletzt ist hier anzumerken, daß die Interessen der Unternehmer als Veranstalter und Abnehmer von Berufsausbildung ein erhebliches Gewicht haben. Bei

den unterschiedlichen Positionen kann man davon ausgehen, daß ein langwieriger Diskussionsprozeß über Ziele und Mittel die Realisierung der Reformvorstellungen verzögern. Die Gewerkschaften als Vertreter der Auszubildenden spielen hier ebenfalls eine Rolle, was den gleichen Verzögerungseffekt hat.

Damit ist nun keineswegs das Ende der Reform bzw. das Abgehen von den Grundsätzen verbunden. Wie im 1. Kapitel gezeigt wurde, weist die Berufsausbildung in der Bundesrepublik erhebliche Mängel auf, die es zu beseitigen gilt.⁵⁷⁾ Die Reformvorstellungen konzentrieren sich auf drei Schwerpunkte:

- Regelung der Berufsausbildung, inhaltliche und strukturelle Veränderungen,
- Finanzierung, und
- Organisation, einschließlich der Frage der Mitbestimmung.

2.3.1. Ziele der Berufsausbildungsreform

Für die Berufsausbildung gelten die gleichen Grundsätze wie für die Allgemeinbildung. So schreibt das BMBW in einer Darstellung der Ziele des Entwurfes für ein neues BBiG:

"Die berufliche Bildung soll zu einer soliden Grundlage für das Arbeitsleben des einzelnen werden. Eine qualifizierte Berufsausbildung stärkt die Position im Alltagsleben und sichert Mobilität und Beschäftigungschancen über das ganze Leben hinweg." 58)

Es wird angestrebt, daß die Auszubildenden die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen entwickeln.⁵⁹⁾ Die Mobilität, die Flexibilität und das kritische Verständnis sollen gestärkt werden. Diese Lernziele sollen auch in der Berufsausbildung verwirklicht werden. Dadurch entsteht ein grundsätzliches Problem. Berufsausbildung ist Spezialisierung, d.h. es werden spezifische Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, die die Ausübung eines speziellen Berufs ermöglichen. Die Folge ist eine Einschränkung der erwünschten Flexibili-

tät und Mobilität, die ja gerade erreicht werden sollen. Damit einher geht die Einschränkung der Wahrnehmung von Chancen am Arbeitsmarkt und die notwendige Bereitschaft, den Gegebenheiten des ständigen Wandels durch Anpassung Rechnung zu tragen.

Diese Konsequenz jeder speziellen Berufsausbildung kollidiert mit der Notwendigkeit, das zweite Ziel in der Berufsausbildung zu realisieren, nämlich die am Arbeitsmarkt geforderten Qualifikationen bereitzustellen.

"Wenn auch der erkennbare Bedarf des Arbeitsmarktes nicht allein die Vorgaben für die Bildungspolitik liefern kann, so ist er doch ein wichtiges Datum für die Überprüfung der Verlässlichkeit bildungspolitischer Annahmen und Entscheidungen. Unter diesen Aspekten lassen sich aus der Betrachtung struktureller Entwicklungen im Beschäftigungswesen Anforderungen an die Struktur des Bildungswesens und Folgerungen für den Einzelnen ableiten." 60)

Da nun die exakte Festlegung von Bedarf und Nachfrage unmöglich ist, muß man fordern, daß die Berufsausbildung zwar spezielles Wissen auf breiter Grundlage, oder anders ausgedrückt: Differenzierung auf einheitlicher Basis, vermitteln, aber dennoch Spezialisierung vornehmen soll.⁶¹⁾

Das führt in Bezug auf die Struktur zu folgenden Konsequenzen:

- Qualifikationen im Bildungswesen anzustreben, die nicht einfach an den Anforderungen des ersten Arbeitsplatzes orientiert sind;

- diese Qualifikationen darauf auszurichten, daß nicht nur aktuell brauchbare Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, sondern vor allem vielfältig verwertbare 'polyvalente' Qualifikationen, und dabei auch der Entwicklung neuer Qualifikationsanforderungen in der Arbeitswelt Rechnung zu tragen. Ein wichtiger Ansatzpunkt muß sein, daß die Mobilisierung und Förderung von Mitdenken und Mitgestalten am einzelnen Arbeitsplatz Voraussetzungen für technischen Fortschritt, gesellschaftliche Mitbestimmung und wirtschaftliches Wachstum sind;

- alle Bildungsbereiche stärker so auszubilden, daß spezialisierende Einarbeitung an den Arbeitsplatz verlegt wird;

- Bildungswege auf Korrektur-, Ergänzungs- und Aufbaumöglichkeiten anzulegen, vor allem die Bereitschaft zu weiterem Lernen zu fördern, so daß an die Stelle von 'Umschulung' künftig 'Zusatzausbildung' treten oder ein Kontaktstudium eine kürzere Erstausbildung sinnvoll erweitern kann;

- das Problem zureichender Entfaltungsmöglichkeiten im Beruf - auch durch beruflichen Aufstieg - nicht durch die Einschränkung des Zugangs zu höheren Qualifikationen im Bildungswesen, sondern durch gezieltes Anheben der Qualifikation der im Wettbewerb Benachteiligten anzugehen." 62)

In diesem ausführlichen Zitat sind noch einmal die Grundsätze der Bildungspolitik mit ihren Konsequenzen ausgedrückt. Dabei handelt es sich zum ersten um eine Qualitätsverbesserung der Berufsausbildung. Zwar ist umstritten, ob es eine allgemeine Anhebung des Qualifikationsniveaus geben muß⁶³⁾, jedoch sind die erheblichen Qualitätsunterschiede zu beseitigen, die heute in der Berufsausbildung feststellbar sind. Die Qualität soll vereinheitlicht und angehoben werden. Die Bundesregierung hat dafür die folgenden Maßnahmen vorgesehen:

- neue Ausbildungsordnungen, mit breiter Grundbildung, möglichst auf Berufsfeldbreite und mit einer auf ihr aufbauenden speziellen Fachbildung in mehreren Stufen⁶⁴⁾;
- eine Neuordnung der Anteile von Fachpraxis und -theorie; damit einhergehend die Verstärkung der Fachtheorie sowie der allgemeinbildenden Teile in der Berufsschule. Außerdem sollen die einzelnen Teile der Ausbildung den entsprechenden Lernorten Betrieb, Schule und überbetriebliche Ausbildungsstätten neu zugeordnet werden;
- Verbesserung der Situation der Berufsschulen⁶⁵⁾; und
- Verschärfung der Ansprüche an die Eignung der Ausbildungsstätten - Akkreditierung - und der Ausbilder - Nachweis der fachlichen, pädagogischen und menschlichen Eignung - unter öffentlicher Kontrolle.

Gerade in der Frage der Eignung hat es große Kontroversen gegeben, denn die Selbstverwaltung durch die Unternehmer ist Strukturmerkmal der Berufsausbildung.

"Öffentliche Verantwortung für die berufliche Bildung bedeutet konkret, daß die Qualität der beruflichen Bildung nicht von den Zufälligkeiten der regionalen Wirtschaftsstruktur und nicht vom besonderen wirtschaftlichen Interesse eines Betriebes abhängig sein darf." 67)

Es muß außerdem festgestellt werden, daß Inhalte und Abschlüsse in der Berufsausbildung so gestaltet sein sollen, daß sie auf vergleichbare Bildungsgänge angerechnet werden können.

"Berufliche Abschlüsse sollen auch in studienbezogenen Bildungsgängen angerechnet oder entsprechenden Abschlüssen gleichgestellt werden können: Wer Physik als angehender Elektroniker gelernt hat, soll sie für das Abitur nicht noch einmal lernen müssen." 68)

All diese Vorstellungen zielen darauf ab, die Berufsausbildung so zu gestalten, daß die Spezialisierung so spät wie möglich einsetzt und Flexibilität und Mobilität erhöht werden, so daß die Berufsausbildung zu einem System von Bausteinen wird. Somit kann die Berufsausbildung jederzeit wieder aufgenommen werden. Der Einzelne hat bessere Möglichkeiten sich auf den ständigen Wandel einzustellen. So ist es möglich gesellschaftliche und soziale Aufwendungen zu vermindern, denn Umschulung und Fortbildung, Arbeitslosigkeit und Wiedereingliederung in die Arbeitswelt werden minimiert bzw. erleichtert.

Es sind bis jetzt Bedingungen, Mittel und Ziele der Berufsausbildungsreform analysiert worden. Jetzt soll auf die Reformen eingegangen werden, die in der Diskussion den größten Raum einnehmen. An erster Stelle ist die Stufenausbildung zu nennen, dann folgen Berufsgrundbildungsjahr, die überbetrieblichen Ausbildungsstätten und schließlich die Verbesserung der Situation der Berufsschulen sowie einzelner Maßnahmen, bevor von der Finanzierung und der Organisation der Berufsausbildung die Rede ist.

2.3.2. Einzelne Reformmaßnahmen

2.3.2.1. Stufenausbildung

Das Konzept der Stufenausbildung kann als das älteste Modell zur Reform der Berufsausbildung angesehen werden. Seit dem Braunschweiger Plan aus dem Jahr 1950, der in die Konzeption der Hibernia-Schule einging⁶⁹⁾, hat es Pläne zur Stufung von fast allen an der Berufsausbildung Beteiligten gegeben. Manche blieben Pläne, andere wurden in Modellversuchen praktisch erprobt.⁷⁰⁾ Mit dem BBiG von 1969 wurde die Möglichkeit geschaffen, Stufenausbildungsordnungen als anerkannte Ausbildungsberufe zu erlassen.⁷¹⁾ Zur Zeit gibt es 8 Stufenausbildungsordnungen, darunter als wichtigste die für die Bauwirtschaft und für die Elektrotechnik sowie für die kaufmännische Ausbildung im Einzelhandel, die als erste im Jahr 1968 erlassen wurde.⁷²⁾

Die Tatsache, daß die Stufenausbildung von allen an der Berufsausbildung Beteiligten befürwortet wird, weist darauf hin, daß sie gegenüber der herkömmlichen ungestuften Ausbildung Vorteile bietet, die für alle, wenn auch unter verschiedenen Prämissen, akzeptabel sind. Freilich ist umstritten, ob alle Ausbildungsberufe einer Stufung bedürfen. Die Vorteile gegenüber der ungestuften Ausbildung lassen sich in zwei Punkten zusammenfassen:

1. Eine Verbreiterung der allgemeinen beruflichen Grundbildung in einem Berufsfeld, z.B. Elektrotechnik, wobei alle Ausbildungsberufe mit gleichen oder verwandten Inhalten zusammengefaßt werden. Damit kann eine Vereinheitlichung und Systematisierung erfolgen. Die an die Grundstufe anschließenden Fachstufen werden von allgemeinen Ausbildungsinhalten entlastet und stellen eine zunehmende Spezialisierung dar.
2. Eine Differenzierung der Ausbildungsabschlüsse, indem jede Stufe einen Berufsabschluß bietet, die einmal die

Aufnahme einer qualifizierten Berufstätigkeit, zum anderen die Fortsetzung der Ausbildung in der nächsten Stufe ermöglicht. Dies kann sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt geschehen; die Stufen sind nach dem Baukastenprinzip einander zugeordnet.⁷³⁾

Die Bundesregierung kritisiert in ihrem Bildungsbericht, daß die Berufsausbildung zu stark an den gegenwärtigen Anforderungen orientiert ist. Damit ist die Gefahr verbunden, daß es zu Fehlstrukturierungen kommt, die eine Versorgung des Beschäftigungswesens mit den benötigten qualifizierten Arbeitskräften erschwert. Deswegen fordert die Bundesregierung eine Berufsausbildung, die

"Ein größeres Gewicht auf die systematische Vermittlung theoretischer Grundlagen und auf ein breites Verständnis für ein Berufsfeld legen (muß). Auf dieser Grundlage kann dann die Fachbildung aufbauen und stufenweise zu dem Spezialisierungsgrad führen, der den qualitativen Anforderungen der Berufswelt entspricht." ⁷⁴⁾

Mit dieser Stufung wird also einmal die Qualität der Berufsausbildung erhöht, indem sie eine größere Systematisierung und Planmäßigkeit in der Grundstufe erreicht, was auch dem BBiG von 1969 entspricht.⁷⁵⁾ Sie ermöglicht ferner, daß die endgültige Entscheidung für einen speziellen Beruf auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bereits mit der Wahl des Berufsfeldes eine gewisse Vorentscheidung gefallen ist.

"Die berufliche Fachbildung baut auf der beruflichen Grundbildung auf. Sie ist durch zunehmende Spezialisierung gekennzeichnet und vermittelt Kenntnisse, Fertigkeiten und Einsichten, die zur Ausübung eines Berufes erforderlich sind."⁷⁶⁾

Dadurch, daß mit jeder Stufe ein Abschluß erreicht wird, der die Aufnahme einer Berufstätigkeit ermöglicht, wird gleichzeitig eine Differenzierung der Ausbildung erreicht. Die Ausbildungszeit wird für einen Teil weniger qualifizierter Berufstätigkeiten in einem Berufsfeld verkürzt gegenüber der

in der Regel dreijährigen Ausbildungszeit, wie sie heute noch vorherrscht. Die Stufenausbildung entspricht somit eher der differenzierten Berufswelt. Jedoch ist zu gewährleisten, daß die Ausbildung bei entsprechender Qualifikation fortgesetzt werden kann.

Somit sind Durchlässigkeit und Mobilität in der Berufsausbildung erhöht, wenn auch für die weniger Qualifizierten auf den unteren Stufen der Ausbildung mit finanziellen Einbußen und sozialem Statusverlust verbunden ist, was wiederum dem Eintreten der Bundesregierung für die sozial Schwachen widerspricht.

Voraussetzung für eine Stufung der Berufsausbildung ist die Zusammenfassung der einzelnen Ausbildungsberufe in Berufsfelder.

"Ein Berufsfeld umfaßt inhaltlich oder funktional verwandte Berufe und Berufsgruppen mit gemeinsamen Grundkenntnissen und Grundfertigkeiten, die als Basis für die weiterführende Ausbildung unerläßlich sind und für die Ausübung mehrerer Berufe in Frage kommen." 77)

Diese Berufsfeldeinteilung ist in der Zwischenzeit erfolgt. Sie ist pragmatisch orientiert an der Berufsstatistik. Die Bundesregierung hat jedoch ein Interesse daran, die Zahl der Berufsfelder möglichst gering zu halten, um die berufliche Grundbildung auf möglichst breiter Basis zu vollziehen.⁷⁸⁾ Die Berufsfelder sind auch Voraussetzung für die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres.

2.3.2.2. Berufsgrundbildungsjahr

Das Berufsgrundbildungsjahr soll als erstes Jahr der Berufsausbildung allgemein in Zukunft gelten.⁷⁹⁾ Die Bundesregierung gibt der Entwicklung des Berufsgrundbildungsjahres Priorität, was sich darin ausdrückt, daß der Stufenplan zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung der BLK sie zu einer der vordringlichen Maßnahmen macht.⁸⁰⁾

Dabei geht die Bundesregierung davon aus, daß das Berufsgrundbildungsjahr losgelöst von der speziellen Tätigkeit in einem bestimmten Beruf eine Grundbildung in einem Berufs-

feld vermittelt.⁸¹⁾

"Die Berufsentscheidung bzw. Korrekturen der Berufswahl sollen erleichtert werden. Das Berufsgrundbildungsjahr soll eine Gelenkfunktion zwischen der allgemeinbildenden Schule und der beruflichen Fachbildung erfüllen. Daher muß das Curriculum des Berufsgrundbildungsjahres einen didaktischen Zusammenhang zwischen den Inhalten der vorausgehenden allgemeinbildenden Schule und der nachfolgenden beruflichen Fachbildung herstellen.⁸²⁾

Das zweite Ziel, die allgemeine Bildung fortzuführen, ist Reaktion darauf, daß die Mehrzahl der Auszubildenden Hauptschulabgänger sind, deren Berufswahlreife unzureichend ist. Somit kann dieses Ziel als eine Reaktion auf die Mängel schulischer Bildung besonders in der Hauptschule angesehen werden, denn vielen Abgängern fehlen zum Teil elementare Voraussetzungen zum Eintritt ins Berufsleben. Es soll ein schrittweiser Übergang von der Schule ins Berufsleben erfolgen.⁸³⁾

Aus dieser Doppelfunktion, einerseits als 1. Jahr der Berufsausbildung, andererseits als Fortführung der Allgemeinbildung ergeben sich Probleme für die Gestaltung und Struktur des Berufsgrundbildungsjahres.

Der Unterricht gliedert sich in drei Bereiche:

- der fachbezogene Unterricht bestehend aus Fachtheorie und -praxis des Berufsfeldes; es werden Grundkenntnisse und -fertigkeiten vermittelt;
- der berufsfeldübergreifende Unterricht, der die allgemeinbildenden Schulfächer fortführt, in der Regel sind dies Deutsch, Fremdsprache, Sozialkunde und Sport;
- der Wahlbereich, in dem nach individuellen Bedürfnissen entweder die vorgenannten Bereiche vertieft oder ergänzt werden.⁸⁴⁾

Nun unterscheidet sich das Berufsgrundbildungsjahr von dem ersten Jahr in der Berufsausbildung dadurch, daß einmal der allgemeinbildende Unterricht erheblichen Anteil an der Gesamtzeit erhält und zum zweiten die berufliche Grundbildung

noch breiter ist als im ersten Ausbildungsjahr der gleichen Ausbildungsberufe auf Berufsfeldbreite.⁸⁵⁾ Das bedeutet, daß die Verknüpfung mit der anschließenden Fachbildung besonders erschwert wird, weil aufgrund des geringen Anteils an Fachpraxis die Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres nicht das Maß an Fähigkeiten und Kenntnissen mitbringen, was die Absolventen des 1. Ausbildungsjahres erhalten. Es fehlt auch die entsprechende Verzahnung der Ausbildungsordnungen und schulischen Rahmenlehrpläne.⁸⁶⁾

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Struktur des Berufsgrundbildungsjahres: es kann in schulischer Form oder kooperativ, d.h. in Schule und Betrieb und gegebenenfalls in überbetrieblichen Ausbildungsstätten durchgeführt werden.⁸⁷⁾ Dadurch daß die Lehrpläne nicht abgestimmt sind, ist eine Übernahme in das 2. Ausbildungsjahr erschwert. Es kommt hinzu, daß die Lehrpläne von Land zu Land verschieden sind,⁸⁸⁾ was eine einheitliche Qualität der Ausbildung im Berufsgrundbildungsjahr verhindert. Da die Anrechnungsverordnung vom 4.1.72 keine Regelung enthält, wie die Ausbildung fortgesetzt werden kann, bestehen für die Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres in der schulischen Form Schwierigkeiten, ihre Ausbildung fortzusetzen.⁸⁹⁾

Da aber auch noch nicht geklärt ist, welche Form des Berufsgrundbildungsjahres für welche Berufsfelder optimal ist, - so ist denkbar, daß für die kaufmännische Ausbildung die schulische für gewerblich-technische Berufe eher die kooperative Form geeignet ist - müssen neben der weiteren curricularen Arbeit die Fragen vorrangig geklärt werden, zumal das Berufsgrundbildungsjahr nach den Vorstellungen der BLK verstärkt ausgebaut werden soll.⁹⁰⁾

2.3.2.3. Überbetriebliche Ausbildungsstätten

Der Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten ist der zweite Schwerpunkt des Stufenplans.⁹¹⁾ In den überbetrieblichen Ausbildungsstätten sieht die Bundesregierung ein

Mittel, die Qualität der Berufsausbildung zu verbessern und die Anzahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen.

"Die überbetriebliche Ausbildung erweitert das Bildungsangebot des Lernorts Betrieb. Der verstärkte Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten soll sowohl zum Ausgleich des regionalen Bildungsangebots beitragen als auch sektorale und betriebsgrößenabhängige Ausbildungs- und Nachwuchsfragen lösen helfen. In diesem Zusammenhang ist auch die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen zu fördern." 92)

Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, wenn im Gesetzentwurf die überbetrieblichen Ausbildungsstätten als eigenständiger Lernort aufgeführt werden.⁹³⁾ Dort, wo die Ausbildung aufgrund der gewachsenen Anforderungen an die Betriebe nicht mehr oder nur noch teilweise durchgeführt werden kann bzw. wo die Wirtschaftsstruktur ein regional unzureichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Folge hat, sollen die überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen als Ergänzung der betrieblichen Ausbildung fungieren. Nur in Ausnahmefällen sollen sie als Ersatz für die anderen Lernorte dienen, etwa in der Ausbildung von Behinderten.⁹⁴⁾ Die Einrichtung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten ist auch von besonderer Bedeutung für die sogenannten Splitterberufe, bei der eine systematische Ausbildung durch die räumliche Zusammenfassung der Auszubildenden mit erheblichem Aufwand und zusätzlichen Erschwernissen verbunden ist.⁹⁵⁾ Obwohl Bund und Länder bisher noch nicht abschließend geklärt haben, welche Funktionen die überbetrieblichen Ausbildungsstätten haben sollen, besteht Einigkeit über den verstärkten Ausbau.⁹⁶⁾

Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten eignen sich ferner für Aus-, Fort- und Weiterbildung. So hat denn die Bundesregierung in verschiedenen Programmen Sondermittel zum Ausbau bereitgestellt. Bis 1979 sind im Rahmen der Finanzplanung zusätzlich 420 Mio. DM vorgesehen.⁹⁷⁾ Jedoch bedarf es der Initiative der Träger, ob diese Summen auch tatsächlich abgerufen werden, denn die überbetrieblichen Ausbil-

dungsstätten werden durch freie Träger betrieben. Als Kriterium für die Vergabe der Mittel gelten die regionale Verbindung mit beruflichen Schulen und ihre unternehmensunabhängige Form, damit sie für alle Jugendlichen offenstehen.⁹⁸⁾ Da nun die überbetrieblichen Ausbildungsstätten von freien Trägern betrieben werden, ist die Frage, ob es zu dem gewünschten Ausbau kommt. Es müssen besonders noch folgende Probleme geklärt werden:

- "- Übernahme der Folgekosten (z.T. schon möglich);
- Dauer und Inhalte der Ausbildungsabschnitte;
- Abstimmung zwischen den verschiedenen Lernorten;
- Kompetenzverteilung zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Berufsschulvertretern und Auszubildenden." 99)

Trotz dieser schwierigen Probleme können die überbetrieblichen Ausbildungsstätten dazu beitragen, daß die Anzahl der Ausbildungsplätze vermehrt wird. Denn einmal wird die betriebliche Ausbildung entlastet, und zum anderen können zusätzliche Betriebe Ausbildung anbieten, die aufgrund der Anforderungen bisher nicht in der Lage waren, die Berufsausbildung in vollem Umfang sicherzustellen. Ferner ist eine Qualitätsverbesserung möglich, da sich die verschiedenen Ausbildungsteile systematisch und zeitlich aufeinander abgestimmt vermitteln lassen.

2.3.2.4. Weitere Maßnahmen

Neben diesen wichtigsten Reformvorhaben, die die inhaltliche und strukturelle Organisation der Berufsausbildung betreffen, gibt es einige weitere Punkte, die ebenso als integrale Bestandteile der Reform gelten. Es handelt sich hierbei um die Verbesserung der Situation der Berufsschulen, um die Weiterbildung und um die Eignung der Ausbilder und Ausbildungsstätten.

Die Situation der Berufsschulen ist gekennzeichnet durch

Lehrermangel, fehlende Sachmittel, große Klassen und unzureichende Stundenzahl.¹⁰⁰⁾ Hier soll nicht noch einmal auf die fehlende Abstimmung zwischen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen eingegangen werden, wiewohl dies ein Hauptmangel der Berufsausbildung ist. Die Berufsschule und ihre Probleme sind als Folge der Tatsache zu betrachten, daß sie als Appendix der betrieblichen Ausbildung angesehen wurde; ein gleichgewichtiges Verhältnis zwischen beiden Lernorten war und ist nicht gegeben. Die Berufsausbildung findet überwiegend im Betrieb statt. Dieses Übergewicht der betrieblichen Ausbildung wird nur noch verstärkt durch die Mängel der Berufsschule. Eine Verbesserung der Situation der Berufsschulen ist unabdingbar, da sie weder in der Lage sind, die jetzt von ihnen geforderten Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen, noch die Reformen adäquat in Angriff nehmen zu können. Jedoch kommt hier der Kulturföderalismus zum Tragen. Die Bundesregierung kann zwar ihre Absichten kundtun, jedoch ist es Sache der Länder, die Reform der Berufsschule durchzuführen. Die Bundesregierung will die Länder in diesem Vorhaben unterstützen.¹⁰¹⁾ Ohne die Reform der Berufsschule und ihre adäquate Ausstattung sind die Stufenausbildung und das Berufsgrundbildungsjahr nicht durch- bzw. einführbar. So sind Bund und Länder¹⁰²⁾ bestrebt, die bestehenden Mängel zu beseitigen, indem zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Es soll durch organisatorische Strukturmaßnahmen die Qualität der schulischen Ausbildung verbessert werden.¹⁰³⁾ Gerade die Blockbeschulung eröffnet Möglichkeiten der Systematisierung und Abstimmung. Ist die Reform der Berufsschule unabdingbar, wenn die Qualität der Berufsausbildung verbessert werden soll, dann gilt dies auch für den Bereich der Weiterbildung. Wenn die Bundesregierung davon ausgeht, daß die Berufsausbildung nicht nur die berufliche Erstausbildung umfaßt, sondern ständiger Prozeß - "lebenslanges Lernen" - ist, dann gelten

für den Bereich der Weiterbildung die gleichen Prinzipien wie für die berufliche Erstausbildung. D.h. jedoch nicht, daß in ihr mit den gleichen Mitteln und Formen ausgebildet wird, wie in der beruflichen Erstausbildung. Notwendig ist dann jedoch eine Normierung der Weiterbildung.¹⁰⁴⁾ In einem Baukastensystem der Berufsausbildung muß auch die Weiterbildung den Kriterien der Durchlässigkeit und gegenseitigen Anrechenbarkeit genügen. Da jedoch die Zahl der Weiterbildungsangebote, der Träger sowie die Intensität und Zielsetzung äußerst heterogen sind, bereitet die Normierung große Schwierigkeiten, zumal der Bereich der Weiterbildung wenig erforscht ist. Deswegen ist es kaum möglich, Kriterien für die Weiterbildung aufzustellen. Auch hilft die Unterscheidung zwischen Anpassungs- und Aufstiegsbildung nicht weiter, da sie in der Regel kaum voneinander zu trennen sind.¹⁰⁵⁾ So ist denn auch klar, warum die Bundesregierung im Gesetzentwurf die Weiterbildung derart regelt, daß die nähere Ausgestaltung durch Rechtsverordnungen erfolgen soll.¹⁰⁶⁾ Die Form soll aber auf jeden Fall so gestaltet sein, daß sie in das Baukastenschema der Berufsausbildung paßt.¹⁰⁷⁾ Hiermit wird denn auch unterstrichen, daß der "Angebotscharakter" der Weiterbildung gewahrt bleiben soll.¹⁰⁸⁾ So regelt der Gesetzentwurf die Anerkennung, den Inhalt, die Aufsicht, Personalfragen und die Prüfungen für die Weiterbildung.¹⁰⁹⁾ Damit ist sichergestellt, daß die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Weiterbildung gewahrt bleiben, da die Rechtsverordnungen jeweils den neuesten Erkenntnissen angepaßt werden können. Die Beratung in der Berufsausbildung soll verbessert werden, damit Fehlentwicklungen und Qualitätseinbußen vermieden werden.¹¹⁰⁾ Ausbildungsberater bei den zuständigen Stellen sollen aber nicht nur die Betriebe bei der Durchführung der Berufsausbildung beraten, sondern auch kontrollieren, ob die Berufsausbildung ordnungsgemäß entsprechend den gesetzlichen Regelungen durchgeführt wird. Diese Doppelaufgabe - Beratung und Kontrolle - bringt den Ausbildungs-

berater in eine schwierige Position. Einerseits ist er weisungsgebundener Angestellter der zuständigen Stelle, also der Kammer - der Organisation der Betriebe -, die er kontrollieren soll. Andererseits soll der Ausbildungsberater die öffentliche Kontrolle der Berufsausbildung sicherstellen. Dieser Schwierigkeit versucht die Bundesregierung dadurch zu entgehen, daß die Berufsausbildungsausschüsse bei den zuständigen Kammern dergestalt eingeschaltet werden, daß sie ein Mitspracherecht bei der Bestellung bzw. Abberufung von Beratern erhalten sollen. Diese Regelung löst das Problem der Kontrolle keineswegs, denn die Stellung der Berater ist weiterhin zwiespältig, ganz abgesehen von der verfassungsrechtlichen Problematik dieser Regelung. Denn der Ausschuß besteht nicht aus Mitgliedern der Kammern, die aber nach geltendem Recht für die Belange der Kammern zuständig sind.

Weiterhin proklamiert die Bundesregierung die Verbesserung der Qualifikation der Ausbilder. Denn von ihnen hängt ab, ob die Qualität der Berufsausbildung nach den Zielvorstellungen der Bundesregierung realisiert wird.¹¹¹⁾ In den §§ 15 - 20 des Gesetzentwurfes sind die Fragen der Ausbilder-Eignung geregelt. Im Gegensatz zum BBiG von 1969 wird hier neben der beruflichen und persönlichen Eignung zusätzlich eine pädagogische vorgeschrieben. Dies gilt im wesentlichen für die hauptamtlichen Ausbilder, nicht jedoch für "Personen, die gelegentlich oder in begrenztem Umfang Hilfsaufgaben in der Berufsausbildung erfüllen, die ihnen von einem Ausbilder übertragen worden sind."¹¹²⁾

Wird die berufliche Qualifikation in der Regel durch einen Abschluß in dem Beruf nachgewiesen, in dem ausgebildet werden soll, so wird die Feststellung der persönlichen und pädagogischen Eignung durch die Ausbildereignungs-Verordnung geregelt.¹¹³⁾ Wichtig ist an dieser Stelle, daß eine allgemeine, einheitliche Qualifikation Bedingung für eine Berufsausbildung ist, die sich ständig weiterentwickelt.¹¹⁴⁾

Da nun weder ein einheitliches Berufsbild für die Ausbilder existiert, noch die rechtliche Stellung im Betrieb eindeutig geklärt ist, ergeben sich große Schwierigkeiten für die Qualifizierung der Ausbilder.¹¹⁵⁾

Dies trifft ebenso für die Eignung der Betriebe zu. Es muß sichergestellt sein, daß die Betriebe die notwendigen Einrichtungen und das Personal zur ordnungsgemäßen Durchführung der Berufsausbildung nach den Ausbildungsordnungen bereitstellen. Welche Kriterien können die Eignung der Betriebe regeln und wie läßt sich die Kontrolle bewerkstelligen?

"Berufsausbildung ist eine öffentliche Aufgabe. Sie wird jedoch nicht nur in öffentlichen Schulen, sondern auch in Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten durchgeführt. Die Durchführung der Berufsausbildung an mehreren Lernorten unterschiedlicher Rechtsnatur macht es erforderlich, daß die Ausbildungsprogramme und Maßnahmen durch entsprechende Verfahren miteinander abgestimmt nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet und kontrolliert werden." ¹¹⁶⁾

Um zu gewährleisten, daß eine einheitliche Qualität der Berufsausbildung erreicht wird, ist es notwendig, die betriebliche Ausbildung nach einheitlichen Gesichtspunkten zu überwachen; diese sind: "u.a. Vollständigkeit, Planmäßigkeit und theoretische Fundierung der Ausbildung; Einsicht in die sozialen Strukturen und Prozesse der Betriebe; Relation Lehrlinge-Ausbilder."¹¹⁷⁾

So sieht denn der Gesetzentwurf entsprechende Kontrollmechanismen vor.¹¹⁸⁾ Die Kontrolle soll durch die Ausbildungsbe-rater unter Hinzuziehung des Berufsbildungs-Ausschusses erfolgen.

Die genannten Maßnahmen sollen sicherstellen, daß die Qualität der Berufsausbildung verbessert wird. Das wird dadurch erreicht, daß betriebliche und schulische Ausbildung fachlich, zeitlich und organisatorisch verzahnt und abgestimmt werden, daß ein Baukastensystem mit einheitlichen, aufeinander aufbauenden Stufen einschließlich der Weiterbildung entsteht, daß Ausbilder und Ausbildungsstätten die Voraussetzungen

dafür bieten, daß die geforderten Qualifikationen auch tatsächlich vermittelt werden.

2.4. Organisation der Berufsausbildung

2.4.1. Zentrale Kompetenz und Selbstverwaltung

Die Bundesregierung hat die Berufsausbildung zur öffentlichen Aufgabe erklärt. Daß bedeutet, daß nicht nur Grundsatzkompetenz und Verantwortung sondern auch Kontrolle beim Staat liegen. Wenn die Berufsausbildung vereinheitlicht, ihre Qualität verbessert und ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen geschaffen werden sollen, dann ist sicherzustellen, daß eine einheitliche Organisation mit klaren Kompetenzen zur effektiven Durchführung der Berufsausbildung notwendig ist. Die Bundesregierung hat für ihren Bereich die Konsequenz gezogen, indem sie die Kompetenzen beim BMBW zusammengefaßt hat.

Bis 1969 lag die Verantwortung und Kontrolle der Berufsausbildung ausschließlich bei den zuständigen Selbstverwaltungsorganen. Diese unterlagen und unterliegen zwar der Rechtsaufsicht durch den Staat, sind in ihren Aufgaben also auch in der Berufsausbildung autonom. Der Staat verhielt sich nach dem Subsidiaritätsprinzip,

"nach dem der Staat in die (betriebliche) Berufsausbildung nur in dem Maße reglementierend oder ersatzweise als Anbieter von Ausbildungsplätzen eingreifen sollte, in dem die Unternehmer und ihre Selbstverwaltungsorgane Ausbildungsbereiche vernachlässigten, ... " 119)

Zwar trat mit dem BBiG 1969 eine Änderung dahingehend ein, daß die Ausschüsse auf allen Ebenen der Berufsausbildung zusammen mit der Berufsbildungsforschung einen verstärkten inhaltlichen Einfluß auf die Berufsausbildung ausübten. Jedoch war damit keineswegs die Selbstverwaltung abgelöst, hatten doch die Ausschüsse im wesentlichen beratende Funktion ohne Eingriffs- und Entscheidungskompetenzen. Ferner war die Abstimmung unter und die Aufgabenzuweisung zu den einzelnen Ausschüssen kaum geregelt, so daß hier von einer

effektiven Kontrolle nicht gesprochen werden kann.¹²⁰⁾
Hinzu kommt, daß die Abstimmung zwischen Bund und Ländern über den Koordinierungsausschuß, die im Protokoll vom 30.5.72 vereinbart worden war, keineswegs reibungslos funktioniert.

So ist denn konsequent, wenn die Bundesregierung in den Markierungspunkten folgende Prinzipien für die Organisation aufstellt:

- " - die Regelungen (müssen) die Verflechtung und Verzahnung beruflicher und allgemeiner Bildung ermöglichen und fördern,
- die Einheitlichkeit der Konzeption (wird) durch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern gesichert,
- die staatliche Verantwortung für die Gestaltung und Durchführung der beruflichen Bildung (muß) sichergestellt (werden),
- die zu beteiligenden Gruppen (wirken) gleichberechtigt mit
- das für die Fortentwicklung der Berufsbildung unverzichtbare Engagement der beteiligten Gruppen (soll) gefördert (werden),
- der Verwaltungsaufbau (soll) eine möglichst effektive, einheitliche und praxisnahe Aufgabenerfüllung (gewährleisten)." ¹²¹⁾

Von diesen Prinzipien ausgehend soll die Berufsausbildung geplant, gesteuert und durchgeführt werden. Die Bundesregierung geht dabei davon aus, daß einmal die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern bestehen bleibt, zum anderen den Selbstverwaltungsorganen der Unternehmer innerhalb dieser Organisation eine entsprechende Aufgabe zugewiesen wird.

"Die vielfältigen Zuständigkeiten in der beruflichen Bildung machen eine sinnvolle Koordination der Anstrengungen notwendig, wenn Vielfalt nicht zu Zersplitterung oder Entscheidungsschwäche führen soll. Planungen müssen zusammengeführt, miteinander abgestimmt und in der Durchführung gemeinsam sichergestellt werden. Ohne eine zentrale Zusammenarbeit der Beteiligten, ohne bessere Abstimmung zwischen Betrieb und Schule, würde es zu erheblichen Schwierigkeiten, zu auseinanderlaufenden Zielen und zu unabgestimmtem Handeln kommen." ¹²²⁾

Die geforderte einheitliche Berufsausbildungsverwaltung soll aus Ausschüssen auf allen Ebenen bestehen, deren Kompetenzen gegenüber denen des BBiG von 1969 erheblich erweitert werden. Sichtbarer Ausdruck der Zusammenfassung der Kompetenzen ist auf Bundesebene das im Gesetzentwurf vorgesehene Bundesinstitut für Berufsbildung, in das auch das BBF aufgehen soll.¹²³⁾

Der Haupt- und der Länderausschuß sind die entscheidenden Gremien des Instituts.¹²⁴⁾ Der Hauptausschuß ist oberstes Organ des Bundesinstituts. Er beschließt über alle wesentlichen Fragen der Berufsausbildung.¹²⁵⁾ Der Länderausschuß

"hat insbesondere die Aufgabe, eine Abstimmung zwischen Ausbildungsordnungen, den schulischen Rahmenlehrplänen und den entsprechenden Regelungen der Länder herbeizuführen, soweit sie dem Bundesinstitut obliegt." ¹²⁶⁾

Da die Entscheidungen des Hauptausschusses und des Länderausschusses die Länder nicht binden können, muß zusätzlich eine Regelung gefunden werden, die die Länder zu gemeinsamem Vorgehen verpflichtet. Dies soll mittels eines Verwaltungsabkommens geschehen, in dem die Verfahren zur Durchführung der im Bundesinstitut gefaßten Beschlüsse festgelegt wird, so daß die Abstimmung zwischen betrieblicher und schulischer Ausbildung auch realisiert werden kann.

Als Landesorgane fungieren die Landesausschüsse, die auch zu Landesanstalten umgebildet werden können. Deren Aufgabe ist die Beratung der Landesregierungen in allen Fragen der Berufsausbildung. Sie sollen bei der Planung mitwirken. Darin eingeschlossen ist die Berücksichtigung struktur-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Probleme, sowie die Sicherstellung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebots.¹²⁷⁾

Die Bezirksausschüsse sollen die Abstimmung zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung gewährleisten und die Koordination der Maßnahmen auf dieser Ebene sicherstellen.

"Das Berufsbildungsgesetz soll auf der Bezirksebene von den Kammern durchgeführt

werden. Die Aufgaben und Rechte der bei den Kammern bestehenden Berufsbildungsausschüsse werden gestärkt." 128)

Die Stärkung besteht darin, daß die Ausschüsse in Fragen der Finanzierung und des Personals für die Berufsausbildung bei den Kammern mitwirken sollen. Gingen noch die Markierungspunkte darüber hinaus - es war die Einrichtung einer staatlichen Verwaltungsinstantz auf der lokalen Ebene vorgesehen, die Kammern sollten als ausführendes Organ fungieren - so bildet die im Gesetzentwurf gefundene Regelung zwar eine verstärkte Kontrolle der Kammern, jedoch ist die fachliche Aufsicht eingeschränkt. Von entscheidender Bedeutung ist, daß die Arbeit der Kammern einer stärkeren Kontrolle von außen, einmal über die detaillierten Vorschriften der Ausbildungsinhalte, zum anderen über die Einschaltung des Ausschusses, unterworfen werden sollen.

Als weiteres Moment kommt hinzu, daß die Prüfungen von staatlichen Prüfungsausschüssen abgenommen werden sollen. Die Kammern fungieren dabei als Durchführungsinstantz und Organisator der Prüfungen. Damit ist der Berufsausbildung ein Instrument beigegeben worden, daß zwar nach einheitlichen Kriterien, jedoch unter Wahrung der Praxisnähe, da die Beteiligten die Prüfungen durchführen, die Anforderungen überprüfen soll.¹²⁹⁾

Diese organisatorischen Maßnahmen stellen einerseits ein Instrumentarium dar, die zersplitterten Kompetenzen in der Berufsausbildung zwar nicht aufzuheben, aber zumindest in eine sinnvolle Beziehung zueinander zu bringen, die die Abstimmung und Koordination in bestimmten Maße ermöglicht. Es muß aber andererseits festgestellt werden, daß 1. die Koordination der Ausschüsse unzureichend ist, 2. die Länder keineswegs auf die Einhaltung der Beschlüsse verpflichtet sind und 3. der Aufwand an Zeit usw. immens ist. Sicherlich wäre es konsequent, wenn die Fachaufsicht auf eine Instanz konzentriert wäre, wenn die Integration in die Sekundarstufe II angestrebt wird, jedoch ist z.Z. die Vereinheitlichung der Verwaltung auf die genannten Regelungen beschränkt.

2.4.2. Planung und Statistik

Eine wichtige Funktion kommt in diesem Rahmen und unter den genannten Bedingungen der Berufsbildungsforschung zu. War sie ursprünglich in den Gesamtzusammenhang gestellt, indem das geplante Bundesinstitut diese Aufgabe mit übernehmen sollte¹³⁰⁾, so bleibt jetzt das Bundesinstitut auf die Beratungs- und Mitwirkungsfunktion beschränkt. Wenn die einheitliche Verwaltung nicht durchgeführt wird, d.h. zersplitterte Instanzen in der Berufsausbildung bestehen bleiben, dann kommt gerade der Bereitstellung von Daten, Statistiken und Plänen eine erhöhte Bedeutung zu. Die Aufgaben des Bundesinstituts sind folgendermaßen beschrieben:

- "- Grundlagen für Planungen und Entscheidungen im Bereich des beruflichen Bildungswesens bereitzustellen und
 - durch erneuernde, zukunftsorientierte Impulse notwendige Veränderungen ingangzusetzen." 131)

Das weist daraufhin, daß es noch an ausreichenden wissenschaftlichen Ergebnissen mangelt, um ein koordiniertes und vereinheitlichtes Vorgehen in der Berufsausbildung zu gewährleisten, wenn die Kompetenzen weiterhin verteilt sind. Es heißt aber auch, daß die mit Vereinheitlichung und Systematisierung einhergehende Entfernung von den Gegebenheiten der Ausbildungsbetriebe Probleme für die Anpassung der Berufsausbildung an den technischen Wandel aufwirft. Von daher ist eine Instanz notwendig, die die "Modernisierung" betreibt. Mit der Integration des BBF in das Bundesinstitut soll dies gewährleistet werden. Die Berufsbildungsforschung soll folgende Aufgaben wahrnehmen:

- "- Die Grundlagen der Berufsbildung zu klären.
 - Inhalte und Ziele der Berufsbildung zu ermitteln.
 - Die Anpassung der Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzubereiten.
 - Den berufsbildenden Fernunterricht zu untersuchen, Vorschläge für seine Weiterentwicklung und Ausgestaltung vorzulegen

- und berufsbildende Fernunterrichtslehrgänge zu überprüfen.
- Gegebenheiten und Erfordernisse der Berufsbildung ständig zu beobachten, zu untersuchen und auszuwerten.
- Forschungsergebnisse und sonstige einschlägige Unterlagen zu sammeln sowie wesentliche Ergebnisse der Berufsbildungsforschung zu veröffentlichen." 132)

Neben diesen Aufgaben, die dazu beitragen sollen, daß die Berufsausbildung bundeseinheitlich durchgeführt wird, spielt das Institut eine wesentliche Rolle bei der Erstellung des Berufsbildungsberichts, der die Grundlage für die Entscheidungen über die Durchführung der überbetrieblichen Finanzierung bildet, bei der das Institut mitwirkt.¹³³⁾

2.4.3. Mitbestimmung

Bisher ist ein wesentliches Moment der Organisation außer Betracht geblieben: Die Mitbestimmung und Mitwirkung der Beteiligten in den verschiedenen Gremien. Alle Ausschüsse sehen die paritätische Besetzung vor. Die beteiligten Gruppen sind: Staat, Lehrer, Unternehmer, Gewerkschaften, Ausbilder und Auszubildende. Es soll hier nicht auf die Vorschlags- und Besetzungsmodalitäten eingegangen werden. Vielmehr geht es darum, herauszufinden, warum Mitbestimmung und Mitwirkung angestrebt wird und welche Probleme sich daraus ergeben.

"Sie (die Beteiligten) sollen die Erfahrungen und Interessen der in der Wirtschaft Tätigen für das staatliche Handeln nutzbar machen. Sie sollen den gleichgewichtigen Einfluß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sicherstellen; und sie sollen die Mitwirkung der unmittelbar Betroffenen bei der Gestaltung und Entscheidung über ihre Berufsbildung ermöglichen." 134)

In diesem Zitat drückt sich dreierlei aus:

- Die Interessen der Beteiligten sind verschieden.
- Staatliches Handeln und staatliche Verantwortung sind auf die Erfahrungen aus der Praxis verwiesen, die der

Staat für sich nutzbar machen will.

- Der Einfluß der Beteiligten ist ungleichgewichtig.

Die Unternehmer haben ein starkes Übergewicht.

Zum ersten Punkt ist festzustellen, daß dem Staat an der Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung gelegen ist. Es sollen die allgemeinen Bildungsziele - Demokratisierung, Mündigkeit, Kritikfähigkeit usw. - verwirklicht werden. Die Berufsausbildung soll nach bundeseinheitlichen Maßstäben erfolgen, was eine Systematisierung und Generalisierung voraussetzt. Das hat zur Konsequenz, daß die Berufsausbildung abgelöst von den jeweiligen betrieblichen Erfordernissen erfolgt. Da nun der Staat darauf verwiesen ist, den Lernort Betrieb beizubehalten, muß er die Interessen der Ausbildungsbetriebe berücksichtigen. Insofern ist eine Einigung über Maßnahmen notwendig. Dies gilt ebenso für die Interessen der anderen Beteiligten.

Die Mitbestimmung ermöglicht also ein "Clearing" der Interessen. Der Staat kann somit erreichen, daß seine Maßnahmen auf der Basis einer Verständigung erfolgen, so daß sie von allen Beteiligten mitgetragen werden.

Zum zweiten. Der Staat kann sich ein Bild von der Berufsausbildung aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen, Statistiken usw. machen. Jedoch ist das Einbringen praktischer Erfahrungen ein Hilfsmittel, die Berufsausbildung effektiv zu gestalten, da die Generalisierung und Systematisierung notwendig eine Abstraktion von den differenzierten Gegebenheiten der Praxis darstellen. Wird aber der Lernort Betrieb beibehalten, dann müssen die Gegebenheiten der Betriebe beachtet werden, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Berufsausbildung an den Gegebenheiten scheitert.

"Sie (Die Bundesregierung, KLK) erhofft sich aus ihrer Mitwirkung wesentliche Impulse für eine fortschrittliche Berufsbildungspolitik." 135)

Zum dritten. Die Beteiligung an der Berufsausbildung war bisher ungleichgewichtig. Sie wurde im wesentlichen durch den Staat und die Unternehmer betrieben. Sollen aber die beiden

anderen Punkte voll zum Tragen kommen, dann müssen auch die Interessen und Erfahrungen der Arbeitnehmer sowie der anderen Beteiligten einbezogen werden. Denn sonst besteht die Gefahr, daß durch eine einseitige Orientierung an bestimmte Interessen die Reformziele verfehlt werden.

2.5. Finanzierung der Berufsausbildung

Mit der Erkenntnis, daß Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen auseinanderlaufen, daß das Defizit zunimmt, ergab sich die Notwendigkeit zu überlegen, wie ein ausreichendes Angebot bereitgestellt werden kann. Als weitere Überlegung kam hinzu, daß die bestehende Finanzierungsform einen Einfluß auf die Qualität der Berufsausbildung haben könnte. So wurde angenommen, daß die Kosten für die Ausbildung durch Anforderungen gesteigert werden, die zusätzlich auf die Betriebe zukommen, wenn die Qualität der Berufsausbildung angehoben wird. So wies bereits der Bildungsrat 1969 in den Lehrlingsempfehlungen darauf hin, daß die einzelbetriebliche Finanzierung aufgrund des bildungspolitischen Grundsatzes der Einheitlichkeit und wirtschaftspolitischer Überlegungen - Konjunkturabhängigkeit und Wettbewerbsverzerrung - durch eine neue Finanzierungsform zu ersetzen sei.¹³⁶⁾ Die angedeutete Alternative - Finanzierung durch den Staat oder eine Umverteilung der Kosten unter alle Unternehmer¹³⁷⁾ - wurde von der Bundesregierung als Diskussionsgrundlage für neue Finanzierungsformen akzeptiert.¹³⁸⁾

Konsequenz dieser Überlegungen war die Einsetzung der "Edding-Kommission" auf den Beschluß des Bundestages durch das BMAS in April 1971. Sie hatte den Auftrag, die Auswirkungen der Finanzierung auf die Berufsausbildung zu untersuchen und Vorschläge für eine Neuordnung zu unterbreiten.¹³⁹⁾ Ohne hier näher auf die Ergebnisse und Untersuchungsmethoden der Kommission einzugehen, ist zu sagen, daß sie die Notwendigkeit der Neuregelung bestätigte.¹⁴⁰⁾ Denn die einzelbetriebliche Finanzierung hat zur Folge, daß die Berufsausbildung an den Interessen des Ausbildungsbetriebes orientiert ist. Dies ist jedoch der Einheitlichkeit und Verbesserung der Qualität abträglich und beeinträchtigt "die Herstellung eines fachlich und regional

ausgewogenen Angebots von Ausbildungsplätzen."¹⁴¹⁾

Weil aber die zusätzliche Belastung der Ausbildungsbetriebe durch erhöhte Qualitätsstandards die bestehende Wettbewerbsverzerrung gegenüber den nicht-ausbildenden Betrieben verstärkt, mithin die Ausbildungsaktivität erschwert bzw. einschränkt, also Ausbildungsplätze gefährdet sind, formuliert die Bundesregierung folgendes Ziel für die Finanzierung:

"Zur Verwirklichung der bildungspolitischen Ziele der Qualitätsanhebung und der Ergänzung des Angebots betrieblicher Bildungsprozesse ist ein Finanzierungssystem erforderlich, das dazu beiträgt, die durch die betrieblichen Bildungsmaßnahmen entstehenden Kostenbelastungen auszugleichen und eventuell bestehende Wettbewerbsnachteile der Ausbildungsbetriebe zu beseitigen." ¹⁴²⁾

Von den beiden Vorschlägen des Bildungsrates wurde der der Umlagenfinanzierung gewählt.¹⁴³⁾ Sie ist gekoppelt an das Angebot von Ausbildungsplätzen. Das Angebot wird durch den jährlich zu erstellenden Berufsbildungsbericht festgestellt. Wenn das voraussichtliche Angebot die erwartete Nachfrage nicht um mehr als 12,5 % übersteigt, wird eine Abgabe von maximal 0,25 % der Lohn- und Gehaltssumme aller privater und öffentlicher Arbeitgeber, die höher als 400.000 DM ist, erhoben.¹⁴⁴⁾ Die eingebrachten Mittel sollen in Form von Prämien für die Schaffung neuer, die Erhaltung gefährdeter sowie zur Schaffung bzw. Unterhaltung von Ausbildungsplätzen in überbetrieblichen Ausbildungsstätten verteilt werden. Notwendig ist nicht nur die Beachtung einer flexiblen Regelung, die sich an die jeweiligen Erfordernisse anpaßt. Es müssen auch wirtschafts-, arbeitsmarkt- und finanzpolitische Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen soll die Finanzierung durch Rechtsverordnung für einen begrenzten Zeitraum geregelt werden.

Ein Problem stellen jedoch die Kosten der Durchführung dar. Die Bundesregierung will sie durch die Einschaltung bestehender Institutionen - Bundesanstalt für Arbeit und die Berufsgenossenschaften - niedrig halten. Ob es gelingt,

Kosten und Ertrag, d.h. die Mittel, die nach Abzug der Kosten für Prämien zur Verfügung stehen, in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen, wird erst die Praxis erweisen können.¹⁴⁵⁾

2.6. Zusammenfassung

Die Bildungspolitik der Bundesregierung zielt auf ein einheitliches, durchlässiges und flexibles Bildungssystem ab, in dem jeder eine seinen Neigungen, Interessen und Fähigkeiten entsprechende Bildung und Ausbildung erhält und das den Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft deckt. Es muß davon ausgegangen werden, daß Bedarf und Nachfrage nach Bildung und Ausbildung zwei Bestimmungsgrößen der Bildungspolitik sind, die miteinander in Einklang gebracht werden müssen.

Der Bedarf unterliegt ständigem Wandel, dessen Entwicklung nicht prognostiziert werden kann. Es können Trends angegeben werden, jedoch ist nicht feststellbar, welche Qualifikationen auf welchem Niveau zu welchem Zeitpunkt benötigt werden. Ebenso verhält es sich mit der individuellen Bildungsnachfrage. Die Folge ist ein Auseinanderlaufen von Bedarf und Nachfrage.

Unter der Voraussetzung, daß Bildungs- und Beschäftigungswesen zwar getrennt voneinander bestehen, jedoch derart aufeinander bezogen sind, daß Bildung und Ausbildung sowohl für die Existenz des Einzelnen als auch für den Fortschritt der Gesellschaft Bedingung sind, obliegt es dem Bildungswesen, die benötigten Qualifikationen bereitzustellen.

Dabei ist der Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft letztendlich das entscheidende Kriterium für das Bildungswesen. Denn wenn das Bildungswesen Qualifikationen vermittelt, die auf dem Arbeitsmarkt keine Entsprechung in Form eines gesellschaftlichen Bedarfs vorfinden, entstehen schwerwiegende Probleme für den Einzelnen und die Gesellschaft.

Wie die derzeitigen Probleme zeigen - Akademiker- und Jugendarbeitslosigkeit, Ansteigen der Schülerzahlen, Ausbildungsplatzmangel und dgl. -, ist die Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen nicht gelungen.

Die Bildungsreform beschränkte sich bisher im wesentlichen auf die quantitative Expansion innerhalb der herkömmlichen

Strukturen. Die grundlegende Neuorientierung ist zwar bildungspolitisches Ziel, spielt sich jedoch bisher primär auf der Ebene von Modellen und Versuchen ab.

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch starre Strukturen. Das dreigliedrige Schulsystem legt die Bildungswege frühzeitig fest, so daß mit dem Übertritt von der Grundschule in eine der drei weiterführenden Schulformen bereits die Entscheidung für den späteren Lebensweg gefallen ist. Neben dieser Struktur des allgemeinbildenden Schulwesens gibt es ein hochdifferenziertes System außerschulischer und schulischer Berufsausbildungsformen, deren Vielfalt auf unterschiedlichen Voraussetzungen aufbaut und das zu speziellen Abschlüssen führt. Der Bereich der Weiterbildung ist ebenfalls kaum mit den anderen Bildungsgängen verbunden. Konsequenz dieses differenzierten Bildungssystems ist Unübersichtlichkeit und Einschränkung von Bildungschancen, die Durchlässigkeit ist zwar prinzipiell gegeben, aber nur unter großen Anstrengungen und großem Zeitaufwand wahrnehmbar.

Weiterhin ist festzuhalten, daß die Bildungsinhalte je nach Bildungsgang verschieden sind: "volkstümliche" Bildung für die Hauptschüler, "humanistische" Bildung für die Gymnasiasten. Diese unterschiedliche Orientierung und die Struktur des Bildungswesens widersprechen den Erfordernissen einer demokratischen Gesellschaft, die durch ständigen Wandel gekennzeichnet ist.

So ist es denn Ziel der Bildungspolitik, Chancengleichheit zu verwirklichen, den Einzelnen zum mündigen Bürger zu erziehen, der mobil, flexibel, kritikfähig und kreativ sein soll. Denn diese Fähigkeiten ermöglichen es, die gegebenen Chancen wahrzunehmen und den ständigen Wandel mitzuvollziehen. Da diese Ziele für alle gleichermaßen gelten, sind die bestehende Differenzierung der Bildungsgänge und die Trennung von Allgemeinbildung und Berufsausbildung unter Wahrung ihrer jeweiligen Besonderheiten aufzuheben. Diesem Prinzip der Vereinheitlichung bei gleich-

zeitiger Differenzierung entspricht ein Bildungssystem, das in sich gestuft in einem Baukastensystem alle Bildungsgänge einschließlich der Weiterbildung vereint. Es soll jederzeit möglich sein, neue Bildungsabschnitte zu absolvieren, wenn dies erforderlich ist.

Organisatorisch drückt sich die Vereinheitlichung in der Gesamtschule aus, die ein hohes Maß an Durchlässigkeit und Flexibilität aufweist, was es ermöglicht, einmal gefällte Entscheidungen zu korrigieren. Aus verschiedenen Gründen - Kulturhoheit der Länder, knappe Finanzen - ist die strukturelle Reform bisher nicht vorangekommen. Die Bundesregierung strebt deswegen an, ihre bildungspolitischen Zielvorstellungen innerhalb der gegebenen Strukturen zu verwirklichen. Dies trifft insbesondere für die Berufsausbildung zu, für deren betrieblichen Teil die Zuständigkeit beim Bund liegt. So hat sie die Bundesregierung zu einem Schwerpunkt ihrer Bildungspolitik gemacht. Dies nicht zuletzt aus dem Grund, weil die Berufsausbildung "Schlußlicht" der Reform ist.

Ziel der Berufsausbildungsreform ist es, ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu schaffen und die Qualität der Berufsausbildung zu verbessern. Die Reformen erstrecken sich auf drei Bereiche: Struktur und Inhalte, Organisation und Finanzierung der Berufsausbildung.

Strukturelle Maßnahmen sind die Einführung der Stufenausbildung, des Berufsgrundbildungsjahres, die Verbesserung der Situation der Berufsschulen und die Verstärkung der überbetrieblichen Ausbildung. Die Berufsbildung soll eine breitere Grundbildung vermitteln, an die Stufen spezieller Fachbildung anschließen. Hiermit wird der Vereinheitlichung und Systematisierung Rechnung getragen. Voraussetzung ist jedoch eine Neuordnung der Ausbildungsberufe und die Schaffung von Berufsfeldern. Auf der Basis einer breiten Grundbildung, die bereits die Aufnahme einer Berufstätigkeit ermöglicht, kann dann eine fortschreitende Spezialisierung erfolgen. Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten dienen

der Ergänzung und Vertiefung der Berufsausbildung. Diese strukturelle Neuordnung muß korrespondieren mit der inhaltlichen Reform der betrieblichen Ausbildungsordnungen und der schulischen Rahmenlehrpläne. Da der Bund für die betriebliche und die Länder für die schulische Ausbildung zuständig sind, bedarf es einer Koordination, damit gewährleistet ist, daß betriebliche und schulische Ausbildung miteinander verzahnt und abgestimmt verlaufen. Dies soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung über eine einheitliche Organisation der Berufsausbildung geschehen, die für die einheitliche Planung, Durchführung und Kontrolle zuständig ist. Die verfassungsrechtlichen Kompetenzen sollen nicht geändert werden - das würde auch am Widerstand einzelner Bundesländer scheitern -, jedoch soll durch Vereinbarungen und Abkommen eine Regelung gefunden werden, die alle Beteiligten auf ein einheitliches Vorgehen verpflichtet. Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Ausschüsse sollen ein koordiniertes Vorgehen sicherstellen. Denn ein bundeseinheitliches Vorgehen ist für die Berufsausbildung unabdingbar, wenn Mobilität und Flexibilität nicht eingeschränkt und die Praxisnähe gewahrt werden sollen.

Die Bundeseinheitlichkeit fordert auch die öffentliche Kontrolle der Berufsausbildung, d.h. die Kammern werden zu ausführenden Organen, die fachlich durch die Ausschüsse kontrolliert werden. Die Prüfungsausschüsse werden verstaatlicht, so daß die Prüfungen nach allgemeingültigen Vorschriften die einheitliche Qualifikation der Auszubildenden sicherstellen.

Da die Berufsausbildung weiterhin in den Betrieben durchgeführt wird, muß sichergestellt werden, daß die Betriebe auch den Anforderungen genügen. Dies geschieht durch die Qualifizierung der Ausbilder und der formellen Akkreditierung der Ausbildungsbetriebe.

Der ständige Wandel erfordert eine ständige Überprüfung der Ausbildungsinhalte. Die Berufsausbildung muß beobachtet,

wissenschaftlich untersucht und ausgewertet werden, wenn sie dem Bedarf entsprechen soll. Dieser Aufgabe dient die in das Bundesinstitut eingegliederte Berufsbildungsforschung, die Voraussetzung für Planung, Steuerung und Kontrolle der Berufsbildung ist.

Die Qualität der Berufsausbildung ist abhängig von strukturellen, konjunkturellen, regionalen und betrieblichen Gegebenheiten. Nun führt die Verbesserung der Qualität dazu, daß die Ausbildungsbetriebe zusätzlich belastet werden, was Ausstattung und Personal angeht. Dies könnte eine Verminderung an Ausbildungsplätzen zur Folge haben. Um ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen sicherzustellen, reicht die einzelbetriebliche Finanzierung nicht aus. Deswegen strebt die Bundesregierung eine überbetriebliche Finanzierungsform an. Die Umlagenfinanzierung verteilt die Kosten auf alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber, beseitigt damit Wettbewerbsverzerrung. Durch die Ausschüttung von Prämien sollen zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen und gefährdete erhalten werden. Inwieweit die Ziele, Verbesserung der Qualität und Vermehrung der Ausbildungsplätze durch die Regelung der Finanzierung erreicht werden, muß die Praxis erweisen.

3. Die Vorstellungen der Unternehmer

3.1. Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen

Untersucht man die Vorstellungen der Unternehmer zur Reform der Berufsausbildung, fällt auf, daß sie einerseits eine Reform für notwendig erachten, andererseits sich gegen die von der Bundesregierung vorgelegten Modelle, Pläne und Ziele vehement zur Wehr setzen. Dahinter taucht die Frage auf, wie die Diskrepanz zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen beseitigt werden kann. Dabei ist von Bedeutung, daß die Unternehmer die Produktionsgebundenheit der Berufsausbildung fordern, d.h. die Berufsausübung - "learning by doing" - soll integraler Bestandteil der Berufsausbildung sein. Dabei wird von Anfang an ein Grundsatz proklamiert, der dann auch einen sinnvollen Bezug im Sinne von Ausgleich zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen als aussichtsloses Unterfangen erscheinen läßt.

"Man kann nicht generalisieren (in Bezug auf den Bedarf an Qualifikationen, KLK) und das ist die Schwierigkeit, in der sich die Wirtschaft befindet. ... Noch vor 5 Jahren konnte niemand voraussagen, daß wir heute einen enormen Bedarf an Fachleuten für die elektronische Datenverarbeitung haben. Es ist nicht Unwilligkeit, wenn die Wirtschaft bei ihren Prognosen vorsichtig ist. Auch äußere Einflüsse wie Auf- und Abwertung bestimmen unsere wirtschaftliche Lage und den Kräftebedarf." 1)

Die Unternehmer sind Abnehmer und gleichzeitig Produzenten von Ausbildung. Sie stellen die Arbeitsplätze ebenso wie die Ausbildungsplätze bereit. Es ist also vorausgesetzt, daß sich die Produktionsstruktur und damit die Arbeitsplatzstruktur und die Anzahl der Arbeitsplätze in der freien Marktwirtschaft autonom entwickeln.

Dem Bildungswesen fällt die Aufgabe zu, die jeweils notwendigen Qualifikationen zu liefern. Nun läßt sich allenthalben feststellen, daß die Abstimmung nicht reibungslos funktioniert (vgl. Kap. 1). Die Unternehmer stellen fest, daß die Qualifikationen, die im schulischen Bildungswesen - und das trifft auch für den tertiären Bildungssektor zu - nicht mit den Anforderungen der Arbeitswelt übereinstimmen. Die Übereinstimmung stellt sich erst im Nachhinein auf dem Arbeitsmarkt heraus. So sind immer wieder Klagen der Unternehmer zu hören, daß die allgemeinbildenden Schulen - zur Funktion und Stellung der allgemeinbildenden Schulen im Bildungswesen vgl. Abschn. 3.2. - versagen: den Jugendlichen fehle die Berufswahlreife ebenso wie elementare Fähigkeiten wie Rechnen, Schreiben usw. Oder am anderen Ende der Bildungsskala: die Hochschulabsolventen hätten zwar theoretisches Wissen, dessen praktische Relevanz aber gleich null sei. Die Akademiker brauchen eine zu lange Anlaufzeit, bis sie ihr Wissen auf die praktischen Anforderungen des Berufes anzuwenden in der Lage sind. Das nachträgliche Feststellen einer Fehlstrukturierung durch Bildung und Ausbildung vermittelt des Marktmechanismus hat zur Folge, daß die Unternehmer mit der Anpassung an die betrieblichen Anforderungen zusätzlich belastet sind. Es fehle, so klagen sie, an Anpassungsbereitschaft, an Disziplin, an Mobilität. Von hier erklärt sich das Interesse der Unternehmer an einer Reform des Bildungswesens. Sie erhalten nicht die Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt, die sie für ihre jeweiligen Betriebszwecke benötigen. Eine Abstimmung zwischen Bedarf und Nachfrage ist nicht möglich, so daß das Bildungswesen auf die Veränderungen der Qualifikationsstruktur nur reagieren kann.

"Die List der Idee unseres gegenwärtigen Berufsausbildungssystems liegt ja darin,

daß sie das wirtschaftliche Interesse der Betriebe mit dem sozialen Entwicklungsinteresse des Facharbeiters am einfachsten synchronisiert und dieser Vorgang zugleich in einfacher Weise auch dem Gesamtinteresse dient. Dieser Steuerungsprozeß muß aus der Natur der Sache heraus von vornherein allen bürokratischen Systemen überlegen sein und ist daher - wie die Marktwirtschaft selbst - unter allen unvollkommenen Systemen noch immer das beste."2)

Otto A. Friedrich, ehemaliger Präsident des BDA, stellt also fest, daß die Abstimmung über den Marktmechanismus wenn auch unvollkommen doch am besten zu regeln sei und allen diene. Betrachtet man jedoch die heutigen Probleme, z.B. Jugendarbeitslosigkeit, Fehlstrukturierung der Berufsausbildung, Mobilitätsdefizite, so ist diese Aussage zumindest zu relativieren. Wenn Friedrich nun fortführt:

"Jedenfalls ermöglicht es permanente Anpassung an die Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft, nicht durch spektakuläre Reformdebatten und durch abrupte Schritte und Zäsuren, dafür aber um so mehr im geräuschlosen Fortschritt der berufsbildenden Tagesarbeit" 3),

so spricht er damit zweierlei aus:

1. Es bedarf eigentlich keiner Reform. So wie die Berufsausbildung strukturiert ist, funktioniert die Verteilung am besten.
2. Der Bedarf der Wirtschaft ist das entscheidende Kriterium für die Verteilung.

"Rasche Veränderung der Fertigungs- und Produktionstechnik" als Motor von Veränderung zieht Veränderungen im Bedarf und in der Struktur der Qualifikationen nach sich. Friedrich spricht mit der "List der Idee" das Interesse der Unternehmer aus. Das Ausbildungswesen hat sich nach dem Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft zu richten. Dieser ist das Kriterium, an dem sich alle Bildungsanstrengungen letztendlich auszurichten haben.

Eine Bildungspolitik, die nicht den Bedarf berücksichtigt, stelle alle Reformen infrage,

"weil eine wachstums- und stabilitätsorientierte Wirtschaft das materielle Fundament hierfür stellt. Mit Bildungsreformen, die von zweifelhaften Ideologien getragen werden und mit einem falsch verstandenen Bürgerrecht auf Bildung, das sich nur wenig oder garnicht am Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft orientiert, ist weder dem einzelnen Menschen noch der Gemeinschaft gedient." 4)

Orientiert sich die Bildungspolitik am Bürgerrecht auf Bildung, so ist das falsch, weil der Bedarf der Wirtschaft zu kurz kommt; "richtig" verstandenes Bürgerrecht auf Bildung heißt: Abstellung der individuellen Nachfrage nach Bildung auf den Bedarf. Das Interesse der Unternehmer, die Bildung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft abzustellen, findet seine Grenze darin, daß die Bildung ein Sektor der Gesellschaft ist, der ihrem unmittelbaren Zugriff - abgesehen von der betrieblichen Berufsausbildung - entzogen ist, entzogen sein muß, da ja die Bildung Voraussetzung für die Aufnahme und Ausübung einer spezialisierten Berufstätigkeit ist. Da diese Abtrennung des Bildungswesens zur Folge hat, daß es mit dem Beschäftigungswesen abgestimmt werden muß, denn sie sind aufeinander bezogen, ergeben sich Anpassungsschwierigkeiten. Das ist der Grund dafür, daß auch die Unternehmer eine Reform des Bildungswesens fordern, die sich aber an dem Bedarf zu orientieren hat.

Betrachtet man die Forderungen, die die Unternehmer an die Reform des Bildungssektors richten, so unterscheiden sie sich erstmal kaum von denen der Bundesregierung oder der Bildungsreformer. Wenn auch der Schwerpunkt der bildungspolitischen Stellungnahmen und Aktivitäten der Unternehmer auf dem Gebiet der Berufsausbildung und ihrer Reform liegt, so äußern sich die Unternehmer auch zu anderen Fragen, die das Bildungswesen betreffen, zumal da die Reformvorstellungen der Bundesregierung auf die

Integration von Allgemein- und Berufsausbildung abzielen.
So sollen jetzt die Vorstellungen der Unternehmer zur
Allgemeinbildung und deren Integration mit der Berufsausbildung untersucht werden.

3.2. Allgemeinbildung und Berufsausbildung

"Bildungspolitik ist ein tragendes Moment moderner Gesellschaftspolitik. Die unternehmerische Wirtschaft sieht ihre Pflicht und ihr Recht zur Mitsprache und Mitwirkung in der bildungspolitischen Diskussion nicht nur dadurch begründet, daß sie Bedarfsträger für Arbeitsleistung durch qualifizierte Arbeitskräfte ist. Vielmehr hält sie eine eigene bildungspolitische Position und entsprechende Initiativen auch aus ihrer Verantwortung für das gesellschaftliche Ganze für unabdingbar." 5)

Die Unternehmer haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich mit Bildungsfragen zu beschäftigen. Es fällt auf, daß die Unternehmer dieses an und für sich selbstverständliche Staatsbürgerrecht, sich zu gesellschaftlichen Fragen zu äußern, besonders betonen. Indem sie diese Selbstverständlichkeit betonen, wollen sie sich rechtfertigen. Es ist so, als ob die Unternehmer sich eigentlich auf ihren Bereich beschränken wollten, sich aber gezwungen sehen, auf andere gesellschaftliche Bereiche einzuwirken.

Wenn auch davon auszugehen ist, daß die Ausrichtung der Bildung und Ausbildung auf den Bedarf schwerlich gelingt, weil der ständige Wandel nicht antizipierbar ist, so erklärt sich die Auffassung der Unternehmer daraus, daß sie, als Abnehmer von Qualifikationen mit den Resultaten von Lernprozessen konfrontiert, ein Interesse daran haben, die von ihnen benötigten Qualifikationen auch zu erhalten. Was soll also nach Auffassung der Unternehmer das Bildungswesen für die Gesellschaft und den Einzelnen leisten? Welche Bildungsziele streben sie an?

"Das Bildungssystem muß so gestaltet werden, daß es Eigenständigkeit und Kritikfähigkeit des einzelnen fördert und zur Orientierung an den gesellschaftlichen Werten führt. Oberstes Ziel muß dabei sein, bei Jugendlichen wie bei Erwachsenen Bildungsbereitschaft zu entwickeln, Leistungswillen zu fördern und zur Selbsteinschätzung zu befähigen. Dazu müssen dem einzelnen die Zusammenhänge in seiner Umwelt erkennbar und einsichtig

gemacht werden, damit er sich mit diesen auseinanderzusetzen vermag und zur sozialen Verantwortlichkeit befähigt wird. Gerade die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik bietet jedem großen Raum zur Verwirklichung der Ziele, die er sich selber setzt." 6)

Jeder kann in der Bundesrepublik die Ziele erreichen, die er sich selber setzt. Dazu bedarf es aber Fähigkeiten und Einsichten, die es jedem ermöglichen, selbst zu erkennen, welche Ziele jeder für sich erreichen kann. Die Gesellschaft setzt den Rahmen, schafft die Voraussetzungen für die Realisierung der individuellen Bildungswünsche und -bemühungen, so daß der Einzelne unabhängig von sozialer Herkunft gemäß seinen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten eine optimale Bildung erhält.

"Jeder ist nach seinen Fähigkeiten und Neigungen zu fördern, unabhängig von sozialer Herkunft. Die Leistung, die Anforderungen des Beschäftigungssystems sowie die finanziellen Möglichkeiten in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft müssen die Maßstäbe für die Förderung sein." 7)

Sind also die gesellschaftlichen und individuellen Voraussetzungen gegeben, liegt es in der Verantwortung des Einzelnen, durch Leistung eine entsprechend hohe Sprosse auf der Bildungsleiter zu erklimmen. "Jeder hat das Recht auf Selbstverwirklichung durch Bildung."⁸⁾ Welche Fähigkeiten, Normen und Wertvorstellungen sollen Bildung und Ausbildung vermitteln, in einem Bildungswesen, das jedem Einzelnen eine optimale Bildung zukommen lassen soll, das aber auch an den Anforderungen des Beschäftigungswesens und den finanziellen Möglichkeiten orientiert sein muß? Die Unternehmer fordern, daß die Kritikfähigkeit und Eigenständigkeit zu fördern ist. Diese sind gekoppelt an die gesellschaftlichen Werte. Der Bürger soll also lernen, seine Lebensgestaltung kritisch reflektierend zu gestalten. Wenn also die Möglichkeiten der Gesellschaft der Maßstab für das Bildungswesen ist, dann heißt das, daß der Bürger

seine Möglichkeiten in der Gesellschaft einzuschätzen in der Lage ist und demgemäß handelt. Da ihm die Gesellschaft vorausgesetzt ist, in diesem Zusammenhang die Entwicklung der Produktionsstruktur und damit der Qualifikationsmerkmale besonders mit ihren vielschichtigen, hierarchisch geordneten, spezialisierten Einzeltätigkeiten, gilt es nach Auffassung der Unternehmer, die o.g. Verhaltensweisen darauf zu richten, diese gesellschaftlichen Voraussetzungen zu akzeptieren.

Das gewünschte Verhalten setzt wiederum eine Bildungsbereitschaft des Bürgers voraus, will er nicht den Anschluß verlieren, d.h. er soll die einmal erworbenen Qualifikationen ständig erweitern bzw. neue Qualifikationen erwerben. In diesem Sinne gilt es den Willen zur Leistung zu entwickeln. Der Bürger soll schöpferisch und phantasiebegabt seinen Lebensweg gestalten können.

"Keine andere Maßnahme kann den Menschen unserer Zeit so sehr das Bewußtsein von Freiheit und Sicherheit vermitteln, wie die, durch Bildung und Ausbildung den Erfordernissen des Lebens und Berufs zu entsprechen." 9)

Diese Ziele sollen in einem Bildungssystem erreicht werden, in dem ein "höchstmögliches Maß an Chancengerechtigkeit" verwirklicht werden soll.¹⁰⁾ Nun sind aber auch gesellschaftliche Anforderungen an das Bildungswesen gestellt; Bildung dient nicht einem Selbstzweck oder irgendwelchen pädagogischen Interessen.

"Die Bildungswege müssen auch auf das Ziel beruflicher Verwertbarkeit von Befähigungen abgestellt sein, nicht jedoch auf ein pre-stigebestimmtes Anspruchs- und Berechtigungsdenken." 11)

Bildung und Ausbildung haben dafür Sorge zu tragen, daß dem Bürger das allgemeine Wissen, die Normen und Verhaltensweisen vermittelt werden, die es ermöglichen, daß er sich in der Gesellschaft, im Beruf und in der Freizeit zurechtfinden kann. Dabei ist zu beachten, daß die Unternehmer fordern,

Bildung und Ausbildung sollen sich an der beruflichen Verwertbarkeit orientieren. Nun sind ja die Entwicklung der Berufe, der Qualifikationsmerkmale usw. (Vgl. Abschn. 3.7. und 3.8.) unabhängig von dem, was im Ausbildungssektor geschieht. Wenn nun das Bildungswesen sich in seiner Zielsetzung, seinen Strukturen, Inhalten und Methoden an dem sich ständig wandelnden Beschäftigungssystem orientiert, seine Funktion darin besteht, die Qualifikationen zu produzieren, die voraussichtlich benötigt werden, dann sind die benannten individuellen Bildungsziele - Selbstverwirklichung, Urteils- und Kritikfähigkeit, Bildungsbereitschaft und Kreativität - am Bedarf festgemacht, was nichts anderes heißt, als daß die Unternehmer fordern, daß diese Fähigkeiten dazu dienen sollen, die vorgegebenen Strukturen zu akzeptieren. Der Bürger soll lernen, sich diesen Voraussetzungen gemäß zu verhalten, sich auf sie einzustellen und den jeweils wechselnden Anforderungen mobil und flexibel zu begegnen.

"Aufgabe der Schule insgesamt ist es, den jungen Menschen zur Ausfüllung seiner Rolle in der Gesellschaft zu befähigen und zum Verständnis der späteren Berufsanforderungen hinzuführen. ... Dazu gehört allgemeines Wissen ebenso wie die Vermittlung von Grundkenntnissen und -fähigkeiten für die Berufsfindung. Ohne zu früh zur Spezialisierung zu verleiten, muß den unterschiedlichen Begabungsschwerpunkten der jungen Menschen durch einen breiten Fächer von Lernstoffen entsprochen werden." 12)

Wenn Bildung und Ausbildung sich an ihnen Vorausgesetztem zu orientieren hat, worauf sie keinen unmittelbaren Einfluß hat, dann sind die individuellen Qualifikationsmerkmale Bedingung für das Akzeptieren der Verhältnisse. Wie muß nun eine Ausbildungssystem beschaffen sein, daß einerseits von den finanziellen Möglichkeiten von Staat und Gesellschaft begrenzt wird, andererseits seiner gesellschaftlichen Funktion gerecht werden soll?

"Sie (die Schule, KKK) muß dem einzelnen für den weiteren Lebensweg Hilfen gemäß Begabung, Interesse, Leistungsfähigkeit und -bereitschaft geben und dabei die Durchlässigkeit zu entsprechenden Bildungswegen und -abschlüssen gewährleisten."¹³⁾

So steht dann das allgemeinbildende Schulwesen vor der Aufgabe, allgemeinbildendes Wissen zu vermitteln und zu beschränken, denn auf den einzelnen Stufen der Berufshierarchie werden unterschiedliche Quanten des allgemeinen Wissens benötigt. Während nun das dreigliedrige Bildungssystem der Bundesrepublik dem Kriterium der Differenzierung gerecht wird, hat es jedoch den Mangel, daß die einzelnen Schulformen starr voneinander getrennt sind, da seine einzelnen Formen und Inhalten zu stark auf die Bedürfnisse der auf ihnen aufbauenden Berufswege und -möglichkeiten abgestellt sind. Somit ergibt sich die Frage nach der Durchlässigkeit des Bildungswesens.

Wenn der Bedarf an Qualifikationen Schwankungen und Veränderungen unterliegt, deren Verlauf nicht bestimmt werden kann, muß das Bildungswesen flexibel darauf reagieren können. D.h. die Übergänge zwischen den einzelnen Bildungsformen müssen so beschaffen sein, daß jederzeit ein Umsteigen des Schülers oder Auszubildenden auf andere Bildungswege möglich ist, daß einmal gefällte Bildungsentscheidung revidiert werden können. Dies gilt auch für berufliche Ausbildungswegen.

Erinnert sei an dieser Stelle an die Mobilisierung von Begabungsreserven aus den sozial benachteiligten Schichten in einer Zeit, in der ein starker Bedarf an allgemein höher qualifizierten Arbeitskräften angenommen wurde. Jetzt wird aber die Überproduktion von Gymnasiasten und Hochschulabsolventen beklagt. Dieses Phänomen lasten die Unternehmer dem Staat und einer verfehlten Bildungspolitik an¹⁴⁾ sowie den Individuen. Letzteren, weil sie nicht realistisch genug sind, sich mit dem vorausgesetzten Angebot an Arbeitsplätzen zufrieden zu geben, obwohl ja gerade die Unternehmer fordern,

der Einzelne solle sich selbst verwirklichen. Dem Staat, weil er in seiner Bildungspolitik nicht erreicht hat, die Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen zu erreichen.

Die Unternehmer halten am überkommenen dreigliedrigen Schulsystem in der Bundesrepublik fest, gleichwohl kritisieren sie dessen Starre und Undurchlässigkeit, die in "Bildungssackgassen" führen, aus denen sowohl der Hauptschüler mit der vorgezeichneten Berufslaufbahn Arbeiter als auch der Gymnasiast als zukünftiger Akademiker nur mit großen individuellen Anstrengungen und gesellschaftlichem Aufwand heraus können.¹⁵⁾

Da nun die Unternehmer als Abnehmer mit den Mängeln der Allgemeinbildung konfrontiert sind - gemeint ist hier die Starrheit, die die Mobilität und Flexibilität des Einzelnen beschränkt¹⁶⁾ -, fragt sich, warum sie an dem herkömmlichen Bildungssystem festhalten.¹⁷⁾ Der Grund ist darin zu suchen, daß dieses System am ehesten der Berufshierarchie mit einfachen, komplizierteren und wissenschaftlichen Berufstätigkeiten entspricht. Dennoch bleibt das Problem der Durchlässigkeit, denn die Qualifikationsmerkmale unterliegen ständigem Wandel. Aus diesem Grund fordern die Unternehmer mehr Durchlässigkeit bei weitgehender Spezialisierung. Die Übergänge sollen erleichtert werden, die Abschlüsse auf gleicher Stufe anrechenbar gemacht werden. Hier gilt es nun die Frage zu untersuchen, warum die Unternehmer dem integrierten Schulsystem, wie es die Gesamtschule darstellt, distanziert gegenüberstehen.¹⁸⁾

Der Strukturplan empfahl die integrierte Gesamtschule als die zukunftsweisende Schulform für das Bildungswesen in der Bundesrepublik.¹⁹⁾ Der Deutsche Bildungsrat kam zu dem Schluß, daß eine grundsätzliche Abkehr von dem herkömmlichen Schulsystem unumgänglich sein, wolle die Bundesrepublik die Bildungsprobleme und die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung lösen.²⁰⁾ Die Gesamtschule sollte folgende Struktur haben:

- Zusammenfassung aller schulischen Ausbildungsgänge vom Elementarbereich bis zum Gymnasium, und
- Integration des beruflichen Ausbildungswesens mit seinen verschiedenen Lernorten.

Die Ziele, die damit erreicht werden sollen, sind:

- ein einheitliches Schulwesen, in dem die Möglichkeit besteht, aufeinander aufbauende, sich ergänzende Abschlüsse anzubieten, die auf den jeweiligen Bildungsstufen gleichwertig und anrechenbar sind, sowie
- ein größtmögliches Maß an Differenzierung, um den jeweiligen Begabungsprofilen der Schüler gerecht zu werden.²¹⁾

Es geht hier also um eine Methode, der Funktion des Bildungswesens gerecht zu werden, durch Vereinheitlichung ein Höchstmaß an Durchlässigkeit und durch Differenzierung eine große Flexibilität zu erreichen. Die so zu verstehende Stufung soll auch die Berufsausbildung erfassen, in dem Sinne, daß in der Sekundarstufe II die Berufsausbildung als gleichwertiger Bestandteil unter Beibehaltung ihrer Besonderheiten zu den schulischen Ausbildungsängen hinzutritt.

Die Abschlüsse der Sekundarstufe II sollen berufs-, berufs- und studien- oder studienqualifizierend sein. Die notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen, Abstimmung und Verzahnung der beiden Zweige - eine größere Berufsbezogenheit der allgemeinbildenden Fächer, eine stärkere theoretische Fundierung der berufsbildenden Fächer - ist das eine Problem, das es zu untersuchen gilt. Das andere ist die Integration der verschiedenen Schulformen.

Betrachten wir zunächst die zweite Frage.

"Die von mir schon angesprochene Differenzierung im Bildungswesen wird dem vielfältigen Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft eher gerecht als ein völlig integriertes oder vereinheitlichtes Bildungswesen. Das letztere birgt die Gefahr in sich, Arbeitskräfte vom Typ des 'Alles-und-Nichts-Wissers' hervorzubringen, die so viel halb gelernt haben, daß es zur Aneignung wichtiger und detaillierter

Berufskenntnisse nie gekommen ist. An diesem Arbeitstyp besteht nur ein geringer Bedarf."22)

Die Befürchtung, daß in einem integrierten Schulwesen alle das Gleiche lernen, also ein gleiches Kenntnissniveau in allgemeinen Wissen, erreichen, hat ihren Grund in der vorausgesetzten Differenzierung der Berufswelt. Die Vereinheitlichung des Niveaus hätte zur Konsequenz, daß die Anpassung an die unterschiedlichen Berufsanforderungen einen wesentlich größeren Raum als bisher einnehmen könnte.

"Die vielfältigen Strukturen einer arbeitsteiligen Berufswelt sowie die unterschiedlichen Begabungen und Interessen der Jugendlichen erfordern differenzierte Bildungsgänge."23)

Weil also die Arbeitswelt differenziert ist, wird ein differenziertes, schulformmäßig organisiertes Bildungswesen dieser eher gerecht als ein integriertes in sich gestuftes Bildungswesen. Nun kann kaum geleugnet werden, daß unser herkömmliches Bildungswesen erhebliche Mängel aufweist, bedenkt man wie oben gezeigt die gegeneinander abgeschotteten Schulformen und ihre Konsequenzen in Bezug auf Durchlässigkeit und Flexibilität. So beurteilen die Unternehmer die Reformversuche in Richtung auf eine Integration mit großer Zurückhaltung. Sie fordern ausreichende Erprobung und genaue wissenschaftliche Fundierung der Integration.

"Das gilt besonders für die Einführung der integrierten Gesamtschule angesichts der nicht nur positiven Erfahrungen im In- und Ausland. Hier müssen die Ergebnisse sorgfältiger Versuche und ihre objektive Auswertung abgewartet werden, wobei Alternativmodelle ebenfalls gefördert werden sollten. Das gilt in demselben Maße aber auch für die Integration allgemeinbildender und berufsbildender Schulen, welche die Gefahr heraufbeschwört, daß die Berufsbildung wesentlich zu kurz kommt. Das amerikanische Beispiel zeigt dies überdeutlich." 24)

In dieser Stellungnahme zur Gesamtschulproblematik taucht noch einmal deutlich der Zwiespalt auf, in dem sich die Unternehmer und ihre Bildungspolitik befinden: einerseits

halten sie das dreigliedrige Schulwesen für ausreichend, den Bedürfnissen der Berufsstruktur gerecht zu werden, andererseits kommen sie nicht umhin, die Tatsache anzuerkennen, daß gerade in diesem System die Lösung der Abstimmungsproblematik nicht besonders gut gelingt. Dabei bejahen sie jedoch die Beibehaltung des herkömmlichen Schulwesens.

An dieser Stelle der Argumentation gegen die Gesamtschule weisen die Unternehmer darauf hin, daß eine einheitliches Schulsystem noch größere Abstimmungsprobleme mit sich bringt. Als Beispiel wird die USA genannt, wo einerseits fast 50 % aller Erwerbstätigen die High School absolviert haben, aber ebenso ein hoher Anteil an "Drop outs" sowie ein empfindlicher Mangel an Facharbeitern zu verzeichnen ist.²⁵⁾

Beurteilen die Unternehmer also schon die Integration der verschiedenen Schulformen mit großer Skepsis, so ist ihre Haltung zur Integration von Allgemein- und Berufsausbildung eindeutig. Hier werden sie als Produzenten von Berufsqualifikationen unmittelbar tangiert. Ist die Berufsausbildung bisher ihre ureigenste Domäne, so beschneidet deren Integration in ein einheitliches Bildungswesen die Möglichkeiten der Unternehmer, sie nach ihren Bedürfnissen zu gestalten.

"Berufliche Qualifikationen und Positionen können aber nicht nach pädagogischen Maßstäben der Schule, sondern nur von den Anforderungen der Arbeitswelt her bestimmt und vermittelt werden. Wird dieser Zusammenhang von Bildung und Beruf übersehen oder unter antiökonomischen bzw. antikapitalistischen Affekten bewußt zerstört, ist die Ausbildungs- und Berufsnot für den jugendlichen Nachwuchs programmiert. Im Blick auf die sicher noch viele Jahre angespannte Haushaltslage ist eine institutionell und personell gesicherte Verflechtung aller Stufen des Bildungswesens, einschließlich der Beratung, Planung und Verwaltung mit der Arbeits- und Berufswelt der einzig realistische, erfolgversprechende und kostensparende Weg zu einer pädagogisch,

sozial und ökonomisch höheren Leistungsfähigkeit unseres Bildungswesens." 26)

Hier wird noch einmal deutlich ausgesprochen, worum es den Unternehmern geht: die Forderung nach der Berufsbezogenheit der Ausbildung besagt, daß der Ausbildungssektor in seiner Struktur sich an der Arbeitsteilung und den damit verbundenen differenzierten Arbeitsvermögen orientieren soll. Die Konsequenz ist eine weitgehende Zersplitterung des Bildungswesens. Jedoch ist ja gerade die weitgehende Differenzierung ein Moment, das es den Unternehmern erschwert, die notwendigen, entsprechend qualifizierten Arbeitskräfte entweder selbst auszubilden oder auf dem Arbeitsmarkt nachzufragen. Läßt sich die Abstimmung nicht bewerkstelligen, dann muß hier gefragt werden, was eine Integration von Allgemeinbildung und Berufsausbildung zu leisten vermag in Bezug auf die Einheitlichkeit der Qualifizierung unter Bewahrung der notwendigen Differenzierung. Worin besteht die Besonderheit der Berufsausbildung, die die Integration behindert? Oder anders: Warum sind die Unternehmer gegen die Integration, würde diese doch auch für die Berufsausbildung eine Vereinheitlichung der Qualität erbringen?

"Allgemeinbildung und Berufsbildung sind keine Gegensätze mehr, sondern gleichgewichtige und gleichwertige Teile des Integrationsprozesses Bildung. Ihr Verhältnis zueinander läßt sich deshalb so schwer bestimmen, weil die Grenzen zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung fließend sind.

Die heute so oft beteuerte Absicht, allgemeine und berufliche Bildung nicht mehr zu unterscheiden sondern in einem Verschmelzungsprozeß zu vereinen, ändert noch nichts an den vorhandenen organisatorischen und curricularen Unterschieden. Die curriculare Differenzierung ist notwendig und nicht aufzuheben bei aller Anerkennung um gemeinsame Lernziele. ... Die Unterscheidung von allgemeinen und beruflichen oder berufsspezifischen Bildungsinhalten wird

deshalb (wegen der zunehmenden Spezialisierung, KLK) nicht aufgegeben werden können, für den konkreten Fall eines Ausbildungsprogramms muß der allgemeine und der berufsspezifische Grad der Bildungsinhalte jeweils determiniert werden." 27)

Beiden, Allgemein- und Berufsausbildung, ist gemeinsam, daß sie zur Bildung des Menschen beitragen, sie unterscheiden sich jedoch dadurch, daß die Berufsausbildung in eine spezielle Tätigkeit einmündet, auf die sie spezifisch ausgerichtet ist.

Daß die Grenze zwischen beiden schwer bestimmbar ist, hat folgende Gründe:

1. Jede spezifische Berufstätigkeit und -ausbildung setzt ein gewisses Maß an Beherrschung der allgemeinen Kulturtechniken voraus, die teilweise auch noch in der Phase der Berufsausbildung vermittelt werden müssen²⁸⁾;
2. sie verlangt allgemeine theoretische Grundkenntnisse des Berufs oder Berufsfeldes - z.B. physikalische Gesetze, technisches Zeichnen und Rechnen; und
3. kommt hinzu, daß die notwendigen Verhaltensweisen - "Arbeitstugenden" - und Wertvorstellungen des Jugendlichen für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsprozeß praktisch angeeignet werden müssen.

Die Verallgemeinerung der Berufsausbildung ist dadurch begrenzt, daß die spezifischen Berufstätigkeiten jeweils nur ein bestimmtes Maß allgemeiner Kenntnisse und Fertigkeiten verlangen. Je größer der Allgemeinheitsgrad des Berufswissen ist, desto länger dauern Umstellung, Einarbeitung auf einen neuen Arbeitsplatz. Deswegen betonen die Unternehmer immer wieder die Wichtigkeit der praktischen Berufsausübung bereits während der Ausbildung.²⁹⁾ Dies ermöglicht es ihnen, die Ausbildung jeweils auf die spezifischen Bedürfnisse des Ausbildungsbetriebes auszurichten. Dabei steht nun keineswegs das unmittelbare "Ausbeutungsmotiv" der Unternehmer durch die produktive Tätigkeit des Auszubildenden im Vordergrund.³⁰⁾ Vielmehr wird hierdurch

erreicht, daß der Auszubildende nach der Beendigung seiner beruflichen Erstausbildung sofort in den Arbeitsablauf integriert werden kann, dessen Spezifik ihm während seiner Ausbildung in Bezug auf Organisationsstruktur, Maschinen und dgl. mehr bestens vertraut ist.³¹⁾

Diese Ausrichtung auf die jeweiligen Bedürfnisse des Ausbildungsbetriebes ist der Grund, warum eine Integration von allgemeiner und beruflicher Ausbildung scheitert, wenn daran festgehalten wird, daß der Lernort Betrieb notwendiger Bestandteil der Berufsausbildung ist. Deswegen kann eine Integration, so wie sie in den Vorstellungen der Bundesregierung zur Reform des Bildungswesens konzipiert ist, höchstens organisatorische Maßnahmen beinhalten, die die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen erhöht. Dies aber ist auch eine Forderung der Unternehmer, da ja gerade die zu große Differenzierung aufgrund der Betriebsbezogenheit insgesamt wiederum die Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte einschränkt. Was nämlich für den Ausbildungsbetrieb von Nutzen ist, nämlich die Betriebsbezogenheit der Ausbildung, ist für den nicht ausbildenden Betrieb, der sich seine Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt beschafft, von Nachteil, muß er diese doch jeweils erst mit seinen spezifischen Erfordernissen vertraut machen. Hierin liegt der Grund, warum auch die Unternehmer die Integration von allgemeiner und beruflicher Ausbildung als Experiment akzeptieren, könnte sie doch eine Möglichkeit bieten, die Mobilität zu erhöhen. Voraussetzung aber ist, daß dem Betrieb die Möglichkeit bleibt, als Lernort autonom zu bleiben.

"Die bisher herrschende Meinung, daß die betriebliche Ausbildung allein nach schulpädagogischem Maßstab oder als Machtfrage oder als Profitfrage anzusehen und zu reformieren sei, verliert zunehmend ihre ideologische und politische Basis. Die Sache selbst, die Erhaltung und Förderung der betrieblichen Ausbildung gewinnt wieder einen höheren Rang. Daraus

sollten, wie die Präsidenten von fünf Spitzenorganisationen der Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1975 an den Bundeskanzler schrieben, weitere Überlegungen und Entscheidungen abgeleitet werden. Die Vorschläge, die die Präsidenten im Blick auf kurz-, mittel- und langfristig wirkende Maßnahmen zur Sicherung und Erweiterung der beruflichen Bildung dem Bundeskanzler unterbreitet haben, sind realistischere Ansatzpunkte und Markierungen für den politisch zu entscheidenden Weg, als sie das dazu berufene Ministerium bisher vorzulegen in der Lage war." 32)

Die Forderung nach Eigenständigkeit der Berufsausbildung hat also Priorität bei den Unternehmern. Aufgrund ihrer Position als Ausbildungsfaktor konnte der Staat angesichts leerer Kassen nicht an diesen Vorstellungen vorbeigehen, wollte er nicht riskieren, die Ausbildungsmisere noch zu verschärfen.

"Auf massive Kritik aus der Wirtschaft hin wurden diese Pläne jedoch wieder geändert. Die Kammern und Arbeitgeber argumentieren vor allem, daß sich die bisherige Organisation im Grunde bewährt habe, daß die 'Behördenlösung' keine Verbesserung bedeute und daß die berufliche Bildung ihrer Natur nach Eigenständigkeit gegenüber dem staatlichen Schulwesen erfordere." 33)

Neben der Forderung nach Eigenständigkeit bleibt die Forderung nach der Gleichwertigkeit der Berufsausbildung mit der Allgemeinbildung bestehen. Geht man davon aus, daß die Mobilität der Arbeitskräfte erhöht werden soll, die durch die faktischen Bedingungen der Berufsausbildung eingeschränkt wird, dann müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Übergänge zwischen den verschiedenen Bildungsformen und -gängen zu erleichtern und dem ständigen Wandel gerecht zu werden.

Wenn die Berufsausbildung als "Sackgasse" bestehen bleibt, wird die Anpassung der Arbeitskraft an die neuen Anforderungen im erlernten Beruf und an neue Berufe mit erheblichen

Schwierigkeiten und Risiken belastet, die sich in langwierigen Umschulungs- und Weiterbildungsprozessen und verminderten Arbeitsmarktchancen ausdrücken. Bei einer Gleichwertigkeit der Berufsausbildung mit der Allgemeinbildung werden diese Probleme zumindest zum Teil minimiert werden können.

"Der Ausbau eines eigenständigen beruflichen Bildungswesens, das gleichwertig neben dem gymnasialen Bildungsbereich steht und gleichzeitig die gegenseitige Durchlässigkeit sichert, wird diesem Anliegen (Anpassung an die "vielfältigen Strukturen einer arbeitsteiligen Berufswelt", KLK) eher gerecht als die auf eine perfektionierte curriculare und organisatorische Integration von Allgemeinbildung und Berufsbildung abzielenden Reformpläne." ³⁴⁾

3.3. Reform der Berufsausbildung

3.3.1. Individuelle und gesellschaftliche Ziele

Wie im vorigen Abschnitt gezeigt, fordern die Unternehmer die Eigenständigkeit der Berufsausbildung, weil sie ihnen die Möglichkeit gibt, nach eigenem Ermessen und eigenen Bedürfnissen in der Berufsausbildung zu verfahren. Das Interesse der Unternehmer ist die Sicherung und Erhaltung der Kontrolle über die Berufsausbildung. Dies zeigt sich in ihrer Haltung zu dem Vorhaben der Bundesregierung, ein neues Berufsbildungsgesetz zu schaffen.

Die Berufsausbildung vermittelt spezielles Wissen für die Ausübung eines speziellen Berufs. Da jeder Betrieb technisch und organisatorisch anders strukturiert ist, verlangt jeder Betrieb zusätzlich zu einer allgemeinen beruflichen Qualifikation Fähigkeiten, die seiner speziellen Struktur und Ausstattung entsprechen. Das zeigt sich unter anderem darin, daß Arbeitnehmer, die neu in einen Betrieb kommen, erst einmal eine bestimmte Einarbeitungszeit benötigen, also nicht sofort eine volle produktive Leistung erbringen können. D.h. der Arbeitnehmer bringt während dieser Zeit bei vollem Lohn nicht die gleiche Leistung wie sein bereits eingearbeiteter Kollege.³⁵⁾

Nun muß jede staatliche Regelung der Berufsausbildung, die ja gleiche Bedingungen und Voraussetzungen für alle schaffen soll, Qualitätsunterschiede, wie sie in der Berufsausbildung anzutreffen sind, beseitigen. Die Folgerungen, die sich daraus ergeben, sind:

- einheitliche Ausbildungsordnungen,
- Kontrolle ihrer Durchführung, sowie
- gleiche Standards für die Qualifikation der Ausbilder und für die Ausstattung der Ausbildungsbetriebe.

Dies alles hat zur Konsequenz, daß die Möglichkeiten des Ausbildungsbetriebes, in der Berufsausbildung bereits eine Ausrichtung auf seine spezifischen Betriebserfordernisse vorzunehmen, eingeschränkt werden. Die Ausbildungskosten

werden zumindest für einen Teil der Betriebe steigen, abgesehen von Großbetrieben, die bereits gut ausgestattete Ausbildungswerkstätten zur Verfügung haben.

Die Reform der Berufsausbildung trifft nun auf den unterschiedenen Widerstand der Unternehmer. Dies hat sich bereits gezeigt in der Durchführung des BBiG von 1969, wo z.B. die Ausbilder-Eignungsverordnung durch mehrmaliges Herabsetzen der Eignungsvoraussetzungen praktisch in ihrem wesentlichen Gehalt annulliert wurde.³⁶⁾ Die gesteigerten Anforderungen förderten auch die Reduzierung von Ausbildungsplätzen, da weniger geeignete Betriebe die Ausbildung einstellten.³⁷⁾

Wenn also die Quantität der Berufsausbildung schrumpft aufgrund gestiegener Qualitätsanforderungen, so sind die Unternehmer bei der Deckung ihres Bedarfs an qualifizierten Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt verwiesen. Sie befinden sich in einem Dilemma: einerseits benötigen sie auf den jeweiligen Betriebszweck spezialisierte Arbeitskräfte, die sie auf dem Arbeitsmarkt so nicht vorfinden, andererseits verlangt gerade die Mobilität der Arbeitskraft eine allgemeinere Berufsausbildung. So suchen denn die Unternehmer in der Berufsausbildung nach einer Lösung, deren Charakter darin liegt, beiden Forderungen gerecht zu werden. Von daher ist ihre konsequente Verteidigung des überkommenen Systems der Berufsausbildung begründet, weil es eben die Möglichkeit bietet, die Berufsausbildung nach den jeweiligen Betriebsbedürfnissen auszurichten. Sie betreiben gleichwohl ihre Reform, denn sie engt gleichzeitig die Mobilität und damit die Arbeitsmarktchancen ein. Sie dient in der Form nicht allen Nachfragern nach Qualifikationen.³⁸⁾

"Die pädagogischen Vorzüge einer Integration von Arbeit und Bildung und die sich daraus ergebenden speziellen Bildungsmöglichkeiten des Betriebes können auch nicht annähernd durch außerbetriebliche Bildungseinrichtungen ersetzt werden. Betriebliche Ausbildung versteht sich als ein System von Maßnahmen, die sowohl auf die Entwicklung

der Berufsbefähigung als auch auf die Entfaltung der personalen und sozialen Fähigkeiten des Menschen gerichtet sind. Berufliche Bildung hat somit ihre eigenen Erfahrungsfelder, ihre eigenen Voraussetzungen. Sie bedarf deshalb offener Curricula, die sich auf die Altersphase des 16- bis 18-jährigen einstellen, und kann nicht allein mit Maßstäben der Schulpädagogik gewertet werden. Eine Übertragung der Schuldidaktik und Schulmethodik auf den Betrieb gefährdet dessen Ausbildungsaufgaben. ... Die Wirtschaft ist offen für Reformen, die auf eine Verbesserung der Qualität beruflicher Bildung abzielen." 39)

Ebenso wie für die Allgemeinbildung gilt für die Berufsausbildung das Kriterium der Anpassung an den Bedarf der Wirtschaft und Gesellschaft. Geht man vom ständigen Wandel aus, so ist die Konsequenz in Bezug auf das Ausbildungsziel, eine ständige Bereitschaft beim Einzelnen zu wecken, sich entsprechend den wechselnden Anforderungen zu verhalten. Das "lebenslange Lernen" verlangt die Bereitschaft, sich auf die gewandelten Verhältnisse einzustellen. Die Unternehmer wollen die Jugendlichen zu

"qualifiziertem Sachverstand, beruflicher Kompetenz, zu kritischem Problembewußtsein, objektiver Meinungsbildung und verantwortungsbewußtem Handeln" 40)

erziehen. Fachliche Kompetenz und personale und soziale Einstellungen sollen in der Berufsausbildung erreicht werden. Wenn nun von den Unternehmern festgestellt wird, daß die Jugendlichen nicht oder kaum in der Lage sind, sich auf die jeweiligen Anforderungen des Arbeitsmarktes einzustellen, dann heißt das, daß die Berufsausbildung einen Mangel aufweist. So ergibt sich die Forderung:

"Der einzelne muß befähigt werden, sowohl im beruflichen als auch im allgemeinen Leben mit der jeweiligen Situation, vor die er gestellt wird, fertigzuwerden." 41)

Da nun der Bedarf weder in seiner Quantität noch in seiner Qualität voraussehbar ist, können die Forderungen, die sich

auf die personale und soziale Bildung des Menschen beziehen, nur dahingehend verstanden werden, daß sich der Mensch darauf einstellen muß, die persönlichen Konsequenzen, die sich für ihn aus dem Wandel des Bedarfs ergeben, zu antizipieren und zu tragen. Um diese Konsequenzen tragen zu können, soll der selbstbewußt handelnde Mensch sich selber um seine Ausbildung und damit um die verbundene Anpassung kümmern.

Wenn nun die Unternehmer fordern, der Mensch solle kritisch und flexibel sein, dann kann kritisch in diesem Zusammenhang nur heißen, daß er sich auf die Veränderungen einstellt, um rechtzeitig den notwendigen Umstieg auf neue Erfordernisse zu vollziehen, ohne daß dadurch dem Staat oder den Unternehmern zusätzliche Aufwendungen und Lasten entstehen. D.h., er soll sich damit abfinden, auf das zu reagieren, was ihm die vorausgesetzte Entwicklung des Arbeitsmarktes aufzwingt, auch wenn es mit sozialer oder zumindest einkommensmäßiger Rückstufung verbunden ist.

"Heute müssen Auszubildende und Hochschulabsolventen in gleicher Weise begreifen - auch wenn diese bittere Wahrheit nicht gut klingt -, daß es sich zu bescheiden gilt und der gestern noch verpönte Leistungsbegriff wieder ganz oben steht." 42)

Wer also den mündigen Bürger fordert - das tun sowohl die Unternehmer als auch die von ihnen heftig attackierten Bildungsreformer -, fordert nicht mehr und nicht weniger als die Anpassung und zwar antizipierend und aktiv an eine Entwicklung, die dem Menschen ständige Unsicherheit in Bezug auf seine berufliche Zukunft auferlegt. Schlawacke spricht diese Konsequenz deutlich aus, wenn er sagt:

"Je mehr aber Phantasie, Kreativität, Begabung, Wissenschaft und somit das Streben nach dem Wünschbaren entwickelt werden, desto eher muß das Individuum an die Grenzen des Möglichen stoßen." 43)

und dann fordert:

"Die Kluft zwischen bildungspolitisch Wünschbarem und finanzpolitisch Realisierbarem, zwischen Angeboten des

Bildungssystems und den Anforderungen des Beschäftigungssystems muß mit Einsicht und Vernunft von allen Seiten überbrückt werden." 44)

dann heißt hier "Einsicht und Vernunft" das Akzeptieren der Risiken, die damit verbunden sind, daß Bildungs- und Beschäftigungswesen nicht aufeinander abgestimmt werden können.

Wenn Schlaffke der Pädagogik die Aufgabe zuweist,

"den Menschen zugleich in die ihn umgebende gesellschaftliche und kulturelle Ordnung mit ihren festgelegten Spielregeln zu integrieren" 45),

dann hat das Bildungswesen und damit auch die Berufsausbildung die Funktion, den Menschen dahin zu bringen, diese "Einsicht" an sich selbst zu vollziehen. Wenn nun progressive Bildungsreformer als Bildungsziel die Erziehung zum "mündigen" Bürger fordern, der diese Gesellschaft verändern soll⁴⁶⁾, dann lassen sie außeracht, daß Bildung und Ausbildung die Funktion hat, die Schlaffke oben aussprach: der Einzelne soll sich den Erfordernissen der Gesellschaft anpassen. Der kritische Staatsbürger ist derjenige, der die Einsicht dieser notwendigen Anpassung an sich selbst zu vollziehen in der Lage ist, nicht der Systemveränderer, den die Bildungsreformer fordern.⁴⁷⁾

Die Berufsausbildung findet im wesentlichen an drei Lernorten statt: im Betrieb, in der Berufsschule und in überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Grundlage der inhaltlichen und zeitlichen Gliederung der Ausbildung sind die Ausbildungsordnungen für die betriebliche und die Rahmenlehrpläne für die schulische Ausbildung im dualen System. Da nun die betriebliche Ausbildung nach bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen erfolgt, aber die schulische Ausbildung in die Zuständigkeit der Länder fällt, ergibt sich das Problem der Abstimmung dieser beiden Komponenten der Berufsausbildung zueinander sowie die Stellung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten

zu den anderen Lernorten, will man wie die Unternehmer die Diskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen in der Weise verringern, daß die Berufsausbildung in ihrer Betriebsgebundenheit verbleibt. Zusätzlich taucht das Problem auf, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen bereitzustellen.

"Die soziale und ökonomische Funktion des Ausbildungssystems besteht, vor jeder pädagogischen Bewertung, in der engen Verflechtung des Dualen Systems mit der Arbeitswelt, dem Arbeitsmarkt und dem Betrieb als einer technisch-organisatorischen Einheit unserer Industriegesellschaft." 48)

Wird hier also die enge Beziehung zwischen Ausbildung im dualen System und den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und der Betriebe hervorgehoben, so haben jedoch auch die Unternehmer das Problem der Abstimmung selbst bei einem von ihnen als "hervorragend funktionierend" bezeichneten System.

"Technischer und ökonomischer Wandel, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und soziale Sicherheit verlangen die unablässige Anpassung der beruflichen Bildung. Der Staat als Ordnungsinstanz sowie die Kammern als Koordinierungsinstanz müssen das Gleichgewicht zwischen der notwendigen Autonomie der betrieblichen Ausbildungspraxis und zentraler Planung, Steuerung und rechtlicher Normierung der Ausbildung immer von neuem prüfen." 49)

Es besteht nämlich bei aller Anpassungsfähigkeit dieser Organisation der Berufsausbildung einerseits die Gefahr, daß die Autonomie der Betriebe die Qualitätsunterschiede vergrößert, andererseits die staatliche Normierung die Betriebe in ihrer Freiheit, die Berufsausbildung nach den jeweiligen Betriebserfordernissen auszurichten, zu stark einschränkt. Es gilt, die "gesunde Mischung" zwischen beiden Seiten zu finden. Aus diesem Grund fordern die Unternehmer, daß der Staat sich darauf beschränken soll, die Normen der Berufsausbildung zu setzen, die staatliche Kontrolle auf die Rechtsaufsicht zu beschränken, im übrigen aber alles zu belassen, wie es ist, denn im großen und ganzen erfüllen die Betriebe die Aufgaben der Berufsausbildung zufriedenstellend.⁵⁰⁾

So stellt denn auch der DIHT mit Befriedigung fest, daß das vermeintliche Infragestellen des Dualen Systems in den Reformplänen zumindest nicht mehr verbal aufrecht-erhalten wird. - Wie bereits bei der Darstellung der Reformvorstellungen der Bundesregierung gezeigt, ist das duale System von der Bundesregierung nie infragege-stellt worden. Dieses Argument diente den Unternehmern dazu, die Forderung nach völliger staatlicher Verantwortung für die Berufsausbildung abzuwehren.

"Das duale System wird verbal nicht mehr in Frage gestellt, da es nun als unabdingbar für eine Kanalisierung der Ströme von Bildungswilligen in der Sekundarstufe II weg von der einseitigen studienbezogenen Richtung angesehen wird." 51)

Läßt man hier einmal die zugeschriebene Steuerungsfunktion für das gesamte Bildungswesen außeracht, so wird hier gesagt, daß es sich um eine vermeintliche Wende in der staatlichen Stellung zum dualen System handelt, die es zu begrüßen gilt. Man kann dazu übergehen, die "besseren" Wege der Reform zu beschreiten.

"Hingegen hatte der DIHT immer wieder darauf hingewiesen, daß eine kurzfristige Überarbeitung der Ausbildungsordnungen dem Ziel eines vergrößerten Ausbildungsstellenangebots weit dienlicher gewesen wäre, ohne die Qualität der Ausbildung zu beeinträchtigen." 52)

Hier wird einmal gesagt, daß es keine strukturellen Probleme in der Berufsausbildung gibt, sondern daß es sich um Probleme handelt, die vermittelt durch kurzfristige Maßnahmen lösbar sind. Zum anderen wird mit der Überarbeitung der Ausbildungsordnungen eine Frage der inhaltlichen Anpassung der Berufsausbildung an die sich ändernden Anforderungen angesprochen. Dies läßt sich aber nur im Zusammenhang mit der Überarbeitung und Abstimmung der schulischen Rahmenlehrpläne lösen. Wie soll nun die Abstimmung aussehen? An den Markierungspunkten kritisieren die Unternehmer, daß die Ausbildungsordnungen mit den Rahmenlehrplänen abgestimmt werden sollen.

Der Betrieb werde als "nicht-schulische Einrichtung " angesehen.

"Damit verliert er seinen eigenständigen Wert als Bildungsträger. Der für die individuelle Qualifizierung notwendige Produktions- und Dienstleistungsbereich tritt damit als ein für schulische Formen ungeeigneter Ausbildungsbereich in den Hintergrund." 53)

Wohlgemerkt auch die Bundesregierung strebt eine sinnvolle Koordination der Lernorte unter der Berücksichtigung ihrer jeweiligen Besonderheiten an. Wenn nun die Unternehmer aus der Tatsache, daß die Ausbildungsordnungen mit den schulischen Rahmenlehrplänen abgestimmt werden sollen und daß der Betrieb als "nicht-schulischer" Lernort bezeichnet wird, den Schluß ziehen, dies bedeute eine Unterordnung des Betriebes unter schulische Maßstäbe, so mag das auf den ersten Blick verwunderlich erscheinen. Wenn sie jedoch in diesem Zusammenhang betonen, daß somit die

"zentrale Bedeutung der Ausbildungsordnungen als ein an den Anforderungen für eine berufliche Qualifizierung orientiertes Steuerungsinstrument"

beseitigt werde⁵⁴⁾, so drücken sie aus, daß "perfektionistisch überzogene Ausbildungsordnungen" ihnen die Möglichkeit nehmen, die Ausbildung an dem Betriebszweck auszurichten. Denn ein abgestimmter Ausbildungsgang, der beide Komponenten miteinander vereint, bindet die Unternehmer an allgemeinere Standards, deren detaillierte Einhaltung notwendig ist, wenn der Ausbildungserfolg sichergestellt werden soll. Aber auch die Unternehmer sind an einer Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen interessiert, jedoch sollen die Rahmenlehrpläne mit den Ausbildungsordnungen abgestimmt werden.

"Ebenso sollte der Ausbildungsbetrieb die Berufsausbildung unter Berücksichtigung der in den anderen Lernorten, insbesondere in Schulen, durchgeführten Bildung vollziehen. Betriebliche Ausbildung sollte sich somit schulischen Vorgaben anpassen, wobei die Gesamtverantwortung für das Erreichen

des Ausbildungszieles trotzdem beim Auszubildenden verbliebe. ... Konsequenterweise sollte zu den Zielen der beruflichen Bildung auch nicht mehr der Erwerb der erforderlichen Berufserfahrungen gehören, wie es das geltende Recht noch fordert. Schule und überbetriebliche Ausbildungsstätten können diese Erfahrung nicht vermitteln." 55)

Die Gesamtverantwortung verbleibt beim Auszubildenden, auch wenn oder gerade wenn die Berufsausbildung unter verstärkter Berücksichtigung der schulischen Ausbildung ablaufen. Der schulische Anteil wird als notwendig und unumgänglich anerkannt, hat sich jedoch an den betrieblichen Gegebenheiten zu orientieren. Denn daß die Berufsausbildung mit dem Erwerb der erforderlichen Berufserfahrung verknüpft ist, beweist, daß die Unternehmer die Anpassung an die Betriebsanfordernisse wollen. Es kann kaum ernstlich bezweifelt werden, daß praktische Fähigkeiten und Fertigkeiten eben praktisch erlernt und eingeübt werden müssen.

Da die Unternehmer jedoch Berufserfahrung als notwendigen Teil der Berufsausbildung erachten, was ja nun identisch ist mit praktischer Ausbildung, muß ihnen jede Ausbildungsordnung, die mit den Rahmenlehrplänen und nicht umgekehrt abgestimmt ist, als "perfektionistisch überzogen" erscheinen. Die Unternehmer fordern unter der genannten Voraussetzung eine Neuordnung des Theorie- und Praxisanteils in den einzelnen Ausbildungsordnungen.

"Um zu einem quantitativ und qualitativ ausreichenden Angebot von Ausbildungsstellen zu gelangen, ist es erforderlich, daß das bisherige Berufsbildungsrecht im Sinne einer praxisnäheren Gestaltung überprüft wird. Aber auch die Neufassung des Berufsbildungsgesetzes - soweit man sie überhaupt für erforderlich hält - darf im zweiten Anlauf nur so vorgenommen werden, daß sie den Jugendlichen nützt und für die Betriebe erfüllbar ist.

Die Wirtschaft selbst weiß, daß es in ihrem ureigenen Interesse liegt, weiterhin qualifizierte Fachkräfte auszubilden, und zwar auch im Hinblick auf ihre Verantwortung der

Gesamtwirtschaft gegenüber. Die Betriebe sind zur Ausbildung weiter bereit, wenn die Bundesregierung ihnen dies ermöglicht."56)

Die Unternehmer kritisieren, daß die bisherige Überarbeitung der Ausbildungsordnungen und die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen in Bezug auf eine größere Systematisierung und Planmäßigkeit die Leistungsfähigkeit der Betriebe überfordert. In dieser Kritik wird ausgesprochen, woran sich die Qualität der Ausbildung zu messen hat: an der Leistungsfähigkeit der Ausbildungsbetriebe; und jeder Betrieb ist potentieller Ausbilder, vorausgesetzt, er erfüllt die vorgegebenen Bedingungen.

An dieser Stelle ist nun auf die Berufsschule und ihre Funktion einzugehen. Die Unternehmer stellen fest, daß die Reform der Berufsausbildung - bessere Qualität durch verstärkte Systematisierung und Vereinheitlichung - die Berufsschulen überfordert.⁵⁷⁾ Der Gesetzgeber solle sich lieber darum kümmern, die Mängel der Berufsschule zu beseitigen.⁵⁸⁾ Sie betonen die Bundeseinheitlichkeit der Ausbildungsordnungen - die zwar rechtlich, aber kaum faktisch in der Durchführung gegeben ist - und bemängeln die unterschiedlichen Rahmenlehrpläne, die von den Ländern erlassen werden. Unter der Voraussetzung, daß es keine Vereinheitlichung der Rahmenlehrpläne der Länder gibt, muß eine Abstimmung der Rahmenlehrpläne mit den Ausbildungsordnungen die Bundeseinheitlichkeit der Berufsausbildung zerstören. In dieser Argumentation verschweigen die Unternehmer, daß die Vorschläge der Bundesregierung Regelungen für eine Abstimmung der Länder und des Bundes vorsehen (vgl. Abschn. 2.4.1., 3.4.2. sowie 3.4.4.).

Wenn nun die schulische Berufsausbildung an der betrieblichen gemessen werden soll, die schulische also auf die Gegebenheiten des Betriebes Rücksicht zu nehmen hat, so wie die Unternehmer fordern, dann wird die Problematik auf eine andere Ebene verlagert.

Zeichnete sich bisher das Verhältnis von Betrieb und Schule

dadurch aus, daß von einer "Dualität" nicht gesprochen werden kann - ca. 80 % der Ausbildungszeit wird von der betrieblichen Ausbildung abgedeckt -, so soll nach den Vorstellungen der Unternehmer durch die Ausrichtung der Berufsschule auf die betriebliche Ausbildung die Dualität hergestellt werden. Man will aber nicht den Anteil des berufsschulischen Unterrichts erhöhen. Wenn die Berufsschule sich an dem Zweck der Ausbildung - "sie hat in zunehmender Intensität die Eingliederung in den Betriebsablauf vorzunehmen"⁵⁹⁾ - orientieren soll, dann wird das Nebeneinander der beiden Institutionen derart aufgehoben, daß die Ausbildung auch in ihrem schulischen Teil eine stärkere Differenzierung erfährt. So fordern die Unternehmer zuallererst die Verbesserung der Situation der Berufsschulen.

"Eine grundlegende Wandlung im Hinblick auf diese Krise der Aufgabenteilung zwischen Staat und privaten Trägern ist jedoch immer noch nicht eingetreten. Deshalb sollte zunächst einmal der staatliche Sektor der Berufsausbildung sein Soll erfüllen, bevor er Änderungen im betrieblichen Bereich verlangt." 60)

Erst wenn dessen Mängel beseitigt sind, kann man über eine Reform der betrieblichen Ausbildung reden. Da diese - besonders in den Klein- und Mittelbetrieben - Mängel aufweist, ist auch hier Abhilfe geboten, in dem Sinne, daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten die betriebliche Ausbildung ergänzen. Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten haben denn auch keine eigenständige Funktion, wie dies die Unternehmer für die betriebliche Ausbildung fordern, sondern sind dem Zweck, die Berufsausbildung so betriebsnah wie möglich zu gestalten, untergeordnet. Deswegen kritisieren die Unternehmer auch die Integration der überbetrieblichen Ausbildungsstätten in die Sekundarstufe II. Ihre Anbindung an die Berufsschule in räumlicher und sach-

licher Hinsicht entfremdet sie dem ihnen von den Unternehmern zugedachten Zweck.

"Die überbetriebliche Ausbildung dürfte vielmehr ihre Ersatz- und Hilfsfunktion für Klein- und Mittelbetriebe verlieren und zu einer an die Berufsschule angelehnten 'dritten Säule' werden. ... Die angestrebte räumliche Nähe der mit staatlicher Förderung neu zu errichtenden überbetrieblichen Ausbildungsstätten zur Berufsschule mehrtdaher den Verdacht, daß hiermit ein erster Ansatz zur Überwindung der betrieblichen Ausbildung der Wirtschaft geschaffen werden soll." (61)

Die Gleichsetzung von Praxisnähe mit Berufsausübung, die Vereinheitlichung als "Verschulung" und die Systematisierung als "Perfektionismus" zeigen, welche Anforderungen die Unternehmer an eine Reform der Berufsausbildung stellen: Sie soll weiterhin so gestaltet werden, daß die auszubildenden Betriebe sie an ihren jeweiligen Bedingungen in den Ausbildungsbetrieben orientieren können. Die damit in Kauf genommene starke Differenzierung schränkt die Mobilität und Flexibilität ein. Dieses Manko soll durch die Berufsschule und die überbetriebliche Ausbildung kompensiert werden. Sind aber diese beiden an der betrieblichen Differenzierung orientiert, so wie sie aus der Anbindung an die betriebliche Ausbildung folgt, dann können sie diese Aufgabe nicht erfüllen.

Die Forderung der Unternehmer, die staatliche Bildungspolitik solle sich weitgehend aus der Berufsausbildung im Betrieb heraushalten, sich auf den notwendigen rechtlichen Rahmen und dessen Überwachung beschränken und bestehenden Mängel kompensieren, verkennet, daß die Mängel der praktizierten Berufsausbildung staatliches Handeln initiierte, das die Allgemeinheit und Einheitlichkeit der Qualität der Berufsausbildung zu garantieren sucht. Unterwirft sich auch das staatliche Handeln dem Kriterium der Betriebsgebundenheit der betrieblichen Ausbildung, dann kann sie tatsächlich nur die auftretenden Mängel kompensieren. Eine Qualitätsverbesserung ist nicht möglich. Ebenso kann keine Sicherung des

Angebots an Ausbildungsplätzen erreicht werden, wenn die Unternehmer jede Maßnahme zur Qualitätsverbesserung mit dem Hinweis abwehren, die Betriebe werden überfordert.⁶²⁾ Solange also die Unternehmer auf der Betriebsgebundenheit der betrieblichen Ausbildung beharren, kann das Problem der Qualitätsverbesserung nicht zufriedenstellend gelöst werden. Jedoch tendieren die Unternehmer dazu, die Nachteile einer zu großen Differenzierung in Kauf zu nehmen, was sie zwar mit zusätzlichen Aufwendungen belastet, wenn die so ausgebildeten Arbeitskräfte den Betrieb wechseln. Diese sind nach ihrer Ansicht geringer, als wenn durch eine vereinheitlicht an allgemeinen spezifizierten Qualitätsstandards orientierte Berufsausbildung erstens höhere Aufwendungen durch verbesserte Ausstattung der Ausbildungsplätze und eine verbesserte Qualifikation der Ausbilder verlangt werden und zweitens die Einarbeitungszeit am Arbeitsplatz verlängert wird. Dies betrifft auch die Unternehmer, die nicht ausbilden.

3.3.2. Verhältnis von beruflicher Erstausbildung und Weiterbildung

Wird die Differenzierung, die zwar notwendig, deren Ausmaß aber durch die Betriebsgebundenheit zu groß ist, beibehalten, dann sind Mobilität und Flexibilität weiterhin stark eingeschränkt. Das hat wiederum zur Folge, daß bei einem Arbeitsplatzwechsel, sei es aus strukturellen, regionalen oder aus individuellen Gründen, Maßnahmen der beruflichen Anpassung notwendig werden. Deswegen wird die Weiterbildung notwendiger Bestandteil der beruflichen Ausbildung. Soll sie aber effektiv sein, d.h. mit möglichst geringem Zeit- und Geldaufwand betrieben werden, müßte sie auf die berufliche Erstausbildung bezogen und mit ihr abgestimmt sein.

So betont denn die Bundesregierung, daß in der Weiterbildung

das Prinzip des "lebenslangen Lernens" verwirklicht werden soll. Das hat zur Folge, daß die Weiterbildung ebenso wie die berufliche Erstausbildung stark systematisiert und nach einheitlichen Kriterien gestaltet werden muß. Nach welchen Kriterien wollen die Unternehmer die Weiterbildung gestaltet wissen?

Zuerst einmal heben sie die eigenen Leistungen auf dem Gebiet der Weiterbildung hervor.⁶³⁾ Die Unternehmer stellen ein vielfältiges Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen bereit. Sie sehen eine der Funktionen eines guten und ausreichenden Weiterbildungsangebots darin, das allgemeinbildende Schulwesen

"durch gesteigerte Attraktivität betrieblicher Berufsausbildung in Verbindung mit einem differenzierten Angebot beruflicher Weiterbildung" 64)

zu entlasten. Dabei ist eine Vielzahl von Fortbildungsmaßnahmen unterschiedlicher Träger von Vorteil,

"die es gilt, im Interesse der Teilnehmer und der Unternehmen zu vereinheitlichen und aufeinander abzustimmen." 65)

Der hier zitierte Jahresbericht des DIHT verweist darauf, daß von der Wirtschaft ein Fortbildungskonzept für kaufmännische Berufe zusammen mit dem DGB entwickelt wurde, das von allen Seiten Anerkennung erfährt.

"Damit liegen erste Bausteine für ein Fortbildungskonzept vor, das durch praxisnahe Lehrgänge mit Kammerprüfungen dem differenzierten Bedarf der Wirtschaft nach fachlich höher qualifizierten Mitarbeitern entsprechen und dem betrieblichen Praktiker neue berufliche Chancen eröffnen will." 66)

Offensichtlich wird sowohl von Seiten der Unternehmen wie auch von den Arbeitnehmern der Weiterbildung ein verstärktes Interesse entgegengebracht, dem ein verstärktes Bemühen der

"Träger in Zusammenarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite die berufliche Fortbildung ihrer Beschäftigten

systematisch und auf der Erstausbildung aufbauend, praxisnah und anwendungsbezogen zu fördern" 67),

entspricht. Nach Ansicht der Unternehmer wird diese positive Entwicklung der Weiterbildung gefährdet durch deren Inanspruchnahme für Qualifikationsbedürfnisse,

"die mit beruflicher Weiterbildung im eigentlichen Sinne, die auf beruflicher Ausbildung und praktischer Bewährung im Beruf aufbaut, nichts zu tun haben." 68)

Damit wird kritisiert, daß die Weiterbildung auch andere Komponenten enthält, die nicht unmittelbar den beiden Kriterien entsprechen. Nach Auffassung der Unternehmer zerfällt die Weiterbildung in zwei Teile, die es zu unterscheiden gilt:

1. die berufliche Aufstiegsbildung, und
2. die Anpassungsbildung.⁶⁹⁾

Wenn der Gesetzgeber die Weiterbildung ungeachtet der Differenz der beiden Teile normieren will, verkennt er nach Auffassung der Unternehmer

"die eigenen und höchst differenzierten Aufgaben beruflicher Weiterbildung und den völlig verschiedenen Adressatenkreis. Die Chance bedarfsgerechter beruflicher Weiterbildung für die Wirtschaft liegt jedoch in unbedingter Praxisnähe und ständiger enger Abstimmung mit den Betrieben (Hervorhebungen, KLK)." 70)

Die Besonderheit der Anpassungsbildung liegt darin, daß sie unmittelbar auf den Bedarf der nachfragenden Unternehmen abgestellt ist. Bei einer weitgehenden Normierung, d.h. Systematisierung und Vereinheitlichung der Weiterbildung, würde die Differenz zwischen den beiden Formen verschwinden, was aber bedeutet, daß ebenso wie bei der beruflichen Erstausbildung die Betriebsgebundenheit zurückstreten müßte.

"Berufliche Weiterbildung lebt von der Praxisnähe der Lehrinhalte, die dem Teilnehmer an Fortbildungsmaßnahmen die direkte Verwertbarkeit des erworbenen Wissens im Beruf ge-

gewährleisten. Bei dem schnellen Wandel der beruflichen Anforderungen kann die berufliche Fortbildung diese Aufgabe nur erfüllen, wenn sie sich in ihren Maßnahmen flexibel und kurzfristig diesen Entwicklungen anpaßt. Normierungsansprüche staatlicher Bildungsverwaltung, wie sie der Vorentwurf zum Berufsbildungsgesetz vorsah, laufen diesen Zielen beruflicher Fortbildung diametral entgegen. Staatliche Weiterbildungsordnungen würden unweigerlich zu einer Erstarrung der Lerninhalte und damit zu einer wachsenden Entfremdung der Maßnahmen von der beruflichen Realität führen. Nicht mehr der berufsqualifizierende Inhalt der Maßnahmen, sondern der 'Schein' als Berechtigungsnachweis träte zum Schaden einer qualifizierenden Weiterbildung in den Vordergrund." ⁷¹⁾

Hier werden die Bedingungen noch einmal klar formuliert, unter denen die Weiterbildung die Anerkennung der Unternehmer findet:

1. Sie soll bedarfsgerecht,
2. praxisnah und
3. flexibel und kurzfristig am ständigen Wandel orientiert sein.

Das gilt sowohl für die Aufstiegs- wie für die Anpassungsbildung.

So läßt sich denn für die Vorschläge der Unternehmer zu einer gesetzlichen Regelung der Weiterbildung das gleiche wie zu denen über die berufliche Erstausbildung sagen: Die Weiterbildung soll sich an den unmittelbaren Bedürfnissen der Unternehmen orientieren. Das bedeutet, daß sie stark differenziert ist und damit Mobilität und Flexibilität des Einzelnen einschränkt. Somit kann sie auch kaum mit der beruflichen Erstausbildung abgestimmt und vereinheitlicht werden.

In der Realität der Weiterbildung aber sind Anpassungs- und Aufstiegsbildung kaum voneinander zu trennen. Da nun die Unternehmer die Unterscheidung fordern, für beide Bereiche aber an den gleichen Kriterien festhalten, ist eine Systematisierung der Weiterbildung nicht möglich. Somit kann auch das Ziel, die berufliche Ausbildung in ein Baukastensystem zu transformieren, in das berufliche Erstausbildung und Weiterbildung integriert sind, nicht realisiert werden.

3.3.3. Eignung der Ausbilder

Die Verbesserung der Qualifikation der Ausbilder ist eine der Bedingungen für eine durchgreifende Reform der Berufsausbildung. In einer Zusammenstellung von Grundpositionen zu der Berufsausbildungsreform wird vom Institut der Deutschen Wirtschaft die Position der Unternehmer zur Eignung der Ausbilder wie folgt zusammengefaßt:

"Jede staatliche Reglementierung der Ausbilder Ausbildung ist hinderlich. Die Anforderungen ergeben sich aus den Prüfungsvorschriften (der Ausbildungsordnungen, KLK). Eine besondere Regelung ist deshalb nicht erforderlich." 72)

Diese Feststellung beruht auf der Tatsache, daß die an der Ausbildung beteiligten Fachkräfte die unterschiedlichsten Qualifikationen haben, je nachdem mit welcher Intensität sie an der Ausbildung beteiligt sind. Die Skala reicht vom angelernten Arbeiter bis zum hauptamtlichen Ausbildungsleiter. Die Ausbildungstätigkeit des Personals reicht vom gelegentlichen Unterweisen bis zur vollzeitlichen Tätigkeit, wobei festzustellen ist, daß die meisten keine besondere berufspädagogische Ausbildung erhalten haben.⁷³⁾

Die Unternehmer kritisieren am Gesetzentwurf der Bundesre-

gierung, daß die dort festgelegten Anforderungen für die Eignung der Ausbilder über das bisherige Maß hinausgehen. Wenn nun die Rechtsverordnung zur Ausbildereignung, die aufgrund des BBiG von 1969 erging, festlegt, wie die Eignung erbracht wird, so bezieht sie sich auf die berufspädagogische Eignung. Denn die meisten in der Ausbildung Tätigen haben durch einen entsprechenden beruflichen Abschluß die fachliche Eignung nachgewiesen. Die Unternehmer rechnen damit, daß durch die notwendige berufspädagogische Eignung die Anzahl der Ausbilder stark zurückgehen wird.⁷⁴⁾

"Die Anforderungen an die berufspädagogische Eignung des Ausbildungspersonals dürfen nicht überzogen werden und etwa denen von Lehrern gleichgestellt werden. Für die fachliche Eignung reicht eine entsprechende Ausbildung und Erfahrung aus. Die Anforderungen müssen je nach der Funktion, in der Ausbildungsaufgaben wahrgenommen werden, unterschiedlich sein. Die Spanne reicht von der Verantwortung für die Ausbildung bis zu gelegentlichem Mitwirken, das keine besonderen Eignungsvoraussetzungen erfordert."⁷⁵⁾

Die Unternehmer sehen also als Kriterien für die Eignung die entsprechende Ausbildung und Berufserfahrung als ausreichend an. Dies bezieht sich auf die fachliche Eignung. Die Unternehmer konstatieren aber auch Mängel in Bezug auf die berufspädagogische Eignung. Sie fordern, daß die Kammern die berufspädagogische Eignung feststellen sollen. Eine besondere Prüfungsregelung, wie sie im Gesetzesentwurf vorgesehen ist, wird für überflüssig, ja falsch erachtet, da diese schulischen Maßstäben angeglichen wäre, die den konkreten Erfordernissen der betrieblichen Ausbildung nicht gerecht werden.⁷⁶⁾ Denn die Maßstäbe, an denen sich die Eignung der Ausbilder ausrichten sollen, sind "die vielfältigen Gegebenheiten der Praxis."⁷⁷⁾ Der Nachweis der persönlichen und fachlichen Eignung durch entsprechende Berufsausbildung und -erfahrung ist die bestmöglich Qualifikations-

stufe, die nach Ansicht der Unternehmer notwendig ist.⁷⁸⁾

"Bei allen formellen Eignungsvoraussetzungen sollte aber nicht übersehen werden, daß es im Gesetz wie in der Praxis vor allem darum geht, die Ausbildung den modernen berufs- und arbeitspädagogischen Grundsätzen folgen zu lassen." 79)

Ist die Berufsausbildung nach der Auffassung der Unternehmer so zu gestalten, daß sie ein Minimum an Einheitlichkeit bei höchstmöglicher Differenzierung, orientiert an den jeweiligen Möglichkeiten des Ausbildungsbetriebes, erreichen soll, so ist klar, daß dann eben auch die Eignung der Ausbilder den jeweiligen Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Betriebe korrespondieren soll. Da aber andererseits auf ein bestimmtes Quantum an pädagogischen Kenntnissen nicht verzichtet werden kann, wenn der Erfolg der Berufsausbildung gesichert werden soll, schlagen die Unternehmer als Qualifizierungsmaßnahmen freiwillige Fortbildungskurse und Feststellung der Eignung durch die Kammern vor. Diese Regelung ermöglicht, daß der jeweilige Qualifizierungsgrad in Bezug auf die pädagogische Eignung nach den "vielfältigen Bedürfnissen der Praxis" bestimmt werden kann.

Wie sich in der Entwicklung der Ausbildereignungs-Verordnung zeigt, die aufgrund des BBiG von 1969 erlassen und bereits mehrfach dahingehend geändert wurde, daß ca. 80 % der Ausbilder von dem Nachweis der Eignung befreit sind, kann die Bundesregierung einen einheitlichen Qualifikationsnachweis nicht durchsetzen, solange sie daran festhält, die Berufsausbildung als eigenständigen Teil des Ausbildungssystems bestehen zu lassen.⁸⁰⁾ Denn sie muß sich unter dieser Voraussetzung mit ihren Regelungen an den Möglichkeiten der Betriebe orientieren. Wenn sie sich darüber hinwegsetzen würde, den Betrieb als Lernort aber beibehält, dann muß damit gerechnet werden, daß die Ausbildungskapazität weiter schrumpft.

3.3.4. Eignung der Ausbildungsstätten

Auch bei der Eignung der Ausbildungsstätten geht es um die Vereinheitlichung von Qualitätsanforderungen und deren formelle Feststellung. Die Kriterien, nach denen die Eignung festgestellt werden soll, sind im wesentlichen: Die technische Ausstattung der Ausbildungsbetriebe und die Anzahl von Auszubildenden pro Ausbilder.⁸¹⁾

Die Unternehmer stellen fest, daß die Qualität der Berufsausbildung schwankt.

"Die Hypothese, die Betriebe würden im Interesse finanzieller Vorteile die Berufsausbildung vernachlässigen und gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, um dadurch leicht finanzielle Vorteile aus der Berufsausbildung erzielen zu können, läßt sich nach Feststellung der Kommission (die "Edding-Kommission", KLK) nicht halten. Qualitätsunterschiede ergeben sich allerdings nach Branchen, Berufsgruppen und einzelnen Ausbildungsberufen." 82)

An dieser Stelle interessiert die Feststellung, daß es Differenzen in der Qualität gibt.⁸³⁾ Neben den o.g. Momenten spielen noch die Betriebsgröße, die Anzahl der Ausbilder, die Organisation der Ausbildung und die Ausstattung der Ausbildungsbetriebe eine Rolle bei der Ermittlung der Qualität. Nach Auffassung der Unternehmer soll die Qualität der Berufsausbildung dadurch gesteigert werden, daß ein System finanzieller Anreize geschaffen wird. Das veranlaßt dann die Unternehmer, durch eine bessere Ausstattung die Qualität zu steigern.⁸⁴⁾ Da es aber weiter der freien Entscheidung der Betriebe überlassen bleiben soll, ob und wie sie die Ausbildung durchführen, ist zu bezweifeln, daß durch den Vorschlag der Unternehmer eine Qualitätssteigerung zustandekommt.

Erst dort, wo die Mängel der Ausbildung offensichtlich werden, also vornehmlich in Klein- und Mittelbetrieben⁸⁵⁾, soll nun nicht die Eignung durch formelle Feststellung

- Akkreditierung - bescheinigt werden, sondern über die Ergänzung der betrieblichen Ausbildung in überbetrieblichen Ausbildungsstätten Abhilfe geschaffen werden. Durch die Überwachung der Betriebe durch Kammern tritt ein weiteres Moment der Differenzierung hinzu, die darin liegt, daß die Wirtschaftsstruktur der einzelnen Kammerbezirke äußerst heterogen ist. Diesen Nachteil nehmen die Unternehmer aber in Kauf, denn dadurch bleibt die Möglichkeit erhalten, frei über Qualität und Quantität der Berufsausbildung zu verfügen. Ein formelles Akkreditierungsverfahren, so wie es im Gesetzentwurf vorgesehen ist, wird von den Unternehmern abgelehnt, weil sie darin eine Bedrohung der Autonomie der Ausbildungsbetriebe sehen. In gewissem Maße ist dies auch gegeben, denn der Grad der Vereinheitlichung, der dadurch erreicht würde, widerspricht dem Differenzierungsbedürfnis der Unternehmer.

3.3.5. Stufenausbildung

Die Stufenausbildung zählt zu den ältesten Reformversuchen der Berufsausbildung in der Bundesrepublik. Sie kommt der Forderung entgegen, die berufliche Grundbildung zu verbreitern und die Spezialisierung zu vertiefen.

In diesem Abschnitt geht es darum, die Vorstellungen der Unternehmer zu den Zielen, der Funktion und den Voraussetzungen der Stufenausbildung zu analysieren. Dabei gilt es, folgende Fragen zu klären:

- Welche Auffassung vertreten die Unternehmer in Bezug auf Neuordnung der Ausbildungsberufe und deren Zusammenfassung in Berufsfeldern?
- Wie ist der Zusammenhang zwischen beruflicher Grund- und Fachbildung zu begreifen?
- Was bedeutet die Verknüpfung von Abschnitten beruflicher Ausbildung mit Qualifikationsstufen, d.h. jede Stufe stellt einen in sich abgeschlossenen Teil der Berufsausbildung dar?

bildung dar?

- Welche Gemeinsamkeiten und welche Unterschiede gibt es zwischen der Grundausbildung in der Stufenausbildung und im Berufsgrundbildungsjahr?

Voraussetzung dafür, daß die berufliche Grundausbildung in der Grundstufe der Stufenausbildung auf breiterer fachpraktischer und -theoretischer Basis erfolgt, ist die Zusammenfassung der herkömmlichen Ausbildungsberufe in Berufsfelder. Die Unternehmer halten die z.Z. bestehende Berufsfeldeinteilung für reformbedürftig.⁸⁶⁾ Es gibt ihrer Ansicht nach zu wenig Berufsfelder. Die berufliche Grundausbildung ist somit notwendigerweise zu breit und zu allgemein angelegt. Konsequenz ist, daß eine auf dieser breiten Grundausbildung aufbauende und an sie anschließende Fachbildung nicht auf bereits in der Grundstufe zu vermittelndes Fachwissen zurückgreifen kann. Die in der Fachausbildung stärker einsetzende Spezialisierung wird erschwert.

"Berufe, die ihrer Struktur und ihrem fachlichen Inhalt nach eine gewisse Verwandtschaft oder Übereinstimmung besitzen, sollen in Berufsfeldern zusammengefaßt werden. ... Gegenüber den jetzt genannten rein empirisch festgelegten Berufsfeldern sind dringend Korrekturen erforderlich, beispielsweise im handwerklichen Bereich, aber auch im Einzelhandel." 87)

Abgesehen von der Tatsache, daß die Kriterien für eine Berufsfeldeinteilung noch nicht eindeutig geklärt sind, ist in der Forderung der Unternehmer nach einer Vermehrung der Berufsfelder zu erkennen, daß sie die Spezialisierung betont wissen wollen.⁸⁸⁾ Einerseits soll die Grundstufe der Stufenausbildung eine allgemein gehaltene berufliche Grundausbildung vermitteln, andererseits soll sie aber bereits zur Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit nach ihrer erfolgreichen Beendigung befähigen. In der Grundstufe muß also berücksichtigt werden, daß die Berufsausbildung auf die Aufnahme einer bestimmten Berufstätigkeit vorbereitet.

Die Kritik der Unternehmer an der bestehenden Berufsfeld-einteilung beeinflusst aber nicht ihre grundsätzlich positive Einstellung gegenüber der Stufenausbildung. Von Teilen der Unternehmerschaft wird sie sogar als die zukünftige Ordnung der Berufsausbildung angesehen.

"Was den Inhalt der beruflichen Bildung betrifft, so hat die Industrie mit der von ihr in den letzten Jahren eingeleiteten Neuordnung der Ausbildungsberufe bewußt die Weichen für eine größere berufliche Flexibilität des Nachwuchses gestellt. Wir wollen die Ausbildung unter Vermeidung zu früher Spezialisierung auf eine möglichst breite Grundlage stellen und gleichzeitig neben der unerläßlichen praktischen Ausbildung das theoretische Grundwissen verstärken. Die rasch voranschreitende Einführung der Stufenausbildung mit systematischer und planmäßiger Unterweisung in den Ausbildungsstätten ist ein Ergebnis dieser Bemühungen." 89)

"Es gibt ja keinen Streit um die Frage, daß im Zusammenhang mit der beruflichen Erstausbildung das Problem der Stufenausbildung sicherlich zukunftssträftig ist.

Im Zusammenhang mit der Stufenausbildung bietet das Berufsbildungsgesetz eine geeignete Grundlage für weitere Diskussionen und von daher auch eine geeignete Grundlage zur Kooperation." 90)

Die Unternehmer erkennen somit an, daß eine breitere Grundbildung mittels planmäßiger und systematischer Unterweisung notwendig ist, um die Flexibilität des Nachwuchses zu erhöhen. Des weiteren soll sie eine "zu frühe Spezialisierung" vermeiden und die Berufsausbildung auf eine "möglichst breite Grundlage" stellen. Gerade in dem "zu früh" und "möglichst breit" liegt die Crux. Es gilt nämlich zu bestimmen, wann die Spezialisierung einsetzen und wie breit die Grundausbildung angelegt sein soll. Deswegen ist die Stufenausbildung ein "zukunftssträftiges" Problem. Denn die Auffassungen darüber, wo und wann die Spezialisierung einsetzen soll, gehen auseinander. Wenn nun die Unternehmer

das BBiG von 1969 als geeignete Grundlage für die Diskussion und Kooperation ansehen, dann sind die Bestimmungen des BBiG (§ 26) zur Stufenausbildung so angelegt, daß sie einen Spielraum für die Festlegung dieser Grenzen bieten. Grundlage für die positive Einschätzung durch alle an der Berufsausbildung Beteiligten ist die Notwendigkeit, die Berufsausbildung zu vereinheitlichen und zu systematisieren, da sie "einer laufenden Anpassung des beruflichen Könnens an neue Daten in Wirtschaft und Technik"⁹¹⁾ bedarf. Dieser Wandel bringt es mit sich, daß Berufsbilder rasch veralten, neue Berufe entstehen und die Qualifikationsmerkmale bestehender Berufe sich verändern. Da der Wandel sich ständig vollzieht, ist es notwendig, daß die Arbeitskräfte ihn mitvollziehen und den sich ändernden Anforderungen mit entsprechender Flexibilität und Mobilität begegnen. Dies ist aber wiederum nur möglich, wenn neben den notwendigen Verhaltensweisen ein entsprechend breites Grundwissen vorhanden ist, das die Veränderungen erleichtert oder erst ermöglicht.

"Auch die Pläne zur Stufenausbildung gehen von der Erkenntnis aus, daß infolge der Berufsstrukturveränderungen und der gewandelten Anforderungen in der Wirtschaft in vielen Ausbildungsberufen gleiche oder verwandte Grundfertigkeiten und -kenntnisse vermittelt werden müssen. Deshalb sollen im Rahmen einer gestuften Ausbildung in einer Grundstufe für eine größere Zahl von Berufen eine gemeinsame allgemeine Grundausbildung, in einer Kernstufe eine anschließende fachliche Grundausbildung für mehrere Berufe und in einer Aufbaustufe eine spezifische Ausbildung für einen bestimmten Beruf vermittelt werden." 92)

Die Stufenausbildung stellt also eine Form der Berufsausbildung dar, die eine zunehmende Spezialisierung auf einer breiten Basis von Grundfertigkeiten und -kenntnissen ermöglicht. Nun kann man einwenden, daß diese Form der Berufsausbildung ja nun nichts Neues sei, denn auch in den herkömmlichen Ausbildungsberufen werde mit einer allgemeinen

Grundlegung begonnen, auf die eine zunehmend speziellere Ausbildung folgt. Der Unterschied der Stufenausbildung zur herkömmlichen Berufsausbildung besteht in zwei Momenten:

1. Verwandte Berufe werde in Berufsfelder zusammengefaßt.
2. Jede Stufe bietet einen Abschluß, der die Aufnahme einer Berufstätigkeit ermöglicht.

Insofern stellt sie eine weitergehendere Differenzierung als die bisherige dreijährige Ausbildung in Monoberufen dar.

In der Grundstufe sollen nach Auffassung der Unternehmer die allgemeinen fachlichen und theoretischen Grundfertigkeiten und -kenntnisse in einem Berufsfeld vermittelt werden. Darüber hinaus soll gegen Ende dieser Grundausbildung die Ausbildung produktionsbezogen sein.

"Eine Aufteilung der Ausbildung in Grundbildung und Fachbildung hat sich für die meisten Berufe als sinnvoll erwiesen. Sie sollte deshalb auch bei der Ordnung der Ausbildung beibehalten werden. Wenn möglich sollte die berufliche Grundbildung auf Berufsfeldbreite in gleicher Weise geordnet werden, wobei durch entsprechende Abgrenzung der Berufsfelder dafür Sorge zu tragen ist, daß wirklich nur verwandte Berufe zusammengefaßt werden. Eine Schwerpunktbildung gegen Ende der Grundbildung kann darüber hinaus zweckmäßig sein." 93)

Der Sinn der Stufenausbildung ist es, vornehmlich Mobilität und Flexibilität der Jugendlichen in der Ausbildung zu fördern und die Berufsentscheidung auf einen späteren Zeitpunkt als bisher zu verschieben. Wenn eine Schwerpunktbildung gegen Ende der Grundstufe erfolgt, dann setzt bereits hier eine Spezialisierung ein. Da die erste Stufe mit einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß endet, wird die Aufnahme einer Berufstätigkeit möglich, die weitgehend dem Niveau der heutigen Anlernberufe entspricht. Berücksichtigt man ferner, daß die Berufsausbildung "dem Erwerb beruflicher Erfahrungen in Verbindung mit produktiver Arbeit"⁹⁴⁾ dienen soll, wobei letzteres in der Schwerpunktbildung enthalten

ist, so hat das zwei Konsequenzen:

1. Verkürzung der Ausbildungsdauer für einen erheblichen Teil der Auszubildenden, die bei ungestufter Ausbildung eine längere Zeit in der Ausbildung verbleiben würden, wobei die Gefahr besteht, daß am Bedarf vorbei produziert wird. Indikator für eine solche Fehlentwicklung ist die Quote der Berufswechsler, die anzeigt, daß im Ausbildungsberuf über den Nachwuchsbedarf hinaus zuviel Jugendliche ausgebildet wurden. Dieser Berufswechsel ist für die Betroffenen häufig mit einer Dequalifizierung verbunden. Hier werden dann auch zusätzliche Maßnahmen in der Umschulung und/oder Fortbildung, also zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen notwendig, die eben durch die Stufung der Ausbildung vermieden werden können.
2. Die Entrümpelung von Ausbildungsinhalten, d.h. deren sinnvolle Zuordnung zu den einzelnen Stufen in der Ausbildung. Die aufsteigende Spezialisierung stellt sicher, daß auf jeder Stufe der Ausbildung das notwendige Quantum an Fertigkeiten und Kenntnissen für die jeweilige entsprechende Stufe in der Berufshierarchie vermittelt wird.

Damit ist ein Ziel unternehmerischer Berufsausbildungspolitik bereits auf der Ebene der Grundstufe verwirklicht. Die Ausbildung kann entsprechend dem Bedarf der Wirtschaft nach den jeweils abgestuften Qualifikationen gesteuert werden, wenn das Prinzip des "vollwertigen" Abschlusses angewendet wird.⁹⁵⁾ Hier wird ein Mechanismus vorgeschlagen und auch praktiziert - es gibt z.Z. fünf gestufte Ausbildungsberufe, weitere sind in Vorbereitung -, der es ermöglicht, flexibler auf Veränderungen in der Qualifikationsstruktur zu reagieren als mittels der herkömmlichen ungestuften Ausbildung.⁹⁶⁾ Die Frage, ob dies der Flexibilität und Mobilität der Jugendlichen förderlich ist, soll am Ende des Abschnitts beantwortet werden.

Betrachtet man die Vorstellungen der Unternehmer zu den Fachstufen, so sollen diese aufbauend auf der Grundstufe eine aufsteigende Qualifizierung vermitteln. In den einzelnen Fachstufen wächst der Spezialisierungsgrad kontinuierlich. Die Endstufe ist dann der höchste Spezialisierungsgrad, d.h. die Ausbildung für einen eng umgrenzten Spezialberuf.

"Die gegenwärtig in Gang befindliche Neuordnung der betrieblichen Berufsausbildung zielt darauf ab,

- die Spezialisierung in verschiedene Fachrichtungen erst in einem möglichst späten Ausbildungsstadium beginnen zu lassen;
- die Ausbildung und anschließende Spezialisierung möglichst systematisch anzulegen, sie - methodisch durchdacht - von Fertigungsstufe zu Fertigungsstufe und von Kenntnisstufe zu Kenntnisstufe fortschreiten zu lassen und ihr dadurch didaktisch ein Höchstmaß von Effizienz zu geben;
- die verschiedenen Fertigungs- und Kenntnisstufen durch die Einführung von Zwischenprüfungen zu Qualifikationsstufen umzugestalten, um dadurch
 - auf der einen Seite abgestufte, in sich vollwertige Berufsabschlüsse zu schaffen, die zur Aufnahme einer hinsichtlich ihres Schwierigkeitsgrades von Stufe zu Stufe anspruchsvolleren Erwachsenentätigkeit befähigen;
 - auf der anderen Seite - aufgrund der prinzipiellen Durchlässigkeit dieser Stufen - den Jugendlichen je nach seinen Eignungsvoraussetzungen von Stufe zu Stufe bis zur Entfaltung seiner optimalen Leistungsfähigkeit zu führen." 97)

In diesem Zitat, das noch einmal die Grundsätze der Stufenausbildung aus Unternehmersicht deutlich hervorhebt, kommt das Prinzip der aufsteigenden Spezialisierung ebenso klar zum Ausdruck wie das Prinzip der Hierarchisierung der Ausbildung. Damit ist die Stufenausbildung als eine Form gekennzeichnet, die es ermöglicht, "ein Höchstmaß an Effizienz" in der Ausbildung zu erreichen. Nun ist ja

gegen Effizienz in der Berufsausbildung nichts einzuwenden. Wenn aber - wie bereits in der Analyse der Grundstufe gezeigt - das Effizienzkriterium Ausdruck der Tatsache ist, daß die Stufenausbildung es ermöglicht, den Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft nach abgestuften Qualifikationen besser zu decken, indem nämlich jede Stufe als Qualifikationsstufe einen Abschluß bietet, der zur Aufnahme einer entsprechenden Berufstätigkeit befähigt, dann tritt konsequenterweise die Differenzierung in den Vordergrund. Es ist so sichergestellt, daß für die jeweils unterschiedlichen Anforderungen von einfacher oder komplizierter Tätigkeit die entsprechenden Fertigkeiten und Kenntnisse vorhanden sind. Der Vorteil gegenüber der herkömmlichen ungestuften Ausbildung liegt auf der Hand: die ungestufte Ausbildung bietet für einfachere Tätigkeiten zuviel an Spezialwissen, für hochspezialisierte Tätigkeiten zu wenig.

Weiterhin ist durch die Stufung ein gewisses Maß an Flexibilität gewährleistet. Indem die Möglichkeit eröffnet wird, die Ausbildung in Abschnitten zu absolvieren, die durch Berufstätigkeit unterbrochen sein kann, ist der Arbeitnehmer in der Lage, auf die wechselnden Anforderungen des Arbeitsplatzes bzw. des Arbeitsmarktes zu reagieren, denn er kann die Ausbildung aufbauend auf die bereits erfolgreich absolvierten Stufen jederzeit wieder aufnehmen und zusätzliche Qualifikationen erwerben. Ob dies tatsächlich der Fall ist, welche individuellen Schwierigkeiten auf der Seite des Arbeitnehmers bzw. welche institutionellen Grenzen diesem Effekt entgegenstehen, soll hier nicht weiter untersucht werden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß die von den Unternehmern bereits auf der Grundstufe geforderte Spezialisierung, die Vergrößerung der Anzahl der Berufsfelder, die Flexibilität begrenzt.

In diesem Sinne ist auch zu verstehen, daß folgende allgemeine Lernziele für die Stufenausbildung von den Unternehmern

genannt werden.

"Die einzelnen Fachstufen sollen problem-lösendes Denken, kreative Anlagen und Fähigkeiten, Lernbereitschaft, Selbständigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Produktivität und kooperatives Verhalten ansprechen und größere berufliche Kompetenz bewirken. Ihrer Grundkonzeption nach ist die Stufenausbildung so strukturiert, daß der Ausgebildete normaliter in der Lage ist, sich mit seinem Können, Wissen und Erfahrungen neuen Aufgaben zu stellen und schon von sich aus in neue Anforderungssituationen vorzustoßen, sie zu bewältigen und damit neue Erfahrungen im Sinne des Selbstbildungsprozesses zu erwerben." 98)

Wenn die Stufenausbildung ein System aufeinander aufbauender Ausbildungsabschnitte im Sinne eines Baukastensystems ist und wenn sie ihren Zweck, mittels Qualifikationsstufen die zukünftigen Erwerbstätigen auf die sich ständig verändernden Berufsstrukturen zu verteilen, erfüllen soll, dann muß sichergestellt sein, daß die im Zitat genannten Lernziele erreicht werden. Voraussetzung für die Effizienz ist eben nicht nur die aufsteigende Spezialisierung, sondern ebenso die Bereitschaft der Auszubildenden, eben diese Stufen mit oder ohne Unterbrechungen zu durchlaufen.

Der Auszubildende benötigt dazu nicht nur berufliche Kompetenz, sondern auch die Bereitschaft zur Mobilität. Nun besteht ja in der Tat ein Anreiz, indem nämlich in der Regel höhere Qualifikationen neben größerem Einkommen auch eine größere Arbeitsplatzsicherheit mit sich bringen.⁹⁹⁾ Im Prinzip des lebenslangen Lernens spiegeln sich die Flexibilitäts- und Mobilitätsmerkmale wie Lernbereitschaft, problemlösendes Denken, Kreativität, Kooperationsbereitschaft und Selbstbildung.

Es muß jedoch festgehalten werden, daß Lernen nicht nur Anstrengung ist, sondern gerade im Bereich der Berufsausbildung mit erheblichen Verzichtseleistungen verbunden ist. Bietet man mit der Stufenausbildung den Jugendlichen die Möglichkeit, schneller als bisher in das Erwerbsleben ein-

zutreten, seine individuellen Wünsche durch früheres Geldverdienen zu verwirklichen - hier spielt auch die "Bildungsmüdigkeit" eine große Rolle -, so besteht die Gefahr, daß eben die höheren Qualifikationsstufen nicht in ausreichendem Umfang besetzt werden, also der Steuerungseffekt der Stufenausbildung nicht optimal funktioniert. Dem schon bestehenden Facharbeitermangel wird durch die Einführung der Stufenausbildung nicht abgeholfen, er wird eher verschärft werden.

Die Stufenausbildung soll eine bessere Abstimmung zwischen Ausbildung und Bedarf von Qualifikationen ermöglichen. Sie verkürzt erstens die Ausbildungszeit, und zweitens entsprechen die Qualifikationsstufen den spezialisierten, abgestuften Berufstätigkeiten. Aber auch sie kann eine vollständige Abstimmung nicht leisten, weil sowohl die Entwicklung der Berufsstruktur ungesteuert verläuft, als auch das individuelle Ausbildungsverhalten sich an hier nicht näher zu diskutierenden Kriterien orientiert.¹⁰⁰⁾

Für die Unternehmer ist allein der Steuerungseffekt der Stufenausbildung von Bedeutung, denn sie stoßen auf dem Arbeitsmarkt auf eine Schranke, die in der unzureichenden bzw. falschen Qualifizierung der Arbeitskräfte liegt und erhebliche Anstrengungen ihrerseits in Bezug auf Einarbeiten, Anlernen usw. verlangt. Indem die Stufenausbildung es auf jeder Stufe ermöglicht, die spezifischen Betriebsbedürfnisse an Qualifikationen zu berücksichtigen, ist zwar der Spezialisierung Rechnung getragen, die allgemeine berufliche Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte jedoch beeinträchtigt.

Nachdem nun die Prinzipien der Stufenausbildung aus der Sicht der Unternehmer dargelegt worden sind, ist zu fragen, warum sie die Vorstellungen der Bundesregierung zu der Stufenausbildung ablehnen.¹⁰¹⁾

Wie in Abschn. 2.3.2.1. gezeigt, ist der Bundesregierung daran gelegen, die Vereinheitlichung und Systematisierung

der Berufsausbildung voranzutreiben. Dazu bedarf es allgemeinverbindlicher Regelungen in den Stufenausbildungsordnungen. Dagegen haben die Unternehmer auch nichts einzuwenden, muß doch gewährleistet sein, daß Durchführung, Ziele und Mittel der Ausbildung sowie die schließlich erworbenen Fertigkeiten und Kenntnisse vergleichbar sind. Jedoch sind die Unternehmer mit dem Ausmaß der Regelungen nicht einverstanden. So beklagt der DIHT bereits ein Jahr nach dem Inkrafttreten des BBiG, daß allgemein die Neuordnung der Ausbildungsordnungen wegen formeller und materieller Schwierigkeiten ins Stocken geraten sind.¹⁰²⁾ An dieser Stelle geht er nicht näher auf die Schwierigkeiten ein, nennt jedoch bei einer Untersuchung der bis zum Jahr 1971 erlassenen Stufenausbildungsordnungen folgende Punkte.

Am Beispiel der Ausbildungsordnung Verkäufer/Einzelhandelskaufmann bezeichnet er die Ausbildungsordnung als zu anspruchsvoll, in dem Sinne, daß die Ausbildungsbetriebe die geforderten Standards nicht erfüllen können.¹⁰³⁾ Zwar wird anerkannt, daß die Ausbildungsordnungen als Rechtsverordnungen allgemeinverbindliche Regelungen sein müssen. Aber diese gehen nach Ansicht der Unternehmer zu weit, bzw. an der Ausbildungssituation der Betriebe vorbei.

"Das (Normieren, KLK) ist nur begrenzt möglich, denn die Ausbildung im Betrieb ist mehr oder weniger von veränderlichen Situationen geprägt, die sich einer justiziablen Regelung entziehen." ¹⁰⁴⁾

Dieses Argument gegen die von der Regierung per Rechtsverordnung erlassenen Stufenausbildungsordnungen wird unabhängig und neben den Vorschlägen zur inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung der Stufenausbildung vorgebracht. Hier wird gesagt, daß die sich ständig verändernden Situationen der Ausbildungsbetriebe eine Grenze der Formalisierung darstellen.

Weil nun die Situation sich ständig verändert, von Betrieb

zu Betrieb verschieden ist, kann die Ausbildung nur bis zu einem gewissen Grad formalisiert werden. Die Unternehmer fragen nicht, was in der Stufenausbildung sinnvoll und wie es zu erreichen ist, sondern setzen die Betriebs-situation als Maß, an dem sich die Systematisierung und Verallgemeinerung der Berufsausbildung auszurichten hat. Ist die Formalisierung zu groß, wird der Spielraum zu eng, den die Ausbildungsbetriebe brauchen, um die Ausbildung auf die spezifischen Betreiberfordernisse auszurichten.

"Diese Bedenken gegen einen unangebrachten Formalismus und gegen perfektionistische Aufzählungen kommen besonders dann auf, wenn man die Entwürfe der neuen gestuften Ausbildungsordnungen betrachtet: sie sind mit 80 und mehr Druckseiten bereits derartig umfangreich und unübersichtlich, daß es einigermaßen schwerfällt, anzunehmen, die Betriebe könnten diesen Formalismus noch korrekt nachvollziehen." 105)

Es zeigt sich in dem Bemühen, den Formalismus so gering wie möglich zu halten bzw. ihn an der Betriebssituation und nicht am Ausbildungsinhalt und -zweck zu messen, daß es den Unternehmern darauf ankommt, gerade auch in der Stufenausbildung zu gewährleisten, daß die Ausbildung weiterhin Nachwuchsrekrutierung der Ausbildungsbetriebe ist. Nur so ist garantiert, daß die Ausbildung für den Ausbildungsbetrieb interessant bleibt. Ist die Ausbildung allgemein und systematisch angelegt, so daß für den Unternehmer, der ausbildet, nachher ebenso viel Aufwand an Einweisung und Einarbeitung des Ausgebildeten mit den entsprechenden Ausfällen an Produktionsleistung erforderlich wird wie für eine auf dem Arbeitsmarkt rekrutierte Arbeitskraft, kann er sich die Kosten und Mühen der Ausbildung sparen. Diese Schlußfolgerung, die bereits anhand der unternehmerischen Überlegungen zu den Grundsätzen und Zielen

der Berufsausbildung (vgl. Abschn. 3.3.1.) herausgearbeitet worden ist, trifft insbesondere auf die Stufenausbildung zu, denn sie bietet zusätzlich den Vorteil, die Verteilung der zukünftigen Arbeitnehmer auf die spezifische Qualifikationsstruktur und -hierarchie des Ausbildungsbetriebes vorzunehmen.

So ist denn nicht verwunderlich, daß die Unternehmer auch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß eine zu starke Beeinträchtigung des Betriebszwecks durch allgemeingültige Regelungen, seien sie auch vom Inhalt bzw. Zweck der Ausbildung, allgemeingültige Qualifikationen zu erreichen, gerechtfertigt, zum "Abbau des Ausbildungsengagement" der Unternehmer führt. Die Unternehmer verweisen an dieser Stelle auf die Überforderung der Betriebe, die einen Rückgang der Ausbildungsplätze nach sich zieht.¹⁰⁶⁾ Das Argument stellt somit eine Drohung an den Ordnungsgeber dar, der sich an die von den Unternehmern aufgestellten Kriterien halten soll.

Nun orientiert sich die Bundesregierung als der Ordnungsgeber an ihr notwendig erscheinenden Kriterien. Sie geht zwar auch vom Arbeitsmarkt als Primärgröße für die Berufsausbildung aus. Ihr Ziel aber ist es, neben einer Abstimmung der Berufsausbildung mit den anderen Teilen des Bildungswesens die Flexibilität und Mobilität derart herzustellen, daß die Anpassungsmaßnahmen auf ein Minimum beschränkt werden, die bei einer sich ständig wandelnden Arbeitswelt für den Einzelnen notwendig werden und den Staat belasten.¹⁰⁷⁾ Es ist daher konsequent, wenn die Bundesregierung versucht, das von den Unternehmern geforderte Kriterium, die Stufenausbildung auf die betrieblichen Gegebenheiten der Ausbildungsbetriebe abzustellen, aus ihren Vorschlägen herauszuhalten. Solange aber der Lernort Betrieb besteht, wird es letztlich nicht möglich sein, Zugeständnisse an die Betriebsgebundenheit zu vermeiden.

Damit sind die Chancen der Abstimmung von Ausbildungssektor

und Beschäftigungswesen auf eine andere Ebene verlagert, wenn auch nicht vergrößert worden.

"Zwar versprechen wir uns von der Zusammenlegung überkommener Ordnungsmittel und entsprechenden Stufenausbildungsmodellen hier ein reibungsloseres und flexibleres Einpendeln von Angebot und Nachfrage; aber dennoch besteht eine latente Diskrepanz zwischen Bedarf und Leistungspotential auf kurze und mittlere Sicht mit allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen." 108)

Nun kann zwar von einer gewissen Anhebung des Niveaus der Berufsausbildung in der Stufenausbildung gesprochen werden. Einschränkend muß jedoch gesagt werden, daß die Differenzierung der Berufsausbildung in unterschiedliche Qualifikationsstufen einer Vereinheitlichung nicht förderlich ist. Die Integration der Berufsausbildung mit den anderen Teilen des Bildungswesens wird erschwert, indem eben neue Differenzierungen geschaffen werden, deren Vergleichbarkeit mit den Abschlüssen des allgemeinbildenden Schulwesens und Formen schulischer Berufsbildung kaum gegeben ist. So wird es denn im wesentlichen davon abhängen, wie weit die Bundesregierung ihre Kriterien in die Konzeption der Stufenausbildung einbringen und ob die Durchlässigkeit zu den anderen Bildungsgängen gewährleistet werden kann.

3.3.6. Berufsgrundbildungsjahr

Untersucht man die Äußerungen der Unternehmer zum Berufsgrundbildungsjahr, so können vier Problembereiche ausgemacht werden:

- die Anzahl der Berufsfelder und die Zuordnung bestehender Ausbildungsberufe zu ihnen;
- die Form des Berufsgrundbildungsjahres - schulische und/oder kooperative Form, d.h. im dualen System unter Einbeziehung aller beteiligter Lernorte;
- die Abstimmung zwischen schulischen Rahmenlehrplänen

und Ausbildungsordnungen, und eng damit zusammenhängend
- das Verhältnis des Berufsgrundbildungsjahres zur
Stufenausbildung.

Bevor ich auf diese einzelnen Problembereiche eingehe, ist auch hier wiederum festzustellen, daß die Unternehmer einer beruflichen Grundbildung auch in der Form des Berufsgrundbildungsjahres positiv gegenüber stehen.¹⁰⁹⁾ Welchen Intentionen sie dienen soll, wird an den Bedingungen und Voraussetzungen zu zeigen sein, die die Unternehmer mit dem Berufsgrundbildungsjahr verknüpfen.

Das Berufsgrundbildungsjahr

"soll in der Sekundarstufe II berufliche Grundbildung auf Berufsfeldbreite vermitteln und die allgemeinen Fächer der Sekundarstufe I (Mittelstufe des Bildungswesens) fortführen. Die berufliche Grundbildung umfaßt Kenntnisse und Fertigkeiten, die für die Ausbildung mehrerer Berufe in Frage kommen. Nach der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungsverordnung wird der erfolgreiche Besuch eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres mit mindestens 24 Wochenstunden fachbezogenem Unterricht als erstes Jahr der Berufsausbildung angerechnet." ¹¹⁰⁾

Das Berufsgrundbildungsjahr soll also nach Auffassung der Unternehmer zwei Funktionen haben:

1. Vermittlung einer beruflichen Grundbildung und
2. Fortführung der Allgemeinbildung.

Diese Bestimmung des Berufsgrundbildungsjahres deckt sich mit den Intentionen der Bundesregierung. Letztere Funktion ergibt sich aus der Tatsache, daß die Hauptschule ihre Aufgabe, die Jugendlichen zur Berufswahlreife zu führen, nur unzureichend erfüllt, so daß sich die Notwendigkeit ergibt, eine endgültige Entscheidung für eine spezielle Berufsausbildung auf einen späteren Zeitpunkt als den der Beendigung des Hauptschulbesuches zu verschieben. Es soll vermieden werden, daß Jugendliche eine Fehlentscheidung über ihren zukünftigen Beruf fällen, die nur schwer zu korrigieren ist.¹¹¹⁾ In dieser Funktion unterscheidet sich

die Grundausbildung im Berufsgrundbildungsjahr von der in der Stufenausbildung.

Auf die Funktion des Berufsgrundbildungsjahres, in Sonderformen den Hauptschulabschluß zu vermitteln, will ich nicht näher eingehen.¹¹²⁾ Sie ist eine Spezialform, die durchaus zu der zweiten Funktion zu zählen ist, stellt sie doch eine zusätzliche Methode dar, die Berufswahlreife zu vermitteln.

Die Unternehmer erkennen die o.g. Doppelfunktion des Berufsgrundbildungsjahres zwar an.¹¹³⁾ Sie legen jedoch eindeutig den Schwerpunkt des Berufsgrundbildungsjahres auf die berufliche Grundbildung, wenn sie bemängeln, daß der Anteil der beruflichen Fachbildung - Fachtheorie und -praxis - an der Gesamtstundenzahl von 32 Wochenstunden mit 24 Wochenstunden zu niedrig ist.¹¹⁴⁾ Es bestände die Gefahr, daß die fachpraktischen und -theoretischen Kenntnisse nicht ausreichen, um einen nahtlosen Übergang in die berufliche Fachbildung besonders in der Stufenausbildung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Unternehmer in ihrem praktischen Verhalten dieses Problem dahingehend gelöst haben, daß sie die Anrechnungsverordnung unterlaufen. Die Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres werden von ihnen nicht in das zweite Jahr der Berufsausbildung übernommen mit der Begründung, daß die notwendigen fachlichen Kenntnisse für eine reibungslose Fortführung der Fachbildung nicht ausreichen. Bei dem z.Z. herrschenden Ausbildungsplatzmangel tritt dies besonders zutage. Auf die Probleme der curricularen Verzahnung der Grund- mit der Fachbildung ist unten näher einzugehen.

Wie bereits bei der Diskussion der Stufenausbildung gezeigt, wünschen die Unternehmer eine möglichst große Zahl von Berufsfeldern. Darin ist eine Betonung der Spezialisierung zu sehen. D.h., die berufliche Grundbildung muß auch im Berufsgrundbildungsjahr der Tatsache Rechnung tragen, daß eine Berufsausbildung in welcher Form auch immer eine Vor-

bereitung für die Aufnahme einer spezialisierten Berufstätigkeit ist. So ist es konsequent, wenn die Unternehmer fordern, daß auch im Berufsgrundbildungsjahr die jeweiligen besonderen Interessen der Ausbildungsbetriebe zum Tragen kommen.

Das Berufsgrundbildungsjahr soll möglichst flexibel gestaltet sein, damit es "je nach den Anforderungen bestimmter Berufe sowohl eine Berufsfeldorientierung als auch eine berufsspezifische Ausbildung zuläßt."¹¹⁵⁾ Eng mit dem Problem der Berufsfeldeinteilung ist die Frage der Abstimmung der Curricula des Berufsgrundbildungsjahres mit den Ausbildungsordnungen insbesondere mit den an die berufliche Grundbildung anschließenden Stufen der Fachbildung verknüpft. Dieses Problem wird noch zusätzlich kompliziert durch die Tatsache, daß das Berufsgrundbildungsjahr sowohl in schulischer als auch kooperativer Form durchgeführt werden kann. Die Skepsis der Unternehmer gegen ein schulisches Berufsgrundbildungsjahr wird folgendermaßen begründet.

Ein Berufsgrundschuljahr zerstöre die Bundeseinheitlichkeit der Berufsausbildung, da die Kompetenz für schulische Ausbildungsgänge bei den Ländern liegt, die je nach bildungspolitischen Prioritäten unterschiedliche Lehrpläne für das Berufsgrundschuljahr erstellen.¹¹⁶⁾ Die Versuche zur Einrichtung des Berufsgrundschuljahres weisen unterschiedliche Anteile fachbezogenen Unterrichts auf.¹¹⁷⁾

"Eine besondere Diskrepanz zwischen bildungspolitischer Vorstellung und praktischer Anwendung stellt jedoch die Regelung für die Anrechnung eines schulisch vermittelten Berufsgrundbildungsjahres dar. Bedenken bestehen vor allem wegen der fehlenden Abstimmung mit den Ausbildungsordnungen, der in den Ländern unterschiedlichen Lehrplangestaltung sowie der ungenügenden Anzahl von 24 Wochenstunden fachbezogenen Unterrichts. Ob die Ausbildungsbetriebe ohne weiteres bereit sein werden, mit Absolventen dieser Schulen einen verkürzten Ausbildungsvertrag abzuschließen, bleibt abzuwarten. Das

Risiko, in nur zwei Jahren die Jugendlichen zum Ausbildungsziel führen zu müssen, wird jedenfalls manchem Ausbildungsbetrieb zu groß." 118)

Die Unternehmer bemängeln am schulischen Berufsgrundbildungsjahr, daß die Belange der betrieblichen Ausbildung zu wenig berücksichtigt werden, wenn der fachbezogene Unterricht ihrer Ansicht nach zu kurz kommt. Sie fordern deswegen, die Ergebnisse der Modellversuche beider Formen der Berufsgrundbildung abzuwarten, bevor eine endgültige Entscheidung über Form und Gestaltung des Berufsgrundbildungsjahres getroffen wird.¹¹⁹⁾ Es gilt insbesondere zu gewährleisten, daß der Erwerb von Berufspraxis im Berufsgrundbildungsjahr möglich ist.¹²⁰⁾

Diese Skepsis gegenüber dem schulischen Berufsgrundbildungsjahr bleibt weiterhin bestehen, ist aber mit der Erprobung von Modellen der Berufsgrundbildung in kooperativer Form etwas in den Hintergrund getreten. Die Abstimmungsprobleme zwischen Bund und Ländern, zwischen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen und damit verbunden die Forderung nach Verzahnung von Grund- und Fachbildung bleiben bestehen. Es müssen also noch bundeseinheitliche Regelungen für das Berufsgrundschuljahr gefunden werden. Eine Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 6.9.73 über die Grundsätze und Inhalte des Berufsgrundbildungsjahres enthält das Abstimmungsverfahren.¹²¹⁾ In der Praxis erweist sich die Abstimmung als schwierig. Das ist darauf zurückzuführen, daß zum Teil die bestehenden Ausbildungsordnungen nicht überarbeitet sind bzw. neue Ausbildungsordnungen von der Bundesregierung erstellt und erlassen werden. Es müssen also noch die von den Ländern gemeinsam beschlossenen Rahmenlehrpläne mit den Ausbildungsordnungen abgestimmt werden. In der Diskussion um die Abstimmung stellen die Unternehmer die Forderung auf, die Rahmenlehrpläne an den Ausbildungsordnungen zu orientieren.¹²²⁾ Diese Forderung ist uns bereits bei den allgemeinen Zielsetzungen unter-

nehmerischer Bildungspolitik für die Berufsausbildung begegnet. Dort wurde ebenfalls dafür plädiert, nicht die Ausbildungsordnungen an die Rahmenlehrpläne, sondern umgekehrt die Rahmenlehrpläne an die Ausbildungsordnungen anzupassen.

Die Forderung nach Abstimmung der einzelnen Phasen und Teile der Berufsausbildung ist zwar richtig und notwendig, weil sonst die Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit unmöglich wird. Jedoch ist die Forderung, daß sich die Lehrpläne für das Berufsgrundbildungsjahr an den Ausbildungsordnungen ausrichten sollen, für die Unternehmer konsequent. Da die gegebenen oder neu zu erstellenden Ausbildungsordnungen so konzipiert sein sollen, daß sie den speziellen Interessen der Ausbildungsbetriebe in der Berufsausbildung Raum geben, ist die Konsequenz für eine berufliche Grundbildung, daß der Grad der Verallgemeinerung klein ist. Durch die Spezialisierung, die zum Kriterium für die Lehrpläne gemacht wird, wird die Vereinheitlichung und Verbreiterung der praktischen und theoretischen Grundlage der Berufsausbildung begrenzt.

So darf denn auch die berufliche Grundbildung in Form des Berufsgrundbildungsjahres und auch die Grundstufe der Stufenausbildung nur insoweit der Verallgemeinerung dienen, wie diese nicht die Nachwuchsrekrutierung für den Ausbildungsbetrieb tangiert.

"Die Vernachlässigung der beruflichen Bildungsinhalte gefährdet die Struktur der Berufsbildung und stellt damit auch die Basis der betrieblichen Ausbildung (die spezifischen Belange des Ausbildungsbetriebes, KLK) in Frage." 123)

"Auch die Wirtschaft mißt der Frage einer Berufsgrundbildung fundamentale Bedeutung zu. Sie hat das größte Interesse daran, daß hier vernünftige Lösungen gefunden werden, die der Forderung nach beruflicher Grundbildung, auch nach ihrer Verzahnung mit der nachfolgenden Fachbildung entsprechen, praktikabel und effizient sind." 124)

Die Lösungen für das Berufsgrundbildungsjahr sollen praktikabel und effizient sein. Wenn aber das unternehmerische Interesse, die Berufsausbildung an die Besonderheiten der Ausbildungsbetriebe zu knüpfen, den Vorrang erhält, so mag das effizient und praktikabel für die Unternehmer sein, gesamtgesellschaftlich gesehen jedoch kaum, denn gerade die Betriebsbindung ist Ursache für die Schwierigkeiten, in denen die Berufsausbildung steckt.

Wenn also die Abstimmung unter der Berücksichtigung des unternehmerischen Kriteriums erfolgt, dann folgt daraus, daß der Grad der Verallgemeinerung und Verbreiterung der Berufsausbildung, wie bereits an der Stufenausbildung gezeigt, nicht sehr groß sein kann.

In Bezug auf die zweite Funktion, die Erziehung zur Berufswahlreife, kann der Erfolg des Berufsgrundbildungsjahres nur mit großer Skepsis beurteilt werden.

Der Anteil der allgemeinbildenden Fächer, der Voraussetzung ist, um die Berufswahlreife zu erreichen, muß entsprechend hoch sein, denn gerade die Defizite des allgemeinbildenden Unterrichts an den Hauptschulen sind verantwortlich für die mangelnde Berufswahlreife. Aber gerade er soll gegenüber den fachbezogenen Teilen im Berufsgrundbildungsjahr zurückgedrängt werden. Des weiteren kommt hinzu, daß die geforderte Verzahnung mit der anschließenden Fachbildung sowie die Abstimmung von Rahmenlehrplänen und Ausbildungsordnungen, die auf eine Durchsetzung der Spezialisierung gegenüber der Verallgemeinerung in der beruflichen Grundbildung hinauslaufen, eben der Berufswahlreife entgegenstehen.

"Das Anliegen auf der einen Seite ist die Verbreiterung der Grundbildung und das andere Anliegen ist die Spezialisierung, die technische Vervollkommnung." 125)

Diese beiden Anliegen können zumindest unter den genannten Prämissen nicht gleichzeitig realisiert werden. Es muß also bezweifelt werden, ob eine Qualitätsverbesserung der Berufs-

ausbildung in dieser Konzeption des Berufsgrundbildungs-jahres enthalten ist. Die Durchlässigkeit zu den anderen Bildungsgängen ist ebenfalls stark eingeschränkt, wenn das Betriebskalkül zum Tragen kommt, wird doch die Vergleichbarkeit der jeweiligen Anteile in dem Berufsgrund-bildungsjahr mit anderen Teilen schulischer und betrieb-licher Ausbildung erschwert.

Will die Bundesregierung an den Zielen, Verbesserung der Durchlässigkeit, deren Voraussetzungen Verallgemeinerung und Vereinheitlichung sind, soweit an der Mündigkeit des Bürgers festhalten, muß sie dem Unternehmerinteresse nach Spezialisierung entgegenreten. In der Auseinandersetzung um das Berufsgrundbildungsjahr zwischen Bundesregierung und Unternehmern geht es um die Festlegung des Verallge-meinerungsgrades.

Da die Unternehmer auf die Schulpolitik der Länder und somit auf die Gestaltung des Berufsgrundschuljahres weniger Einfluß haben, und da die Länder auf die Integration des Berufsgrundschuljahres in ihre Schulkonzeption Wert legen, erfolgt hier der Appell an die Bundesregierung, die Länder-aktivitäten in die von den Unternehmern gewünschte Regelung zu lenken.¹²⁶⁾ Die Bundesregierung wird als Garant dafür angesehen, daß sie mittels der Ausbildungsordnungen durch-setzt, daß die Spezialisierung stärker berücksichtigt wird.

In diesem Zusammenhang ist noch ein "bildungsökonomisches" Argument der Unternehmer in Bezug auf die Berufsgrundbildung anzuführen. Lehnten die Unternehmer zu Beginn der Diskussion um das Berufsgrundbildungsjahr eine schulische Form ab, so schlagen sie diese jetzt selber vor.

"Das Berufsgrundschuljahr sollte in den Berufsfeldern ausgebaut werden, in denen die Übernahme der Berufsgrundbildung durch die Schule möglich ist. Der Betrieb kann dann seine Ausbildungskapazität vermehrt für die Fachbildung im 2. und 3. Ausbildungs-jahr einsetzen und dafür mehr Ausbildungs-plätze anbieten. Voraussetzung dafür ist

allerdings, daß einerseits der Ausbau nach regionalen und sektoralen Schwerpunkten erfolgt und andererseits sichergestellt ist, daß eine Anrechnungsfähigkeit vom Inhalt her gegeben ist. Unter entsprechender Berücksichtigung dieser Grundsätze kann auch ein Ausbau der Berufsfachschulen das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe erhöhen." 127)

In einer Situation, in der Ausbildungsplätze knapp, die Nachfrage groß und zunehmend ist, offerieren die Unternehmer die Möglichkeit, die Ausbildungskapazitäten derart zu erweitern, daß der Staat mehr Kapazitäten auf seiner Seite schafft. Dies freilich nur, wenn der Staat sich an die Grundsätze der Unternehmer für das Berufsgrundbildungsjahr hält, d.h. weitgehend auf eine vereinheitliche und verallgemeinerte Grundbildung verzichtet, so wie es in der Forderung nach Berücksichtigung regionaler und sektoraler Schwerpunkte und der Ausrichtung der Inhalte auf die betriebliche Ausbildungspraxis zum Ausdruck kommt. Hatten die Unternehmer noch zu Beginn der Einführung des Berufsgrundbildungsjahres dem Staat vorgeworfen, er benutze die Verstärkung der Berufsgrundbildung zum Rettungsanker für seine gescheiterte Bildungspolitik¹²⁸⁾, so treten diese Gesichtspunkte nun in den Hintergrund. Einerseits halten die Unternehmer an ihren Bedenken gegenüber den staatlichen Vorstellungen zum Berufsgrundbildungsjahr fest, andererseits machen sie den Vorschlag, die Berufsgrundbildung als ein Mittel zur Beseitigung des Ausbildungsplatzmangels zu benutzen. Dieser Vorschlag zeigt, daß die Unternehmer in einer Zeit, in der der Staat gezwungen ist, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, eine günstige Gelegenheit sehen, ihre Vorstellungen zu realisieren.

3.3.7. Blockunterricht

Nachdem die Vorstellungen der Unternehmer zu zwei Schwerpunkten der Reform der Berufsausbildung analysiert worden sind, die alle an der Berufsausbildung beteiligten Lernorte tangieren, soll hier eine Reformmaßnahme diskutiert werden, die primär die Berufsschule berührt.

Die Situation der Berufsschule ist gekennzeichnet durch Lehrermangel, fehlende Sachmittel, zu wenig Fachklassen und unzureichender Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen. Der Blockunterricht soll einen Teil der Mängel beseitigen helfen. Es gilt zu untersuchen, welche Voraussetzungen nach der Auffassung der Unternehmer erfüllt sein müssen, um den Blockunterricht durchzuführen. Ferner sind Funktion und Ziele des Blockunterrichts zu analysieren, um in einem weiteren Schritte die Probleme des Blockunterrichts zu diskutieren.

Der Blockunterricht ist

"Berufsschulbesuch in Form von periodischem Vollzeitunterricht, auch Phasen- oder Intervallunterricht genannt. Beim Blockunterricht besuchen die Auszubildenden während bestimmter Zeiträume, deren Dauer zwischen vier und 13 Wochen liegt, täglich die Berufsschule." 129)

Das bedingt eine veränderte Zuordnung der Ausbildungssteile.¹³⁰⁾ Der Unterricht in Betrieb und Schule muß zeitlich und organisatorisch neu gestaltet werden. Eine Voraussetzung für die Durchführung von Blockunterricht ist also die Abstimmung zwischen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen. Es gilt, die fachpraktische und -theoretische Ausbildung so zu ordnen, daß eine sinnvolle Zuordnung der Blöcke in Betrieb und Schule erreicht werden kann. Bedingung für die "Verzahnung" ist die Zusammenarbeit der beteiligten Betriebe und Berufsschulen auf allen Ebenen.¹³¹⁾ Diese Kooperation soll nach Auffassung der Unternehmer "betriebsnah" erfolgen, d.h. die jeweiligen Belange der Ausbildungsbetriebe sollen berück-

sichtigt werden.¹³²⁾

"Regional muß das Problem der Abstimmung der Schulen mit den Betrieben in ihrer Gesamtheit sowie das Problem der Kooperation von Schule und Einzelbetrieb gelöst werden." ¹³³⁾

Hier liegt die erste Schwierigkeit. Notwendig für eine effektive Ausbildung ist die sinnvolle Abstimmung zwischen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen. Dadurch können Überschneidungen vermieden werden, Fachpraxis und -theorie können unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Lernorte sinnvoll aufeinander bezogen werden und die Lehr- und Lernintensität kann gesteigert werden.

Wenn die Unternehmer fordern, die Abstimmung möglichst auf der Ebene der beteiligten Einzelbetriebe und Schulen durchzuführen, so hat das zur Folge, daß die jeweiligen Besonderheiten - die betrieblichen Ausbildungspläne weichen in Bezug auf die zeitliche und organisatorische Gliederung erheblich voneinander ab - eine stärkere Berücksichtigung in der Gesamtausbildung erfahren. Damit verbunden ist die Gefahr, daß die Einheitlichkeit in der Berufsausbildung verlorengeht.

Dieselbe Folge zieht die Forderung nach sich, die Betriebe an der Entscheidung über Lage und Dauer der Blöcke zu beteiligen.¹³⁴⁾ So laufen denn die Vorstellungen der Unternehmer in Bezug auf die Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen und über die Lage und Dauer der Blöcke eher auf eine Zersplitterung der Berufsausbildung als auf ihre Vereinheitlichung hinaus.

Wenden wir uns nun den Zielen und der Funktion des Blockunterrichts zu. Mit dem Blockunterricht soll die Leistungsfähigkeit der Berufsschule gesteigert werden. Die Mängel der Berufsschule sind bereits genannt. Wird die Leistungsfähigkeit der Berufsschule gesteigert, wenn die Unternehmer fordern, es solle nicht das "wünschbare Maximum", sondern das "betrieblich machbare Optimum" angestrebt werden?¹³⁵⁾

Abgesehen davon, daß auch die Unternehmer anerkennen, daß mehr gemacht werden könnte, wenn sie von einem "wünschbaren Maximum" sprechen, ist zu fragen, was es heißt, vom "betrieblich machbaren Optimum" auszugehen. Indem Maximum und Optimum in dem Vergleich entgegengesetzt werden, wird das betrieblich Machbare als fixe Größe gesetzt. Das, was die Betriebe in der Berufsausbildung leisten wollen, ist die Richtschnur für die Berufsschule. So ist es denn auch konsequent, wenn die Berufsschule in ihrer Funktion für die betriebliche Ausbildung gesehen wird. Sie soll die betriebliche Ausbildung erleichtern.¹³⁶⁾

Der Blockunterricht wird als Mittel angesehen, Lehrer rationaler einzusetzen, die betrieblichen Ausbildungsplätze besser zu nutzen und, wie bereits oben gezeigt, die betrieblichen Besonderheiten in der Ausbildung besser durchzusetzen. Es kann nicht bestritten werden, daß ein Rationalisierungs- und Systematisierungseffekt eintreten. Jedoch muß bestritten werden, daß eine Verbesserung der beruflichen Ausbildung insgesamt unter diesen Gesichtspunkten erreicht wird.

Denn die Durchsetzung der spezifischen Bedürfnisse des Ausbildungsbetriebes mittels des Blockunterrichts in der Berufsschule hat eine weitere Zersplitterung der Ausbildung zur Folge. Die Verallgemeinerung wird erschwert, die Bundeseinheitlichkeit der Berufsausbildung inhaltlich ausgehöhlt und damit die Undurchlässigkeit gegenüber anderen Ausbildungsgängen zementiert.

Damit ist auch die Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte eingeschränkt. Wenn also die Unternehmer unter den genannten Bedingungen für den Blockunterricht eintreten, werden zwar die Belange der einzelnen Ausbildungsbetriebe stärker berücksichtigt, jedoch die gesellschaftlich notwendige Verallgemeinerung in der Berufsausbildung behindert. Die Bundesregierung muß diesen Forderungen der Unternehmer entgegentreten, will sie ihre bildungspolitischen Ziele in Bezug auf die Verbesserung der Situation der Berufsschulen

durchsetzen. Jedoch spricht die verstärkte Einführung des Blockunterrichts an den Berufsschulen¹³⁷⁾, gerade was die wichtigsten Ausbildungsberufe angeht, dafür, daß auch die Bundesregierung bzw. die Länderregierungen eher das arbeitsmarktpolitische Kalkül in Betracht ziehen als die langfristigen Konsequenzen für die Berufsausbildung insgesamt.

3.3.8. Überbetriebliche Ausbildungsstätten

Die von der Bundesregierung durch verschiedene Programme forcierte Förderung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten wird von den Unternehmern unterstützt.¹³⁸⁾ Den überbetrieblichen Ausbildungsstätten wird eine bestimmte Stellung innerhalb der Berufsausbildung zugemessen, die es zu untersuchen gilt. D.h. es müssen die Ziele der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen analysiert werden. Ferner müssen die Probleme untersucht werden, die die Unternehmer bei der Einrichtung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten und der Durchführung der Berufsausbildung in ihnen sehen.

Der Arbeitskreis 3 "Ausbildung in außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten" des Kongresses "Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft" hat für sie folgende Ziele formuliert:

"Überbetriebliche Ausbildungsstätten - z.B. auch Gemeinschaftslehrwerkstätten oder Gewerbeförderungsanstalten genannt - sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß hier in Lehrgangsform eine produktionsungebundene Unterweisung erfolgt." 139)

Sie sollen eine breit angelegte Ausbildung sicherstellen und ein gleichmäßiges Ausbildungsniveau erreichen, d.h. Qualitätsunterschiede in der Berufsausbildung beseitigen helfen. Sie sollen weiterhin die Mobilität der Jugendlichen fördern und die Anpassung an den technischen Fortschritt gewährleisten.¹⁴⁰⁾ Damit leisten sie einen Beitrag zur

Vereinheitlichung der Berufsausbildung und zur Erhöhung der Chancengleichheit.¹⁴¹⁾

Einen weiteren Vorteil sehen die Unternehmer darin, daß eine bessere Abstimmung mit dem Blockunterricht der Berufsschulen möglich ist und daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten innerhalb des Berufsgrundbildungsjahres die praktischen Ausbildungsanteile übernehmen können.¹⁴²⁾

Es kommt hinzu, daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten verstärkt innerhalb der beruflichen Grundbildung eingesetzt werden und durch die Übernahme von Teilen der betrieblichen Fachbildung die Betriebe entlasten können.¹⁴³⁾

Die Unternehmer weisen den überbetrieblichen Ausbildungsstätten die Funktion zu, die betriebliche Ausbildung zu ergänzen. Und zwar dann,

"wenn die betrieblichen Verhältnisse eine lehrgangsmäßige Form bei bestimmten Teilen der Ausbildung nicht zulassen." 144)

Damit ist gleichzeitig gesagt, daß eine lehrgangsmäßige Ausbildung zumindest teilweise notwendig ist, denn die in der Ausbildung zu vermittelnden Kenntnisse und Fertigkeiten müssen planmäßiger erlernt werden, als dies in der produktionsgebundenen Ausbildung möglich ist. So ist denn auch klar, warum die überbetrieblichen Ausbildungsstätten besonders für die Ergänzung der Ausbildung in Klein- und Mittelbetrieben infragekommen. Diese Betriebe bringen oft die personellen und sachlichen Voraussetzungen nicht mit, die festgelegten Ausbildungsinhalte planmäßig und systematisch zu vermitteln.¹⁴⁵⁾

Voraussetzung dafür, daß die o.g. Ziele verwirklicht werden, ist die Abstimmung der Ausbildungsabschnitte und -inhalte zwischen den beteiligten Lernorten. Nun werden von den Unternehmern Kriterien für die Abstimmung genannt, die daraufhin zu untersuchen sind, inwieweit sie die Durchsetzung der Ziele behindern oder fördern.

Zum ersten wenden die Unternehmer ein, daß die betriebliche Planung der Ausbildung erschwert wird, wenn überbetriebliche Ausbildungsstätten als weiterer Lernort in die Ausbildung

integriert werden.¹⁴⁶⁾ Ferner fordern die Unternehmer, daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten nicht generell eingeführt werden. Sie sollen entsprechend den jeweiligen regionalen und strukturellen Gegebenheiten geplant und ausgebaut werden.¹⁴⁷⁾ Das Argument, daß eine sorgfältige Planung einschließlich einer Bedarfsrechnung als Voraussetzung notwendig ist¹⁴⁸⁾, unterstreicht die Notwendigkeit, die überbetrieblichen Ausbildungsstätten mit anderen Lernorten der Berufsausbildung abzustimmen. Betrachtet man die Argumente im Zusammenhang, so fällt auf, daß einerseits die Notwendigkeit einer Verbreiterung der Berufsausbildung betont wird, deren Ziel es ist, das bestehende Gefälle in der Ausbildungsqualität besonders zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben zu beseitigen.¹⁴⁹⁾ Andererseits soll sich das Angebot an überbetrieblichen Ausbildungsstätten nach den strukturellen und regionalen Besonderheiten richten, der Zusammenhang mit der betrieblichen Ausbildung möglichst eng sein. Nur so sei die Anpassung an die technische und wirtschaftliche Entwicklung und der reibungslose Übergang in die betriebliche Ausbildung gewährleistet.¹⁵⁰⁾ Dieser Gegensatz zwischen tendenzieller Vereinheitlichung und gleichzeitiger Differenzierung, die dadurch erreicht wird, daß die lehrgangsmäßige Unterweisung die betrieblichen Gegebenheiten berücksichtigen soll, findet seine Entsprechung darin, daß die Unternehmer einerseits keine Differenz zwischen Lernort Betrieb und Lernort überbetriebliche Ausbildungsstätte konstatieren¹⁵¹⁾, andererseits sehr wohl sehen, daß für einzelne Bereiche der Berufsausbildung andere Methoden der Ausbildung notwendig sind, die der betrieblichen Ausbildungspraxis nicht zur Verfügung stehen¹⁵²⁾

Wenn also die betrieblich bedingten, unterschiedlichen Ausbildungsleistungen dazu geführt haben, daß überbetriebliche Ausbildungsstätten eingerichtet wurden, die aber wieder an die Betriebe gekoppelt werden derart, daß die

notwendige Abstimmung der Lernorte die betrieblichen Belange zu berücksichtigen habe, dann wird die angestrebte Vereinheitlichung zurückgenommen. Sieht man sich die Argumente der Unternehmer zur Koppelung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten an die Berufsschule an, dann wird dies noch deutlicher. Die Verzahnung mit der Berufsschule wird mit folgenden Argumenten befürwortet:

- die Möglichkeit zur Bildung von Berufsbildungszentren¹⁵³⁾;
- effektive Nutzung der vorhandenen und zu schaffenden Kapazitäten in Berufsschule und überbetrieblichen Ausbildungsstätten¹⁵⁴⁾; und
- eine bessere Verzahnung von Ausbildungsanteilen.¹⁵⁵⁾

Gleichzeitig wird gesagt, daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten erstens keine eigenständige Lernorte sind¹⁵⁶⁾ und zweitens die Nähe zur Berufsschule als Indiz für eine "Verschulung" anzusehen ist.¹⁵⁷⁾

Hierzu ist folgendes zu sagen. Die Unternehmer sehen zwar die Vorteile, die die überbetrieblichen Ausbildungsstätten für die Berufsausbildung bringen, wollen aber andererseits gewährleistet sehen, daß die überbetriebliche Ausbildung eng an die Zwecksetzung der betrieblichen gebunden bleibt. Das wird noch bekräftigt dadurch, daß die Unternehmer der überbetrieblichen Ausbildung eine Ersatzfunktion absprechen.¹⁵⁸⁾

Wenn nicht bestritten wird, daß die überbetrieblichen Ausbildungsstätten neben den beiden anderen Lernorten in der Berufsausbildung einen eigenständigen Beitrag zur Berufsausbildung leisten, dann dienen die Argumente, die unter Anerkennung der Differenz zu Betrieb und Berufsschule die Besonderheit der überbetrieblichen Ausbildungsstätten leugnen, dazu, die notwendige Vereinheitlichung und Qualitätsverbesserung an den Betriebsbelangen zu messen. Damit kann aber auch von einer Erhöhung der Chancengleichheit keine Rede mehr sein, denn die differenzierten Bedürfnisse der Betriebe sind ja der Grund für die unterschied-

lichen Qualifikationen und Aufstiegsmöglichkeiten. In dieselbe Richtung geht auch das Argument, das den vom Staat eingerichteten überbetrieblichen Ausbildungsstätten mangelnde Praxisnähe vorwirft.¹⁵⁹⁾ So ist denn nicht verwunderlich, wenn die Unternehmer in der Bestimmung des Gesetzentwurfes von 1975 und in den Förderungsrichtlinien für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten eine tendenzielle Loslösung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten von den betrieblichen Belangen - einen ersten Ansatz zur Überwindung der betrieblichen Ausbildung - vermuten.¹⁶⁰⁾

"Die Tendenz zur Verselbständigung überbetrieblicher Ausbildung und damit die Loslösung von ihrer betrieblichen Ergänzungsfunktion weist darauf hin, daß Berufsausbildung auch unabhängig vom Betrieb und dessen Möglichkeiten gesehen wird. Die überbetriebliche Ausbildungsstätte ist jedoch kein eigenständiger Lernort." 161)

Wenn darüber hinaus einer Untersuchung des BBF, aufgrund welcher die Forderung erhoben wird, die überbetrieblichen Ausbildungsstätten als Lernort in die Sekundarstufe II zu integrieren, um Chancengleichheit und Gleichwertigkeit aller Bildungsgänge zu gewährleisten, systemüberwindende Tendenzen bescheinigt wird, dann sollen damit Vorstellungen abgeblockt werden, die die überbetriebliche Ausbildung als eigenständigen Bestandteil der Berufsausbildung ansehen. Die Bundesregierung kann die Ziele nur realisieren, wenn sie die Ausbildung weitgehend von den betrieblich bedingten Differenzierungen loslöst. Dies gilt auch für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten, für die dann aber die Wirtschaft keinen Bedarf hat.¹⁶²⁾

Indem die Unternehmer auf eine gemischte Trägerschaft für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten dringen - staatliche Trägerschaft wird mit dem Argument der Isolation von der Arbeitswelt abgelehnt¹⁶³⁾ -, versuchen sie, die oben beschriebene Bindung an die betrieblichen Belange

durchzusetzen. Dies läßt sich in der Kritik der Unternehmer an dem paritätisch besetzten Kontrollausschuß für die Ausbildungsstätte, der nach den Förderungsrichtlinien einzusetzen ist, zeigen. Dieser hat nicht nur Beschluß-, sondern auch Kontrollaufgaben in allen Fragen der Ausbildungsstätte, so bei der Lehre, beim Ausbildungspersonal und beim Haushalt.¹⁶⁴⁾

Es muß resümierend festgestellt werden, daß die Vorstellungen der Unternehmer zu den überbetrieblichen Ausbildungsstätten keinen Beitrag zur Vereinheitlichung und Verbesserung der Qualität der Berufsausbildung und damit auch zur Herstellung von Chancengleichheit leisten.

3.4. Organisation der Berufsausbildung

Die Unternehmer betrachten die Reorganisation als einen der Kernpunkte der Reform der Berufsausbildung.¹⁶⁵⁾ Dabei geht es im wesentlichen um die Frage, ob die staatlichen Instanzen neben der Verantwortung¹⁶⁶⁾ auch Planung, Durchführung und Kontrolle¹⁶⁷⁾ über die Berufsausbildung übernehmen. Das bedeutet, daß die Selbstverwaltung abgelöst wird durch ein System staatlicher Mechanismen. Hierunter fallen alle organisatorischen Maßnahmen, die sicherstellen, daß die Berufsausbildung als öffentliche Aufgabe auch durch staatliche Instanzen durchgeführt und kontrolliert wird. Im 8. Kapitel des gescheiterten Gesetzentwurfes ist die staatliche Kontrolle geregelt.¹⁶⁸⁾

Es gilt in diesem Abschnitt zu untersuchen, welche Gründe die Unternehmer für die Beibehaltung der Selbstverwaltung durch die Kammern haben und welche Argumente gegen deren Ersetzung durch Ausschüsse auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene vorgebracht werden. Ferner ist zu untersuchen, was die Einrichtung eines Bundesinstituts für Berufsbildung in Hinblick auf eine Vereinheitlichung der Berufsausbildung leistet und welche Änderungen durch staatliche Prüfungsausschüsse eintreten. Da die Ausschüsse unter der Beteiligung der mit der Berufsausbildung befaßten Gruppen eingerichtet werden sollen, ist zu fragen, wie die Unternehmer zur Mitbestimmung in der Berufsausbildung stehen.

Die Berufsbildungsforschung als eine der Aufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildung soll ebenfalls daraufhin untersucht werden, unter welchen Gesichtspunkten und Bedingungen sie nach den Vorstellungen der Unternehmer einen Beitrag zur Reform der Berufsausbildung leisten kann und was das für die Berufsbildungsforschung impliziert. Dies geschieht in Abschnitt 3.8. Hier werden Organisation und Aufgaben des Bundesinstituts untersucht.

3.4.1. Zentrale Kompetenz und Selbstverwaltung

Die Unternehmer sehen in der Selbstverwaltung durch die Kammern eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der Berufsausbildung.¹⁶⁹⁾ Hierin liegt eine klare Absage an staatliche Eingriffe in die Verwaltung der Berufsausbildung. Die Kammern sollen weiterhin für die Koordination, die Verwaltung, die Aufsicht und die Prüfungen zuständig sein.¹⁷⁰⁾

Sie allein besitzen den Sachverstand, der garantiert, daß die Berufsausbildung praxisnah durchgeführt wird, daß ihre Bundeseinheitlichkeit gewahrt und daß ihre Anpassungsfähigkeit an die Entwicklung gewährleistet bleibt.

"Die im Berufsbildungsgesetz von 1969 verankerte und zugleich begrenzte Autonomie der Ausbildungsbetriebe und die Koordinierungs- und Kontrollfunktion der Kammern garantieren bis heute die Nähe der Berufsbildung zur Berufspraxis, die Anpassungsfähigkeit und das bundesweit gleiche Niveau der Ausbildung selbst." ¹⁷¹⁾

Nun soll der Sachverstand der Kammern, der in ihrer langen Erfahrung begründet ist, nicht bestritten werden. In der Tat führen sie die Berufsausbildung nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen durch, überwachen sie und kontrollieren den Erfolg. Jedoch ist festzuhalten, daß das System der Selbstverwaltung integraler Bestandteil eines Berufsbildungswesens ist, das in seinen Konsequenzen für die Auszubildenden und deren Verteilung auf die vorhandene Berufsstruktur zu Reibungsverlusten führt, so daß es Fehlstrukturierungen nicht vermeiden kann. Es ist davon auszugehen, daß Qualität und Quantität der Berufsausbildung schwanken, auch wenn dies von den Unternehmern bestritten wird.¹⁷²⁾

Wenn zu der bestehenden Rechtsaufsicht über die Kammern eine Fachaufsicht hinzugefügt wird, dadurch ein System von Ausschüssen und ein Bundesinstitut für Berufsbildung die Arbeit der Kammern in eine "staatliche Auftragsverwaltung"¹⁷³⁾ verwandelt, sehen die Unternehmer die Vielfältigkeit der Berufsausbildung gefährdet. Diese ist in der Tat damit bedroht, aber nicht in dem Sinne, daß nämlich die Bundeseinheitlichkeit beseitigt wird. Die hier angeführte Vielfältigkeit in der Berufsausbildung ist nichts anderes als die positive Bewertung der Tatsache, daß die Qualität der Berufsausbildung abhängig ist von den jeweiligen regionalen, sektoralen und betrieblichen Gegebenheiten. In ihrem Festhalten an der Selbstverwaltung der Berufsausbildung wollen also die Unternehmer sicherstellen, daß diese Bindung bestehen bleibt, weil sie eben Garant dafür ist, daß die ausbildenden Betriebe ihren jeweiligen Nachwuchsbedarf rekrutieren können. Wenn zur Unterstützung dieser Vorstellungen angeführt wird, daß die bisherige Organisation effektiv sei¹⁷⁴⁾ und daß eine staatliche Organisation einen hohen personellen und finanziellen Aufwand bringe¹⁷⁵⁾, soll damit nachgewiesen werden, daß der staatlichen Organisation neben den vorgenannten Nachteilen auch noch der Mangel des Unproduktiven zukommt. Ob eine staatliche Verwaltung tatsächlich ineffektiv ist, läßt sich über eine Betrachtung der intendierten Vorstellungen, die mit ihr verbunden werden, herausfinden. Oder anders: ist sie das adäquate Mittel, den erwünschten Zweck zu erreichen?

Wenn festgestellt wurde, daß zur Vereinheitlichung, d.h. Qualitätsverbesserung der Berufsausbildung und zur Vermeidung von Fehlstrukturierungen es notwendig ist, die jeweiligen besonderen Ausbildungsinteressen zurückzudrängen bzw. auszuschalten, so ergibt sich daraus, daß die Berufsausbildungsorganisation "verstaatlicht" werden muß. Es muß aber auch noch auf die Argumente eingegangen werden,

die die Unternehmer neben den o.g. gegen eine Zentralisierung der Kompetenzen, d.h. der Ablösung der Selbstverwaltung durch staatliche Organe, anführen.

Zum einen wird die Leistung der Selbstverwaltung hervor-
gehoben, die das Funktionieren der Berufsausbildung sichert,
obwohl gerade auf staatlicher Seite die Kompetenzen sowohl
auf Bundesebene als auch unter den Ländern zersplittert
sind.¹⁷⁶⁾ Daraus wird aber nicht gefolgert, die Zersplit-
terung zu beseitigen. Es soll der gegenwärtige Zustand
affirmiert werden, denn die Verwaltung der Berufsausbildung
durch den Staat bietet nicht Neues.¹⁷⁷⁾

Nun sehen auch die Unternehmer die Notwendigkeit einer
Regelung, die sicherstellt, daß bundeseinheitlich ausge-
bildet wird.

"Die bundeseinheitliche Gestaltung der
Berufsausbildung ist unabdingbar. Die
Zuweisung von Kompetenzen muß berück-
sichtigen, daß dem Staat die Rechts-
setzungskompetenz zusteht und eine
praxisnahe Durchführung der erlassenen
Vorschriften gewährleistet ist." 178)

Das bedeutet, daß grundsätzlich eine staatliche Normierung
akzeptiert werden muß, der staatliche Anspruch aber nicht
so weit gehen darf, Durchführung und Kontrolle selbst zu
übernehmen, was sich in dem Postulat der "praxisnahen
Durchführung" ausdrückt. Die Eigenverantwortung und Eigen-
ständigkeit der Berufsbildungsträger im dualen System
impliziert deren Selbstkoordination.

"In diesem Sinne ist Berufsbildung nicht
öffentliche Aufgabe, sondern steht unter
öffentlicher Verantwortung. Dies bedeutet,
daß der Staat Normen setzen und für deren
Einhaltung durch Sicherstellung der Kon-
trolle zu sorgen hat. Diese Kontrolle sollte
sich auf die Einhaltung gesetzlicher Be-
stimmungen beschränken und darf nicht zu
einer Verlagerung der wesentlichen ver-
waltungsrechtlichen Kompetenzen auf staat-
liche Stellen führen. Hierfür sind Lösungen
im Rahmen mittelbarer Staatsverwaltung ohne
perfektionistische und finanziell aufwendige

Organisationsverfahren denkbar."¹⁷⁹⁾

Die Unternehmer sehen in einer staatlichen Verwaltung der Berufsausbildung eine Überperfektionierung und einen nicht zu rechtfertigenden Aufwand. Sie sprechen sich für eine Beibehaltung des Fachministerprinzips aus, das durch die zentrale Koordination in Grundsatzfragen durch das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ergänzt werden soll.¹⁸⁰⁾

In einer Zuweisung der gesamten Kompetenzen für die Berufsausbildung an das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, so wie es in den Markierungspunkten der Bundesregierung vorgesehen und inzwischen realisiert ist, sehen die Unternehmer eine Eingliederung der Berufsausbildung in das staatliche Bildungswesen, die den Charakter der Berufsausbildung verändert.¹⁸¹⁾ Ganz abgesehen davon, daß hier die Zersplitterung beibehalten werden soll, indem am Fachministerprinzip festgehalten wird, deren Nachteil oben noch beklagt wurde, ist hier deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Berufsausbildung neben und außerhalb des restlichen Bildungswesens besteht und bestehen bleiben soll.¹⁸²⁾ Die Konsequenz daraus ist die Forderung an den Staat, sich aus der Organisation herauszuhalten. Er soll zwar den rechtlichen Rahmen abstecken, jedoch die Durchführung und Kontrolle der bewährten Selbstverwaltung überlassen.

Nun lösen die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Regelungen einer zentralen Kompetenz ein Problem nicht: die Koordination mit den Ländern. In diesem Punkt der Kritik ist den Unternehmern zuzustimmen, denn unter den verfassungsrechtlichen Gegebenheiten sind Regelungen in der Berufsausbildung, die die für die beruflichen Schulen zuständigen Länder nicht einbeziehen, wenig geeignet, die bestehenden Differenzen zu beheben, zumal diese noch durch die unterschiedlichen bildungspolitischen Vorstellungen der Regierungsparteien in Bund und Ländern poten-

ziert werden.

Die Unternehmer sehen dieses Problem. Deswegen fordern sie einen Staatsvertrag von Bund und Ländern. Dadurch bleibt aber gewährleistet, daß die Unternehmer weiterhin für die Berufsausbildung zuständig bleiben.¹⁸³⁾

Wolff v. Amerongen, Präsident des DIHT, stellt in seiner Kritik der Befürworter des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zwei Punkte heraus:

1. Das von den Reformern beklagte Organisationswirrwarr wird durch die Regelungen des neuen Gesetzes nicht beseitigt, denn die einzelnen Instanzen stehen sich gegenseitig im Wege.¹⁸⁴⁾
2. Die angestrebte Straffung der zentralen Steuerung scheitert. Es findet eher eine "bürokratische Verlangsamung" statt.¹⁸⁵⁾

Hierin drückt sich zweierlei aus:

1. Die Organisationsstruktur, so wie sie im Gesetz konzipiert ist, muß notgedrungen einen Kompromiß darstellen zwischen der Zentralisierung und der im Grundgesetz verankerten Länderkompetenz.
2. Die öffentliche Verwaltung der Berufsausbildung benötigt einen bürokratischen Apparat. Das wird zu einem negativen Aspekt, wenn von "bürokratischer Verlangsamung" gesprochen wird.

Wenn Wolff v. Amerongen auch noch dagegensetzt, daß die staatliche Verwaltung nicht die Anpassung und Flexibilität in der Berufsausbildung gewährleistet¹⁸⁶⁾, dann ist damit ausgesprochen, daß es den Unternehmern darauf ankommt, den staatlichen Einfluß auf die Berufsausbildung weitgehend zu beschränken. Senator Wild, Präsident des ZDH, spricht dieses Prinzip noch genauer aus, wenn er auf der gleichen Veranstaltung davon spricht, daß nur die Betriebe den nötigen Sachverstand für die Berufsausbildung aufbringen.¹⁸⁷⁾

Der Betrieb und nur der Betrieb ist der entscheidende Faktor

in der Berufsausbildung. Es ist richtig zu sagen, daß die Betriebe am besten wissen, welche Qualifikationen sie brauchen, jedoch zeigt die Realität (vgl. Kap. 1.), daß die marktgesteuerte Berufsausbildung unter der Selbstverwaltung der Kammern nicht die notwendige Anpassung und Flexibilität besitzt. Diesen Widerspruch zwischen einzelbetrieblicher Rationalität und gesamtgesellschaftlicher Fehlstrukturierung wird auch von den Unternehmern gesehen, weshalb sie einer staatlichen Reglementierung so lange positiv gegenüber stehen, wie diese nicht durch organisatorische Eingriffe den Ausbildungsspielraum zugunsten einer Vereinheitlichung beschneidet. Dies ist aber der Fall, wenn eine Zentralisierung der Kompetenzen und eine bundeseinheitliche Verwaltung durch den Staat angestrebt werden. Wie die staatliche Organisation der Berufsausbildung von den Unternehmern kritisiert wird, soll die Analyse der nach dem Gesetzentwurf vorgesehenen Ausschüsse und deren Aufgaben zeigen.

3.4.2. Ausschüsse

Sowohl die im BBiG von 1969 als auch die im Gesetzentwurf vorgesehenen Ausschüsse und ihre Aufgaben werden von den Unternehmern kritisiert. Jedoch ist ein Unterschied in der Kritik festzustellen.

Während die Ausschüsse nach dem BBiG von 1969 dahingehend kritisiert werden, daß sie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, erkennen die Unternehmer aber prinzipiell die Ausschüsse an. Die vorgesehenen Gremien nach dem Gesetzentwurf werden jedoch grundsätzlich kritisiert, da ihnen von der Bundesregierung die Funktion zugedacht ist, die Verwaltung der Berufsausbildung zu übernehmen.¹⁸⁸⁾

Das kommt darin zum Ausdruck, wenn der DIHT in seinen Markierungspunkten die Aufgaben der Ausschüsse auf fachliche Beratung, Koordination und Information beschränkt.

Der DIHT wendet sich explizit dagegen, ihnen Verwaltungsaufgaben zuzuweisen.¹⁸⁹⁾

"Berufsausbildung als öffentliche Aufgabe erfordert die unmittelbare Rechtssetzungskompetenz für den Staat. Ausschüssen kann nur eine beratende Mitwirkung zugebilligt werden." 190)

Diese Vorstellung findet sich wieder in der Aufgabenstellung für die Ausschüsse, wie sie im BBiG von 1969 festgelegt ist. So kritisieren die Unternehmer, daß der Bundesausschuß seine Beratungsfunktion nicht wahrgenommen hat bzw. wahrnehmen konnte, weil die Bundesregierung ihn nicht zu Rate zog.¹⁹¹⁾

Ferner wird kritisiert, daß sich die Arbeit des Bundesausschusses zu sehr auf praktische Probleme und nicht auf grundsätzliche Fragen richtet.¹⁹²⁾ Wenn nun gleichzeitig die Arbeit der DIHT-Vertreter im Ausschuß auf praxisorientierte Lösungen gerichtet sein soll und gegen eine extensive Auslegung des BBiG¹⁹³⁾, dann scheint hier ein Widerspruch vorzuliegen. Es handelt sich aber um ein und dasselbe Argument: Der Bundesausschuß soll seine Arbeit darauf konzentrieren, Richtlinien zu erstellen, die Bundesregierung zu beraten, sich aber nicht um die Umsetzung der entwickelten Vorstellungen in die Praxis kümmern.¹⁹⁴⁾ Wo die Grenze für die Aktivitäten des Bundesausschusses von den Unternehmern gezogen wird, zeigt das folgende Zitat:

"Das hier zutage tretende Problem verliert allerdings dann an Bedeutung, wenn der Bundesausschuß keinen Perfektionismus anstrebt und damit abschließende und umfassende Leistungen, sondern den Kammerausschüssen den Spielraum läßt, den ihnen der Gesetzgeber eingeräumt hat." 195)

Bei den Landesausschüssen wird kritisiert, daß im Gesetz

kein Koordinationsinstrument vorgesehen ist, somit die Abstimmung von Bund und Ländern und der Länder untereinander nicht erfolgt.¹⁹⁶⁾ Eine Überschneidung kann nicht ausgeschlossen werden, wenn Bundesausschuß und Landesausschüsse zum Teil identische Aufgaben haben.¹⁹⁷⁾ Sie können die Abstimmung zwischen den betrieblichen Ausbildungsordnungen und den schulischen Rahmenlehrplänen so nicht leisten. Hier wird eher die Gefahr gesehen, daß die Bundeseinheitlichkeit der Berufsausbildung gefährdet wird, wenn die Länder über die Ausschüsse Mitspracherecht erhalten. Wie dies jedoch gehen soll, wenn den Länderausschüssen Beratungs- und Koordinierungsaufgaben zugewiesen werden - wobei die bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen vorgegeben sind -, wird von den Unternehmern nicht gesagt. Somit kann diese Kritik nur dahingehend interpretiert werden, daß die Unternehmer in der Einbeziehung der Länder in die Organisation neben ihrer praktischen Beteiligung über die Berufsschulen eine Verstärkung schulischer und pädagogischer Elemente sehen, wie dies ja an anderer Stelle zum Ausdruck kommt (vgl. insbesondere Abschn. 3.3.7.).

Mit den Markierungspunkten, in denen die Bundesregierung ihre Absicht bekräftigte, eine öffentliche Verwaltung der Berufsausbildung zu installieren, änderte sich die Richtung der unternehmerischen Kritik, die aber schon in der Kritik der Unternehmer an den Regelungen des BBiG von 1969 ihren Vorläufer hatte.

Bereits in den Jahren 1966 und 1967 kritisierten die Unternehmer die vorgesehenen Ausschüsse dahingehend, daß diese nichts zur Verbesserung der Berufsausbildung beitrügen.¹⁹⁸⁾ Diese Linie der Kritik wurde jetzt wieder aufgenommen, nachdem die eingerichteten Ausschüsse akzeptiert worden waren. Auf die Ausschüsse auf Bundesebene wird im Zusammenhang mit der im Gesetzentwurf vorgesehenen Einrichtung des Bundesinstituts für Berufsbildung eingegangen. Hier sollen die Landesausschüsse und die Ausschüsse bei den

zuständigen Stellen näher betrachtet werden.

Die Institution der Landesausschüsse selber wird nicht kritisiert, da sie eine Aufgabenverteilung vorsieht, die der des alten BBiG ähnlich ist.¹⁹⁹⁾ Die Unternehmer lehnen jedoch strikt ab, die im § 108 geschaffene Möglichkeit, die Landesausschüsse durch rechtsfähige Anstalten zu ersetzen, in irgendeiner Weise zu realisieren.²⁰⁰⁾ Hier sehen die Unternehmer die Bundeseinheitlichkeit bedroht, denn die Bundesregierung kann den Landesanstalten keine Weisungen erteilen. Diese Kritik hat den realen Kern, daß die Länder auf ihrem Gebiet, also der schulischen Berufsausbildung, autonom sind. Jedoch ist die Bundeseinheitlichkeit der Berufsausbildung gewahrt, wenn die Ausbildungsordnungen weiterhin auf Bundesebene konzipiert und erlassen werden. Die Landesanstalten würden diese schwerlich umgehen können.

Noch schwerwiegender ist der Vorwurf, den die Regelungen über die Ausschüsse bei den zuständigen Stellen erfahren. Die Unternehmer machen hier verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Dadurch, daß die Ausschüsse bei den zuständigen Stellen - in der Regel den Kammern - das Recht erhalten sollen, sowohl in Personal- als auch in Finanzfragen mitzuentcheiden, sehen die Unternehmer die Autonomie der Kammern und die Selbstverwaltung als Ganzes bedroht.²⁰¹⁾

Bei Personalfragen werde die Mitwirkung des Personalrates und das Dienstrecht unterlaufen. Das ist der politische Kern der Kritik, den es zu analysieren gilt. Daneben gibt es noch pragmatische Einwände - es würden Verzögerungen eintreten und eine Mitarbeitergruppe, die mit der Berufsausbildung befaßt sei, bekäme Sonderrechte.²⁰²⁾

Materiell stellen diese Befugnisse des Ausschusses bei der zuständigen Stelle eine weitgehende Kontrolle der Ausbildungsarbeit der Betriebe und der Kammern dar. Das hat aber die Konsequenz, daß Abweichungen und Differenzen in der Qualität der Ausbildung nicht mehr von der Kammer kontrolliert werden, sondern von einem paritätisch besetzten Gremium, das durch seine Befugnisse u.a. die

Akkreditierung der Ausbildungsbetriebe auf einen stärkeren Abbau der Differenzen und einer stärkeren Berücksichtigung einheitlicher Standards dringen kann. Hierin ist der Grund für diese massive Kritik der Unternehmer an den vorgesehenen Regelungen zu sehen, denn unter diesen Bedingungen würde es weitaus schwerer als bisher fallen, die Betriebsbelange in der Berufsausbildung zu berücksichtigen. Zur Zeit sind die Ausschüsse auf die Beratung beschränkt, die Durchführung obliegt der Kammer. Die Ausbildungsbetriebe kontrollieren sich also selber. So verweisen die Unternehmer auch an dieser Stelle wieder auf die Praxis, die bisher doch alles hervorragend geregelt hat, wobei wiederum "vergessen" wird, daß gerade diese Praxis auch der Grund für die Kritik der Unternehmer an der Berufsausbildung ist, erfahren sie doch über den Arbeitsmarkt die mangelhafte Qualität und Fehlstukturierung in der Berufsausbildung

3.4.3. Prüfungsausschüsse

Die nach dem BBiG errichteten Prüfungsausschüsse bei den Kammern sollen nach dem Gesetzentwurf in staatliche Prüfungsausschüsse umgewandelt werden.²⁰³⁾ Damit wären die existierenden Prüfungsausschüsse in eine staatliche Verwaltung der Berufsausbildung einbezogen. An ihnen heben die Unternehmer ihre Leistungsfähigkeit hervor, die vor allem auf dem Engagement der Mitglieder der Prüfungsausschüsse beruht.²⁰⁴⁾ Darüber hinaus wird ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit herausgestellt.

"Bisher wurde die größtmögliche Einheitlichkeit der Handhabung bestimmter Verfahrens- und Bewertungsfragen dadurch gewährleistet, daß die Kammern, insbesondere soweit neue Prüfungsbestimmungen anzuwenden waren, kurzfristig für ihre Prüfungsausschüsse einheitliche Richtlinien oder Hinweise erarbeitet haben."²⁰⁵⁾

Wenn nun staatliche Prüfungsausschüsse an ihre Stelle

treten, dann sehen die Unternehmer eine organisatorische Verselbständigung des Prüfungswesens eintreten, denn es wird die Einheit von Geschäftsführung und Aufsicht beseitigt.²⁰⁶⁾ Dadurch würde nach Ansicht der Unternehmer der Zweck, nämlich das Organisationswirrwarr zu beseitigen, nicht erreicht, im Gegenteil es würde eher potenziert.²⁰⁷⁾

Einbezogen werden muß eine Änderung des Prüfungsverfahrens. Die punktuellen Prüfungen werden durch ein System begleitender Prüfungen ersetzt, was im Zusammenhang mit den staatlichen Prüfungsausschüssen die Prüfungen zu einem schwer überschaubaren und durchführbaren Kontrollinstrument machen würde. Dadurch ginge die Praxisnähe der Prüfungen verloren, die durch das bestehende Prüfungswesen gewährleistet ist.²⁰⁸⁾

Es wird bemängelt, daß es nach den Vorstellungen der Bundesregierung künftig zu viele Prüfungen geben soll. Die "Professionalisierung" des Prüfungswesens durch die staatlichen Prüfungsausschüsse führe zu einer Erstarrung im Berufsausbildungswesen und Prüfungssystem.²⁰⁹⁾

Nimmt man die Argumente der Unternehmer näher in Augenschein, so wird deutlich, daß es sich im wesentlichen um Effektivitätsprobleme handelt. Die Unternehmer scheinen keine grundsätzlichen Einwände gegen die staatlichen Prüfungsausschüsse zu haben, sie sind ihnen nur zu ineffektiv, zu inflexibel, zu praxisfern. Gleichzeitig bekunden die Unternehmer jedoch, daß eine zentrale Koordination auf Bundesebene notwendig ist, um die Einheitlichkeit der Prüfungen zu gewährleisten. Eine zentrale Steuerung wird jedoch abgelehnt.²¹⁰⁾

Wenn nun die Unternehmer in diesem Zusammenhang darauf ver-

weisen, daß die Kammern eine große Anzahl von ehrenamtlichen Prüfern bereitstellen und vor einem Zusammenbruch des Prüfungswesens warnen, wenn staatliche Prüfungsausschüsse eingerichtet werden²¹¹⁾, dann macht sich hier ebenso die grundsätzliche Ablehnung staatlicher Prüfungsausschüsse bemerkbar.

"Neben diesen sich aus der Verstaatlichung des Prüfungswesens ergebenden Konsequenzen ist jedoch von besonderer Bedeutung, daß die Anerkennung der Wirtschaft für die bisherigen Kammerprüfungen als berufsbezogene Leistungsnachweise gemindert wird. Die Betriebe könnten sich veranlaßt sehen, wieder eigene innerbetriebliche Prüfungen einzuführen, um die Berufsqualifikation zu ermitteln." 212)

In der angedeuteten Konsequenz liegt zweierlei:

1. Wenn die Wirtschaft die staatlichen Prüfungen nicht mehr anerkennt, dann liegt darin eine Drohung an den Staat, denn es hängt ja von den Betrieben ab, ob sie die ermittelten Qualifikationen als den Berufsanforderungen adäquat anerkennen. Tun sie das nicht, dann ist die staatliche Prüfung wertlos.
2. Die bisherigen Kammerprüfungen werden als berufsbezogene Leistungsnachweise anerkannt. D.h. die so ermittelten Qualifikationen entsprechen den Bedürfnissen der Betriebe. Wenn als Vorteil der Kammerprüfungen ihre Anpassungsfähigkeit und Praxismäße hervorgehoben wird, dann heißt das nichts anderes, als daß die Kammern sicherstellen, daß in den Prüfungen die von den Ausbildungsbetrieben gewünschten und vermittelten Qualifikationen festgestellt werden.²¹³⁾

Als Fazit ist festzuhalten, daß die staatlichen Prüfungsausschüsse von den Unternehmern mit pragmatischen Argumenten grundsätzlich abgelehnt werden, da sie dann über die Prüfungen nicht mehr ihre spezifischen Ausbildungsleistungen feststellen und kontrollieren lassen können. Die Unabhängigkeit der Prüfungsausschüsse würde

zwar die Bundeseinheitlichkeit des geprüften Wissens sicherstellen, jedoch die unterschiedliche Ausbildungsqualität orientiert an den Bedürfnissen des Ausbildungsbetriebs nicht mehr zum Zuge kommen lassen.

3.4.4. Bundesinstitut für Berufsbildung

Als der Kristallisationspunkt einer zentralen Verwaltung sollte das Bundesinstitut für Berufsbildung fungieren, in dem das BBF und der Bundesausschuß zusammengefaßt werden sollten.²¹⁴⁾ Bevor ich auf die Vorstellungen der Unternehmer zu dem geplanten Bundesinstitut eingehe,

sollen das BBF und der Bundesausschuß kurz diskutiert werden.

Während die Unternehmer noch 1966 die Aufnahme der Berufsbildungsforschung und damit die Installierung des BBF ins BBiG ablehnten²¹⁵⁾, dies aber nicht verhindern konnten, setzte danach ihre Kritik an der Arbeit des Instituts an.²¹⁶⁾ Zum ersten wird bemängelt, daß die ABB, deren Verdienste um die Berufsausbildung allgemein anerkannt sind, nicht in das BBF integriert wurde.²¹⁷⁾, obwohl doch die ersten Arbeitsergebnisse des BBF auf Vorarbeiten der ABB beruhten.²¹⁸⁾ Des weiteren wurde kritisiert, daß die Anlaufphase des BBF sich unnötig lang ausdehnte.²¹⁹⁾ Als zentrale Probleme, die die Aufnahme der Arbeit am Institut verzögerten, werden genannt:

1. Die Mitarbeiterauswahl und
2. die Ausrichtung des Forschungsprogramms.²²⁰⁾

Da es sich bei der Berufsbildungsforschung um eine junge Wissenschaftsdisziplin handelt, waren nur wenige Experten zu finden, so daß sich ein Teil der Mitarbeiter erst in das Gebiet einarbeiten mußten. Die Unternehmer kritisieren nun, daß hier auf Hochschulabsolventen als Mitarbeiter zurückgegriffen wurde, denen der Bezug zur Praxis fehle.²²¹⁾ Eine andere Personalstruktur - mehr Praktiker - hätte

bewirkt, daß der "Anlauf produktiver Forschungstätigkeit erleichtert worden (wäre)." ²²²⁾

Wenn man die Aufgaben des BBF betrachtet,

- "- die Grundlagen der Berufsbildung zu klären
- Inhalte und Ziele der Berufsbildung zu ermitteln
- die Anpassung der Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzubereiten" ²²³⁾

dann ist klar, daß diese umfassende Aufgabenstellung sich in einem Forschungsprogramm umsetzen muß, daß neben der Grundlagenforschung eine Fülle von einzelnen Forschungs- und Arbeitsvorhaben für die Lösung kurzfristiger Probleme umfaßt. Die Unternehmer bemängeln vor allem, daß neben der wissenschaftlichen Forschung und den Zielsetzungen durch die Bildungspolitik die Förderung der Berufsausbildungspraxis im Forschungsprogramm zu kurz kommt. ²²⁴⁾ Sie fordern, daß das BBF sich vor allem auf praktisch angewandte Forschung und da besonders auf die Erstellung von Ordnungsmitteln für die Berufsausbildung konzentrieren soll.

"Berufsbildungsforschung ist von der Idee, von der Entstehung, von der Zielsetzung her ein praktisch angewandter Forschungsbereich und keine abstrakte Wissenschaftsaufgabe. ... Die Berufsbildungsforschung kann nur in engster Verbindung mit der Praxis, mit den Betrieben, der Berufsschule und den sonstigen Institutionen der Berufsbildung durchgeführt werden, weil sie das praktische Ziel verfolgen muß, deren Arbeit zu verbessern." ²²⁵⁾

Da nun gerade aus dem o.g. Grund diese praktische Seite der Berufsbildungsforschung wenig zum Tragen kommt - das betrifft sowohl das Forschungsprogramm als auch die bisher vorliegenden Ergebnisse aus der Berufsbildungsforschung -, kann der Kritik der Unternehmer dahingehend zugestimmt werden, daß das BBF bisher zwar viel Geld gekostet, aber kaum Ergebnisse geliefert hat.

Dagegen kann die Auffassung der Unternehmer nicht geteilt werden, das BBF habe bisher überhaupt nichts geleistet.²²⁶⁾ Es liegen eine Fülle von Ergebnissen aus der Arbeit des BBF vor.²²⁷⁾ Wenn dennoch Wolff v. Amerongen diese Behauptung aufstellt, so drückt sich darin aus, daß die Ergebnisse für die Berufsausbildungsarbeit der Unternehmer nicht unmittelbar verwertbar sind, also zu wenig die Kriterien Anwendung und Praxis berücksichtigt werden. So ist die Forderung, die zentrale Steuerung des Instituts zu straffen, denn auch konsequent. Wie diese Straffung auszusehen hat, soll an den Vorstellungen der Unternehmer zum Bundesinstitut für Berufsbildung diskutiert werden. Doch vorher noch zum Bundesausschuß.

Der Bundesausschuß soll die Bundesregierung in grundsätzlichen Fragen der Berufsausbildung beraten. 1972 warf der DIHT dem Bundesausschuß vor, er beschäftige sich zu sehr mit Fragen der Berufsausbildungspraxis.²²⁸⁾ Der DIHT forderte, daß der Bundesausschuß sich auf seine Richtlinienkompetenz beschränken, die Durchführung der Berufsausbildung aber den zuständigen Stellen überlassen solle.²²⁹⁾

"Der Staat als Ordnungsinstanz sowie die Kammern als Koordinierungsinstanz müssen das Gleichgewicht zwischen der notwendigen Autonomie der betrieblichen Ausbildungspraxis und zentraler Planung, Steuerung und rechtlicher Normierung der Ausbildung immer von neuem prüfen." 230)

Es geht also um den Spielraum, den die Vorschriften und Regelungen der Ausbildungspraxis lassen. Die Kriterien, an denen sich die Arbeit des Bundesausschusses orientieren soll, werden genannt: das Leistungsprinzip, Praktikabilität und bereits bestehende Grundauffassungen in der Berufsausbildung²³¹⁾ - über die es keinen Konsens gibt, wie sich an den Auseinandersetzungen im paritätisch besetzten Bundesausschuß und auch anderswo zeigt.

Daß die Zusammensetzung des Bundesausschusses ebenfalls ein Punkt ist, der die effektive Arbeit behindert, wird deutlich, wenn die Unternehmer feststellen, daß er darauf verzichte, eigene Aktivitäten in Bezug auf das neue BBiG zu entwickeln und somit seiner Funktion, die Bundesregierung zu beraten, nicht nachkomme.²³²⁾ So ist denn auch die Folgerung der Unternehmer konsequent, wenn sie sagen, daß die Ausschüsse, namentlich der Bundesausschuß, nicht so leistungsfähig wie eine moderne Verwaltung sind. Man solle besser gleich auf sie verzichten. Die Qualitätssteigerung in der Berufsausbildung sei auch ohne diese Regelungen möglich.²³³⁾

Hierin drückt sich aus, daß einmal die Ausschüsse in der Tat nur unvollkommen in das Berufsausbildungswesen integriert sind, und zum anderen, daß diese Instanzen dennoch die Möglichkeit haben, durch ihre Aktivitäten die Verfügung der Unternehmer über die Berufsausbildung zu beschränken. So erklärt sich denn auch, daß die Unternehmer zwar die Steuerung der Berufsausbildung gestraft wissen wollen, jedoch derart, daß der Spielraum in der Berufsausbildung erhalten bleibt. Deswegen stehen sie auch dem Bundesinstitut ablehnend gegenüber, das mit den im Gesetzentwurf vorgesehenen Aufgaben eine Straffung sicherstellen soll, aber gleichzeitig als zentrale Instanz für Planung, Durchführung und Kontrolle eben den Spielraum einschränkt, den die Unternehmer wünschen.

Wenn man noch hinzunimmt, daß die vorgesehene Konstruktion des Instituts eines der Hauptprobleme, nämlich die Abstimmung zwischen Rahmenlehrplänen und Ausbildungsordnungen aufgrund der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten nicht bewältigen kann - die vorgesehene Regelung über den Hauptausschuß stellt keine Verpflichtung der Länder dar²³⁴⁾ -, wird verständlich, warum die Unternehmer für eine Regelung plädieren, die das Verhältnis Bund - Länder in der Berufsausbildung über einen Staatsvertrag regelt, im übrigen aber

eine Zentralisierung der Kompetenzen in einem Bundesinstitut ausschließt.²³⁵⁾

Hierin ist zwar keine Verstärkung der Bundeseinheitlichkeit und damit keine Verbesserung der Qualität zu erkennen, da die Vorschläge der Unternehmer eine Zentralisierung der Berufsbildungsverwaltung doch nur auf der bestehenden Grundlage schaffen und damit die zersplitterten Zuständigkeiten fortschreiben. Es wird nur eine zusätzliche Koordinationsebene geschaffen.

Der Grund dafür ist in dem Interesse der Unternehmer zu suchen, den Gestaltungsspielraum in der Berufsausbildung zu erhalten.

Nun ist festzustellen, daß die in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Regelungen der Verwaltung einen Kompromiß darstellen zwischen dem staatlichen Interesse an einer Vereinheitlichung und Qualitätsverbesserung der Berufsausbildung und der Notwendigkeit sie in den Betrieben durchzuführen, was eine Berücksichtigung des Unternehmerinteresses zur Folge hat. Somit sind die Regelungen des Gesetzentwurfes kritikabel, da sie den intendierten Zweck nicht erreichen.

In den Unternehmer-Vorschlägen kommt hingegen zum Ausdruck, daß sie einerseits an einer "effizienten" Berufsausbildung interessiert sind - d.h. die Interessen des Ausbildungsbetriebes müssen weitestgehend durchsetzbar sein -, andererseits als Gesamtunternehmerschaft wiederum daran interessiert sein müssen, daß die damit verbundene Konsequenz - große Differenzierung und Qualitätsunterschiede in der Berufsausbildung - nicht ein solches Ausmaß erreicht, daß die eingeschränkte Flexibilität und Mobilität der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu größeren Friktionen führt. So ist denn ihr Lösungsvorschlag - Koordination auf Bundesebene bei gleichzeitiger Beibehaltung der zersplitterten Verwaltungs- und Kompetenzstrukturen - von ihrem Interesse her konsequent, trägt aber die Perpetuierung der Misere

der Berufsausbildung in sich.

3.4.5. Mitbestimmung

Aus der Analyse ist bisher ein Gesichtspunkt ausgespart worden: die Mitbestimmung. Es bietet sich eine gesonderte Behandlung dieses Problems an, weil es zwar an allen Punkten, wo es um Organisationsfragen geht, auftaucht, jedoch jeweils die gleiche Argumentation von Seiten der Unternehmer erkennbar ist. Es handelt sich um das Argument der Effizienz; die Mitbestimmung verkompliziert die Berufsausbildung.²³⁶⁾

"Die vielen Ausschüsse und die allzuvielen Unterausschüsse sind wegen ihrer paritätisch bedingten schwerfälligen Arbeitsweise sicher nicht als das non plus ultra zu betrachten. Ob sie wirklich zu einer echten und aktiven Förderung der Berufsbildung oder nicht eher zu einer gewissen Unbeweglichkeit der Klärung von Berufsbildungsfragen beitragen werden, muß sich erst noch erweisen. Die bisherigen Eindrücke vom Wirken der vielen Unterausschüsse sind wohl nicht die besten."²³⁷⁾

Wenn also die Unternehmer das geregelte Einbringen von Interessen in die Berufsausbildung ablehnen, so hat das seinen Grund nicht in der Effizienz - die wird an anderer Stelle lobend hervorgehoben²³⁸⁾ -, sondern darin, daß hier eine mögliche Beschneidung der Durchsetzung der Interessen der Unternehmer zu erwarten ist, was sich nicht zuletzt in der Kritik der Arbeitnehmervertreter in den Ausschüssen zeigt.²³⁹⁾ Die Unternehmer sehen die Mitbestimmung als eine Komponente an, die den Dialog zwischen Praxis und Staat stört.²⁴⁰⁾ D.h. sie akzeptieren zwar den Staat als Partner in der Berufsausbildung, weil der als Gesetzgeber für die notwendigen einheitlichen Voraussetzungen sorgt. Die bisherige Organisationsform stellte den direkten Zusammenhang zwischen Unternehmern und staatlichen Instanzen unter weitgehender Autonomie der Unternehmer sicher. Die Einschaltung anderer Interessen in organisierter, d.h. für die Unter-

nehmer verbindlicher Form, so wie sie in den Ausschüssen mit weitgehenden Kompetenzen nach dem Gesetzentwurf vorgesehen war, schränkt nun die Unternehmerinteressen entscheidend ein.

Wenn die Unternehmer nun sagen, daß die Berufsausbildung nicht Gegenstand sozialer Konflikte sein soll, andererseits den Ausschüssen durchaus eine politische Funktion zuschreiben²⁴¹⁾, dann drückt sich darin aus, daß in der Berufsausbildung unterschiedliche Interessen zum Tragen kommen. Die Unternehmer sagen zwar, daß die Interessen der Auszubildenden bei ihnen am besten aufgehoben sind, jedoch sprechen die Fakten dagegen.²⁴²⁾

Die Unternehmer schließen jedoch eine Mitbestimmung in der Berufsausbildung durch die anderen Beteiligten nicht aus.

"Wie in Schule und Hochschule muß sich auch in anderen Bildungsinstitutionen Mitwirkung und Mitbestimmung nach dem Grad der Sachkompetenz und damit der Verantwortlichkeit des einzelnen richten. Eine funktionsgerechte und funktionsdifferenzierte Mitwirkung der am Lernprozeß Beteiligten und nicht eine Überinstitutionalisierung und damit Lähmung durch zeitraubende Abstimmungsmechanismen sollte angestrebt werden." 243)

In diesem Zitat wird deutlich, daß die Unternehmer Stellungnahme und Beratung der anderen Beteiligten, differenziert nach "Sachkompetenz" und "Verantwortlichkeit", als sinnvoll ansehen, jedoch die Institutionalisierung mit Kompetenzen für sie nicht zur Diskussion steht.

"Die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen in der Berufsbildung ist keine Frage der Mitbestimmung.

Dieses Prinzip muß im Blick auf die Tatsache beachtet werden, daß die berufliche Bildung nicht Gegenstand des sozialen Konflikts bzw. sozialer Parität ist. Die Beteiligung der sozialen Gruppen auf allen Ebenen der

Planung, Steuerung, Koordinierung und der rechtlichen Normierung ist aber ein selbstverständliches Erfordernis, das sich aus der unmittelbaren Aus- bildungs- und Berufspraxis ergibt. Deshalb darf die Berufsbildungsreform auf keinen Fall eine Frage der Macht- verteilung zwischen Staat, Gewerk- schaften, Unternehmensverbänden, Kammern, Lehrern und Betrieben sein." 244)

Nimmt man das Argument der Effizienz und das Argument der funktionalen Mitwirkung zusammen, so ist daraus zu folgern, daß die Unternehmer dort die Mitwirkung der anderen Betei- ligten als der Berufsausbildung förderlich ansehen, wo sie - negativ ausgedrückt - nicht die Ausbildungsinteressen der Unternehmer tangiert. Positiv ausgedrückt: wo die Mit- wirkung die Durchsetzung der Unternehmerinteressen befördert, dort ist der Sachverstand der Beteiligten gefragt.

"Die freie Entfaltung der Initiativen der verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft darf im Bildungswesen nicht durch staatliche Bevormundung und Kontrolle beschnitten werden. Dies gilt auch für die Bildungsbereiche der Wirtschaft, die differenzierte und bewährte Strukturen geschaffen hat." 245)

Die Unternehmer, die die Berufsausbildung als ihren Bereich auffassen, heißen den Sachverstand, als Rat vorgebracht, zwar willkommen, wollen sich aber die Entscheidung und Disposition in der Berufsausbildung vorbehalten.

Somit wird deutlich, warum die Organisation der Berufsaus- bildung zu einem der Kernpunkte der Kritik der Unternehmer an der Berufsbildungsreform ist. Die geplanten Regelungen einschließlich der institutionalisierten Beteiligung aller Gruppen beschneiden die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Berufsausbildung entscheidend. Es würde in den Ausschüssen mit ihren Kompetenzen für die Unternehmer schwierig, wenn nicht gar unmöglich, ihre Interessen ohne Abstriche durchzusetzen. Die jetzige Regelung, in der die Ausschüsse weitgehend unkoordiniert und ohne Entscheidungs- kompetenz installiert sind, bietet den Unternehmern die

Gewähr dafür.

Will nun die Bundesregierung eine weitgehende Vereinheitlichung der Berufsausbildung und damit deren Qualitätsverbesserung, dann muß sie in der Tat darauf dringen, Regelungen zu finden, die einerseits die Berufsausbildung in den Betrieben sicherstellen, andererseits die Ausrichtung derselben auf die Interessen der Unternehmer, gleichbedeutend mit Differenzierung und Qualitätsunterschieden verhindern. Dies kann nur gelingen, wenn eine Regelung gefunden wird, die für alle Beteiligten gleichermaßen verbindlich ist und sie vor der Durchführung konkreter Maßnahmen in der Berufsausbildung in den Entscheidungsprozeß einbezieht.

3.5. Finanzierung der Berufsausbildung

Das zweite Kernproblem aus der Sicht der Unternehmer ist die Änderung des bisherigen Finanzierungssystems der Berufsausbildung. Die Kosten der Berufsausbildung werden z.Z. von den jeweiligen Trägern der einzelnen Lernorte aufgebracht, d.h. der Staat finanziert die beruflichen Schulen, die Betriebe finanzieren die betriebliche Ausbildung und die jeweiligen Träger finanzieren unter Beteiligung des Staates die überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen.²⁴⁶⁾

Eine wie auch immer gestaltete überbetriebliche Finanzierung der Berufsausbildung wird von den Unternehmern abgelehnt.²⁴⁷⁾ Essollen nun im folgenden die Mängel des bisherigen Finanzierungssystems, die Bedingungen und Ziele der neuen Finanzierungsform, wie sie im Gesetzentwurf vorgesehen und im wesentlichen in das APFG eingegangen sind, aus der Sicht der Unternehmer analysiert sowie kurz die Modalitäten und Alternativen zur Fondsfinanzierung angesprochen werden.

3.5.1. Einzelbetriebliche Finanzierung

Bisher wurde die betriebliche Ausbildung durch die Ausbildungsbetriebe selbst finanziert.²⁴⁸⁾ Wie die Untersuchungen der Edding-Kommission gezeigt haben, schwanken die Ausgaben für die Ausbildungsplätze erheblich und zwar abhängig von Ausbildungsberuf, Branche, Betriebsgröße und je nach Zugehörigkeit zum Handwerks- oder Handelskammernbereich.²⁴⁹⁾ Die einzelbetriebliche Finanzierung hat zur Konsequenz, daß die Betriebe das Angebot an Ausbildungsplätzen steuern, d.h. die Anzahl der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze hängt sowohl von Rentabilitätserwägungen als auch vom Nachwuchsbedarf des Ausbildungsbetriebes ab. Damit werden Qualität und Quantität der Ausbildung von den

jeweiligen Bedürfnissen der Ausbildungsbetriebe bestimmt. Das bedeutet, daß eine Planung in der Berufsausbildung erheblich erschwert wird. Eine Kompensation fehlender Ausbildungskapazitäten über die Vermehrung von Ausbildungsplätzen in überbetrieblichen Ausbildungsstätten ist nur bedingt und über einen längeren Zeitraum möglich, da die Einrichtung erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. Sie wird außerdem von den Unternehmern nicht gewünscht, die ja in ihnen nur eine Ergänzung, aber keinen Ersatz der betrieblichen Ausbildung sehen (vgl. Abschn. 3.3.8.).

Die o.g. Probleme der einzelbetrieblichen Finanzierung treten in aller Schärfe in einer Situation auf, die gekennzeichnet ist durch kontinuierliche Abnahme der Ausbildungsplätze.²⁵⁰⁾ Hinzukommt eine verstärkte Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, bedingt durch die geburtenstarken Jahrgänge und den verschärften Numerus Clausus an den Hochschulen. Es soll hier nicht untersucht werden, aus welchen Gründen Betriebe die Ausbildung einstellen oder reduzieren.²⁵¹⁾ Es ist aber darauf hinzuweisen, daß die Ausbildungsbetriebe Kosten haben, die sie im Vergleich zu den nicht ausbildenden Betrieben in eine ungünstigere Wettbewerbssituation bringen. Von daher ist festzuhalten, daß das entscheidende Manko einzelbetrieblicher Finanzierung die absolute Entscheidungsfreiheit der Unternehmer ist, ob und in welchem Umfang sie ausbilden wollen. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen sind in Kapitel 1 dargelegt worden.

Der Staat hat in einer solchen Situation auf Abhilfe zu sinnen, zum einen um die sozialen Folgen zu vermeiden, und zum anderen um sicherzustellen, daß der Nachwuchs an qualifizierten Arbeitskräften nicht hinter den Bedarf zurückfällt.

"Wir müssen an die Schulabgänger von heute denken, aber auch an die Fachkräfte von morgen. Denn nach dem Schülerberg kommen wieder geburtenschwache Jahrgänge.

Dann wird der Wirtschaft, uns allen,
der Nachwuchs fehlen." 252)

Es hat sich gezeigt, daß die einzelbetriebliche Finanzierung der Berufsausbildung zu erheblichen Schwierigkeiten in Bezug auf die Anzahl der Ausbildungsplätze und die Qualität der Ausbildung führt. Es kommt zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben. Dem soll eine neue Form der Finanzierung abhelfen.

3.5.2. Überbetriebliche Finanzierung

Damit sind auch gleichzeitig die Ziele benannt, die durch eine überbetriebliche Fondsfinanzierung erreicht werden sollen:

- Steuerung des Angebots an Ausbildungsplätzen; dies umfaßt die Beseitigung struktureller und regionaler Ungleichgewichte sowie die Erhöhung der Flexibilität des Gesamtsystems;
- Erhöhung der Qualität der Ausbildung; durch Zuschüsse aus dem Fonds soll die Ausstattung der Ausbildungsplätze verbessert werden; und schließlich
- Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben, um die durch die Ausbildungskosten entstehenden Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen.

Um gleich zu Beginn deutlich zu machen, welche Vorbehalte die Unternehmer gegen die Fondsfinanzierung haben, sei hier ein Begleitschreiben zur Versendung der Broschüre "Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz" des KWB zitiert, in dem die Kritik folgendermaßen zusammengefaßt ist.

"Entgegen anderen Vorstellungen und durch Zahlenbeispiele belegt

- trifft die Abgabe genau den Falschen: die Ausbildungsbetriebe selbst
- bringt die Abgabe keine zusätzlichen Mittel
- sind Prämien für die Betriebe kein

Anreiz, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen

- gefährdet die Abgabe vorhandene Ausbildungsplätze
- bestraft das Gesetz die Betriebe, die mit voller Kraft ausbilden
- verändert das Gesetz die Ausbildungsstrukturen zum Nachteil der Auszubildenden und ihrer Beschäftigungschancen.

Die Finanzierungsregelung in dem sogenannten 'Förderungsgesetz' schafft nach den Ergebnissen der Untersuchung weder einen Lastenausgleich noch Ausbildungsplätze. Das Gesetz gefährdet vielmehr den bisher erreichten Stand und verhindert die Weiterentwicklung der Berufsbildung." 253)

Die Unternehmer lehnen also die Fondsfinanzierung ab. Als Alternativen zur Fondsfinanzierung wären

- die Beibehaltung des bisherigen Finanzierungssystems
- die volle staatliche Finanzierung oder
- die Subventionierung der Ausbildung durch den Staat denkbar. Hierauf ist weiter unten einzugehen.

Jetzt sollen die Voraussetzung für die Finanzierungsregelung, dann die Modalitäten der Fondsfinanzierung und abschließend die Frage, ob die genannten Ziele erreicht werden, analysiert werden.

Zum ersten Punkt ist zu sagen, daß die Unternehmer mit Recht auf einen scheinbaren Widerspruch in der staatlichen Bildungspolitik verweisen: Während nach den Bildungsplänen die Strukturquoten der einzelnen Bildungsgänge geändert werden sollen - namentlich im BGP soll langfristig der Anteil der im dualen System Ausgebildeten gegenüber den Absolventen der Sekundarstufe II sinken -, wird auf der anderen Seite die Vermehrung der Ausbildungsplätze über eine Fondsfinanzierung angestrebt.²⁵⁴⁾ Ferner wird aus den Finanzierungsvorschlägen der BLK nicht deutlich, wie die notwendige Steigerung der Ausgaben für das berufsbildende Schulwesen bewerkstelligt werden kann.²⁵⁵⁾

Insgesamt gesehen wird an den Plänen bemängelt, daß das Finanzvolumen für die beruflichen Schulen immer noch hinter den Ausgaben für das allgemeinbildende Schulwesen herhinkt. Daran schließt sich die Forderung an, der Staat solle erst einmal für eine angemessene Ausstattung der Berufsschulen ausreichende Mittel bereitstellen, was ein Schritt zur Gleichstellung der Berufsausbildung wäre, ehe er die Finanzierung der betrieblichen Ausbildung neu regeln könne.²⁵⁶⁾

Als zweites kritisieren die Unternehmer die für die Fondsfinanzierung notwendige Planung bzw. Bildungsstatistik.²⁵⁷⁾ Es werde der unlösbare Zusammenhang zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen zerschnitten, da die notwendigen Daten ungenau, zu langsam und zum falschen Zeitpunkt zur Verfügung ständen²⁵⁸⁾ und die notwendigen Maßnahmen zur Erhebung der Daten zu bürokratischer Verlangsamung und Erstarrung führen.²⁵⁹⁾ Ferner sei die Statistik zu umfangreich und der Zweck, für den die einzelnen Daten erhoben werden, nicht deutlich.²⁶⁰⁾

Neben diesen Punkten der Kritik, die eher auf organisatorische Mängel der getroffenen Regelung über die Statistik verweisen, also als lösbar angesehen werden müssen, tritt eine grundsätzliche Kritik.

"Aber die Umsetzung einer solchen Absichtserklärung (mittels Finanzierung die Qualität und Quantität der Berufsausbildung zu steigern, KfK) in die Praxis erscheint auch aus dem Grund nicht möglich, weil alle bisherigen Bemühungen von einschlägigen Forschungsinstituten ergeben haben, daß sich ein langfristiger Bedarf an beruflichen Qualifikationen sowohl für Facharbeiterqualifikationen wie auch für berufliche Weiterbildungsqualifikationen nicht abschätzen läßt." 261)

Deshalb sei es besser, die Steuerung der Berufsausbildung über den Markt erfolgen zu lassen.²⁶²⁾ Wenn also überhaupt Daten ermittelt werden können, dann sind sie nur beschränkt aussagefähig. Diese müssen aber möglichst betriebsnah er-

mittelt werden und dürfen die Betriebe nicht zusätzlich belasten.²⁶³⁾

"Die für ein Frühwarnsystem notwendige Extrapolation der Zahlen des einen Jahres auf das nächste Jahr erscheint auf Grund der weiter oben gemachten Ausführungen als äußerst problematisch. Solche statistischen Vorausberechnungen sind also weder als sachdienlich anzusehen, noch stehen sie in einem angemessenen Verhältnis zu dem damit verbundenen personellen Aufwand." 264)

Erweist sich somit die Bereitstellung des notwendigen statistischen Materials als unmöglich, weil weder die zu erhebenden Merkmale noch der Umfang der Statistik exakt bestimmt werden können, dann steht die Finanzierung auf tönernen Füßen.

Wie sieht nun die Fondsfinanzierung aus? Es handelt sich im Gesetzentwurf im wesentlichen um folgende Bestimmungen.

1. Die Finanzierungsregelung tritt nur in Kraft, wenn aufgrund der Statistik festgestellt wird, daß das voraussichtliche Angebot an Ausbildungsplätzen nicht um mehr als 12,5 v. H. die geschätzte Nachfrage übersteigt.
2. Die Höhe der Abgabe ist an die Bruttolohn- und -gehaltssumme gekoppelt. Betriebe mit einer jährlichen Summe von mehr als DM 400.000 zahlen maximal 0,25 v. H. der Summe als Abgabe.
3. Die Zuschüsse werden für die Erhaltung gefährdeter Ausbildungsplätze und die Schaffung zusätzlicher Plätze verwendet. Ferner sollen auch Zuschüsse für überbetriebliche Ausbildungsplätze gezahlt werden können.
4. Die einzelnen Regelungen erfolgen durch Rechtsverordnungen, in denen näher bestimmt werden kann,
"daß die finanziellen Hilfen auf einzelne Ausbildungsberufe, Ausbildungsabschnitte, Ausbildungsjahre und Regionen beschränkt sowie deren Höhe und Dauer unterschiedlich

festgesetzt werden."²⁶⁵⁾

Diese Regelung der Finanzierung ist nach Auffassung der Unternehmer nicht geeignet, die Berufsausbildung zu verbessern. Welche Argumente führen die Unternehmer an, um die Untauglichkeit zu beweisen?

Die Regelung schafft keine zusätzlichen bzw. erhält keine gefährdeten Ausbildungsplätze, weil erstens die Ausbildungsbetriebe durch die Abgabe zusätzlich belastet werden und zweitens die zur Verteilung gelangenden Gelder im Verhältnis zu den tatsächlich anfallenden Kosten zu gering sind. Die Qualität der Berufsausbildung wird nicht verbessert, im Gegenteil verschlechtert, weil die Staffelung der Prämien nicht das Auseinanderklaffen der Ausbildungskosten wettmacht. Es werden die billigen Ausbildungsplätze begünstigt, weil hier die Spanne zwischen Prämie und tatsächlichen Kosten gering ist, der Anreiz also größer. Die Konsequenz ist eine Fehlstrukturierung, ein Mangel von Ausbildungsplätzen mit hoher Qualität. Drittens findet kein Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben statt, denn die Abgabe wird von den Ausbildungsbetrieben im wesentlichen selbst aufgebracht. Es handelt sich bei dem Fonds um eine zusätzliche Steuer.²⁶⁶⁾

Obwohl nun die in der Broschüre herangezogenen Rechenbeispiele diese Aussagen zu bestätigen scheinen, muß zu dem methodischen Verfahren grundsätzlich bemerkt werden, daß die Maßzahl der Unternehmer, nämlich die Beschäftigtenzahl und die Lohnsumme, kaum geeignet ist, die Fehlleitung der Finanzen zu beweisen. Hier muß methodisch die Verteilung der Auszubildenden nach Branchen, Betrieben und Betriebsgrößen herangezogen werden, um ein realistisches Bild zu erhalten.²⁶⁷⁾ Trotz dieser methodischen Bedenken bleibt festzuhalten, daß die Abgabe egal ob für die ausbildenden oder für die nichtausbildenden eine zusätzliche Belastung ist. Die aufgebrachten Summen fließen nicht in

vollem Umfang in die Betriebe zurück.

Da die Unternehmer weiterhin anführen, daß es wegen der zeitlich beschränkten Lehrlingsschwemme nicht einer generellen Regelung so wie im Gesetzentwurf bedarf, sondern eher vorübergehender Maßnahmen auch der Wirtschafts- und Strukturpolitik, wird das Interesse der Unternehmer klar. Sie wollen zwar die Vorteile der Berufsausbildung für sich reklamieren, die Nachteile in die Sphäre staatlicher Bildungspolitik verbannen und die Folgen den Individuen anlasten - nicht die Entwicklung der Berufsstruktur hat Fehlstrukturierungen zur Folge, sondern die Arbeitnehmer mit ihren individuellen Vorstellungen sind die Verursacher der Mängel in der Berufsausbildung. Im übrigen aber ist der Staat für eine Entlastung der Betriebe von den Kosten der Berufsausbildung heranzuziehen. Die Unternehmer schlagen zwei Möglichkeiten vor:

1. Jeder an der Ausbildung Beteiligte übernimmt die bei ihm anfallenden Kosten: der Staat die Kosten der Berufsschulen einschließlich eines Teils der Ausbildungsvergütung; der Betrieb die Kosten der betrieblichen Ausbildung. Eine Umverteilung bzw. ein Lastenausgleich findet nicht statt.²⁶⁸⁾
2. Der Staat sorgt durch steuerliche Maßnahmen bzw. durch Bezuschussung für eine Verbesserung der Berufsausbildung. Das wird damit begründet, daß die zusätzlichen Mittel von ca. DM 750 Mio., die der Fonds bringen würde, ein Pappenstiel für den Staatshaushalt sind, wenn er nur seine Bildungsausgaben gerechter verteilen würde.²⁶⁹⁾

Die Unternehmer gestehen damit zu, daß eine Finanzierung, die über die einzelbetriebliche hinausgeht, notwendig ist. Damit ist das Eingeständnis verbunden, daß die Marktsteuerung der Berufsausbildung nicht reibungslos verläuft.

Indem sie auf staatliche Subventionierung verweisen, erhalten sie sich aber die Dispositionsfreiheit darüber, ob sie ausbilden oder nicht, denn eine Koppelung staatlicher Finan-

zierungsmaßnahmen mit Ausbildungszwang liegt außerhalb jeder Möglichkeit, ist auch vom Staat nicht intendiert. So ist es verständlich und erklärlich, wenn die Unternehmer davon reden, daß die Finanzierung keine Motivation für die Betriebe ist, die Ausbildung aufrecht zu erhalten bzw. zu intensivieren. Im Gegenteil: Das "Klima" verschlechtert sich. Wo die gesamte Berufsausbildung auf der Freiwilligkeit der Unternehmer beruht und damit auch andere Zwecke ins Kalkül gezogen werden - der Betrieb ist in erster Linie an Rentabilität orientiert -, ist jede Regelung, die diese Freiheit tangiert, ohne einen Ausbildungszwang oder eine -pflicht, auf Appelle bzw. Anreize verwiesen. Somit bieten staatliche Subventionen, Steuererleichterungen in der Tat mehr Anreize. Aber eben auch nur Anreize. Im Gegensatz schränkt die Fondsfinanzierung die Freiheit der Unternehmer ein, über die Ausbildung zu entscheiden, da die Unternehmer, wollen sie die Beiträge an den Fonds nicht als verlorene Zuschüsse abbuchen, ausbilden müssen.

3.6. Ideologisierung, Verschulung und Verstaatlichung

Nachdem die Vorstellungen der Unternehmer zur Reform der Berufsausbildung untersucht worden sind, muß noch ein weiteres Moment in die Betrachtung einbezogen werden, das bisher ausgespart wurde. Die Unternehmer äußern ihre Kritik an den Vorstellungen der Bundesregierung in einer spezifischen Art und Weise. Diese Kritik ist in allen Reden, Veröffentlichungen und Verlautbarung von Unternehmerseite zu finden.

Es ist gezeigt worden, daß sowohl die Bundesregierung als auch die Unternehmer in der Berufsausbildung das gleiche Ziel verfolgen. Bildungs- und Beschäftigungswesen sollen aufeinander abgestimmt werden. Die Berufsausbildungsreform soll ermöglichen, daß in Zukunft Fehlstrukturierungen verhindert bzw. bestehende Ausbildungsdefizite beseitigt werden. Außerdem soll ein größeres Maß an Chancengleichheit verwirklicht werden. Dazu bedarf es einer Qualitätsverbesserung, verbunden mit einer Erhöhung der Flexibilität und Mobilität des Einzelnen. Bundesregierung und Unternehmer entwickeln unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie diese Ziele erreicht werden können. Während die Bundesregierung ein hohes Maß an Durchlässigkeit und Mobilität in der Berufsausbildung anstrebt, was gleichbedeutend mit einer größeren Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der Berufsausbildung ist, wollen die Unternehmer dieses Maß so gering wie möglich halten. Denn sonst besteht die Gefahr, daß das Interesse der Unternehmer, nämlich ihre spezifischen Betriebsbelange, sich in der Ausbildung nicht mehr realisieren läßt, weil Vereinheitlichung und Durchlässigkeit dann öffentliche Kontrolle der Durchführung verlangen.

Die Unternehmer bezeichnen die Bildungsreformer und Bildungspolitiker als Utopisten, realitätsuntüchtige Welt-

veränderer, weltfremde Ideologen und Systemgegner. Sie werfen ihnen Ideologisierung, Verschulung und Verstaatlichung der Berufsausbildung vor. Ihre Position stellen sie dagegen als nüchtern, realitätsgerecht und sachbezogen dar. Die Wirtschaft präsentiert

"einig und geschlossen ihre Auffassungen und ihr Programm der modernen Berufsbildung ... Sie hat ein klares, nüchternes an den Erkenntnissen der pädagogischen Wissenschaft und den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiertes Bild allen Utopien entgegengesetzt." 271)

Und Senator Wild erklärte auf der gleichen Veranstaltung:

"Die Weiterentwicklung unserer freien Gesellschaft fordert aber in der Zukunft mehr denn je, daß alle je nach ihrer Befähigung, in die Lage versetzt werden müssen, am wirtschaftlichen, technischen und sozialen Fortschritt teilzunehmen, gegen existentielle soziale Risiken gesichert sind und die Chance der Eigentums- und Vermögensbildung haben. Diese gesellschaftspolitischen Aufgaben müssen durch ein leistungsfähiges berufliches Bildungssystem erfüllt werden. Leider verwechseln viele Kritiker unseres heutigen Berufsbildungssystems diese objektive sachbezogene gesellschaftspolitische Zielsetzung mit ideologisch infiltrierten systemüberwindenden Reformen unseres gesamten Gesellschaftssystems. Ihre Kritik ist letztlich nicht auf pädagogische oder sonstige Mängel oder Schwächen unseres dualen Ausbildungssystems ausgerichtet, sondern zielt vielmehr darauf ab, die sogenannte kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu beseitigen." 272)

Dem Gegner wird vorgeworfen, er wolle etwas ganz anderes als die Reform der Berufsausbildung. Nun mag ja der eine oder andere die Hoffnung hegen, mittels Veränderung des Bildungswesens den Kapitalismus aus den Angeln heben zu können²⁷³⁾.

Das soll hier aber nicht weiter untersucht werden. Diese Art von Kritik ist jedoch gerichtet gegen die Bundesregie-

rung, Politiker und Wissenschaftler, denen man schwerlich diese Vorwürfe machen kann. Der Gegner in der Auseinandersetzung wird durch diese Art Kritik diffamiert, wenn ihm unterstellt wird, er wolle keine Reform, sondern er wolle das ganz System verändern. Warum also diese Gleichsetzung von Reform mit Systemveränderung?

Wie gezeigt worden ist, geht es in der Reformdiskussion darum, die Berufsausbildung in das Bildungswesen zu integrieren, ihre Qualität zu verbessern und die Durchlässigkeit zwischen Allgemeinbildung und Berufsausbildung zu erhöhen. Das verlangt aber, daß

- für alle Bildungsgänge die gleichen Bildungsziele gelten,
- Inhalte verallgemeinert werden, und die berufliche Grundbildung verbreitert wird, und
- die öffentliche Kontrolle der Berufsausbildung verstärkt wird.

Da sowohl Bundesregierung als auch Unternehmer das gleiche wollen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, muß die Polemik darauf abzielen, Vorstellungen und Maßnahmen abzublocken, die den Unternehmern und ihren Interessen entgegenstehen.²⁷⁴⁾

Wenn die Unternehmer zum Mittel der Diffamierung greifen, dann scheinen sie sich ihrer Position nicht ganz sicher zu sein. Die Vorstellungen der Unternehmer zur Berufsausbildung laufen darauf hinaus, daß die Vereinheitlichung der Berufsausbildung nicht ihrem Differenzierungsbedürfnis widerspricht. Die Unternehmer behaupten, daß die von ihnen angestrebten Veränderungen den Interessen der Auszubildenden und der Gesellschaft entsprechen.²⁷⁵⁾ Da nun gerade die von ihnen angestrebte Differenzierung zu Diskrepanzen zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen führen, entstehen individuelle und gesellschaftliche Anpassungsprobleme, die dann durch individuelle Anstrengungen und staatliche Maßnahmen beseitigt werden müssen. Eine Bildungspolitik, die darauf abzielt, die Dispositionsfreiheit der

Unternehmer in der Berufsausbildung einzuschränken, um die Folgen der Differenzierung zu beseitigen, trifft dann auf den Widerstand der Unternehmer. So verfehlen die Unternehmer auch nicht, in diesem Zusammenhang darauf zu verweisen, daß die "überhöhten" Anforderungen zur Verminderung der Ausbildungskapazitäten führen.²⁷⁶⁾

"Der Staat als Ordnungsinstanz sowie die Kammern als Koordinierungsinstanz müssen das Gleichgewicht zwischen der notwendigen Autonomie der betrieblichen Ausbildungspraxis und zentraler Planung, Steuerung und rechtlicher Normierung der Ausbildung immer von neuem prüfen." 277)

Der Grund für die Polemik ist also darin zu suchen, daß die bildungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung und Bildungsreformer im Interesse eines demokratischen Bildungswesens die Berufsausbildung unter öffentliche Kontrolle stellen wollen. Damit ist die Möglichkeit, die Ausbildung auf die jeweiligen Betriebsbelange abzustellen, beseitigt worden. Die Polemik sollte also im Zusammenhang mit dem Verweis, die Unternehmer würden dann die Ausbildung einstellen, dazu dienen, diese weitgehenden Forderungen abzublocken.

3.7. Berufsbildungsforschung

Als entscheidendes Problem in der Bildungsreform wird von allen Beteiligten die Abstimmung von Bedarf und Nachfrage angesehen (vgl. Abschn. 2.1. und 3.1.). So nannte die SPD ihren Entwurf zur Neuordnung der Berufsausbildung aus dem Jahr 1967 nicht von ungefähr Arbeitsmarktanpassungsgesetz.²⁷⁸⁾ Verschiedene Wissenschaftsdisziplinen befassen sich mit der Abstimmungsproblematik. Die Bildungsökonomie untersucht den Zusammenhang von Bildungswesen und wirtschaftlicher Entwicklung. Sie erstellt Bedarfs- und Nachfragemodelle als Grundlage für die Bildungsplanung.²⁷⁹⁾ Die Qualifikationsforschung mit ihren verschiedenen Ansätzen untersucht die Entwicklungen der Beschäftigungsstruktur und ihre Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur.²⁸⁰⁾ Die Berufsbildungsforschung befaßt sich mit den Entwicklungen der Berufsausbildung.²⁸¹⁾ Da sie alle von dem gleichen Problem ausgehen, sind Überschneidungen unvermeidlich.

Gegenstand dieser Arbeit ist die Analyse unternehmerischer Vorstellungen zur Berufsausbildung. Aus diesem Grund werden hier nicht die verschiedenen Theorien dargestellt und analysiert. Sie werden daraufhin untersucht, welche Stellung die Unternehmer zu ihnen haben und was das für Konsequenzen für die Wissenschaft hat, wenn sie sich diese Vorstellungen zu eigen macht.

Da die Abstimmungsproblematik bereits behandelt wurde (vgl. Abschn. 3.1.), kann die Analyse der Bildungsökonomie entfallen. Die Qualifikationsforschung nimmt im Zusammenhang mit der Berufsausbildung in der unternehmerischen Position keinen großen Raum ein. Deswegen wird darauf verzichtet, hier auf sie einzugehen. Umso mehr beschäftigen sich die Unternehmer mit der Berufsbildungsforschung und ihren Aufgaben, auf die nun im folgenden eingegangen wird.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um das Bundesinstitut

für Berufsbildung ist schon kurz auf die Berufsbildungsforschung eingegangen worden (vgl. Abschn. 3.4.4.). Mit dem BBiG von 1969 wurde die Berufsbildungsforschung im BBF institutionalisiert.²⁸²⁾ Die Gründe für die lange Anlauf- und Aufbauphase des Instituts lagen zum einen in der Wissenschaft selber und zum anderen darin, daß die Formulierung des Forschungsprogramms aufgrund der unterschiedlichen Interessen, die in den paritätisch besetzten Aufsichts- und Entscheidungsgremien zum Tragen kamen, erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Hinzu kommt, daß die Abgrenzung zwischen Bundesausschuß und BBF nicht eindeutig geregelt war, so daß Überschneidungen in der Arbeit beider Institutionen zumindest zu Beginn nicht auszuschließen waren.

Die Aufgaben des Instituts sind:

- "1. die Grundlagen der Berufsbildung zu klären,
2. Inhalte und Ziele der Berufsbildung zu ermitteln,
3. die Anpassung der Berufsbildung an die technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vorzubereiten (§ 60 Abs. 2 BerBiG)." 283)

Ferner gehört die Analyse der Weiterbildung einschließlich des Fernunterrichtswesens zu den Aufgaben des Instituts.²⁸⁴⁾

Das Institut soll neben der Grundlagenforschung auch Zweckforschung betreiben, d.h. Materialien für die Ausbildungspraxis entwickeln.²⁸⁵⁾ Diese umfaßt nach Auffassungen der Unternehmer vornehmlich die Entwicklung und Anpassung von Ausbildungsordnungen und Ausbildungsmiteln.²⁸⁶⁾

"Es geht um die wissenschaftliche Fundierung der Berufsbildung und ihre gleichzeitige Optimierung. Dazu muß z.B. festgestellt sein, in welchen Teilen die Berufsbildung am effizientesten in der anschauungsbezogenen betrieblichen Form oder in mehr abstrahierenden Kursen und schulischen Abschnitten erfolgen kann. Die berufs-

pädagogische Abstimmung der beiden Bereiche muß auf begründeten Modellen beruhen. Die pädagogische Ausrichtung der Ausbildung ist voranzutreiben sowohl durch die Bereitstellung praktikabler Hilfen für die Unterweisung und Didaktik als auch durch die Ermittlung ertragsreicher Formen der Schulung der Ausbilder." (Hervorhebung KLK) 287)

In diesem Zitat werden sowohl die Aufgaben wie auch die Ziele der Berufsbildungsforschung genannt. Wenn hier die Unternehmer die wissenschaftliche Grundlegung und die Optimierung als Ziel der Berufsbildungsforschung formulieren, so liegt in dem Nebeneinander, daß wissenschaftliche Fundierung und Optimierung der Berufsausbildung nicht ein und dasselbe sind.²⁸⁸⁾

Es ist erstens zu bemerken, daß Wissenschaft eben nicht unmittelbar für eine bestimmte Praxis zur Anwendung gelangt, daß ihre Ergebnisse allgemeiner Natur sind. Zum zweiten ist die Optimierung als Ziel zusätzlich zur wissenschaftlichen Untersuchung der Berufsausbildung Ausdruck dessen, daß verwertbare Ergebnisse für die Praxis benötigt werden. Wenn man davon ausgeht, daß Wissenschaft die Probleme der Praxis zum Ausgangspunkt hat, deren wissenschaftliche Auflösung und somit deren praktische Bewältigung ermöglicht, die Optimierung der Praxis neben sie gesetzt wird, dann drücken die Unternehmer damit aus, daß eben Wissenschaft eine andere Sache ist als die Optimierung der Praxis. Sie trennen also Wissenschaft und die Lösung praktischer Probleme. Konsequenz ist, daß für sie die Wissenschaft die praktischen Probleme nicht lösen helfen kann; die Optimierung heißt dann, daß zwar die Probleme der Berufsausbildung nicht gelöst werden. Es werden optimale Ergebnisse auf der Grundlage der Probleme angestrebt. Dieses gegen die Wissenschaft begründete Mißtrauen zeigt sich auch in den weiteren Bestimmungen des o.g. Programms, in der die praktischen Ziele für die

Berufsbildungsforschung formuliert werden. Die Probleme sollen auf der Grundlage des z.Z. bestehenden Berufsbildungssystems gelöst werden, die sich unmittelbar aus der Praxis ergeben.²⁸⁹⁾ Alternativen dazu kommen nicht vor, bzw. werden in das Reich der Denkmodelle verwiesen. Krause sieht zwei Pole der Berufsbildungsforschung:

1. Den arbeitswissenschaftlichen, der sich mit allen Fragen der Entwicklung der Berufe und der Qualifikationen befaßt.
2. Den erziehungswissenschaftlichen, der die Umsetzung der ermittelten Ziele in pädagogische Schritte, insbesondere Fragen der Curricula, umfaßt.²⁹⁰⁾

Wenn er die Bindung der Berufsbildungsforschung an die Praxis fordert²⁹¹⁾, dann ist eine der Bedingungen genannt, unter denen die Unternehmer die Berufsbildungsforschung betreiben wissen wollen. Weitere Voraussetzungen wurden bereits 1969 formuliert: Ideologiefreiheit²⁹²⁾, Zweckgerichtetheit²⁹³⁾, Orientierung an Arbeitsmarkt- und Berufsforschung²⁹⁴⁾, enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft²⁹⁵⁾. Ferner postulieren die Unternehmer, daß der Maßstab für die Berufsausbildung nur aus ihr selber kommen könne.²⁹⁶⁾ Es fällt auf, daß die Unternehmer zwar einen "Generalmaßstab" für die Berufsbildungsforschung, der außerhalb der Berufsausbildung liegt, als ihr nicht adäquat zurückweisen. Jedoch wird nicht gesagt, ob irgend jemand überhaupt beabsichtigt, einen Maßstab von außen an die Berufsausbildung anzulegen. Wenn sie in diesem Zusammenhang aber Ziele wie etwa berufliche Autonomie bei Lempert²⁹⁷⁾, oder berufliche Flexibilität bei Fenger²⁹⁸⁾ als der Berufsausbildung nicht zugehörig kritisieren²⁹⁹⁾, dann muß erstens gefragt werden, wieso diese Zielvorstellungen der Berufsausbildung äußerlich sind. Zweitens ist zu fragen, welchen Maßstab die Unternehmer aus der Berufsausbildung für die Berufsausbildung adäquat halten. Hier wird der Wissenschaft vorgeschrieben, was sie zu

berücksichtigen hat, bevor überhaupt aus ihr selber geklärt ist, was ihr adäquat ist. In der Tatsache, daß die Unternehmer die genannten Kriterien an die Wissenschaft anlegen, zeigt sich die Differenz von Wissenschaft und Praxis. In dieser Differenz liegt die Möglichkeit, zu anderen Ergebnissen in der Wissenschaft zu kommen, als daß sie den Zwecken der Unternehmer entsprächen.

Nun zeigt sich, daß die Offenheit in der Zielbestimmung der Berufsbildungsforschung - als vorläufige Bestimmung wird Chancenmehrung einschließlich der Selbstentfaltung und -behauptung des Einzelnen angegeben³⁰⁰⁾ - keine ist, wenn die Unternehmer die Zweckgerichtetheit für die Berufsbildungsforschung fordern. Diese Zweckgerichtetheit bestimmt die Forschung und die Beiträge einzelner Wissenschaftsdisziplinen für die Berufsbildungsforschung "verstanden als optimale Anpassung des Menschen an Leistungsanforderungen auf lange Sicht."³⁰¹⁾

Wenn die Orientierung an Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hinzukommt sowie die Berücksichtigung der betrieblichen Praxis, dann fordern die Unternehmer für die Berufsbildungsforschung nichts anderes, als die Berufsausbildung einschließlich ihrer Mängel so zu akzeptieren, wie sie den Interessen der Unternehmer entspricht. Das hat für die Forschung zur Konsequenz, daß sie sich als Wissenschaft aufgibt und zu einer Systematisierung der Praxis wird, was eben die Lösung der praktischen Probleme ausschließt, von denen sie ausgeht.

Dieses instrumentelle Verhältnis der Unternehmer zur Wissenschaft³⁰²⁾ hat zur Folge, daß auch die Zielvorstellung zurückgenommen wird, wenn die Berufsbildungsforschung Ergebnisse liefert, die die Faktizität bestätigen und damit keinen Beitrag zur Überwindung der Mängel der Berufsausbildung und zur Selbstbestimmung des Einzelnen leistet.

3.8. Ausbeutung, Demokratie und Herrschaft in der Berufsausbildung

Die Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ist das Kernproblem der Bildungsreform. Wie in Kapitel 1 gezeigt, gibt es erhebliche Diskrepanzen zwischen dem Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft an horizontal und vertikal gegliederten Qualifikationen und den Qualifikationen, die das Bildungswesen produziert. Stichworte dieser Fehlstrukturierung im allgemeinbildenden Schulwesen sind: Abiturientenschwemme und unzureichende Vorbereitung auf die Arbeitswelt. Für die Berufsausbildung sind es der Mangel an Ausbildungsplätzen, unterschiedliche Qualität der Berufsausbildung, große und wachsende Nachfrage an Ausbildungsplätzen, Konzentration der Auszubildenden auf wenige Ausbildungsberufe, mangelnde Abstimmung zwischen Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen, Jugendarbeitslosigkeit und Berufswechsel.

Die Unternehmer gehen bei ihren Überlegungen über die Abstimmung davon aus, daß Prognosen unmöglich sind, weil die Entwicklung der Wirtschaft ständigem Wandel unterworfen ist, über dessen Verlauf keine Voraussagen möglich sind. Somit lassen sich auch keine Aussagen machen, wie sich der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften entwickelt. Die Unternehmer, die mit den Resultaten des Bildungswesens konfrontiert sind, bemängeln, daß die Schule ihrer Aufgabe, die Berufswahlreife der Jugendlichen herzustellen, nicht gerecht wird. Die Jugendlichen bringen nicht die Voraussetzungen mit, die notwendig sind, um sich in der Arbeitswelt zurechtzufinden. Sie fordern deshalb eine bessere Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungswesen. Sie soll sich nach Auffassung der Unternehmer an dem Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft orientieren. Dabei halten sie daran fest, daß das gegenwärtige Bildungs- und Ausbildungswesen grundsätzlich geeignet ist, die notwendigen

Anpassungsleistungen zu erbringen.

Nun zeigt die Realität, daß die Abstimmung nur unvollkommen gelingt, wenn der Bedarf als primärer Bezugspunkt angesehen wird, der ständigem Wandel unterliegt. Somit wandeln sich auch die Anforderungen an das Bildungswesen. Wird die Entwicklung des Bedarfs über den Markt gesteuert, ist er also nicht prognostizierbar, so ergibt sich daraus die Forderung, daß das Bildungswesen die Anpassung zu vollziehen hat.

Daraus erklärt sich, daß auch die Unternehmer für Reformen des Bildungswesens sind, denn die bestehenden Diskrepanzen zwischen Bedarf und Nachfrage nach Bildung und Ausbildung werfen die o.g. Probleme auf, die Wirtschaft und Gesellschaft und nicht zuletzt den Einzelnen zu zusätzlichen Leistungen bei der Eingliederung in das Berufsleben zwingen.

In den Bildungszielen unterscheiden sich die Unternehmer nicht von der Bundesregierung. Auch sie fordern, daß der Einzelne zu Eigenständigkeit, Kritikfähigkeit, Kreativität und Verantwortungsbewußtsein erzogen werden soll. Jeder hat das Recht auf eine seinen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Bildung. Da der ständige Wandel berufliche Flexibilität und Mobilität fordert, muß der Einzelne die Bereitschaft zu ständigem Weiterlernen entwickeln. Das Bildungswesen ist zwar abgetrennt von der Arbeits- und Berufswelt, aber auf sie bezogen, denn es stellt die Voraussetzung dafür dar, daß der Einzelne sich in Wirtschaft und Gesellschaft zurechtfinden kann.

Nun setzen die Unternehmer als Bedingung für das Bildungswesen die berufliche Verwertbarkeit der erworbenen Kenntnisse, Verhaltensweisen und Wertvorstellungen. Die Bildungsziele sind ihrer Auffassung nach keine eigenständigen pädagogischen Werte, sondern auf die berufliche Verwertbarkeit bezogen. Da nun Wirtschaft und Gesellschaft dem ständigen Wandel unterliegen, auf den sich Bildung und

Ausbildung zu beziehen haben, heißt das, daß die Bildungsziele darauf gerichtet sind, daß der Einzelne die notwendigen individuellen Anpassungsleistungen erbringt, ohne daß es zu größeren Reibungsverlusten kommt, für deren Beseitigung wiederum gesellschaftliche und individuelle Aufwendungen anfallen würden.

Wie bereits erwähnt, halten die Unternehmer das bestehende Bildungswesen in der Bundesrepublik grundsätzlich für geeignet, die genannten Bildungsziele zu verwirklichen. D.h. es wird in seiner Struktur dem differenzierten Bedarf gerecht. Das Bildungswesen ist gekennzeichnet durch voneinander unabhängige Schulformen, die starr gegeneinander abgeschottet sind. Das führt dazu, daß Bildungsentscheidungen früh gefällt werden und nur schwer korrigiert werden können. Wenn nun der Bedarf - die berufliche Verwertbarkeit - zum Kriterium für das Bildungswesen wird, dann erweist sich die Starrheit als Hindernis für die geforderte Anpassung. Es müssen also Übergangsmöglichkeiten geschaffen werden, so daß Bildungsentscheidungen korrigiert werden können. Kurz: die Durchlässigkeit des Bildungswesens muß erhöht werden. Das setzt aber wiederum eine Vereinheitlichung der Bildungsinhalte, -methoden und -ziele voraus. Die Gesamtschule, in der Schulformen abgelöst sind durch Schulstufen, ermöglicht einen hohen Grad an Durchlässigkeit. Der Aufwand beim Wechsel von einem in einen anderen Bildungsgang wird erheblich verringert. Prinzip der Gesamtschule ist Vereinheitlichung bei größtmöglicher Differenzierung.

Dennoch lehnen die Unternehmer die Gesamtschule als Regelschule ab: Versuche ja, allgemeine Einführung nein. Das bestehende differenzierte Schulsystem wird nach ihrer Auffassung dem vielfältigen Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft durchaus gerecht. Es ist aber nach ihrer Auffassung eine größere Berufsbezogenheit für das allgemeinbildende Schulwesen notwendig. Die Unternehmer fordern eine Reform

des allgemeinbildenden Schulwesens auf der bestehenden differenzierten Grundlage. Darin drückt sich der Widerspruch aus, daß einerseits von der hochgradig arbeitsteiligen Berufswelt unterschiedlichste Qualifikationen gefordert werden, andererseits die bestehenden Strukturen des Bildungswesens die Abstimmung von Bedarf und Nachfrage verkomplizieren. In der Auseinandersetzung um die Gesamtschule geht es also um die Frage, welches Maß an Vereinheitlichung die notwendige Differenzierung verträgt.

Indem sich die Unternehmer gegen die Gesamtschule aussprechen, plädieren sie für eine größere Differenzierung gegenüber der auch von ihnen als notwendig erachteten Vereinheitlichung. Die größere Differenzierung wird dem Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft nach ihrer Auffassung gerechter als die Vereinheitlichung in der Gesamtschule.

So ist denn auch erklärbar, daß sie die Integration von Allgemeinbildung und Berufsausbildung, so wie sie für die integrierte Gesamtschule konzipiert ist, ablehnen. Die inhaltliche und organisatorische Verzahnung von Allgemeinbildung und Berufsausbildung würde für letztere eine weitgehende Loslösung von den betrieblichen Anforderungen implizieren, obwohl der Lernort Betrieb beibehalten wird.

Gerade für die Berufsausbildung aber fordern die Unternehmer die unmittelbare Verbindung mit der Arbeitswelt. Sie lehnen es ab, die Berufsausbildung mit der Allgemeinbildung zu verbinden, denn die Orientierung an gleichen Bildungsinhalten und -zielen würde eine derartige Verallgemeinerung der Berufsausbildung zur Folge haben, daß die Vorbereitung auf eine spezielle, eng umgrenzte Berufstätigkeit nicht mehr gegeben wäre. Die Verallgemeinerung

der Berufsausbildung ist also nur begrenzt möglich, was sich aus den Anforderungen der einzelnen Berufstätigkeiten ergibt. Die spezifischen Kenntnisse und Fertigkeiten müssen praktisch erlernt werden. Je größer nun die allgemeinen Berufskennntnisse und -fertigkeiten sind, desto größer werden Umstellungs- und Einarbeitungsaufwendungen für die spezifischen Arbeitsplätze. Aus diesem Grund fordern die Unternehmer, daß die Berufsausbildung weiterhin von der Allgemeinbildung getrennt bleibt. Die Eigenständigkeit der Berufsausbildung soll erhalten bleiben. Das gleiche Prinzip gilt auch für die berufliche Weiterbildung, deren Vielfältigkeit in Bezug auf Dauer, Inhalt, Träger und Adressaten es ermöglicht, den unmittelbaren Bezug zu den Betriebserfordernissen herzustellen.

Da die Unternehmer nicht nur "Abnehmer" sondern auch "Produzenten" von Ausbildung sind, auf die der Staat nicht verzichten will, sind sie in der Lage, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, denn sie stellen die Kapazitäten in der Berufsausbildung zur Verfügung. Damit operieren sie auch ständig in ihrer bildungspolitischen Argumentation, wenn sie darauf hinweisen, daß "überzogener Perfektionismus" und "bildungsreformerische Utopien" die "Ausbildungsbereitschaft der Unternehmer beeinträchtigen. Die Reformen sollen sich an den Möglichkeiten der Ausbildungsbetriebe orientieren. Sie fordern die Eigenständigkeit der Berufsausbildung. Da aber deren Abtrennung von der Allgemeinbildung im Verein mit den starren Schulformen in "Bildungssackgassen" führt, die Flexibilität und Mobilität der Jugendlichen eingeschränkt wird, müssen Allgemeinbildung und Berufsausbildung gleichgestellt werden, um Übergänge zu erleichtern. Diese Gleichwertigkeit der Bildungsgänge setzt aber wiederum eine Angleichung der Bildungsinhalte und -ziele voraus, was einer Verall-

gemeinerung der Berufsausbildung gleichkommt bzw. auf der Seite der Allgemeinbildung eine stärkere Berufsbezogenheit nach sich zieht. Hierin liegt eine Qualitätsverbesserung der Berufsausbildung. Wie soll nun nach Auffassung der Unternehmer die Gleichwertigkeit hergestellt werden?

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sowohl der Unternehmer als auch der Bundesregierung zielen auf ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen und eine qualitativ verbesserte Berufsausbildung. Die Bundesregierung geht davon aus, daß das duale System z.Z. weder sicherstellt, daß der Einzelne die notwendige Berufskompetenz erhält, noch eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen bereitstellen kann. Deswegen strebt sie eine Vereinheitlichung und Systematisierung der Berufsausbildung an, die in einem Baukastensystem aufeinander aufbauender Stufen eine breite Grundbildung mit anschließender Fachbildung die als notwendig erachtete Flexibilität und Mobilität der Jugendlichen sicherstellt. Dazu bedarf es einer einheitlichen Bildungsverwaltung, die gewährleistet, daß alle Teile der Berufsausbildung synchronisiert zusammenarbeiten und alle Beteiligten einbezogen werden. Das schließt ein, daß die Selbstverwaltung der Berufsausbildung durch die Kammern unter öffentliche Kontrolle gestellt wird. Weiterhin umfaßt es eine Ablösung der einzelbetrieblichen Finanzierung, die die Kosten der Berufsausbildung ungleichmäßig verteilt und außerdem zu Qualitätseinbußen in der Berufsausbildung und zur Verknappung des Ausbildungsplatzangebots führt. Die Unternehmer wenden sich gegen diese Vereinheitlichungs- und Verallgemeinerungsbestrebungen der Bundesregierung. Dabei betonen sie die Notwendigkeit von Reformen, denn als Abnehmer der Qualifikationen sind sie unmittelbar mit den Mängeln in der Berufsausbildung konfrontiert.

Prinzip der unternehmerischen Kritik und ihrer bildungspolitischen Vorstellungen ist die Differenzierung, die bereits angesprochen wurde. Das Maß ist die differenzierte Struktur der Arbeitswelt. Sie ist vorausgesetzt und unterliegt ständigem Wandel. Die Konsequenz, die sich daraus für die Berufsausbildung nach Auffassung der Unternehmer ergibt, ist ein gewisses Maß an Verallgemeinerung und Vereinheitlichung, um die notwendige Flexibilität und Mobilität der Jugendlichen herauszubilden. Der Grad der geforderten Flexibilität und Mobilität ist jedoch nicht bestimmbar, da die Entwicklung der Qualifikationsstruktur kaum prognostiziert werden kann.³⁰³⁾

So dringen die Unternehmer vor allem erst einmal darauf, daß der Staat seinen Beitrag zur Berufsausbildung leistet, der in der Tat Anlaß zur Kritik gibt. Denn die Berufsschulen sind in einer desolaten Situation. Ferner, und dieser Punkt ist wesentlich wichtiger, ist eine Abstimmung zwischen schulischer und betrieblicher Ausbildung erst in den Anfängen. Es kommt hinzu, daß keine bundeseinheitlichen Rahmenlehrpläne für die Berufsschule existieren. Ist diese Kritik der Unternehmer auch berechtigt, so ist das aber noch lange kein Grund, die Reform der betrieblichen Ausbildung hintenan zu stellen. Denn auch sie erfüllt die in sie gestellten Erwartungen nur unvollkommen. (Vgl. Kapitel 1)

Auch bei der Diskussion um die Reform der betrieblichen Ausbildung verläuft die Argumentation der Unternehmer an den o.g. Leitlinien. Ein Zuviel an Vereinheitlichung hemmt die betriebliche Ausbildung, sei es, daß eine berufspädagogische Eignung für die Ausbilder oder eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Ausbildungsbetriebe gefordert wird; sei es, daß die Anforderungen an die Ausbildung, festgelegt in der Ausbildungsordnungen, die Möglichkeiten der Betriebe überfordert. Es macht sich ferner bemerkbar an der Forderung für die

Stufenausbildung, daß jede Stufe mit einem Abschluß zur Aufnahme einer qualifizierten Berufstätigkeit verbunden werden soll. Das bedeutet für die erste Stufe bereits gegen Ende eine Schwerpunktbildung auf eine spezielle Berufstätigkeit hin.

Das gilt auch für das Berufsgrundbildungsjahr, für das die Unternehmer fordern, daß die Fachbildung gegenüber der Allgemeinbildung verstärkt und die Berufsgrundbildung an die Erfordernisse der nachfolgenden Fachbildung angeglichen wird.

Es drückt sich ferner in der Tatsache aus, daß die Unternehmer die überbetrieblichen Ausbildungsstätten nur auf die Ergänzung der betrieblichen Ausbildung beschränkt wissen wollen, ihnen eine selbständige Existenz innerhalb des Gesamtgefüges der Berufsausbildung absprechen. So ist es konsequent, daß die Unternehmer eine öffentliche Kontrolle, die über die bereits existierende Mitwirkung und Beratung der Ausschüsse hinausgeht, ablehnen. Die Reorganisation der Berufsbildungsverwaltung stößt auf ihre entschiedene Ablehnung, da sie organisatorischer Ausdruck einer Verallgemeinerungs- und Vereinheitlichungstendenz ist, die die Differenzierung stark einschränkt.

Ebenso lehnen die Unternehmer eine überbetriebliche Finanzierung der Berufsausbildung ab. Obwohl die einzelbetriebliche Finanzierung zu strukturellen Problemen in der Berufsausbildung führt³⁰⁴⁾, halten die Unternehmer die überbetriebliche Finanzierung für ungeeignet, Qualität und Quantität der Berufsausbildung zu verbessern. Denn erstens sei die planerische Unterlage in Form des Berufsbildungsberichts unzureichend und zweitens werde der Ausbildungsbetrieb zusätzlich belastet.

Entscheidend aber ist, daß die überbetriebliche Finanzierung die Betriebe in Zugzwang bringt, denn, wenn sie nicht ausbilden, müssen sie zahlen, damit ausgebildet

werden kann.

Bisher sind das Prinzip - Differenzierung - und das Maß - differenzierte, sich ständig wandelnde Arbeitswelt mit ihren Anforderungen - der unternehmerischen Vorstellungen genannt worden. Das erklärt aber nicht, warum die Unternehmer im Grunde am dualen System mit entsprechenden Korrekturen festhalten, haben sie doch Grund zu der Kritik, daß das Berufsausbildungssystem den Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht gerecht wird. Es kommt zu Fehlstrukturierungen, die nicht nur vorübergehender Natur sind. Die Qualität der Berufsausbildung ist mangelhaft; ein Facharbeitermangel ist für die Zukunft zu erwarten, wenn nicht genügend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

Wenn das Maß für die Berufsausbildung die differenzierten Strukturen und Anforderungen der Arbeitswelt sind, dann folgt daraus, daß nur die jeweils qualifizierte Arbeitskraft den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Betriebe entspricht. Jeder Betrieb unterscheidet sich von den anderen, was Ausstattung, Organisation und Arbeitsabläufe angeht. Jede auf dem Arbeitsmarkt rekrutierte Arbeitskraft muß sich erst darauf einstellen. Das schlägt sich nieder in einem bestimmten Zeitraum für die Einarbeitung, verbunden mit erhöhter Unfallgefahr, niedrigerer Arbeitsproduktivität und Eingliederungsproblemen in den Betriebsablauf.³⁰⁵⁾ So ist denn nicht verwunderlich, wenn die Unternehmer daran festhalten, die betriebliche Ausbildung zwar im notwendigen aber möglichst, geringen staatlich abgesteckten Rahmen in eigener Regie durchzuführen. Sie haben so die Möglichkeit, schon während der Ausbildung die spezifischen Betriebsbelange einzubringen, die dann den reibungslosen Übergang in die Erwerbstätigkeit nach der Ausbildung im Ausbildungsbetrieb ermöglicht. An dieser Stelle wird deutlich, warum die Unternehmer die Berufsausübung zum unverzichtbaren Bestandteil der Berufs-

ausbildung machen. Die Berufsausübung gewährleistet die reibungslose Integration in den Ausbildungsbetrieb, die nicht durch das Erlernen der Berufskennntnisse und -fertigkeiten erreicht werden kann. Die Unternehmer setzen Praxisnähe und Berufsausübung gleich mit dem Ziel, die Integration in den Betrieb zu gewährleisten. So ist es denn auch keine Ideologie, wenn die Unternehmer als Motiv für die Berufsausbildung die Nachwuchsrekrutierung an erster Stelle nennen.³⁰⁶⁾ Aus diesem Grund lehnen sie alle Bestrebungen ab, die ihnen die Möglichkeit nehmen, frei über die Berufsausbildung zu disponieren - das betrifft insbesondere die Finanzierung - und die Eingliederung in den Betrieb vorzunehmen - hier sind besonders die Inhalte, die Struktur und die Organisation der Berufsausbildung angesprochen -.

So wie die Berufsausbildung derzeit strukturiert ist, gewährleistet sie, daß der Nachwuchs nach den jeweiligen Betriebsbedürfnissen ausgebildet wird. Da sie aber Flexibilität und Mobilität einschränkt, also die nicht-ausbildenden Betriebe, die ihre Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt rekrutieren, belastet, halten auch die Unternehmer Korrekturen für notwendig. Freilich auf der gegebenen Grundlage, d.h. die Verallgemeinerung und Vereinheitlichung der Berufsausbildung muß Raum lassen für die Qualifizierung der Jugendlichen auf die spezifischen Betriebsbelange. Dabei ist jegliche staatliche Durchführung und Kontrolle ebenso hinderlich wie die Mitbestimmung, die einen langwierigen Interessenausgleich notwendig macht. D.h. daß die staatliche Kontrolle eine Verallgemeinerung impliziert, die dem gewünschten Differenzierungsbedürfnis der Unternehmer abträglich ist. So geht denn die Auseinandersetzung zwischen Staat und Unternehmer um das Maß der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung, das die Berufsausbildung verträgt, ohne das Unternehmerinteresse

nach Ausrichtung der Berufsausbildung auf die Betriebsbelange zu beeinträchtigen. Denn dann würde die Ausbildung für die Unternehmer uninteressant, da kein Unterschied mehr zu den auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Arbeitskräften bestände, sie sich also die Ausbildungskosten sparen können. Deswegen auch immer der Hinweis an den Staat, daß die Gefahr einer Reduktion der Ausbildungskapazitäten zu befürchten ist, wenn die Interessen der Unternehmer nicht berücksichtigt werden.

So ist denn nicht die Ausbeutung der Auszubildenden der Grund für die betriebliche Ausbildung.³⁰⁷⁾ Spätestens seitden bereits mehrfach erwähnten Untersuchungen der Edding-Kommission ist dies deutlich geworden. Für einen Teil der Ausbildungsbetriebe mag die produktive Verwendung der Auszubildenden durchaus zutreffen. Ein Indiz dafür ist der von der Edding-Kommission festgestellte antzyklische Verlauf des Angebots von Ausbildungsplätzen im Handwerk.³⁰⁸⁾ Nimmt man hinzu, daß in den kleinen Betrieben die Ausbildung en passant erfolgt, dann wirft sie in der Tat Erträge ab.

Andererseits leidet die Qualität der Berufsausbildung darunter. Hinzukommt, daß, wenn die Ausbildung wegen der Ausbeutung erfolgte, eine Fehlstrukturierung in den Berufen einträte, da von vornherein ein Berufswechsel nach der Beendigung einkalkuliert ist. (Vgl. Übersicht 2) So ist denn insgesamt gesehen die Ausbeutungsthese nicht haltbar, da die Fehlstrukturierung des Nachwuchses für Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen mit zusätzlichen Aufwendungen verbunden ist.

Ebenso müssen die Auffassung von Nyssen³⁰⁹⁾ und von Baethge³¹⁰⁾ zurückgewiesen werden, die das Interesse der Unternehmer in der Durchsetzung von Herrschaftsinteressen mittels der Berufsausbildung sehen. Ihnen ist mit Lempert³¹¹⁾ gemeinsam, daß sie die Berufsbildungs-

politik der Unternehmer an einem Ideal von einem demokratischen Bildungswesen messen, in dem Chancengleichheit hergestellt ist. Basis für diese Vorstellungen ist die Tatsache, daß das Bildungswesen in seiner Struktur die Chancen unterschiedlich verteilt. Jedoch kann auch ein "demokratisches" Bildungswesen nicht daran vorbeigehen, daß es auf eine stark differenzierte Berufswelt trifft, die eben differenzierte Arbeitsvermögen fordert. So ist denn die Forderung der Unternehmer nach einer Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen berechtigt, die diese Voraussetzung berücksichtigt. Insofern kann also nicht von der Durchsetzung von Herrschaftsinteressen in der Berufsausbildung gesprochen werden. Die Unternehmer benötigen in erster Linie qualifizierte Arbeitskräfte, die den spezifischen Betriebsabläufen genügen. Das bedeutet eine Einschränkung der Mobilität der Arbeitskräfte³¹²⁾, heißt aber nicht Herrschaft, die eine Abhängigkeit der Arbeitskräfte von den Unternehmern bzw. den Ausbildungsbetrieben unterstellt, die faktisch nicht gegeben ist, würde doch eine derartige Berufsausbildung gegen alle Verfassungsprinzipien der Bundesrepublik verstoßen. Insofern kann auch nicht davon gesprochen werden, daß die Berufsausbildung "undemokratisch" ist. Sie entspricht, wenn auch mangelhaft, den Bedürfnissen der Gesellschaft. Jedoch macht diese Mangelhaftigkeit Korrekturen auf der Seite der Berufsausbildung notwendig, weil die Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem die Gesellschaft und den Einzelnen zu stark belasten. Will der Staat die gesellschaftlichen Anpassungsleistungen - Erhöhung der Mobilität und Flexibilität durch Umschulung, Fortbildung und dgl. mehr - verringern, muß er auf ein größeres Maß an Vereinheitlichung drängen, denn nur so besitzt der Einzelne die notwendigen breiten Kenntnisse und Fertigkeiten, sich möglichst schnell

auf die gewandelten Anforderungen einzustellen. Die Differenzierung wird aber dadurch zurückgedrängt. Solange der Staat in der Reform aber an der betrieblichen Ausbildung festhält, kann der Grad der Vereinheitlichung und Verallgemeinerung in der Berufsausbildung nicht an dem Differenzierungsinteresse der Unternehmer vorbeigehen. Das läßt sich nur bewerkstelligen, wenn die Berufsausbildung aus der betrieblichen Bindung herausgelöst wird, so wie es in der Konzeption der Gesamtschule gedacht ist. Ob dadurch das Problem der Abstimmung von Bildungs- und Beschäftigungswesen gelöst werden kann, muß bezweifelt werden angesichts der Tatsache, daß damit immer noch nicht die Frage nach der Anpassung an den ständigen Wandel beantwortet ist.

ANMERKUNGEN

Kapitel 1

- 1) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, Bonn 1976, S.15
- 2) Vgl. Tabelle 1
- 3) Vgl. Tabelle 2
- 4) BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.14f
- 5) Vgl. BLK, BGP I, 1.Auflage, Stuttgart 1973, S.32
- 6) Vgl. BMBW (Hg.), Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen Bildung (Markierungspunkte), Bonn 1973, S.5
- 7) Eine ausführliche Zusammenstellung der Daten in: Hertel, H.-D., Systemanalyse betrieblicher Berufsbildung Bern/Frankfurt/M. 1976
- 8) Vgl. Henniges, H.v., Stooß, F., Probleme des dualen Systems, in: Jahrbuch für Wissenschaft, Ausbildung, Schule, WAS'77, Köln 1977, S.43
- 9) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.15
- 10) Vgl. Henniges, Stooß, Probleme, 1977, S.43
- 11) Vgl. Henniges, Stooß, Probleme, 1977, S.45
- 12) Vgl. Henniges, Stooß, Probleme, 1977, S.47 und BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.31ff u. S.54ff
- 13) Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung, Kosten und Finanzierung der außerschulischen beruflichen Bildung (Abschlußbericht), Bielefeld 1974 (i.f.: Edding-Kommission), S.25
- 14) Vgl. Henniges, Stooß, Probleme, 1977, S.48
- 15) Hofbauer, H., Stooß, F., Defizite und Überschüsse an betrieblichen Ausbildungsplätzen nach Wirtschafts- und Berufsgruppen, in: MittAB, 8. Jg., 2/1975, S.101
- 16) Hofbauer, Stooß, Defizite, 1975, S.102 und Übersicht 1
- 17) Vgl. DIHT (Hg.), Berufsbildung 1975/76, Schriftenreihe 156, Bonn 1976 (i.f. Schriftenreihe ...) S.55 und Tabelle 5
- 18) Vgl. Hofbauer, Stooß, Defizite, 1975, S.115
- 19) Henniges, Stooß, Probleme, 1977, S.63 und vgl. Tabellen 7, 8 und 9

- 20) Vgl. Hofbauer, H., Kraft, H., Betriebliche Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit, in: MittAB, 7. Jg., 1/1974, S.44
- 21) Vgl. Hofbauer, Kraft, Berufsausbildung, 1974, S.66
- 22) Vgl. Hertel, Systemanalyse, 1976, S.237 und Tabelle 6
- 23) Vgl. Hofbauer, Stooß, Defizite, 1975, S.110f
- 24) Vgl. Alex, L., u.s., Das Berufsbildungsgesetz in der Praxis, Schriftenreihe Berufliche Bildung 1, BMBW (Hg.), Bonn 1973;
Heinen, Welbers, Windszus, Lehrlingsausbildung - Erwartung und Wirklichkeit, Mainz 1972;
Daviter, J., Der Lehrling im Betrieb, Hamburger Lehrlingsstudie, Bd. 2, München 1973
- 25) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung, Bonn o.J. (1969), S.15ff
- 26) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.186ff
- 27) Edding-Kommission, 1974, S.438 - Hervorhebung im Text
- 28) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.358
- 29) Vgl. Kell, A., Lipsmeier, A., Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 38, Hannover 1976, S.85f
- 30) Zu den Lösungsmöglichkeiten für die Koordination und Abstimmung zwischen Bund und Ländern vgl. Abschn. 2.4. und 3.4.
- 31) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.86
- 32) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.13f
- 33) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.39
- 34) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.5
- 35) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S. 3f
- 36) Vgl. Hertel, Systemanalyse, 1976, S.111
- 37) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.39f
- 38) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.21ff - Hier finden sich auch die verschiedenen Vorschläge zur Beseitigung der Mängel in der Berufswahlreife, z.B. Arbeitslehre, Einführung der Orientierungsstufe und Bildungsberatung
- 39) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.39ff zu einer zusammenfassenden Darstellung der pädagogischen Theorien zu den Bildungsaufgaben der einzelnen Schulformen.
Der Schluß von Kell, Lipsmeier, daß die Bildungstheorie

den Gegensatz von Allgemeinbildung und Berufsausbildung "konstruiert" habe, kann nicht akzeptiert werden. Der Gegensatz existiert nicht nur in den Köpfen der Theoretiker, ist auch nicht aufgrund der Theorien Realität geworden, sondern ist Reflex ihrer unterschiedlichen Funktion in der Gesellschaft.

- 40) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.70 und BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.26ff

Kapitel 2

- 1) BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.7
- 2) ebenda
- 3) BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.8 - Die Frage der zersplitterten Kompetenzen wird an anderer Stelle behandelt (vgl. Abschn. 2.4. und 3.4.). Hier geht es darum, die Zusammenhänge zwischen Bildungspolitik und anderen Politikbereichen zu diskutieren.
- 4) Rohde, H., Probleme und Perspektiven in der Bildungspolitik, Rede vom 28. März 1976 auf der Tagung der ev. Akademie Tutzing, Sonderdruck: Bulletin 40 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1976, S.4
- 5) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.7
- 6) Vgl. Jochimsen, R., Nicht Schlagworte, sondern Reformen, in: informationen bildung wissenschaft, 9/76, S.159f
- 7) Vgl. Rohde, H., Tutzing, 1976, S.3 - Diese Feststellung ist nur bedingt haltbar. In den Veröffentlichungen der Bundesregierung bzw. in den Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates und der BLK ist dieser Zusammenhang immer mitbehandelt worden, wenn auch die Aussagen allgemeiner Art waren.
Vgl. dazu Deutscher Bildungsrat, Lehrlingsempfehlungen, 1969, S.13,
Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, o.O. o.J., (Bonn 1970), S.31ff,
Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Bericht '75, o.O. o.J. (Bonn 1975), S.22ff,
BLK, BGP I, 1973, S.7ff und S.117ff,
BMW (Hg.), Bildungsbericht '70, Die bildungspolitische Konzeption der Bundesregierung, Bonn 1970, S.34
BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.14.
- 8) Vgl. Rohde, H., Rede vom 2. Nov. 1976 auf der Bildungspolitischen Konferenz des DGB in Essen, in: informationen bildung wissenschaft, 11/76, S.194
- 9) Vgl. dazu ausführlich: Deutscher Bildungsrat, Bericht '75, 1975, S.22ff
- 10) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.117
- 11) ebenda
- 12) Deutscher Bildungsrat, Bericht '75, 1975, S.23
- 13) Deutscher Bildungsrat, Bericht '75, 1975, S.66f

- 14) Vgl. Zehn Thesen zu dem Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem, in: informationen bildung wissenschaft, 3/76, S.53
- 15) Vgl. Rohde, DGB, 1976, S.194 und BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.48f
- 16) Vgl. Zehn Thesen, 1976, S.53
- 17) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, BLK, BGP I und BLK, Stufenplan zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung, Stuttgart 1975 -
So wird auch immer in allen Stellungnahmen, Reden usw. von Vertretern der Bundesregierung das Festhalten an diesen Prinzipien betont. Wenn sich diese Neuordnung bisher noch nicht durchgesetzt hat, sich vielleicht auch nicht durchsetzen läßt, so wird doch in allen bildungspolitischen Maßnahmen und bildungsplanerischen Überlegungen davon ausgegangen, daß Flexibilität und Durchlässigkeit des Bildungswesen verbessert werden müssen. Auf diese Frage wird im Verlauf der Arbeit noch öfter eingegangen werden.
- 18) Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.32
- 19) Überbetriebliche Ausbildungsstätten, Schriftenreihe Berufliche Bildung 3, hg. v. BMBW, Bonn o.J., S.4
- 20) BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.10 -
Vgl. auch BLK, BGP I, 1973, S.7
- 21) Zur Frage der Kompetenzen vgl. Abschn. 2.4. und 3.4.
- 22) Vgl. Rohde, Tutzingen, 1976, S.4f,
BMBW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.30,
BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.31f,
BLK, BGP I, 1973, S.23
- 23) BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.18
- 24) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.9 und
Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.31
- 25) Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.30
- 26) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.21
- 27) BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1970 S.10
- 28) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.6
- 29) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.10 -
Die Gesamtschule ist die organisatorische Konsequenz dieser Vorstellung von einem einheitlichen Bildungswesen. Die Problematik der Gesamtschule ist hier nicht weiter zu verfolgen. Es geht hier um die bildungspolitischen Konsequenzen der Forderung nach Vereinheitlichung. Vgl. zur Gesamtschule: Literaturverzeichnis.

- 30) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.25ff -
Das zeigt sich z.B. in den Sondervoten, die einzelne Bundesländer zu verschiedenen Punkten des BGP abgegeben haben.
- 31) Vgl. BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.64 -
Womit keineswegs die Gesamtschule als Zielvorstellung aufgegeben wird.
- 32) Vgl. ebenda
- 33) Rohde, Tutzingen, 1976, S.6
- 34) Vgl. dazu BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.55 und S.64
- 35) BMW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.11 -
Vgl. auch BLK, BGP I, 1973, S.9
- 36) Vgl. BMW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.57 -
Hier werden die vielen schulischen Berufsbildungsgänge in Vollzeitform aufgeführt.
- 37) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.16 und S.166,
Vgl. auch BLK, BGP I, 1973, S.9
- 38) BMW (Hg.), Aktionsprogramm: Berufliche Bildung, Bonn 1970, S.12
- 39) Vgl. BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.30
- 40) BMW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.54
- 41) BLK, BGP I, 1973, S.30
- 42) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.9 und
Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.159ff
- 43) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.167f
- 44) Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.168
- 45) Vgl. BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.64
- 46) Vgl. ebenda
- 47) Hier sei auf die Abstimmung zwischen Rahmenlehrplänen und Ausbildungsordnungen hingewiesen, für die es zwar seit 1972 ein Verfahren gemäß einer Vereinbarung von Bund und Ländern gibt; bisher ist erst eine Abstimmung erfolgt und zwar für die Uhrmacher und Optiker Ausbildungsordnung im April 1976.
Vgl. Spelberg, K. Das Problem der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen, in: KWB (Hg.), Veranstaltungsberichte, Bonn 1976, S.85ff
- 48) BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1970, S.67

- 49) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.66f
- 50) Vgl. Offe, C., Berufsbildungspolitik, Frankfurt 1975, S.7
- 51) Vgl. Informationen bildung wissenschaft, 6/76, S.101
Dieser Tatbestand drückt sich darin aus, daß im APFG einige wesentliche Punkte des abgelehnten BBiG zum Tragen kommen.
- 52) Vgl. Offe, Berufsbildungspolitik, 1975, S.59ff
- 53) BMBW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung, Bonn 1975, S.7
- 54) Vgl. BMBW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.3 und S.11ff
- 55) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.3
- 56) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.IX und S.129 -
Der BGP ist hier ein eindrucksvolles Beispiel. Selbst die eingeleiteten Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt, daß der Finanzplanungsrat die notwendigen finanziellen Mittel bewilligt.
- 57) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.57ff
- 58) BMBW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung, 1975, S.9
- 59) Vgl. BMBW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung, 1975, S.10
- 60) BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.55
- 61) Vgl. Rohde, Tutzingen, 1976, S.3
- 62) BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.55
- 63) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.52f -
Zur Qualifikationsforschung vgl. Literaturverzeichnis
- 64) Vgl. BMBW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.15
- 65) Vgl. BMBW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.7
- 66) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.71
- 67) BMBW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.5
- 68) BMBW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.6
- 69) Vgl. Roth, K.H., Kanzow, E., Unwissen als Ohnmacht, Berlin 1970, S.205
- 70) Vgl. Brock, A., Lehrlingshandbuch, Darmstadt 1972, S.115ff

- noch Fußnote 70) Vgl. Hegelheimer, A., Berufsausbildung in Deutschland, Frankfurt/M. 1972, S.66ff
- 71) Vgl. BBiG vom 14. Aug. 1969, § 26, Bundesgesetzbl. I S.1112, Bonn 1971
- 72) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 156, 1976, S.67ff, DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, Tabellen-
teil S.1, und
BMBW (Hg.), Die anerkannten Ausbildungsberufe
Std. 1.Juni 1976, Bielefeld 1976, Teil B S.59-88
- 73) Vgl. Hegelheimer, Berufsausbildung, 1972, S.73
- 74) BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.64
- 75) Vgl. BBiG 1969 §§ 1, 25 und 26
- 76) BMBW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.15
- 77) ebenda
- 78) Vgl. Holz, H., u.a., Berufsgrundbildung, Schriften zur
Berufsbildungsforschung, Bd. 27, Hannover 1974, S.90,
BLK, Stufenplan, 1975, S.46 und
Bunk, G./Zedler, R., Das Berufsgrundbildungsjahr,
Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Bd. 10,
Köln 1976, S.7 -
Die Kriterien zur Einteilung der Berufsfelder sind noch
wenig wissenschaftlich erforscht. Vgl. dazu
Lemke, I., u.a., Probleme und Aspekte der Berufsfeld-
einteilung, Schriften zur Berufsbildungsforschung,
Bd. 36, Hannover 1976, passim
- 79) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.66
- 80) Vgl. BLK, Stufenplan, 1975, S.4 und S.29ff
- 81) Vgl. BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.66
- 82) BLK, Stufenplan, 1975, S.29
- 83) Die Sonderformen des Berufsgrundbildungsjahres für Ab-
gänger von Sonderschulen und andere zwecks Nachholung
des Hauptschulabschlusses soll hier nicht näher be-
trachtet werden. Vgl. dazu BLK, Stufenplan, 1975, S.30
- 84) Vgl. Bunk/Zedler, Das Berufsgrundbildungsjahr, 1976,
S.8
- 85) Vgl. Neuordnung der beruflichen Ausbildungsgänge,
Schriftenreihe Berufliche Bildung 1, hg. v. BMBW,
Bonn o.J., S.17
- 86) Vgl. BLK, Stufenplan, 1975, S.31
- 87) Vgl. BLK, BGP I, 1973, S.31
- 88) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.117
- 89) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.118

- 90) Vgl. BLK, Stufenplan, 1975, S.53f und
Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.116 -
Tabelle
- 91) Der dritte, die Einrichtung berufsqualifizierender
Bildungsgänge im tertiären Bereich, wird hier nicht
behandelt, da 1. Sonderprobleme weitgehend unberück-
sichtigt bleiben und 2. die berufliche Erstausbil-
dung im dualen System thematischer Schwerpunkt der
Arbeit ist.
- 92) BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.17
- 93) BMW, Regierungsentwurf Berufsbildungsgesetz, Bonn
1975, § 4
- 94) Vgl. Schriftenreihe 3, Bonn o.J., S.5 -
Dies trifft überwiegend auf gewerblich-technische
Berufe zu; vgl. BLK, Stufenplan 1975, S.76
- 95) Vgl. Schriftenreihe 3, Bonn o.J., S.9
- 96) Vgl. BLK, Stufenplan, 1975, S.77
- 97) Vgl. informationen bildung wissenschaft, 7/76, S.134
- 98) Vgl. BMW (Hg.), Richtlinien zur Förderung von überbe-
trieblichen Ausbildungsstätten, Bonn 1973, passim
- 99) Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.103
- 100) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Lehrlingsempfehlungen,
1969, S.14 und S.44
- 101) Vgl. BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.7
- 102) Vgl. BLK, Stufenplan, 1975, S.XVIII
- 103) Vgl. BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz,
1976, S.71
- 104) Vgl. BMW (Hg.) Bildungsbericht '70, 1970, S.112
- 105) Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll,
57. bis 59. Sitzung, Öffentliche Informationssitzung
des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft am 19.,
22. und 24. Sept. 1975, Bonn o.J. (1975), S.100
- 106) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, §.49
- 107) Vgl. BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz,
1976, S.78
- 108) Vgl. BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung,
1975, S.15
- 109) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, §§ 47 - 55
- 110) Vgl. BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung,
1975, S.13
- 111) Vgl. BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung,
1975, S.12

- 112) BMW, Regierungsentwurf, 1975, § 15,3
- 113) Es wird hier nicht weiter auf die Entwicklung und Modifikation bzw. die Vorschriften über die Übergangszeiten in der Ausbildereignungs-Verordnung eingegangen. Von Belang ist die Tatsache, daß den Ausbildern eine allgemeine Qualifikation vermittelt werden soll, die sicherstellt, daß sie über die gleichen Kenntnisse verfügen, mithin in der Lage sind, die Berufsausbildung nach einheitlichen Gesichtspunkten zu vollziehen. Ebenso bleibt außer Betracht, daß die handwerkliche Meisterausbildung berufspädagogische Inhalte einschließt. Versuche auf freiwilliger Basis leiden darunter, daß bisher noch keine einheitlichen Vorstellungen über die Qualifikation der Ausbilder entwickelt wurden.
- 114) Vgl. BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung, 1975, S.12
- 115) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.191f
- 116) BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.17
- 118) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, §§ 14, 22 - 23
- 119) Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.58
- 120) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.62f
- 121) BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.23
- 122) BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung, 1975, S.21 -
Vgl. BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, 1976, S.86f
- 123) Vgl. BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.24
- 124) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, §§ 92, 93
- 125) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, § 90
- 126) BMW, Regierungsentwurf, 1975, § 93,1
- 127) Vgl. BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung, 1975, S.22
- 128) BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung, 1975, S.23
- 129) Vgl. BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.28
- 130) Vgl. BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.25
- 131) Berufsbildungsforschung, Schriftenreihe Berufliche Bildung 4, Bonn o.J., S.3
- 132) ebenda
- 133) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, § 90,2 Punkt 1 b - c
- 134) BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.28

- 135) BMAS, Aktionsprogramm, 1970, S.19
- 136) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Lehrlingsempfehlungen, 1969 -
Vgl. auch Übersicht 2 - Eine Zusammenstellung der verschiedenen Finanzierungsmodelle
- 137) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Lehrlingsempfehlungen, 1969, S.35
- 138) Vgl. BMW (Hg.), Bildungsbericht '70, 1970, S.68
- 139) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.6
- 140) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.435f und S.440
- 141) BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.22
- 142) BMW (Hg.), Markierungspunkte, 1973, S.22f
- 143) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, §§ 85 - 89
Die Alternative - Finanzierung durch den Staat -
erweist sich unter den gegenwärtigen Bedingungen
als nicht realisierbar. Der Staat müßte zusätzlich
mindestens 10 Mrd. DM aufbringen, was unmöglich
erscheint, wenn man bedenkt, daß weitere erhebliche
Mittel z.B. zur Realisierung des Stufenplans not-
wendig sind. Es ist ferner zu bedenken, daß die
Berufsausbildung auch weiterhin in den Betrieben
erfolgen soll, was die Beteiligung an bzw. die
Übernahme der Kosten durch die Betriebe geboten
erscheinen läßt, kommen sie doch in den Nutzen
der ausgebildeten Arbeitskräfte, z.T. schon während
der Ausbildung.
- 144) Vgl. BMW (Hg.), Zukunftssichere Berufsausbildung,
1975, S.18
- 145) Die Unternehmer setzen sich eingehend mit der über-
betrieblichen Finanzierung auseinander, mit dem
Ziel nachzuweisen, daß die Umlage zur Verminderung
von Ausbildungsplätzen führt, da gerade die aus-
bildenden Betriebe zusätzliche Mittel aufbringen
müßten, die dann nicht voll zurückfließen, denn die
Kosten des Umverteilungsapparats müssen aus der
Umlage bestritten werden.

Kapitel 3

- 1) DIHT (Hg.), Chancenlose Bildung durch Bildungschancen?, Bonn 1970, S.48 - Dr. Dr. Ernst Schneider, damals Präsident des DIHT, resümiert die Diskussion zwischen Wissenschaftlern und Vertretern der Unternehmerschaft zu dieser Problematik.
- 2) Friedrich, O. A., Bildung zwischen Autonomie und Sozialanspruch, Vortrag am 21. Jan. 1972, abgedruckt in: KWB (Hg.), Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft, Kongreß 1972, Bonn 1972, S.26
- 3) ebenda
- 4) Wild, J., Handwerkliche Berufsausbildung und sozialer Aufstieg, Vortrag am 21. Jan. 1972, abgedruckt in: KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.57
- 5) BDA, Fortschritt aus Idee und Leistung, Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen, 1. Aufl., Köln 1975, S.76 - Äußerungen dieser Art finden sich in den Jahresberichten des DIHT und in Veröffentlichungen zu Einzelfragen der Bildungspolitik, z.B. BDA, Beschäftigungssystem und Akademikernachwuchs, 1. Aufl., Köln 1976. Im folgenden wird im wesentlichen die Grundsatzserklärung des BDA herangezogen, in der die Vorstellungen der Unternehmer zusammengefaßt vorliegen.
- 6) ebenda
- 7) ebenda
- 8) ebenda
- 9) Krause, E., Zukunftsorientierte Berufsausbildung, Bonn 1972, S.49
- 10) Vgl. BDA, Grundsatzserklärung, 1975, S.76
- 11) ebenda
- 12) BDA, Grundsatzserklärung, 1975, S.77
- 13) ebenda
- 14) Vgl. Schlaffke, W., Bildungspolitik, Abkehr von Illusionen, in: der arbeitgeber, 28. Jg., 2/1976, S.9 und DIHT , Bericht 1975, Bonn 1975, S.105
- 15) Vgl. BDA, Grundsatzserklärung, 1975, S.77
- 16) Vgl. zur Schulzeitverlängerung: Kollegstufe NW, Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen, eine Schriftenreihe des Kultusministers Heft 17, Ratingen, Kastellaun, Düsseldorf 1972 -

noch Fußnote 16:

Die Sekundarstufe-II der integrierten Gesamtschule oder die Kollegstufe mit ihrem Kurssystem, daß je nach Eignung die Möglichkeit bietet, den individuellen Lernleistungen durch die Bildung von Schwerpunktprofilen Rechnungen zu tragen, sowie Übergänge zu schaffen, Versäumtes nachzuholen, ist ein Modell, das diesem Widerspruch von allgemeiner Bildung und Selektion gerecht werden soll. Auf die Problematik der Integration von Allgemeinbildung und Berufsausbildung wird weiter unten eingegangen.

- 17) Vgl. der arbeitgeber, 24. Jg., 7/1972, S.242 - In ihrer distanzierten Haltung gegenüber der Gesamtschule drückt sich der "konservative" Zug der unternehmerischen Bildungspolitik aus und damit das Festhalten an den bestehenden Strukturen des Bildungswesens.
- 18) Vgl. der arbeitgeber 24. Jg., 9/1972, S.353
- 19) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.20
- 20) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.70
- 21) Vgl. Deutscher Bildungsrat, Strukturplan, 1970, S.159ff, Kollegstufe NW, 1972, passim
- 22) Wild, J., in: KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.56
- 23) BDA, Grundsatzerklärung, 1975, S.78
- 24) Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.12 Vgl. auch Fußnote 18
- 25) Vgl. Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.14
- 26) DIHT, Bericht 1975, 1975, S.108
- 27) Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.15
- 28) Vgl. dazu die Klagen der Unternehmer zu den fehlenden Kenntnissen der Auszubildenden mit Hauptschulabschluß: Zedler, R., Schule/Wirtschaft, Übergangshilfen, in: der arbeitgeber, 28.Jg., 11/76, S.476ff
- 29) Vgl. DIHT (Hg.), Die Basis der Reform, Bonn 1974, S.11
- 30) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.438
- 31) Dieses Phänomen tritt deutlich in der kaufmännischen Berufsausbildung hervor, die weitgehend integriert im allgemeinen Geschäftsbetrieb abläuft.
- 32) DIHT, Bericht 1974, 1974, S.117f
- 33) Winterhager, W. D., Aktuelle Fragen der Bildungsverwaltung, in: WAS '76, Köln 1976, S.31
- 34) BDA, Grundsatzerklärung, 1975, S.78

- 35) Vgl. Hertel, Systemanalyse, 1976, S.221,
DIHT, Bericht 1974, 1974, S.116,
Edding-Kommission, 1974, S.253,
Winterhager, W. D., Anforderungen an ein
Berufsbildungssystem, Göttingen 1973, S.10
- 36) Vgl. informationen bildung wissenschaft, 8/76, S.153
- 37) Vgl. DIHT, Bericht 1974, 1974, S.112 und
DIHT, Bericht 1975, 1975, S.118
- 38) Vgl. Fußnote 35
- 39) BDA, Grundsatzerklärung, 1975, S.78f
- 40) Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972,
S.5
- 41) KWB/DL (Hg.), Für bessere Berufsbildung, Kongreß-
bericht München 10. Apr. 1973, Bonn 1973, S.29
- 42) Schlaffke, Bildungspolitik, in: der arbeitgeber,
2/76, S.90
- 43) ebenda
- 44) Schlaffke, Bildungspolitik, in: der arbeitgeber, 2/76,
S.92
- 45) Schlaffke, Bildungspolitik, in: der arbeitgeber,
2/76, S.90
- 46) Vgl. Lempert, W., Leistungsprinzip und Emanzipation,
1. Aufl., Frankfurt/M. 1971, S.337
- 47) Vgl. Manifest zur Reform der Berufsausbildung, in:
deutsche jugend, 11/1973, S.500
- 48) DIHT (Hg.), Basis, 1974, S.7
- 49) DIHT (Hg.), Basis, 1974, S.8
- 50) Vgl. DIHT, Bericht 1974, 1974, S.124
- 51) DIHT, Bericht 1974, 1974, S.121
- 52) DIHT, Bericht 1975, 1975, S.114
- 53) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.8
- 54) ebenda
- 55) ebenda
- 56) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.35
- 57) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.37
- 58) Vgl. DIHT, Zur Situation der Berufsschule, Bonn 1975,
passim
- 59) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.120
- 60) DIHT, Bericht 1975, 1975, S.117

- 61) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.47
- 62) Vgl. DIHT, Bericht 1974, 1974, S.119
- 63) Vgl.BDA, Grundsatzerklärung, 1975, S.82
- 64) DIHT, Bericht 1974, 1974, S.127
- 65) ebenda
- 66) ebenda
- 67) DIHT, Bericht 1975, 1975, S.119
- 68) ebenda
- 69) Vgl. Streitsache: Berufsbildung, hg. v. IDW, Köln 1975, S.41ff
- 70) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.9
- 71) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.56
- 72) Streitsache, hg. v. IDW, 1975, Synopse S.VII
- 73) Vgl. Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.41f -
Die Handwerksmeister bilden eine Ausnahme, da sie in ihrer Ausbildung berufspädagogische Kenntnisse erhalten. Ferner ist hier auf die statistische Erfassung der Ausbilder hinzuweisen, die äußerst schwierig ist, da der Kreis der Personen, die an der Berufsausbildung beteiligt sind, sehr heterogen ist.
- 74) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme zum Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz, Teil 1, Grundpositionen und allgemeine Kritik, Bonn 1975, S.14
- 75) KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.5
- 76) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.14
- 77) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, S.19
- 78) Vgl. ebenda
- 79) ebenda
- 80) Die Ausbildereignungsverordnungen wurde mehrfach geändert.
- 81) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme 2, 1975, S.11f
- 82) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.22
- 83) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.438
- 84) Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 1975, S.119ff
- 85) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.208, 212, 252f

- 86) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.134,
KWB/DL (Hg.) Kongreß 73, 1973, S.30,
DIHT (Hg.), Schriftenreihe 156, 1976, S.34
Zur Anzahl und Entstehung der Berufsfelder:
Holz, Berufsgrundbildung, 1974, S.49ff
- 87) KWB/DL (Hg.), Kongreß 73, 1973, S.30
- 88) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.134
- 89) Sohl, H.-G., Wirtschaftliche Leistung und berufliche
Qualifikation, Vortrag, abgedruckt in: KWB (Hg.),
Kongreß 72, 1972, S.23
- 90) KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.121
- 91) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.12
- 92) Hegelheimer, A., Bildungsplanung und Beruf, 2. Aufl.,
DIHT (Hg.), Schriftenreihe 135, Bonn 1974, S.67f
- 93) KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.3
- 94) ebenda
- 95) Vgl. Brock, Lehrlingshandbuch, 1972, S.118ff zum
Steuerungseffekt der Berufsgrundbildung, der im
"Krupp-Plan" deutlich zutage tritt. Hier werden
für die jeweiligen Stufen Abschlußquoten festge-
legt, wobei die Ausbildungszeit generell auf
zwei Jahre reduziert wird.
- 96) Es sei hier verwiesen auf die Stufenausbildung
Verkäufer/in/Einzelhandelskaufmann, die als erste
gestufte Ausbildungsordnung in der Bundesrepublik
1968 inkrafttrat, also noch vor der Verabschiedung
des BBiG von 1969:
1. Abschluß nach zweijähriger Ausbildung: Verkäufer/in
2. " " dreijähriger " : Einzelhandels-
kaufmann.
Der DIHT hebt hervor, daß sich der Trend zur zwei-
jährigen Ausbildung verstärkt, weist aber gleich-
zeitig darauf hin, daß immer noch zu viele Auszu-
bildende die dreijährige Ausbildung anstreben,
obwohl der Bedarf des Einzelhandels eher in die
andere Richtung tendiert.
Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.34f
- 97) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.14
- 98) Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972,
S.14
- 99) Dies beweisen die Arbeitslosen-Statistiken der Bundes-
anstalt für Arbeit;
Vgl. auch Der Spiegel, 30. Jg., 17, 18, 19, 1976 zur
Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland

- 100) Vgl. Hertel, Systemanalyse, 1976, S.113f
- 101) Auf die Kritik der Unternehmer an den gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Stufenausbildung soll hier nicht eingegangen werden, nur soviel: Indem die Gewerkschaften für die Stufenausbildung, die sie grundsätzlich billigen, fordern, daß die Auszubildenden alle Stufen durchlaufen sollen - der Ausbildungsvertrag soll nicht für eine sondern für alle Stufen abgeschlossen werden - wird der Steuerungseffekt zurückgenommen, was die Kritik der Unternehmer hervorruft, denen es gerade auf diesen ankommt.
Vgl. dazu DIHT (Hg.), Argumente gegen eine Scheinreform, Bonn 1975, S.13
- 102) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 129, 1971, S.16
- 103) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.35f
- 104) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.41
- 105) ebenda
- 106) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.40 und S.44
- 107) Dies belegen die Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit für Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen.
- 108) KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.33
- 109) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.133
- 110) DIHT (Hg.) Definitionen, Berufsbildung 6, Bonn 1976, S.3
- 111) Vgl. KWB/DL (Hg.), Kongreß 73, 1973, S.21 -
Diese Überlegung stammt zwar von Christians, dem Präsidenten des DL, kann hier aber als Auffassung der Unternehmer wiedergegeben werden, denn sie wurde mit dem KWB gemeinsam entwickelt. Wenn auch die Forderung Christians nach einem rein schulischen Berufsgrundbildungsjahr unter staatlicher Verantwortung nicht den Vorstellungen der Unternehmer entspricht, die für Versuche unter der Verantwortung der jeweiligen Träger an verschiedenen Lernorten plädieren, dennoch ist die Forderung konsequent, wenn am Gedanken der Berufswahlreife festgehalten wird. Dieser kollidiert mit der beruflichen Grundbildung im Berufsgrundbildungsjahr.
Vgl. dazu auch DIHT (Hg.), Modell Berufsgrundschuljahr, Bonn 1969, passim
Auf die Probleme der Abstimmung des Berufsgrundbildungsjahres mit der vorberuflichen Bildung wird hier nicht eingegangen; vgl. dazu Weber, Arbeitslehre und Berufsgrundbildung, Schriften zur Berufsbildungsforschung Bd. 21, Hannover, 1974, passim

- 112) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.114 und
DIHT, DIHT-Markierungspunkte zur beruflichen
Bildung, Bonn 1973, S.11
- 113) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.63 -
Wolff v. Amerongen sieht das Berufsgrundbildungs-
jahr als "Gelenkstelle zwischen Hauptschule und
der beruflichen Bildung."
- 114) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.15
- 115) KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.54 - vgl. auch S.114
- 116) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.94f
- 117) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.14
- 118) DIHT, Bericht 1972, 1972, S.100
- 119) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.15
- 120) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.134
- 121) Vgl. Holz, Berufsgrundbildung, 1974, S.53
- 122) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.63,
DIHT (Hg.), Schriftenreihe 129, 1971, S.10, und
DIHT, Bericht 1973, 1973, S.109
- 123) KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.133
- 124) KWB/DL (Hg.), Kongreß 73, 1973, S.33
- 125) KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.114
- 126) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.95 und S.100
- 127) DIHT (Hg.), Mehr Ausbildungsplätze, Bonn 1976, S.11
- 128) Vgl. DIHT (Hg.), Bericht 1975, 1975, S.105ff
- 129) DIHT (Hg.), Berufsbildung 6, 1976, S.4
- 130) Vgl. KWB/DL, Für eine bessere Berufsbildung, Thesen,
Bonn 1973, S.3
- 131) Vgl. KWB/DL (Hg.), Kongreß 73, 1973, S.26f
- 132) Vgl. DIHT (Hg.), Die Basis der Reform, 1974, S.26
- 133) KWB/DL, Thesen, 1973, S.4
- 134) Vgl. DIHT (Hg.), Mehr Ausbildungsplätze, 1976, S.12
- 135) Vgl. DIHT (Hg.), Mehr Ausbildungsplätze, 1976, S.16
- 136) Vgl. DIHT (Hg.), Mehr Ausbildungsplätze, 1976, S.20
- 137) Vgl. Kell, Lipsmeier, Berufsbildung, 1976, S.109
- 138) Vgl. DIHT (Hg.), Mehr Ausbildungsplätze, 1976, S.9
- 139) KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.76
- 140) Vgl. ebenda

- 141) Vgl. Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.38
- 142) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.78
- 143) Vgl. KWB/DL, Thesen, 1973, S.3
- 144) Streitsache, hg. v. IDW, 1975, Synopse III
- 145) Vgl. BMBW (Hg.), Grund- und Strukturdaten 1976, Bonn 1976, S.82f -
Wie aus der Statistik hervorgeht, überwiegen die überbetrieblichen Ausbildungsstätten beim Handwerk.
- 146) Vgl. Streitsache, hg. v. IDW, 1976, S.15
- 147) Vgl. DIHT, DIHT-Markierungspunkte, 1973, S.13
- 148) Vgl. DIHT (Hg.), Mehr Ausbildungsplätze, 1976, S.10
- 149) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.253ff
- 150) Vgl. Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.39
- 151) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.3
- 152) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe, 144, 1974, S.47
- 153) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.77
- 154) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.47
- 155) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.78
- 156) Vgl. Streitsache, hg. v. IDW, 1975, Synopse III
- 157) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.77
- 158) Vgl. DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.23
- 159) Vgl. KWB/DL (Hg.), Kongreß 73, 1973, S.34
- 160) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.47
Ein weiteres Mittel zur Überwindung der betrieblichen Ausbildung sehen die Unternehmer in der Finanzierungsregelung. Vgl. dazu DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.22
- 161) KWB (Hg.), Stellungnahme 1, S.12
- 162) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.47
- 163) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 146, 1974, S.75
- 164) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.47f
- 165) Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, daß die Organisationsfragen in den Publikationen der Unternehmer einen großen Raum einnehmen.
- 166) Vgl. BDA, Grundsatzerklärung, 1975, S.79
- 167) Vgl. DIHT, Bericht 1973, 1973, S.102
- 168) Vgl. BMBW, Regierungsentwurf, 1975, §§ 90 - 121
- 169) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 129, 1971, S.14

- 170) Vgl. DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.6
- 171) DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.7
- 172) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.31
- 173) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.30
- 174) Vgl. ebenda
- 175) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 138, 1973, S.27
- 176) Vgl. Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.19
- 177) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung der Wirtschaft zur Berufsbildung 3. Juni 1975, Bonn 1975, S.10
Rede Wolff v. Amerongen
- 178) DIHT, DIHT-Markierungspunkte, 1973, S.20
- 179) BDA, Grundsatzserklärung, 1975, S.79
- 180) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 141, 1974, S.32
- 181) Vgl. DIHT, Bericht 1973, 1973, S.103f und
DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.21
- 182) Darauf wird hier nicht näher eingegangen, da die
Integration bereits an anderer Stelle behandelt
wurde. (Vgl. Abschn. 3.2.)
- 183) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.5
- 184) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.6f
- 185) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.7f
- 186) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.8
- 187) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.19f
- 188) Die Mitbestimmung wird in einem gesonderten Abschnitt
behandelt. Vgl. Abschn. 3.4.5.
- 189) Vgl. DIHT, DIHT-Markierungspunkte, 1973, S.6
- 190) DIHT, DIHT-Markierungspunkte, 1973, S.21
- 191) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.98,
DIHT (Hg.), Schriftenreihe 129, 1971, S.13f,
DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.22ff
- 192) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.98 und
DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.24
- 193) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.99
- 194) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.26
- 195) ebenda
- 196) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.23f
- 197) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 144, 1974, S.9
- 198) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.47ff

- 199) Vgl. DIHT, DIHT-Markierungspunkte, 1973, S.21
- 200) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, § 108
- 201) Vgl. Streitsache, hg. v. IDW, 1975, Synopse XVII
- 202) Die Verfassungsrechtler streiten sich über die Zulässigkeit bzw. Unzulässigkeit der Regelungen des Gesetzentwurfes. Der Verfassungsrechtsaspekt interessiert an dieser Stelle aber nicht, geht es doch um die politische Würdigung der vorgebrachten Argumente der Unternehmer.
- 203) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, §§ 117 -121
- 204) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.45
- 205) DIHT (Hg.), Argument gegen eine Scheinreform, 1975, S.18
- 206) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.17
- 207) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.7
- 208) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.18
- 209) Vgl. Streitsache, hg. v. IDW, 1975, S.21
- 210) Vgl. Streitsache, hg. v. IDW, 1975, Synopse XIX
- 211) Vgl. DIHT (Hg.), Berufsbildung 4 Organisation, Bonn 1975, o.S.
- 212) KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.19f
- 213) Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 1975, S.34
- 214) Vgl. BMW, Regierungsentwurf, 1975, §§ 90 -101
- 215) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.18f
- 216) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.100
- 217) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.25
- 218) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.100
- 219) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.12, Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.10, KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.29
- 220) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.18
- 221) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.19
- 222) ebenda
- 223) DIHT (Hg.), Berufsbildung 4, 1975, o.S.
- 224) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.22
- 225) Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972,

- 226) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.7
- 227) Das dokumentiert nicht nur die Zeitschrift des BBF "Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis", die seit 1972 erscheint, sondern äußert sich auch in einer Schriftenreihe zur Berufsbildungsforschung.
- 228) Vgl. DIHT, Bericht 1972, 1972, S.98
- 229) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.26
- 230) DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.8
- 231) Vgl. ebenda
- 232) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 156, 1976, S.51
- 233) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.7
- 234) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.5f und S.16
- 235) Vgl. Streitsache, hg. v. IDW, 1975, S.17f
- 236) Vgl. DIHT (Hg.), Argumente gegen eine Scheinreform, 1975, S.30 -
Das Effizienzkriterium kommt hier ebenso wie an allen anderen Punkten der Kritik der Unternehmer an der Reform der Berufsausbildung vor. Es geht dabei jeweils darum, das Einbringen "zusätzlicher" Interessen in die Berufsausbildung - ob legitim oder nicht - abzu-blocken.
- 237) Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.8
- 238) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.33 und
DIHT (Hg.), Schriftenreihe 120, 1970, S.12
- 239) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 130, 1972, S.27
- 240) Vgl. DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.21
- 241) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 120, 1970, S.17
- 242) Vgl. Kapitel 1
- 243) BDA, Grundsatzerklärung, 1975, S.76
- 244) DIHT, DIHT-Markierungspunkte, 1973, S.6
- 245) BDA, Grundsatzerklärung, 1975, S.77
- 246) Vgl. BMBW (Hg.), Richtlinien zur Förderung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten, 1973, passim
- 247) Vgl. Streitsache, hg. v. IDW, 1975, S.35
- 248) Auf die Finanzierung der anderen Lernorte wird hier nicht eingegangen; sie stehen auch bei der Diskussion um die überbetriebliche Finanzierung nur insoweit zur Diskussion, als die Unternehmer dem Staat vorrechnen, wie wenig er doch im Vergleich zu den anderen Bildungsgängen für die Berufsausbildung tut.

- 249) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.438
- 250) Vgl. Tabelle 1 und 2
- 251) Wie bereits mehrfach erwähnt, begründen die Unternehmer den Rückgang mit den erhöhten Anforderungen durch das BBiG und mit der entstandenen Unsicherheit durch die Reformpläne der Bundesregierung.
- 252) KWB (Hg.), Appell, 1976, S.5
- 253) KWB - Schreiben vom 22.7.1976 - Auf die dem Schreiben beigelegte Broschüre wird noch eingegangen.
- 254) Vgl. DIHT, Bericht 1973, 1973, S.98ff
- 255) Vgl. DIHT, Bericht 1974, 1974, S.112f
- 256) Vgl. KWB (Hg.), Kundgebung, 1975, S.22
- 257) Vgl. DIHT (Hg.), Argumente gegen eine Scheinreform, 1975, S.22 und KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.20
- 258) Vgl. DIHT (Hg.), Argumente gegen eine Scheinreform, 1975, S.24
- 259) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 141, 1974, S.42
- 260) Vgl. DIHT (Hg.), Argumente gegen eine Scheinreform, 1975, S.24
- 261) DIHT (Hg.), Argumente gegen eine Scheinreform, 1975, S.23
- 262) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.26
- 263) Vgl. KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.20
- 264) KWB (Hg.), Stellungnahme 1, 1975, S.23
- 265) KWB (Hg.), Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz, Bonn 1976, S.3
- 266) Vgl. KWB (Hg.), Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz, 1976, S.4ff
- 267) Vgl. Hertel, Systemanalyse, 1976, S.95ff
- 268) Vgl. KWB (Hg.), Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz, 1976, S.11
- 269) Vgl. ebenda
- 270) Vgl. Schlaffke, Bildungspolitik, in: der arbeitgeber 2/76, S.90
- 271) KWB (Hg.) Kongreß 72, 1972, S.7
- 272) KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.50
- 273) Vgl. Lempert, W., Leistungsprinzip und Emanzipation, 1972, S.334ff

- 274) Vgl. DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.11
- 275) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.26
- 276) Vgl. DIHT (Hg.), Basis der Reform, 1974, S.13
- 277) ebenda
- 278) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 104, 1967, S.17
- 279) Vgl. Literaturliste und den Reader, Texte zur Bildungsökonomie, hg. v. Hegelheimer, A., Frankfurt/M. - Berlin - Wien, 1975
- 280) Vgl. Hegelheimer, A., u.a., Qualifikationsforschung, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 33, Hannover 1975, der eine Übersicht über die Qualifikationsforschung gibt.
- 281) Vgl. Literaturliste -
Neben dem BBF beschäftigt sich auch das IAB der Bundesanstalt für Arbeit mit Fragen der Entwicklung der Qualifikationen.
- 282) Vgl. BBiG vom 14. Aug. 1969, §§ 60 - 72, Bundesgesetzbl. I S.1112, Bonn 1971
- 283) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 120, 1970, S.26
- 284) Vgl. ebenda
- 285) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 120, 1970, S.27
- 286) Vgl. ebenda
- 287) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 120, 1970, S.35
- 288) Vgl. Krause, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, 1972, S.10 - Das Problem von Theorie und Praxis soll hier nicht diskutiert werden, da es zu weit vom Thema der Arbeit wegführen würde.
- 289) Vgl. ebenda
- 290) Vgl. ebenda
- 291) Vgl. ebenda
- 292) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.30
- 293) Vgl. ebenda
- 294) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.31
- 295) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.33
- 296) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.29
- 297) Vgl. Lempert, Leistungsprinzip und Emanzipation, 1971, S.138f
- 298) Vgl. Fenger, H. Arbeitsmarktforschung, in: MittAB, 5/68, S.325
- 299) Vgl. DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.29

- 300) Vgl. DIHT (Hg.) Schriftenreihe.117, 1969, S.30
- 301) DIHT (Hg.), Schriftenreihe 117, 1969, S.31
- 302) Vgl. KWB (Hg.), Kongreß 72, 1972, S.112
- 303) Darauf verweist die Qualifikationsforschung selbst:
Polarisierung der Qualifikationen, Dequalifikation
oder allgemeine Höherqualifikation;
Vgl. dazu Hegelheimer, Qualifikationsforschung, 1975,
passim;
Vgl. Mertens, D., Der unscharfe Arbeitsmarkt, in:
MittAB, 6.Jg. 4/73, S.314 -325 zur Flexibilitäts-
forschung
- 304) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.438
- 305) Vgl. Hertel, Systemanalyse, 1976, S.221f
- 306) Vgl. Hertel, Systemanalyse, 1976, S.252 und S.255ff,
Hegelheimer, Qualifikationsforschung, 1975,
S.118
- 307) Vgl. Lisop, I. Überwindung der Monokratie?, in:
betrifft:Erziehung, 7. Jg., 7/1974, S.25 und
Lisop, I., Reformprobleme in der Berufsausbildung
1945 - 1969, in: Petzold, H.-J. (Hg.), Jugend ohne
Berufsperspektive, Weinheim 1976, S.25 und S.28
Die Ausbeutungsthese spielte eine zentrale Rolle
in der "Lehrlingsrevolte". Vgl. dazu:
Haug, H.-J./Maessen, H., Was wollen die Lehrlinge,
Frankfurt/M..1971, passim
- 308) Vgl. Edding-Kommission, 1974, S.253 und S.358
- 309) Vgl. Nyssen, Fr., Schule im Kapitalismus, Köln 1970,
S.127 und S.132
- 310) Vgl. Baethge, M., Ausbildung und Herrschaft,
Frankfurt/M. o.J. (1970), S.249
- 311) Vgl. Lempert, W., Franzke, R., Die Berufserziehung,
München 1976, S.12
- 312) Vgl. Baethge, M., Aktuelle Berufsbildungspolitik und
ihre Abhängigkeit von der Ökonomie, in: Petzold (Hg.),
Jugend ohne Berufsperspektive, 1976, S.89

LITERATURVERZEICHNIS

1. Bundesregierung und andere öffentliche Institutionen

- Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 14. August 1969
(Bundesgesetzbl. I S. 1112) geändert durch
das Gesetz zur Änderung des Berufsbildungs-
gesetzes (BBiG) vom 12. März 1971 (Bundes-
gesetzbl. I S. 185)
- BMAS (Hg.), Aktionsprogramm: Berufliche Bildung,
Bonn 1970
- BMBW, Berufsbildungsgesetz, Regierungsentwurf, Bonn
September 1975
- BMBW (Hg.), Bildungsbericht '70, Die bildungspolitische
Konzeption der Bundesregierung, Bonn 1970
- BMBW (Hg.), Grundsätze zur Neuordnung der beruflichen
Bildung (Markierungspunkte), o.O. o.J.
(Bonn 1973)
- BMBW (Hg.), Richtlinien zur Förderung von überbetrieb-
lichen Ausbildungsstätten, Bonn 1973
- BMBW (Hg.), Zukunftsorientierte Berufsausbildung,
Bonn April 1975
- BMBW (Hg.), Die anerkannten Ausbildungsberufe, Stand
1. Juni 1976, Bielefeld 1976
- BMBW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz,
Bonn 1976
- BMBW (Hg.), Grund- und Strukturdaten, 1976, Bonn 1976
- BMBW (Hg.), Ausbildungsplatzförderungsgesetz: Reform
der beruflichen Bildung geht weiter, in:
informationen bildung wissenschaft, 6/76
vom 24. Juni 1976, S.101 -102
- BMBW (Hg.), Bauwettbewerb "Überbetriebliche Ausbildungs-
stätten" entschieden, in: informationen
bildung wissenschaft, 7/76 vom 22. Juli 1976,
S. 134 - 135
- BMBW (Hg.), Gleiche Anforderungen an Ausbilder im
öffentlichen Dienst und in der gewerblichen
Wirtschaft, in: informationen bildung wissen-
schaft, 8/76 vom 19. August 1976, S.153

- BMBW (Hg.), Zehn Thesen zu dem Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem, in: informationen bildung wissenschaft, 3/76 vom 25. März 1976, S.53 - 54
- BLK, Bildungsgesamtplan Band 1 und Band 2, 1. Aufl., Stuttgart 1973
- BLK, Stufenplan zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung, Stuttgart 1975
- Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung, o.O. o.J. (Bonn 1969)
- Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Strukturplan für das Bildungswesen, o.O. o.J. (Bonn 1970)
- Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Bericht '75, Entwicklungen im Bildungswesen, o.O. o.J. (Bonn 1975)
- Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission, Bericht '75, Entwicklungen im Bildungswesen, Kurzfassung: Daten, Veränderungen, Vorschläge, o.O. o.J. (Bonn 1975)
- Deutscher Bundestag, Stenographisches Protokoll, 57. bis 59. Sitzung: Öffentliche Informationssitzungen des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft am 19., 22. und 24. September 1975, Bonn o.J. (1975)
- Jochimsen, Reimut, Nicht Schlagworte, sondern Reformen, Anmerkungen zur Bedarfsdiskussion, in: BMBW (Hg.), informationen bildung wissenschaft, 9/76 vom 23. September 1976, S.159 - 160
- Kollegstufe NW, Strukturförderung im Bildungswesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Eine Schriftenreihe des Kultusministers, Heft 17, Ratingen, Kastellaun, Düsseldorf, 1972
- Rohde, Helmut, Probleme und Perspektiven in der Bildungspolitik, Rede am 28. März 1976 auf der Tagung der ev. Akademie Tutzing, Sonderdruck des Bulletins 40 des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 8. April 1976, o.O. o.J. (Bonn 1976)

Rohde, Helmut, Rede am 2. November 1976 auf der bildungs-
politischen Konferenz des DGB in Essen, in:
BMBW (Hg.), informationen bildung wissenschaft,
11/76 vom 18. November 1976, S.193 - 194, 196
und 206

Schriftenreihe Berufliche Bildung, Neuordnung der
beruflichen Bildung, Heft 1, hg. v. BMBW,
Bonn o.J.

Schriftenreihe Berufliche Bildung, Ausbildung der Ausbilder,
Heft 2, hg. v. BMBW, Bonn o.J.

Schriftenreihe Berufliche Bildung, Überbetriebliche
Ausbildungsstätten, Heft 3, hg. v. BMBW,
Bonn o.J.

Schriftenreihe Berufliche Bildung, Berufsbildungsforschung,
Modellversuche und Ausbildungsmittel in der
beruflichen Bildung, Heft 4, hg. v. BMBW,
Bonn o.J.

Schriftenreihe Berufliche Bildung, Gesucht - gefunden:
ein Platz zum Lernen, Heft 5, hg. v. BMBW,
Bonn o.J.

Schriftenreihe Berufliche Bildung, Ratgeber Berufliche
Bildung, Heft 6, hg. v. BMBW, Bonn o.J.

Schriftenreihe Berufliche Bildung, Das Ausbildungsplatz-
förderungsgesetz (APFG), Heft 7, hg. v. BMBW,
Bonn o.J.

2. Unternehmer

der arbeitgeber, 24. Jg., 9/1972, S.242 und S.353

der arbeitgeber, 28. Jg., 11/1976, S.476

BDA, Beschäftigungssystem und Akademikernachwuchs,
1. Aufl., Köln 1975

BDA, Fortschritt aus Idee und Leistung, Gesellschafts-
politische Grundsatzerklärung der Bundesver-
einigung der deutschen Arbeitgeberverbände,
1. Aufl., Köln 1975

DIHT, Bericht 1970, o.O. o.J. (Bonn 1970)

DIHT, Bericht 1971, o.O. o.J. (Bonn 1971)

DIHT, Bericht 1972, o.O. o.J. (Bonn 1972)

DIHT, Bericht 1973, o.O. o.J. (Bonn 1973)

DIHT, Bericht 1974, o.O. o.J. (Bonn 1974)

DIHT, Bericht 1975, o.O. o.J. (Bonn 1975)

DIHT, DIHT-Markierungspunkte, Bonn 1973

DIHT, Zur Situation der Berufsschule, Bonn 1975

DIHT (Hg.), Modell Berufsgrundschuljahr, Bonn 1969

DIHT (Hg.), Chancenlose Bildung durch Bildungschancen?
Bildungsbedürfnisse und Ausbildungsbedarf,
Kernfragen unserer Bildungspolitik, XII.
Gespräch zwischen Wissenschaft und Wirt-
schaft am 22. November 1968, Bonn 1970

DIHT (Hg.), Die Basis der Reform, Grundsätze zur
Berufsbildungspolitik, Bonn 1974

DIHT (Hg.), Argumente gegen eine Scheinreform, Stellung-
nahme zum Referentenentwurf eines neuen
Berufsbildungsgesetzes, Bonn 1975

DIHT (Hg.), Mehr Ausbildungsplätze, Appell des DIHT-
Präsidenten Otto Wolff von Amerongen,
Bonn 1976

DIHT (Hg.), Berufsbildung 4 - Organisation, Bonn 1975

- DIHT (Hg.), Berufsbildung 6 - Definitionen, Bonn 1976
- DIHT (Hg.), Berufsausbildung 1966/67, Schriftenreihe des DIHT 104, Bonn 1967
- DIHT (Hg.), Berufsausbildung 1967/68, Schriftenreihe des DIHT 111, Bonn 1968
- DIHT (Hg.), Berufsausbildung 1968/69, Schriftenreihe des DIHT 117, Bonn 1969
- DIHT (Hg.), Berufsausbildung 1969/70, Schriftenreihe des DIHT 120, Bonn 1970
- DIHT (Hg.), Berufsausbildung 1970/71, Schriftenreihe des DIHT 129, Bonn o.J. (1971)
- DIHT (Hg.), Berufsausbildung 1971/72, Schriftenreihe des DIHT 130, Bonn o.J. (1972)
- DIHT (Hg.), Berufsausbildung 1972/73, Schriftenreihe des DIHT 138, Bonn o.J. (1973)
- DIHT (Hg.), Berufsbildungsreform, Standpunkte zu Stichworten 1969 - 1973, Schriftenreihe des DIHT 141, Bonn 1974
- DIHT (Hg.), Berufsbildung 1973/74, Schriftenreihe des DIHT 144, Bonn 1974
- DIHT (Hg.), Meinung 1974, Schriftenreihe des DIHT 146, Bonn 1974
- DIHT (Hg.), Berufsbildung 1975/76, Schriftenreihe des DIHT 156, Bonn 1976
- Krause, Erwin, Zukunftsorientierte Berufsausbildung, Fakten, Pläne, Reformen, Stand: November 1971, Bonn 1972
- KWB/DL, Für eine bessere Berufsausbildung - Thesen, Bonn 1973
- KWB (Hg.), Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft, Kongreßbericht, München 20. und 21. Januar 1972, Bonn o.J. (1972)
- KWB (Hg.), Kundgebung der Wirtschaft zur Berufsbildung, 3. Juni 1975, Reden der Präsidenten Otto Wolff von Amerongen, DIHT; Paul Schnitker, ZDH, Bonn o.J. (1975)

- KWB (Hg.), Stellungnahme zum Regierungsentwurf für ein neues Berufsbildungsgesetz, Teil 1: Grundpositionen und allgemeine Kritik; Teil 2: Zu den einzelnen Bestimmungen des Regierungsentwurfes, Bonn 1975
- KWB (Hg.), Das Ausbildungsplatzförderungsgesetz - Warum das Gesetz nicht funktioniert; Die sechs Denkfehler, Bonn 1976
- KWB (Hg.), Veranstaltungsberichte: Tagungen mit Beauftragten der Arbeitgeber in den Landesausschüssen für Berufsbildung 10./12. und 17./19. Mai 1976 Vallendar, Bonn 1976
- KWB/DL (Hg.), Für bessere Berufsbildung, Kongreßbericht München 10. April 1973, Bonn 1973
- Schlaffke, Winfried, Bildungspolitik, Abkehr von Illusionen, in: der arbeitgeber, 28. Jg., 2/76, S.90
- Spelberg, Karl, Das Problem der Abstimmung von Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrplänen, in: KWB (Hg.), Veranstaltungsberichte, Bonn 1976, S.85 - 88
- Streitsache: Berufsbildung, eine Bestandsaufnahme anläßlich des Hearings zur Neufassung des Berufsbildungsgesetzes vom 19. - 24. September 1975, hg. v. IDW, Köln 1975

3. Allgemeine Literatur

- Alex, Laszlo/Heuser, Heinrich/ Reinhardt, Das Berufsbildungsgesetz in der Praxis, Eine Repräsentativbefragung von Auszubildenden, BMBW (Hg.), Schriftenreihe Berufliche Bildung 1, Bonn 1972
- Altvater, Elmar/Huisken, Freerk (Hg.), Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen 1971
- Bachem, Hans, u.a., Berufsausbildung zwischen Revolution und Reform, Materialien zur beruflichen Bildung, Bonn 1972
- Baethge, Martin, Ausbildung und Herrschaft, 1. Aufl., Frankfurt/M., 1970
- Baethge, Martin, Die Integration von Berufsbildung und Allgemeinbildung als Forschungskonzept für die Berufsbildungsforschung, in: Bildungsforschung, hg. v. D. Friedrich, Gutachten und Studien der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates, Bd. 50, Stuttgart 1975
- Baethge, Martin, Aktuelle Berufsbildungspolitik und ihre Abhängigkeit von der Ökonomie, in: H.-J. Petzold (Hg.), Jugend ohne Berufsperspektive, Weinheim 1976, S.80 - 92
- Baethge, Martin, u.a., Produktion und Qualifikation, Eine Vorstudie zur Untersuchung von Planungsprozessen im System der beruflichen Bildung, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 14, Hannover 1974
- Becker, Egon/Jungblut, Gerd, Strategien der Bildungsproduktion, Frankfurt/M. 1972
- Berufliche Bildung, 39 Modelle, Meinungen und Entwürfe, zu einem Reformvorhaben, hg. v. P. Pulte und K.-H. Vorbrücken, Opladen 1974
- Die Berufsbildung im Handwerk, Schriftenreihe des ZDH, Heft Nr. 9, hg. v. ZDH, Bonn o.J. (1969)
- Binkelmann, Peter/Schneller, Irmtraut, Betriebliche Reaktionen auf Reformen des Berufsbildungsrechts, München 1974

- Binkelmann, Peter/Böhle, Fritz/Schneller, Irmtraut,
Industrielle Ausbildung und Berufsbildungsrecht,
Betriebliche Interessen und öffentliche Ein-
flußnahme in der Grundbildung, Frankfurt/M.
1975
- Blankertz, Herwig, Arbeitslehre in der Hauptschule, neue
pädagogische Bemühungen, Bd. 29, 3. erw. u. verb.
Aufl., Essen 1969
- Boehm, Ulrich, u.a., Qualifikationsstruktur und berufliche
Curricula, Schriften zur Berufsbildungsforschung,
Bd. 20, Hannover 1974
- Brock, Adolf, Lehrlingshandbuch, Darmstadt 1972
- Bühlow, Gesine, u.a., Gesamtschule zwischen Schulversuch
und Strukturreform, Berichte über die Gesamt-
schulentwicklung in der BRD und Westberlin,
Weinheim und Basel 1972
- Bunk, Gerhard P./Zedler, Reinhard, Das Berufsgrundbildungs-
jahr, Konzepte, Versuche, Ergebnisse, Beiträge
zur Gesellschafts- und Bildungspolitik, Bd. 10,
hg. v. IDW, Köln 1976
- Christian, Wolfgang, u.a. Polytechnik in der Bundesrepublik
Deutschland? Beiträge zur Kritik der "Arbeits-
lehre", Frankfurt 1972
- Crusius, Reinhard, Der Lehrling in der Berufsschule,
Hamburger Lehrlingsstudie der Hochschule für
Wirtschaft und Politik, Hamburg, Bd. 1, 2. Aufl.,
München 1973
- Crusius, Reinhard/Lempert, Wolfgang/Wilke, Manfred,
Berufsbildung - Reform in der Sackgasse?
Alternativprogramm für eine Strukturreform,
Reinbek bei Hamburg 1974
- Dahrendorf, Ralf, Bildung ist Bürgerrecht, Plädoyer für
eine alternative Bildungspolitik, Hamburg 1965
- Dauenhauer, Erich, Einführung in die Arbeitslehre,
Pullach bei München 1975
- Daviter, Jürgen, Der Lehrling im Betrieb, Hamburger
Lehrlingsstudie der Hochschule für Wirtschaft
und Politik, Hamburg, Bd. 2, München 1973
- Ebel, Heinrich, Die Konzentration der Berufe und ihre
Bedeutung für die Berufspädagogik, Köln/Opladen
1962

- Fenger, Herbert, Arbeitsmarktforschung - Berufsforschung - Bildungsforschung, in: MittAB 5/1968, S.325 - 335
- Gamm, Hans-Joachim, Kritische Schule, München 1970
- Geißler, Karlheinz A., Berufserziehung und kritische Kompetenz, Stuttgart 1974
- Grüner, Gustav/Berke, Rolf, Vorschlag für eine Verknüpfung berufs- und studienbezogener Bildungsgänge in der Sekundarstufe II, in: Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 29, Stuttgart 1974
- Haug, Hans-Jürgen/Maessen, Hubert, Was wollen die Lehrlinge?, Frankfurt/M. 1971
- Hegelheimer, Armin, Berufsausbildung in Deutschland, Systemvergleich Bundesrepublik - DDR, IG Metall Arbeitheft 885, Frankfurt/M. 1972
- Hegelheimer, Armin, Bildungsplanung und Beruf, Bildungsgesamtplan und Berufsbildungsprognose, DIHT (Hg.), Schriftenreihe des DIHT 135, 2. Aufl., Bonn 1974
- Hegelheimer, Armin, Berufsbildungsfinanzierung, in: der arbeitgeber, 28. Jg., 6/76, S.220 - 222
- Hegelheimer, Armin, Aktuelle Probleme der Berufsbildung, in: KWB (Hg.), Veranstaltungsberichte, Bonn 1976, S.20 - 47
- Hegelheimer, Armin/Alt, Christel/Foster-Dangers, Helga, Qualifikationsforschung, Eine Literaturexpertise über ihre Bedeutung für die Berufsbildungsforschung, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 33, Hannover 1975
- Heinen/Welbers/Winszus, Lehrlingsausbildung, Erwartung und Wirklichkeit, Eine empirische Studie zur Situation der beruflichen Bildung in Schule und Betrieb, Mainz 1972
- Henniges, Hasso von/Stooß, Friedemann, Probleme des dualen Systems, in: Jahrbuch für Wissenschaft, Ausbildung, Schule, WAS '77, hg. v. O. Peters u. H. Gollhardt, Köln 1977, S.39 - 67
- Hertel, Hans-Dieter, Systemanalyse betrieblicher Berufsbildung, Forschung und Praxis beruflicher Bildung, hg. v. R. Berke, Bd. 2, Bern/Frankfurt/M. 1976

- Hofbauer, Hans/Kraft, Hermine, Betriebliche Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit, Betriebs- und Berufswechsel bei männlichen Erwerbspersonen nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung, in: MittAB, 7. Jg., 1/1974, S.44 -66
- Hofbauer, Hans/Stooß, Friedemann, Defizite und Überschüsse an betrieblichen Ausbildungsplätzen nach Wirtschafts- und Berufsgruppen, in: MittAB, 8. Jg., 2/1975, S.101 - 116
- Holz, Heinz/Wollschläger, Norbert, Berufsbildungsforschung im Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung, Berlin, in: Die Deutsche Berufs- und Fachschule, 2/1973, S.83 - 96
- Holz, Heinz, u.a., Berufsgrundbildung, Daten, Aspekte, Modellversuche, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 27, Hannover 1974
- Hüfner, Klaus (Hg.), Bildungsinvestitionen und Wirtschaftswachstum, Ausgewählte Beiträge zur Bildungsökonomie, Stuttgart 1970
- Huisken, Freerk, Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie, München 1971
- Jensen, Bildungsplanung als Systemtheorie, Beiträge zum Problem gesellschaftlicher Planung im Rahmen der Theorie sozialer Systeme, Düsseldorf 1970
- Kaiser, Franz-Josef, Arbeitslehre, Materialien zu einer didaktischen Theorie der vorberuflichen Erziehung, 3. verb. u. erw. Aufl., Heilbronn 1974
- Kaiser, Franz-Josef/Kielisch, Hugo (Hg.), Theorie und Praxis der Arbeitslehre, Heilbronn 1971
- Keim, Wolfgang (Hg.), Gesamtschule, Bilanz ihrer Praxis, Hamburg 1973
- Kell, Adolf, Die Vorstellungen der Verbände zur Berufsausbildung, Studien und Berichte des Instituts für Bildungsforschung in der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 20, I u. II, Berlin 1970
- Kell, Adolf/Lipsmeier, Antonius, Berufsbildung in der Bundesrepublik Deutschland, Analyse und Kritik, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 38, Hannover 1976

- Kern, Horst/Schumann, Michael, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, 2 Bde., Frankfurt/M. 1970
- Klafki, Wolfgang/Keil, Gerhard/Schwertfeger, Johannes, Die Arbeits- und Wirtschaftswelt im Unterricht der Volksschule und des Gymnasiums, 2. durchges. u. erw. Aufl., Heidelberg 1967
- Klafki, Wolfgang/Schulz, Wolfgang, Arbeitslehre in der Gesamtschule, 5. Aufl., Weinheim/Berlin/Basel 1971
- Kledzik, Ulrich-J. (Hg.), Arbeitslehre als Fach, Ansatz zu einer Verwirklichung, Hannover/Berlin/Darmstadt/Dortmund 1972
- Kleinschmidt, Manfred, Glossar der beruflichen Bildung, in: Mitteilungen des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung, 1/72, S.27 - 82
- Kleinschmidt, Rolf, Betriebliche und überbetriebliche Ausbildungswerkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Eine Bestandsaufnahme, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 24, Hannover 1974
- Kruse, Wilfried, Die Qualifikation der Arbeiterjugend, Eine Studie über die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Veränderung, Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund, Frankfurt/M. 1976
- Kühlewind, Gerhard/Tessaring, Manfred, Argumente für und gegen eine beschäftigungsorientierte Bildungspolitik, Literaturanalyse, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 69, Göttingen 1975
- Laatz, Wilfried, Berufswahl und Berufszufriedenheit der Lehrlinge, Hamburger Lehrlingsstudie der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg, Bd. 3, München 1974
- Lemke, Ilse G., u.a., Probleme und Aspekte der Berufsfeld-einteilung, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 36, Hannover 1975
- Lempert, Wolfgang, Leistungsprinzip und Emanzipation, Studien zur Realität, Reform und Erforschung des beruflichen Bildungswesens, Frankfurt/M. 1971

- Lempert, Wolfgang, Berufliche Bildung als Beitrag zur gesellschaftlichen Demokratisierung, Vorstudien für eine politisch reflektierte Berufspädagogik, Frankfurt/M. 1974
- Lempert, Wolfgang/Ebel, Heinrich, Lehrzeitdauer, Ausbildungssystem und Ausbildungserfolg, Freiburg 1965
- Lempert, Wolfgang/Franzke, Reinhard, Die Berufserziehung, Grundfragen der Erziehungswissenschaft, Bd. 12, München 1976
- Lempert, Wolfgang/Thomssen, Wilke, Berufliche Erfahrung und gesellschaftliches Bewußtsein, Untersuchungen über berufliche Werdegänge, soziale Einstellungen, Sozialisationsbedingungen und Persönlichkeitsmerkmale ehemaliger Industriehrlinge, Bd. 1, Stuttgart 1974
- Linke, Werner (Hg.), Hauptschule, Berufsschule, Gesamtschule, Arbeitslehre und Berufslehre in kritischer Reflexion, Weinheim/Berlin/Basel 1971
- Lisop, Ingrid, Überwindung der Monokratie? Eine Bestandsaufnahme der Berufsbildungsdiskussion, in: betrifft: erziehung, 7. Jg., 7/1974, S.21 - 25
- Lisop, Ingrid, Reformprobleme in der Berufsausbildung 1945 - 1969, in: Petzold (Hg.), Jugend ohne Berufsperspektive, Weinheim 1976, S.13 - 39
- Lisop, Ingrid/Markert, Werner/Seubert, Rolf, Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Eine problemorientierte Einführung, Kronberg/Ts. 1976
- Lutz, Burkhardt/Winterhager, Wolfgang D., Zur Situation der Lehrlingsausbildung, Prognosen und Bedarfsstruktur - Methoden und Resultate, Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 11, Stuttgart 1970
- Manifest zur Reform der Berufsausbildung, in: Deutsche Jugend, 11/1973, S.495 - 523
- Masuch, Michael, Politische Ökonomie der Ausbildung, Lernarbeit und Lohnarbeit im Kapitalismus, Reinbek bei Hamburg 1972
- Mertens, Dieter, Der unscharfe Arbeitsmarkt, Eine Zwischenbilanz der Flexibilitätsforschung, in: MittAB, 6. Jg. 4/1973, S.314 - 325

- Natzel, Benno, Das Berufsausbildungsverhältnis, 2. vollst. neubearb. Aufl., Düsseldorf 1974
- Neumann, Gerd/Weber, Norbert H., Problemanalyse zur Entwicklung einer didaktischen Konzeption der Arbeitslehre, Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 8, Hannover 1973
- Niethammer, Arnolf (Hg.), Berufsbildung und Allgemeinbildung, Neuburgweier/Karlsruhe 1973
- Nyssen, Friedhelm, Schule im Kapitalismus, Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule, Köln 1970
- OECD-Länderexamen der Bildungspolitik und Bildungsplanung in der BRD, Rohübersetzung, o.O. o.J. (Bonn 1971)
- Oesterreich, Detlef, Autoritarismus und Autonomie, Untersuchungen über berufliche Werdegänge, soziale Einstellungen, Sozialisationsbedingungen und Persönlichkeitsmerkmale ehemaliger Industrielehrlinge, Bd. 2, Stuttgart 1974
- Offe, Claus, Berufsbildungsreform, Eine Fallstudie über Reformpolitik, 1. Aufl., Frankfurt/M. 1975
- Otten, Dieter, Kapitalentwicklung und Qualifikationsentwicklung, Zum logischen und historischen Verhältnis von wirtschaftlich-technischer Entwicklung und Ausbildung des Arbeitsvermögens, 1. Aufl., Berlin 1973
- Petzold, Hans-Joachim (Hg.), Jugend ohne Berufsperspektive, Berufsbildungsreform, Schulmisere, Jugendarbeitslosigkeit, Weinheim 1976
- Picht, Georg, Die deutsche Bildungskatastrophe, Freiburg 1964
- Projektgruppe Arbeitslehre Marburg, Schule, Produktion, Gewerkschaften, Arbeitslehre im Interesse der Lohnabhängigen, Reinbek bei Hamburg 1974
- Richter, Ingo, Die Rechtsprechung zur Berufsausbildung, Analyse und Entscheidungssammlung, Stuttgart 1969
- Richter, Ingo, Öffentliche Verantwortung für berufliche Bildung, Zur Bestandsgarantie und zur gesetzlichen Regelung der privaten beruflichen Bildung, in: Gutachten und Studien der Bildungskommission, Bd. 14, Stuttgart 1970

- Roth, Karl-Heinz/Kanzow, Eckardt, Unwissen als Ohnmacht,
zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissen-
schaft, Berlin 1970
- Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der
beruflichen Bildung, Kosten und Finanzierung
der außerschulischen beruflichen Bildung
(Abschlußbericht), Bielefeld 1974
- Schmid, Günther, Steuerungssysteme des Arbeitsmarktes,
Kommission für wirtschaftlichen und sozialen
Wandel, Bd. 84, Göttingen 1975
- Schwegler, Julia, Zur politischen Kontroverse um die
Arbeitslehre, Eine Untersuchung der wissenschafts-
theoretischen, curricularen und bildungspolitischen
Positionen, Frankfurt/M./Köln 1974
- Schweikart, Klaus/Grieger, Dorothea, Die Steuerungsfunktion
von Zertifikaten und formalisierten Ausbildungs-
gängen für das Beschäftigungssystem, Kommission
für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 83,
Göttingen 1975
- Der Spiegel, Generation der Überzähligen, 30.Jg.,
Nr. 17 vom 19. April 1976, S.142 - 158,
Nr. 18 vom 26. April 1976, S.150 - 170 und
Nr. 19 vom 3. Mai 1976, S.174 - 188
- Stratmann, Karlwilhelm, Hauptschule und Arbeitslehre,
Analyse der Diskussion um ein schulpädagogisches
Problem, Ratingen bei Düsseldorf 1968
- Straumann, Peter R., Neue Konzepte der Bildungsplanung,
Reinbek bei Hamburg 1974
- Stubenrauch, Herbert, Die Gesamtschule im Widerspruch des
Systems, Zur Erziehungstheorie der integrierten
Gesamtschule, München 1971
- Texte zur Bildungsökonomie, hg. u. eingel. v. A. Hegelheimer,
Frankfurt/M./Berlin/Wien 1975
- Voelmy, Willi/Mende, Klaus-Dieter/Weber, Norbert H.,
Arbeitslehre - Bilanz 72. Weinheim/Basel 1973
- Weber, Norbert H., Arbeitslehre und Berufsgrundbildung,
Analyse der Lernziele und Themenschwerpunkte des
vorberuflichen Unterrichts im Hinblick auf die
curriculare Gestaltung der Berufsgrundbildung,
Schriften zur Berufsbildungsforschung, Bd. 21,
Hannover 1974

WEMA-Institut für empirische Sozialforschung, Informatik und angewandte Kybernetik (Hg.), Bildungswesen im Vergleich, Darstellung des beruflichen Bildungswesens in ausgewählten Ländern, Materialien zur Bildungsplanung, Bd. 5, Köln 1974

Wilms, Dorothee, Ausbildung oder Ausbeutung? Die Wirtschaft Wegbereiter moderner Berufsbildung, Köln 1973

Winterhager, Wolfgang D., Berufsausbildung in der BRD, in: WAS '72/73, Jahrbuch für Wissenschaft Ausbildung Schule, hg. v. O. Peters u. H. Gollhardt, Köln 1972, S.28 - 56

Winterhager, Wolfgang D., Anforderungen an ein Berufsbildungssystem, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Bd. 6, Göttingen 1973

Winterhager, Wolfgang D., Aktuelle Fragen der Bildungsverwaltung, in: WAS '76, hg. v. O. Peters u. H. Gollhardt, Köln 1976, S.22 - 35

Tabelle 1: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen
und Ländern in Tausend

Jahr Land	Auszubildende					
	insge- samt 1)	davon in (im) Indu- strie und Handel	Hand- werk	Land- wirt- schaft	Öffent- licher Dienst ²⁾	sonsti- ge Berei- che
Bundesgebiet						
1960 ³⁾	1269,1	742,6	446,6	36,1	6,6	37,3
1965	1331,9	748,9	468,0	37,3	31,5	46,3
1966	1371,5	776,6	467,4	38,5	32,5	56,5
1967	1402,5	771,5	481,5	46,1	32,5	62,9
1968	1392,2	769,6	478,6	49,8	31,1	63,2
1969	1283,5	714,6	435,0	45,9	26,5	61,5
1970	1270,1	723,4	420,9	38,1	22,8	64,9
1971	1273,1	728,4	406,6	29,9	24,3	83,8
1972	1302,8	721,7	434,1	27,8	31,1	88,1
1973	1330,8	694,1	465,0	25,7	49,7	96,4
1974	1330,8	664,6	486,5	27,4	47,2	105,1
1975	1328,9	634,0	504,7	33,0	46,0	111,4
Länder 1975						
BW	191,7	101,9	64,1	4,6	6,8	14,3
BA	266,8	118,0	114,5	10,4	5,8	18,0
HE	110,5	54,8	38,8	2,0	4,9	9,9
NS	159,5	66,0	67,0	5,2	6,6	14,7
NW	366,2	183,0	131,9	5,8	12,9	32,7
RP	83,1	36,3	35,0	2,2	2,1	7,5
SA	27,7	13,6	11,2	0,3	0,7	2,0
SH	52,5	21,0	21,9	2,1	2,1	5,5
BE	18,6	8,9	6,3	0,2	1,4	1,9
BR	18,3	10,2	5,2	0,1	1,0	1,8
HA	34,4	20,3	9,0	0,2	1,7	3,1

noch Tabelle 1: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen
und Ländern in Tausend

- 1) Unvollständige Erfassung in den Jahren 1960 - 1972
- 2) Unvollständige Erfassung in den Jahren 1960 - 1972;
ohne Personen im technischen und nichttechnischen
Vorbereitungsdienst für eine Verbeamtung
- 3) Ohne Berlin

Quelle: BMBW (Hg.), Grund- und Strukturdaten 1976,
Bonn 1976, S.66

Tabelle 2 Schüler der Oberstufe (Tsd.)

	1960	1965	1970	1974
Schüler insgesamt	2164 (90)	2400 (100)	2437 (102)	2718 (113)
davon an				
- Gymnasien	212 (108)	197 (100)	317 (161)	435 (221)
- berufl. Vollzeitschulen	266 (86)	309 (100)	427 (138)	583 (189)
darunter				
- Fachoberschule	-	-	59	127
- Berufsgrundbildungsjahr	-	-	-	15
- Berufs- und Berufssonderschulen	1677 (91)	1837 (100)	1641 (89)	1652 (90)
darunter				
- Auszubildende	1341 (92)	1450 (100)	1362 (94)	1404 (97)
- Jungarbeiter, Jungangestellte	234 (94)	248 (100)	204 (82)	198 (80)
- Berufsaufbauschulen	-	42 (100)	27 (64)	15 (36)

Quelle: BMW (Hg.), Bildungspolitische Zwischenbilanz, Bonn 1976, S.14

Tabelle 3: Schätzung der bis 1985 jährlich benötigten

Ausbildungsplätze - in Tausend

Jahr	Nachfrage der Absol- venten der Sekundar- 1)	Nachfrage der Absolventen der berufli- chen Vollzeit- schulen mit mittlerem Ab- schluß 2)	Nachfrage der Absolventen d. Berufs- grundschul- jahres 3)	Spalten 2 - 4 insgesamt	Nachfrage der Absolventen mit allgemei- ner und fach- gebundener Hochschulreife 4)	insgesamt
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1975	402	35	20	457	3	460
1976	389	35	20	444	6	450
1977	424	36	21	481	7	488
1978	453	37	23	513	8	521
1979	462	39	23	524	6	530
1980	466	43	23	532	8	540
1981	461	45	23	529	9	538
1982	450	47	23	520	10	530
1983	437	48	22	507	10	517
1984	415	49	21	485	10	495
1985	389	48	20	457	10	467
1990	290	35	15	340	7	347

- 1) Ohne Abgänger aus den Sonderschulen; bei einer Übergangsquote von 63,5 %
 2) bei einer Übergangsquote von 43 %;
 3) bei einer Übergangsquote von 100 %;
 4) bei einer Übergangsquote von 3 % (1975) und einer angenommenen zukünftigen Übergangsquote von 5 %

Quelle: KWB, Zum Ausbildungsplatzbedarf im kommenden Jahrzehnt, Bonn 1976
 zit. nach: DIHT, Schriftenreihe Nr. 156, Bonn 1976, S.29

Tabelle 4: Schätzung der bis 1985 jährlich zusätzlich benötigten Ausbildungsplätze

Jahr	Mehrbedarf gegenüber der Ausbildungsanfängerzahl 1975	Mehrbedarf gegenüber 1975 wenn der Durchlaufeffekt berücksichtigt wird. 1)	Mehrbedarf gegenüber 1975 im Bereich von Industrie, Handel und Handwerk 2)
		75 %	80 %
1976	- 10.000	- 10.000	- 7.500 bis - 8.000
1977	+ 28.000	+ 28.000	+ 21.000 bis + 22.400
1978	+ 61.000	+ 61.000	+ 45.800 bis + 48.800
1979	+ 70.000	+ 70.000	+ 52.500 bis + 56.000
1980	+ 80.000	+ 52.000	+ 39.000 bis + 41.600
1981	+ 78.000	+ 17.000	+ 12.800 bis + 13.600
1982	+ 70.000	+ 0	+ 0
1983	+ 57.000	- 23.000	- 17.250 bis - 18.400
1984	+ 35.000	- 43.000	- 32.300 bis - 34.400
1985	+ 7.000	- 63.000	- 47.300 bis - 50.400

1) wenn berücksichtigt wird, daß nach im Durchschnitt dreijähriger Ausbildungsdauer die freiwerdenden Ausbildungsplätze wieder besetzt werden.
2) wenn davon ausgegangen wird, daß Industrie, Handel und Handwerk einen Anteil von 75 - 80 % an den Ausbildungsanfängern aufnehmen.

Quelle: ZWP, Zum Ausbildungsplatzbedarf im kommenden Jahrzehnt, Bonn 1976
zit. nach: DIHT, Schriftenreihe Nr. 156, Bonn 1976, S.31

Tabelle 5: Ausbildungsverträge insgesamt

Wirtschafts- bereich	1973	1974	1975
Handel und Industrie	694.000	665.000	634.000
Handwerk	467.000	486.000	505.000
Landwirtschaft	26.000	27.000	27.000
öffentlicher Dienst	50.000	47.000	.
Sonstige Bereiche	96.000	105.000	
	1.333.000	1.330.000	

Quelle: DIHT, Schriftenreihe Nr. 156, Bonn 1976, S.55

Tabelle 6: Auszubildende in den fünfzehn am stärksten besetzten Ausbildungsberufen nach Rangziffern und Geschlecht

Ausbildungsberuf	Ausbil- dungs- bereich	Auszubildende im Jahr				
		1975	1974	1973	1970	
		Anzahl	Rangfolge			
		Männliche Auszubildende				
Kfz-Mechaniker	Hw	88545	1	1	1	1
Elektroinstallateur	Hw	56036	2	2	2	2
Maschinenschlosser	IH	43071	3	3	3	4
Kfm. i. Groß- u. Einzelhandel	IH	26913	4	4	5	5
Maler und Lackierer	Hw	26196	5	7	9	9
Gas- u. Wasserinst.	Hw	24785	6	8	10	13
Werkzeugmacher	IH	24516	7	6	6	8
Industrie Kaufmann	IH	24357	8	5	4	3
Tischler	Hw	23608	9	9	13	14
Maurer	Hw	17733	10	11	12	15
Bankkaufmann	IH	17488	11	10	7	6
Landwirt	Lw	15909	12	14	17	•
Elektroinst. (1.St.)	IH	15817	13	13	•	•
Fleischer	Hw	15668	14	21	26	•
Betriebsschlosser	IH	15351	15	16	21	•
Zusammen		435993				
Zusammen in % von insges.		50,8				
		Weibliche Auszubildende				
Verkäuferin (1.St.)	IH	54739	1	1	1	1
Friseur	Hw	49064	2	2	2	2
Bürokaufmann	IH	32940	3	3	3	5
Arzthelferin	Sonst.	31657	4	5	5	8
Industrie Kaufmann	IH	29656	5	4	4	3
Zahnarzthelferin	Sonst.	22726	6	7	8	12
Verk. i. Nahrungsm.	Hw	21615	7	9	12	10
Bankkaufmann	IH	20660	8	6	6	7
Kfm. i. Groß- u. EH Einzelhd-Kfm(2.St.)	IH	17276	9	8	7	6
Bürogehilfin	IH	17027	10	10	11	4
Geh. i. wirtsch.- u. steuerber. Berufen	Sonst.	14560	11	11	9	9
12935			12	12	13	•
Apothekenhelferin	Sonst.	10895	13	13	14	14
RA- u. Notargeh.	Sonst.	10667	14	14	•	•
Haush.-gehilfin	Sonst.	7319	15	15	19	•
Zusammen		353736				
Zusammen in % von insges.		75,3				

Quelle: BMBW (Hg.) Grund- und Strukturdaten 1976, Bonn 1976, S.78

Tabelle 7: Männliche Erwerbspersonen nach beschäftigendem
und ausbildendem Wirtschaftsbereich

Wirtschafts- bereich	beschäftigen- der Bereich		ausbildender Bereich ^{b)}			
	abs. a)	%	Industrie %	Handw. %	Sonst. %	o.A. %
Industrie	4242	100	48	40	11	1
Handwerk	1847	100	9	87	4	•
Sonstige	3424	100	20	35	44	1
Ohne Angabe	49	100	31	52	16	1
Insgesamt	9562	100	30	48	21	1

a) in Tausend

b) in Prozent der männlichen Beschäftigten (mit betrieb-
licher Berufsausbildung) des beschäftigenden Wirt-
schaftsbereiches

Quelle: Hofbauer/Kraft, Berufsausbildung, in: MittAB,
1/1974, S.56
zit. nach: Hertel, Systemanalyse, 1976, S.248

Tabelle 8: Verbleib männlicher Auszubildender im
ausbildenden Wirtschaftsbereich

Wirtschafts- bereich	ausgebildet			verblieben	
	abs. ^{a)}	% ^{b)}	% ^{c)}	abs. ^{a)}	% ^{c)}
Industrie	2905	30	100	2040	70
Handwerk	4532	47	100	1593	35
Sonstige	2032	21	100	1493	73
Ohne Angabe	93	1	100	1	1
insgesamt	9562	100	100	5128	54

a) in Tausend

b) In Prozent der männlichen Auszubildenden aller
Wirtschaftsbereich

c) In Prozent der männlichen Auszubildenden des
jeweiligen Wirtschaftsbereichs

Quelle: Hofbauer/Kraft, Berufsausbildung, in: MittAB,
1/1974, S.56

zit. nach: Hertel, Systemanalyse, 1976, S.247

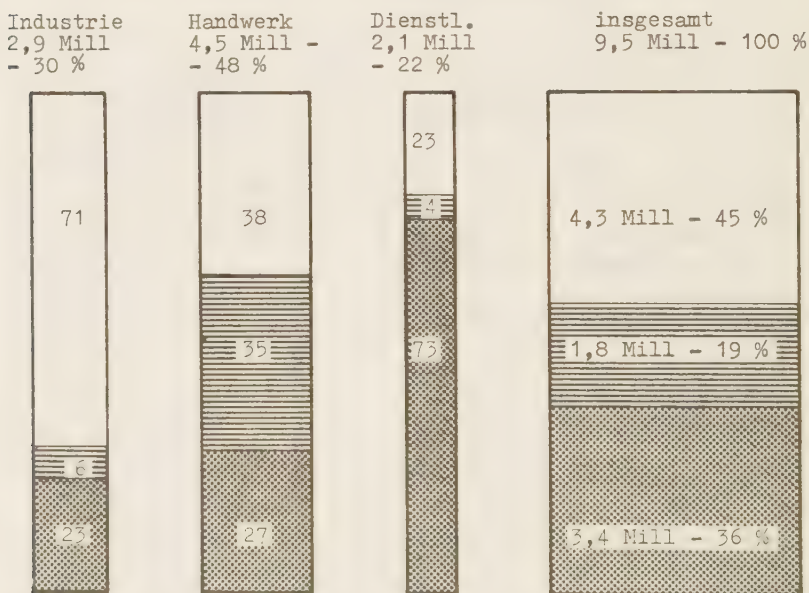
Tabelle 9: Anteil der männlichen Erwerbspersonen, die zwischen 1955 und 1970 mindestens einmal den Beruf gewechselt haben, an der Gesamtzahl männlicher Erwerbspersonen mit entsprechender Ausbildung (v. H.)

	Anteil Berufs- wechsler	Darunter: ohne Kennt- nisverwer- tung 1)
Volksschule		
- ohne Berufsaus- bildung	41,8	29,0
- mit Berufsaus- bildung	33,6	17,0
mittlerer Abschluß		
- ohne Berufsaus- bildung	22,7	12,3
- mit Berufsaus- bildung	21,9	7,1
Abitur ohne Berufsausbildung	14,0	5,5
Hochschule	7,2	1,2
insgesamt	32,6	17,6

- 1) Nach eigenen Angaben konnten diese Berufswechsler von ihren beruflichen Vorkenntnissen "wenig", "sehr wenig" oder "nichts" verwerten.

Übersicht 1: Wirtschaftsbereich des Ausbildungsbetriebes
und Wirtschaftsbereich des Beschäftigungs-
betriebes bei männlichen Erwerbspersonen
mit betrieblicher Berufsausbildung

Ausbildung in:



Beschäftigung in:



Industrie



Handwerk



Dienst-
leistungs-
bereich[†]

[†]Einschließl. Land- und Forstwirtschaft

Quelle: Hofbauer/Kraft, Berufsausbildung, in:
MittAB, 1/1974, S.55
abgedruckt in: WAS '77, 1977, S.62

[illegible]

Lebenslauf

Persönliche Daten

Geburt	4. April 1943 in Berlin
Eltern	Ludwig und Margot Kreuzer, geb. Gottwald
Heirat	18. März 1967 Gisela Kreuzer, geb. Böttger
Kind	5. März 1971 Katharina Kreuzer

Schulischer Werdegang

1949 - 1953	Volksschule	Düsseldorf
1953 - 1960	Realschule	Düsseldorf, Mittlere Reife
1963 - 1966	Abendgymnasium	Düsseldorf, Abitur

Beruflicher Werdegang

1960 - 1963	Ausbildung zum Industriekaufmann in einem Stahlbau-Unternehmen in Düsseldorf
1961 - 1962	Ausbildung zum und Abschluß als Korrespondent der englischen Sprache in Düsseldorf
1963 - 1965	Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter in Handelsfirmen in Düsseldorf
1966 - 1967	Tätigkeit in der Exportabteilung eines Maschinenbau-Unternehmens in Düsseldorf
1967 - 1971	Studium der Politischen Wissenschaft, Publizistik und Sinologie an der Freien Universität Berlin mit dem Abschluß Diplom-Politologe
1970	Volontariat bei Radio Bremen
1972	Lehrauftrag am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin
1972 - 1976	Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten am Institut für Pädagogik der Universität Erlangen-Nürnberg und Doktorand bei Prof. Dr. Wolfgang Sünkel
1977	Wissenschaftliche Hilfskraft am o.g. Institut

Copy-Center 2000

852 ERLANGEN · Obere Karlstr. 30
Tel. 09131-26197